

**Schriftenreihe des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit**

Herbert Kloninger (Hrsg.)

**Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus:  
Internationalität, Paradigmenwechsel,  
Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität**

Brühl / Rheinland 2001

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus:**

Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität [Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Öffentliche Sicherheit]. Herbert Kloninger(Hrsg.). – Brühl / Rheinland: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Öffentliche Sicherheit, 2001

(Beiträge zur Inneren Sicherheit; 14)

ISBN 3-930732-73-4

**Herausgeber:** Fachhochschule des  
Bundes für öffentliche Verwaltung  
Fachbereich Öffentliche Sicherheit

**Redaktion:** Herbert Kloninger, Dr. Uta Gräfin Dohna

**Layout:** Werner Grünewald

**ISBN** 3-930732-73-4

**ISSN** 0946-5782

## Inhaltsverzeichnis

<u>VORWORT</u>	4
MARC SIMON <u>RECHTSEXTREMISMUS IN SCHWEDEN</u>	9
DIRK ASSENMACHER <u>DIE „WEHRMACHTSAUSSTELLUNG“ ALS AGITATIONSFELD DES RECHTSEXTREMISTISCHEN SPEKTRUMS</u>	45
SONJA SCHEFFLER <u>SELBSTVERSTÄNDNIS UND ZIELSETZUNG DER BEDEUTENDSTEN RECHTSEXTREMISTISCHEN JUGENDORGANISATION - DIE „JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN“ (JN)</u>	99
STEFANIE SCHENK <u>HORST MAHLER: SEINE ENTWICKLUNG VOM LINKSTERRORISTEN ZUM RECHTSEXTREMISTEN</u>	155
KAJ HUSELL <u>RECHTSEXTREMISMUS UND MÄNNLICHE HOMOSEXUALITÄT SEIT BEGINN DER ACHTZIGER JAHRE</u>	241

## Vorwort

Die nachfolgenden Ausarbeitungen von Studierenden der Laufbahnlehrgänge für den gehobenen Dienst (G 98/G 99) versuchen einige Blickwinkel des Rechtsextremismus auszuleuchten, die in der Tagespublizistik allenfalls vorübergehend oder gar keine Erwähnung finden. So richtete eine Serie terroristischer Anschläge von Neonazis im Jahr 1999 die internationale Aufmerksamkeit auf Schweden, das sich mit einer bemerkenswerten Medien-Offensive zur Wehr setzte. In dieser Zeit geriet auch die sog. "Wehrmachtsausstellung" zusehends in das kritische Blickfeld rechtsextremistischer Gruppen, wobei die öffentlichkeitswirksam angelegten Aktionen und Demonstrationen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) besonders hervorzuheben waren. In ihren Bemühungen, anlassbezogen im "Kampf um die Straße" neue Mitglieder zu gewinnen, stützte sie sich wesentlich auf ihre Jugendorganisation, die "Jungen Nationaldemokraten" (JN). Nicht zuletzt diese erfolgreiche Rekrutierungsarbeit in neonazistischen Kreisen führte im Sommer 2000 zur Verbotsdiskussion und schließlich Anfang dieses Jahres zu den von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat getragenen Anträgen beim Bundesverfassungsgericht, die NPD für verfassungswidrig zu erklären. Im vergangenen Jahr trat der ehemalige RAF-Angehörige und jetzige Rechtsanwalt Horst Mahler als Mitglied und Rechtsvertreter der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) verstärkt in die Öffentlichkeit (in Schriften, Internet, Vorträgen), um nationalistisch für "die deutsche Sache" einzutreten. In den Medien kaum angesprochen wird das Tabu-Thema "Homosexualität", das in den 80iger Jahren bei den Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland eine noch lange nachwirkende Spaltung provozierte.

Nach der Auflösung des ideologisch begründeten Ost-West-Konfliktes und damit zusammenhängend zu beobachtenden demokratischen Anpassungsentwicklungen im "linken Spektrum" überleben europaweit die "rechten" Denkmuster. Aus der Vorstellungswelt des Rechtsextremismus bieten Nationalismus und

Rassismus gegenüber dem weltumspannenden Wirtschaftsdruck der Kapital-Märkte und Globalisierung nach wie vor Zufluchten und Verweigerungsmöglichkeiten sowie einfach nachvollziehbare Feindbeschreibungen. Vor allem bei jungen Leuten stoßen die demokratischen Grundüberzeugungen, die die Individualrechte und ihre Selbstverwirklichung zum entscheidenden Maßstab staatlichen Handelns machen, auf Skepsis. Sie suchen die Geborgenheit geschlossener Weltbilder, die Sicherheit überschaubarer Lebensgemeinschaften, die durch einfach nachvollziehbare, häufig populistisch vermittelte Wertvorstellungen getragen werden. Internationale Wirtschaftsentwicklungen werden als bedrohlich empfunden, weil z.B. nach Mega-Fusionen Arbeitsplätze "wegrationalisiert" werden; dies löst Ängste und Identitätsprobleme aus, auf die die Politik Antworten geben muss. Auch der Umgang mit fremdländischen Mitmenschen als Folge weltweit zunehmender Migrationsbewegungen (vor allem aus den sog. Entwicklungsländern in die Industrienationen Zentraleuropas) begünstigt in Zeiten angespannter Wirtschaftslage Zukunftsängste. Gesellschaftsprobleme oder Begründungsdefizite nutzen gerade die Anhänger rechtsextremistischer Weltbilder aus, um demokratisch etablierte Machtverhältnisse zu schwächen und eigene Gesellschaftsalternativen (wenn überhaupt) anzubieten. Häufig steht dabei allerdings der Protest im Vordergrund, insbesondere dann, wenn es um Wahlentscheidungen für parlamentarische Vertretungen geht. Mangels anderer Alternativen wird eine "rechtsextremistische" Protestwahlentscheidung getroffen, um die etablierten Parteien "abzustrafen" oder zu verunsichern; dahinter muss keine rechtsextremistische Zielvorstellung im engeren Sinne stehen, was das Votum aber nicht weniger problematisch macht. Dies ist besonders bei jungen Menschen zu berücksichtigen, bei denen in einem oft noch ungefestigten Weltbild idealistische Vorstellungen bis hin zur Gewaltbereitschaft überhöht sein können.

Diese Bedingungen für rechtsextremistisches Denken sind nicht auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt, sondern finden sich mit jeweils unterschiedlichen Auslöserfaktoren und Erscheinungsformen in verschiedenen Staaten des zusammenwachsenden Europa. Während Rechtsextremisten beispielsweise in Frankreich (Front National seit Jahren mit 2stelligen Prozentzah-

len in Parlamenten vertreten, Anfang 1999 Spaltung), Österreich (FPÖ des Populisten Jörg Haider erstmals mit ÖVP in Regierungsverantwortung) und Italien (Erdrutschsieg Alleanza Nazionale, Forza Italia, Lega Nord bei Regionalwahlen April 2000, seit Frühjahr 2001 Mitte-Rechts-Bündnis Berlusconi) parteipolitisch in die Parlamentsarbeit eingebunden sind, artikuliert sich der Rechts-Extremismus in anderen Ländern außerhalb der Volksvertretungen beispielsweise durch gewaltsame Aktionen. Die Ausarbeitung über den "Rechtsextremismus in Schweden" unternimmt den Versuch, die überraschend terroristische Entwicklung Ende der 90er Jahre u.a. aus ihrer subkulturellen Musik-Szene heraus zu erläutern. Begünstigt durch eine liberale Auslegung und Anwendung der Presse- und Meinungsfreiheit konnte in Schweden eine "Anlaufstelle" für Neonazis aus ganz Europa entstehen, die schließlich zur Gewalteskalation führte. Bemerkenswert aber auch die aus der Bevölkerung gestützte beispiellose Medienreaktion, mit der die größeren Tageszeitungen durch Bild- und Namensveröffentlichungen sichtbare Zeichen zur Verteidigung des Rechtsstaates setzten.

Mit dem Phänomen des politisch-inhaltlichen Standortwechsels beschäftigt sich die Arbeit "Horst Mahler: Eine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten" (Stand: 1/2000). In einer Zeit, in der vorgegebene "links-rechts"-Stereotype zunehmend einem politischen Pragmatismus weichen und ideologische Parameter austauschbar erscheinen, verdient der Wandel in den politischen Ansichten einer so exponierten Persönlichkeit wie des Rechtsanwalt Horst Mahler besondere Beachtung. Vor allem deshalb, weil Mahler den Spannungsbogen aus der Führungsebene der linksterroristischen "Roten Armee Fraktion" (RAF) zu einem Protagonisten des "neuen rechten Denkens" vollzogen hat. Zugunsten einer überschaubaren Gesamtdarstellung verzichtet die Ausarbeitung auf eine ausführliche politisch-wissenschaftliche Wertung seiner Aussagen, geht aber auf mögliche Motivation und Beweggründe für sein Verhalten ein.

Zu einem Kristallisationspunkt in der "rechten Szene" entwickelte sich ab 1997 die 1995 eröffnete Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945" des Hamburger Instituts für Sozialforschung (IFS), kurz "Wehrmachts-

ausstellung" genannt. Die Ausstellungsabsicht, eine aktive Beteiligung der Wehrmacht an NS-Verbrechen nachzuweisen, löste nicht nur nachhaltige Kritik in Politik und Wissenschaft aus; sie gab vor allem Rechtsextremisten Gelegenheit, in z.T. militanten Kampagnen und Demonstrationen ihre revisionistische Vergangenheitssicht in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten. Die überwiegend von der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) angemeldeten Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung boten den nach den Verboten Anfang der 90er Jahre in zahlreichen Kameradschaften versprengten Neonazis willkommene Aktionsfelder, um ihren politischen Kampf bundesweit und publikumswirksam öffentlich zu machen. Ein Verdienst der vorliegenden Arbeit ist es, nicht nur die rechtsextremistische Berichterstattung über die Wehrmachtsausstellung wiedergegeben, sondern vor allem die aktionsgebundene Integration der Neonazis durch die NPD und ihre Jugendorganisation JN herausgearbeitet zu haben. Nicht zuletzt diese Entwicklung zur neonazistischen Gewaltorientierung hat, begünstigt durch den "Kampf für Ruhm und Ehre der Deutschen Wehrmacht", maßgeblich zum Verbotsverfahren gegen die NPD beigetragen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Rekrutierung neuer Mitglieder und zur Radikalisierung der NPD insgesamt leistete deren Jugendorganisation, die JN. Entwicklung und Selbstverständnis dieser bedeutendsten rechtsextremistischen Nachwuchsorganisation behandelt eine weitere Arbeit. Angeregt durch persönliche Erfahrungen anlässlich der Ausstellungsbetreuung "Demokratie ist verletzlich – Rechtsextremismus in Deutschland", versucht sie insbesondere politische Vorstellungen und Selbsteinschätzung dieser Gruppe anhand eigener Schriften und Veröffentlichungen zu ergründen. Dabei widerlegen die Gedanken einer Verbindung von "Nationalismus" und "Sozialismus" die weit verbreiteten Vorurteile einer plakativen Übernahme des NS-Modells; vielmehr soll die "Sozialismus"-Idee an die DDR-Vergangenheit der Neuen Länder anknüpfen und damit gerade dort neue potentielle junge Mitglieder ansprechen. Mit diesem Konzept ist es den JN als einziger rechtsextremistischer Organisation in den letzten Jahren gelungen, den Mitgliederbestand (in der

NPD insgesamt) zu erhöhen und gleichzeitig das Durchschnittsalter zu senken.

Die Ausarbeitung "Rechtsextremismus und (männliche) Homosexualität seit Beginn der achtziger Jahre" behandelt ein in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenes Thema, das jedoch in der Neonazi-Szene zu beträchtlichen politischen Diskussionen und letztendlich zu einer bis heute fortwirkenden Spaltung geführt hat. Gerade in der traditionell verhafteten und vergangenheitsbezogenen Vorstellungswelt des Rechtsextremismus hat das Tabu-Thema "Homosexualität" heftige Diskussionen ausgelöst und die politischen Fronten polarisiert. Der Einfluss solcher persönlicher Neigungen auf die gesamte "Bewegung" überrascht ebenso wie Form und Intensität der geführten Diskussionen. Zu diesem Eindruck liefert die sorgfältig (auch aus "Szene"-Material) recherchierte Arbeit einen Beitrag.

Brühl im Juli 2001 Herbert Kloninger<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Herbert Kloninger, FH-Bund, Fb ÖS.



Marc Simon

## Rechtsextremismus in Schweden

Die Bedrohung der Demokratie im  
politisch – gesellschaftlichen Kräftefeld



## Einleitung

Spätestens seit Ende der neunziger Jahre sorgten in Schweden spektakuläre und äußerst brutale Gewalttaten mit rechtsextremistischen Motiven und die wellenförmige Ausbreitung menschenverachtender Ideologien unter einem verschwindend geringen Teil der jugendlichen Bevölkerung für Aufmerksamkeit in der Gesellschaft sowie im Ausland.

Diese schrecklichen Vorkommnisse waren kein plötzliches Phänomen, sondern entwickelten sich fernab der Mehrheitskultur im beschaulichen sozialdemokratischen Schweden.

Mit dem Aufschwung der rechtsextremen Bewegungen stellte sich die Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung. Über einen langen Zeitraum wurde beiläufig von diversen Aktivitäten der Neonazis Kenntnis genommen, jedoch unterblieb eine kritische Analyse nach den Gründen für die Entstehung dieser Szene. Noch viel weniger jedoch nahmen sich die Regierung, die Sicherheitsbehörden und die Bevölkerung dieser Problematik an.

Es wuchs die Gefahr, daß man ein gefährlich anwachsendes Potential an Rechtsextremisten als politisch unmotivierte Straftäter duldete oder gar eklatant unterschätzte. Selbst eindeutige Zeichen wie brennende Asylunterkünfte wurden nur ungenügend interpretiert, so daß eine dramatische Entwicklung im Bereich der Neonazi-Szene auf lange Zeit die Grundwerte der Demokratie in Frage stellen konnte.

Dabei handelte es sich in Schweden immer um eine kleine, aber äußerst militante Minorität, die in der übrigen Bevölkerung nicht im geringsten auf Unterstützung hoffen konnte.

Die folgenden Kapitel beschreiben die Binnenentwicklung des Rechtsextremismus in Schweden, die aktuelle Situation sowie Hintergrundinformationen. Zur Ursachenproblematik folgt ein sozialer Erklärungsversuch im reformierten Wohlfahrtsstaat.

## 1. Aktuelles Lagebild über den schwedischen Rechtsextremismus

Die Erkenntnislage für das rechtsextremistische Spektrum Schwedens läßt sich nach einem Treffen von Vertretern europäischer Sicherheitsbehörden auf einer Konferenz in Wien wie folgt darstellen:<sup>2</sup>

### 1.1 Parteien

In den letzten Jahren haben es die "Rassisten und Faschisten" in Schweden nicht geschafft – wie etwa in Frankreich oder Österreich –, eine starke Partei aufzubauen.<sup>3</sup> Im Gegensatz zu Norwegen und Dänemark kennt Schweden keinen Rechtspopulismus auf parlamentarischer Ebene.<sup>4</sup> Die wenigen fremdenfeindlich eingestellten Parteien konzentrieren sich überwiegend auf nationale Themen, wie ihre ablehnende Einstellung bezüglich der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik Schwedens.

Kennzeichnend für die wenigen im parlamentarischen Raum existierenden Parteien ist deren machtpolitische Bedeutungslosigkeit.

#### "Sverigedemokraterna" (SD)

Die Schwedendemokraten (SD) wurden im Jahr 1988 gegründet. Bestehend aus 30 örtlichen Vereinigungen und vier Zusammenschlüssen auf Distriktebene wird die Organisation von einem "Nationalen Ausschuß" geleitet. Die Zahl der Parteimitglieder wird mit etwa 150 Personen angegeben.

---

<sup>2</sup> Vgl. ÖSTERREICHISCHES BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: Annual meeting on right-wing extremism, Vienna 14.-15. Oktober 1999.

<sup>3</sup> Vgl. LÖDING, Torge: Schweden – Den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen?, Junge Welt vom 15.9.98, Interview mit Matthias BERNARDSON, Regionalsprecher der Jugendorganisation "Elevkampanjen".

<sup>4</sup> Vgl. STEINFELD, Thomas: Die Schandsäule – Schweden führt seine Nationalsozialisten vor, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 1999.

Im Programm der SD wurde das Hauptziel der Wiedererschaffung eines völkisch - nationalen schwedischen Staates verankert. Demzufolge sei zur Realisierung dieser Zielsetzung die Einführung eines Programms zur Repatriierung geplant. Selbiges sieht für alle Flüchtlinge und Immigranten, die nach 1970 einwanderten, die Wiederverleihung der früheren Staatsbürgerschaft und die anschließende Rückführung in den jeweiligen Heimatstaat vor.

Die parteilichen Aktivitäten konzentrierten sich 1998 auf die Wahl der Gemeindevertretungen. Dabei wurden während des Wahlkampfes ca. 80 Veranstaltungen durchgeführt, welche wiederum häufig in Form von Gegenaktionen durch Personen des linken politischen Spektrums gestört wurden. Diese erforderten dann auch den massiven Einsatz polizeilicher Kräfte. Bei den Kommunalwahlen errang die Partei acht Sitze in insgesamt vier Gemeindevertretungen gegenüber fünf Sitzen bei der Wahl 1994. Bei einem Stimmenzuwachs von 45 Prozent votierten 19.624 Wähler für die rechtsextremen Kandidaten. Wenngleich die SD nicht im schwedischen Reichstag vertreten sind, so verzeichneten sie doch auch beachtliche Erfolge bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Obgleich es ihr nicht gelang, ein Mandat zu erringen, beobachtete man, im Gegensatz zur Wahl 1995, einen beträchtlichen Stimmenzuwachs.

#### **"Konservativa Partiet" (KP)**

Eine untergeordnete Rolle spielt die im Raum Stockholm aktive Konservative Partei (KP), die alternativ zu den Schwedendemokraten im Jahr 1995 unter der Bezeichnung "Hembygdpartiet" gegründet wurde. Die Parteiführung besteht aus Personen mit Neonazi-Vergangenheit. Das Mitgliederpotential wird auf mehrere hundert Personen beziffert.

Da in den letzten Monaten keine Propagandaaktivitäten mehr durchgeführt wurden und sich der Leiter der Partei aufgrund erheblicher finanzieller Probleme aus dem politischen Geschäft zurückziehen wolle, wird der Partei nur noch eine geringe politische Relevanz zugebilligt.

Selbst unter Gesinnungsgenossen im europäischen Ausland bezweifelt man die ernsthafte Chance, daß in absehbarer Zeit

rechte Parteien das politische Geschehen beeinflussen könnten. Vielmehr sieht man in kleinen Gruppierungen ohne parteiliche Bindungen eine Zukunft, die sich für das nationale Bewußtsein einsetzen.<sup>5</sup>

## 1.2. Organisationen

In der rechtsextremen Szene Schwedens agieren einige außerparlamentarische Organisationen, deren Einstellung ebenfalls von Xenophobie und einer besonderen Militanz geprägt ist. Namentlich sind hier folgende Organisationen aktiv:

### **"Nationalsocialistisk Front" (NSF)**

Mit ihren landesweiten Aktionen gilt die Nationalsozialistische Front (NSF) als führende rassistisch-revolutionäre Organisation. Die gemäß britischem Vorbild hierarchisch strukturierte Organisation hat ihren Sitz in Karlskrona. Die Führungsspitze der NSF besteht aus einem Nationalen Führer, einem Propagandaleiter und einem Schatzmeister. Ihnen obliegt die Kontrolle der aus Ortsgruppen, Divisionen und lokalen Kontaktpersonen bestehenden Organisation. Außerdem existiert seit 1997 eine sogenannte SOS - Force. Diese übernimmt, ähnlich den Rollkommandos der deutschen Skinheadszene, bei Demonstrationen und Veranstaltungen den Personenschutz.

Besonders bemerkenswert ist das Vorhaben der NSF, die sich selbst als Partei bezeichnet, bei Wahlen im Jahr 2002 in einigen ländlichen Bereichen anzutreten. In programmatischen Äußerungen brachte sie den Willen zum Ausdruck, die Demokratie mit demokratischen Mitteln abzuschaffen. Daß verfassungsrechtliche Schritte gegen die sich zur Wahl stellende NSF aufgrund dieses sinngemäßen Goebbels-Zitats bisher unterblieben, ist nur aufgrund einer äußerst liberalen schwedischen Definition von Toleranz und Meinungsfreiheit zu verstehen.

Im Jahre 1999 berichteten die schwedischen Medien mehrfach über militante schwerstrafbare Delikte, welche angeblich von Mitgliedern der NSF verübt wurden.

---

<sup>5</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, Franz: Europas Patrioten, 1. Auflage, VGB – Verlagsgesellschaft Berg mbH, Berg am Starnberger See, 2000, S. 51.

### **"Ariska Broedraskapet" (AB)**

Die Arische Bruderschaft AB fand als rassistisch - revolutionäre Gefangenenorganisation erstmalig 1996 Erwähnung. Die Mitgliedschaft in der AB setzt eine rechtskräftige Verurteilung wegen Begehung einer schwerwiegenden Straftat mit rassistischem Hintergrund voraus. Die meisten der etwa 20 Mitglieder der Organisation sitzen derweil noch in Justizvollzugsanstalten. Basierend auf einer militanten Unterstützerszene, zielen gewaltideologische Aktionen der AB, nach dem Vorbild der amerikanischen Bewegung "White Aryan Resistance", hauptsächlich auf Personen des öffentlichen gesellschaftlichen Lebens. So ist der Versuch eines Briefbombenattentats auf die sozialdemokratische Justizministerin Laila FREIVALDS im Jahr 1997 auf einen führenden Funktionär der AB zurückzuführen.

### **"Svenska Motstaands Roerelsen" (SMR)**

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der dritten Ausgabe des Magazins "Folktribunen" wurde die Neugründung der Schwedischen Widerstandsbewegung SMR bekannt. Die Ideologie der Organisation ist gekennzeichnet durch Elemente des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. Hauptsächliches Ziel ist die Produktion und die Verteilung der Publikation "Folktribunen", deren Leiter früher die Führung des militanten "Vitt Ariskt Motstand" (Weißer Arischer Widerstand / VAM) waren. Aufgrund überwiegend rassistischer Textpassagen wurde bereits ein Ermittlungsverfahren wegen ethnischer Agitation eingeleitet.

Über Mitgliederzahlen der Organisation liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Der SMR angeschlossen ist die "Foerbundet foer Nationella Stoedfoeringar" (Vereinigung der nationalen Unterstützerorganisationen / FNS) und die Jugendorganisation "Nationell Ungdom" (NU). Die NU führt u.a. Wehrsportübungen im Freien durch und steht jungen Leuten bis 18 Jahren offen.

Diese Jugendorganisation wird in Zusammenhang gebracht mit einer Aktion im Modernen Museum Stockholm, wobei Werke mit angeblich "entarteter Kunst" von den Ausstellungswänden gerissen wurden. Desweiteren wird drei Mitgliedern bzw. Sympathisanten dieser Organisation nach Presseberichten der Mord an einem Gewerkschafter im Oktober 1999 vorgeworfen.

### **"NS Stockholm"**

Die Gründung der "NS Stockholm" wurde im Herbst 1997 von einer Gruppe vollzogen, welche sich selbst als "opferbereite und aufrichtige Schweden" bezeichnete. Ihr vorrangiges Ziel war die Bildung einer militanten Gruppe zur "Auslöschung von Ideologien und Religionen", welche das Überleben der weißen Rasse sichern sollte. Als Vorbild diente angeblich der Weiße Arische Widerstand (VAM). Im Zusammenhang mit einer geplanten Unternehmensgründung hatte die Organisation das Vorhaben, verschiedene Liegenschaften anzumieten, welches jedoch Antifa-Gruppen verhinderten.

In den Medienberichten wurde die Gruppierung durch die mittelbare Bedrohung eines Journalisten und eines Polizeisprechers bekannt.

### **1.3 Gruppierungen**

Aufgrund zunehmender staatlicher repressiver Maßnahmen ist das rassistisch-ideologische Netzwerk der schwedischen Rechtsextremisten ständigen Veränderungen unterworfen. Dies zeichnet sich insbesondere durch eine starke Fluktuation, durch die Entstehung neuer Gruppen, die Auflösung bestehender Gruppierungen und durch häufige Namensänderungen der Organisationen aus. Das ultra-rechte Lager ist zersplittert, es existieren viele kleine Grüppchen.<sup>6</sup> Da diese meist einen sehr kurzen Bestand haben, ergibt sich ein für die schwedischen Sicherheitsbehörden sehr unübersichtliches Lagebild über die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Gründung der "Nationella Fronten" (Nationale Front / NF) im Jahre 1998 durch die Zusammenführung zweier kleiner Gruppen im mittleren Schweden. Doch beispielhaft für die Entwicklungen in den rechtsextremen Kleinstgruppen waren auch ihre Aktionen nicht von Dauer. Die Spaltung der Nationalen Front führte dann letzt-

---

<sup>6</sup> Vgl. LÖDING, Torge: Schweden – Den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen? , Junge Welt vom 15.9.98, Interview mit Matthias BERNARDSON, Regionalsprecher der Jugendorganisation "Elevkampanjen".

lich zu einer Abwanderung der Mitglieder in andere Vereinigungen.

Viele dieser kleineren Gruppierungen sind nach amerikanischem Vorbild, speziell dem des Ku-Klux-Klan, strukturiert. Dies beinhaltet die Realisierung des "führerlosen Widerstandes", also der Errichtung von Kleinstzellen (meist 3-4 Personen), die unabhängig voneinander operieren.

#### **1.4 Internationale Verbindungen**

Die Verbindungen des schwedischen Neonazi-Netzwerkes ins europäische und außereuropäische Ausland sind auf wenige Zusammenkünfte im Rahmen von Szene-Feierlichkeiten beschränkt.

So gab es die Beteiligung einer schwedischen Delegation zum Rudolf - Heß - Gedenkmarsch 1993 in Fulda. Desweiteren luden die schwedischen Rechtsaußen ihre internationalen Gesinnungsgenossen am 30.11.1993 zu rassistischen Aufmärschen ein.<sup>7</sup>

Unter anderem waren bei einem sogenannten Führertreffen am 17. April 1999 ca. 100-120 Personen schwedischer, deutscher, dänischer und norwegischer Herkunft anwesend. Im Vorjahr wurden diese Treffen in Helsingborg unter dänischer und norwegischer Beteiligung abgehalten. In diesem Zusammenhang erfolgte die Produktion eines Magazins namens "Nordisk Framtid". In der ersten Ausgabe erhielt es die Bezeichnung "Kampfmagazin für Nationalsozialisten in den nordischen Ländern". Verantwortlich zeichneten dafür u.a. die Organisationen NSF und Blood & Honour Scandinavia. So wird dann auch in den Medien über mögliche Kontakte zur Blood & Honour Division Deutschland spekuliert, die der Bundesminister des Innern inzwischen im September 2000 verboten hat.

Auf der Ebene der sich ständig verändernden Gruppierungen war in den letzten Jahren keine konstruktive Zusammenarbeit zu beobachten.

---

<sup>7</sup> Vgl. FROMM, Rainer und KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat - Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Bonn 1994, Verlag Bonn Aktuell, S. 163.



## 2. Propagandaformen

Ein bedeutender Faktor für das Verständnis der Binnenentwicklung des rechtsextremistischen Spektrums im Schweden der neunziger Jahre ist die gewaltige Maschinerie der Propagandamaßnahmen. Diese Aktivitäten liegen zwar nur in der Hand einiger weniger Größen der Szene, dafür ist diese Bündelung der Kräfte aber um so effektiver. Wie in keinem anderen Land Europas nutzten die schwedischen Demagogen die äußerst liberalen Gesetze und Vorschriften. Die geschickt verbreitete Informationsflut von Musikmaterial, Print- und multimedialen Erzeugnissen erzeugte bei den meist jugendlichen Konsumenten eine gewisse "Entimmunisierung" gegenüber der braunen Subkultur.

### 2.1 Die Macht der White Power Music

Die in Schweden aktiven Musikverlage beliefern die gesamteuropäische Szene mit Tonträgern, die teilweise strafbare Textinhalte beinhalten. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, daß beim Aufbau dieser Produktions- und Vertriebsstrukturen die britische Blood & Honour-Bewegung Pate stand.

Die Rivalität zwischen den zwei wichtigsten Strömungen auf dem Markt der White-Power-Industrie führte Anfang der neunziger Jahre zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei der selbst vor Mordversuchen nicht mehr zurückgeschreckt wurde. Namentlich stehen sich bei der Produktion und dem Vertrieb die Nordland-Bewegung und die Plattenfirma Ragnarock Records gegenüber.

#### Nordland

Die Firma Nordland gilt als eine der weltgrößten Produzenten und Vertrieber von rassistischer White-Power-Musik. Nordland suggeriert beim politischen Kampf durch die Propagandaverbreitung eine ablehnende Haltung zur Gewalt.

Die Geschäfte werden meist über den Post- bzw. Internetvertrieb abgewickelt. Dabei finden hunderte von CD's ihre Abnehmer bei schwedischen und ausländischen Bands.

Um die Absätze zu forcieren, arrangiert die Nordland-Bewegung auch die für den Zusammenhalt der Szene so wichtigen Konzerte. Ebenso zeichnet Nordland verantwortlich für die Herausgabe eines vierteljährlich erscheinenden Magazins mit einer Auflage von ca. 2000 Exemplaren. Gleichzeitig betreibt die Firma im Internet das elektronische Newsletter "Frihetsbrevet".

### **Ragnarock Records**

Neben Nordland zählt Ragnarock Records zu den größten internationalen Herstellern von rassistischen Medienerzeugnissen. Durch die Übernahme der Produktionsfirma "NS 88" wurde Ragnarock Records zum größten Nazi-Label Europas.<sup>8</sup> Bis dato wurde die Firma "NS 88" von dem 27-jährigen Brandenburger Marcel SCHILF geführt, der seit Mitte der neunziger Jahre in Schweden lebt.<sup>9</sup> SCHILF wanderte 1980 mit seiner Mutter aus der DDR nach Dänemark aus und stärkte anfangs von dort, später dann in Schweden der rechten Organisation das finanzielle Rückgrat.<sup>10</sup>

Ragnarock Records arbeitet eng mit der britischen Blood & Honour-Bewegung zusammen und hat als Lieferant für den deutschen Markt eine große Bedeutung<sup>11</sup> Sie erfährt außerdem Unterstützung durch die Nazi-Gefangenenorganisation Arische Bruderschaft.<sup>12</sup> Diese plante im Zusammenhang der Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft auf dem Plattenmarkt der White-Power-Musik den Mord an einem führenden Mitglied der Nordland-Bewegung.

---

<sup>8</sup> Vgl. BÄHNER, Andrea, Rechtsextremismus in Schweden, Filmbeitrag in Blickpunkt Europa – Magazin, Südwest Fernsehen vom 8. März 1999, Filmtext: Online im Internet: URL: <http://ard-buffet.de/blickpunkt-europa/archiv/1999maerz/9900308schweden.html>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>9</sup> Vgl. MARKS, Jürgen: Nazi – Rockmusik, Rassismus zum Grölen, Focus Nr.36 / 1999.

<sup>10</sup> Vgl. ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

<sup>11</sup> Vgl. BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ, Abteilung II: Ausland aktuell – Rechtsextremistische Skinheadszenen im Ausland, Sachstandsbericht, November 1998.

<sup>12</sup> Vgl. Online im Internet: URL: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/43/52.htm>, (Stand: 10.1.2000).

## 2.2 Der Markt der Printerzeugnisse

Eine weitere Besonderheit in der schwedischen Medienlandschaft ist die weitestgehend ungehinderte Verbreitung von Printerzeugnissen mit rechtsextremistischen Inhalten.

Das Angebot rechtsradikaler Magazine, welche im liberalen Schweden nicht verboten werden können, stieg innerhalb von zehn Jahren von acht auf 26 Publikationen an. Diese zeichnen sich größtenteils durch ein professionelles Layout aus und sind zudem offen an Zeitungskiosken erhältlich.<sup>13</sup>

## 2.3 Spektakuläre Flugblattaktionen

Die schwedische Neonaziszene bedient sich bei der Verbreitung ihrer extremistischen Ideologien sogar aufwendiger und konventioneller Methoden wie Herstellung und Verteilung von Flugblättern.

Nach eigenen Angaben verteilt die Nationalsozialistische Front NSF jährlich bis zu 60.000 Flugblätter. Über die Abnehmerkreise und die Annahme dieses Gedankengutes liegen keine genauen Erkenntnisse vor.

## 2.4 Die Nutzung des Internet

Aus finanziellen Gründen und zur attraktiveren Darstellung ihrer Ideen und Vorstellungen nutzen Rechtsextremisten auch das Internet. Um der Anforderung eines Lagebildes über die schwedische Neonaziszene gerecht zu werden, wird hier auf eine ausführliche Darstellung der einzelnen Nutzungsmöglichkeiten verzichtet. Auch soll hier nur der Gesichtspunkt der Propaganda und weniger die Vernetzung der unabhängigen Kameradschaften untereinander beleuchtet werden.

Die Zahl einschlägiger Webseiten erhöhte sich von einem halben Dutzend vor noch drei Jahren auf inzwischen knapp 40.<sup>14</sup> So betreiben die größten Organisationen und Musikverlage Inter-

---

<sup>13</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>14</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

net-Homepages, versenden Newsletters über das Netz und versenden NS-Propaganda per E-mail.

So geschehen am Heiligabend 1997, als rund 70.000 Schweden neonazistische Propaganda per E-mail empfangen. Diese enthielten ausländerfeindliche und rassistische Äußerungen und Leugnungen des Holocaust. Als Absender bekannte sich die Organisation Nordland.<sup>15</sup>

Desweiteren existieren noch Internetseiten wie Germanica-Online, The Unofficial Swedish Zone, The Wessel-Site mit z.T. nationalistischen Texten, mythologischen Darstellungen und Links zu anderen rechtsextremen Adressen.

Abschließend bleibt jedoch zu sagen, daß die neuen Medien der rechten Bewegung zwar technische Vorteile und eine größere Verbreitung bieten, ihr aber keine zusätzliche Macht verleihen, denn Medien bedeuten Macht, wenn sie monopolisiert werden. Unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaates und eines ohnehin breitgefächerten Medienangebotes laufen die rechtsextremen Vorstöße in eine "Pluralismusfalle".<sup>16</sup>

### **3. Binnenentwicklung des Rechtsextremismus nach 1990**

Die Entwicklung des Erscheinungsbildes rechtsextremistischer Strukturen, ihres Auftretens in der Öffentlichkeit, ihrer Agitationsformen muß in engem Kontext zu den Entwicklungen der White-Power-Music-Szene in Verbindung mit der äußerst liberalen Auslegung der Presse- und Meinungsfreiheit in Schweden gesehen werden. Bei Betrachtung der Entwicklungen auf dem Plattenmarkt und den damit einhergehenden Formen der braunen Propaganda lassen sich im zeitlichen Zusammenhang die Parallelen erkennen, unter welchen Umständen der Rechtsextremismus im Königreich innerhalb von zehn Jahren zu einer ernst-

---

<sup>15</sup> Vgl. o.V.: 70.000 Schweden erhielten Heiligabend NS-Propaganda per E-mail, Berliner Zeitung vom 27.12.97.

<sup>16</sup> Vgl. o.V.: Proseminararbeit: Medien und Rechtsextremismus, Online in Internet: URL: <http://gfpa.uibk.ac.at/art/0007.htm>, (Stand: 4.1.2000).

haften Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung werden konnte.

### 3.1 Eine Subkultur im Aufbau

Die Szene entwickelte sich weitgehend unbemerkt von der schwedischen Öffentlichkeit, den Sicherheitsbehörden und auch den Medien. Dies erklärt auch den Schreck der schwedischen Bevölkerung, als die Medien Ende der neunziger Jahre die Machenschaften und das Treiben der braunen Handelsimperien aufdeckten.

Fernab jeder öffentlichen oder gar staatlichen Reaktion konnten perfekte Vertriebsstrukturen und Propagandakanäle auf- und ausgebaut werden. Das beschauliche sozialdemokratische Schweden wurde zur Heimstätte der europäischen Neonazibewegung.<sup>17</sup>

Den Durchbruch der rechtsextremen Szene erlebte die aufgeschreckte Öffentlichkeit, als 1993 eine White-Power-Band namens "Ultima Thule" als Auszeichnung drei goldene Platten für hunderttausendfach verkauften Rechtsrock bekam.<sup>18</sup> Diese Band wurde von einer normalen Plattenfirma produziert, und plötzlich konnte rechtsradikale Musik von jedem Jugendlichen gehört, gekauft und gespielt werden. Die Texte sind meist eine Mischung aus Subkultur und gewaltbereiter Ideologie. Das rechte Netzwerk erkannte und nutzte die Möglichkeiten der Verbreitung ihrer Ideen.

So sagte Jonas Nyberg, Sänger einer White-Power-Band:

*"Die Musik bedeutet, daß wir unsere Message rüber bringen können, wir erreichen unheimlich viele Jugendliche, schließen neue Kontakte. Und außerdem machen wir einen Haufen Geld damit und das geht an die Bewegung, davon können wir*

---

<sup>17</sup> ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

<sup>18</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

*Häuser oder Wohnungen kaufen. Es ist einfach die beste Propaganda.*"<sup>19</sup>

In Anbetracht der Tatsache, nun nicht mehr im Untergrund arbeiten zu müssen und sich am millionenschweren Umsatz zu beteiligen, gründeten Bewegungen wie Blood & Honour eigene Musikverlage, um nun die lautstarke Verbreitung der extremistischen Ideen auf dem nationalen Markt voranzutreiben.

Die Köpfe der Szene erkannten, daß mit Produktion und Vertrieb die nötigen finanziellen Mittel für den Ausbau der Organisationen bereitgestellt werden können.

### **3.2 Die Auslandsaktivitäten erreichen den nationalen Markt**

Bislang galt Schweden, als wichtiger Stützpunkt der internationalen Neonazi-Szene, fast ausschließlich als Vertriebsplattform für das meist deutschsprachige Ausland. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß der Vertrieb dieser rassistischen Propagandaprodukte nur dann strafbar war, wenn er sich auf dem schwedischen Markt abspielte.

Jedoch suchte die Szene nach neuen Absatzmöglichkeiten und erkannte schnell, daß organisierte Konzerte der White-Power-Bands zu einer Selektierung des Publikums und zu einer Interessenfilterung führten. Denn man konnte davon ausgehen, daß auf diesen Konzerten die "richtigen" Abnehmer, das primäre Zielpublikum anzutreffen war. Gleichzeitig wurden diese Treffen zum Informationsaustausch und zum Zusammenhalt der Kameradschaften untereinander durch Pflege der lockeren Kontakte genutzt.

Anfangs verlagerte man diese Konzerte noch ins benachbarte Ausland. Hauptsächlich fanden diese Konzerte in Deutschland und in Dänemark statt. So traten schwedische Formationen u.a.

---

<sup>19</sup> BÄHNER, Andrea, Rechtsextremismus in Schweden, Filmbeitrag in Blickpunkt Europa – Magazin, Südwest Fernsehen vom 8. März 1999, Filmtext: Online im Internet: URL: <http://ard-buffet.de/blickpunkt-europa/archiv/1999maerz/9900308schweden.html>, (Stand: 4.1.2000).

am 27.7.1991 in Brandenburg an der Havel auf.<sup>20</sup> Nur sechs Jahre später zählte man auf schwedischem Boden schon 65 Rockfestivals mit Neonazi-Bands.<sup>21</sup>

Erst als Skin - Bands erfolgreich in den Hitparaden vertreten waren und neonazistische Parolen über eigene Radiosender verbreitet wurden, erkannte man langsam, welche gefährlichen Auswirkungen das ungestörte Handeln der Rechtsextremisten hatte.

Denn nach Erkenntnissen der Behörden halfen die Erfolge der Rechts-Rocker, die Finanzierung der braunen Bewegung zu sichern und jugendliche Sympathisanten zu rekrutieren.<sup>22</sup>

Die aktuelle Situation kann so beschrieben werden, daß derzeit 80 % sämtlicher Neonazi-Propaganda in Schweden produziert wird. Dazu gehören vor allem CD's rechtsextremistischer Bands, Videos, Bücher und Zeitschriften. So kann beispielsweise der Nordland Konzern mit einem Umsatz von mehreren Millionen DM aufwarten.<sup>23</sup>

### 3.3 Die Suche nach Öffentlichkeit

Gestärkt durch die Erfolge in der Musikbranche versuchte die Szene dann durch öffentliche Auftritte, durch Gedenkmärsche auf den Straßen Präsenz zu zeigen. Im Rahmen der "Hitlerfeierlichkeiten", der "Rudolf-Heß-Gedenktage", dem Todestag von König Karl XII. und sonstiger Szene - Events versammelten sich Neonazis aus Europa und Nordamerika im Königreich, um gemeinsam Stärke zu demonstrieren. Dabei konnten sogar gelbe Hakenkreuze auf blauem Grund und der Hitlergruß ungestraft in der Öffentlichkeit dargeboten werden, da dies durch die sehr

---

<sup>20</sup> FROMM, Rainer und KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat - Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Bonn 1994, Verlag Bonn Aktuell, S. 163.

<sup>21</sup> KAUFMANN, Bruno: Neonazis setzen auf Schweden, Tages - Anzeiger (Schweiz) vom 9.1.98, Online im Internet: URL: <http://tages-anzeiger.ch/archiv/98januar/980109/152431.HTM>, (Stand: 9.12.1999).

<sup>22</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>23</sup> KAUFMANN, Bruno: Neonazis setzen auf Schweden, Tages - Anzeiger (Schweiz) vom 9.1.98, Online im Internet: URL: <http://tages-anzeiger.ch/archiv/98januar/980109/152431.HTM>, (Stand: 9.12.1999).

liberal ausgelegte Presse- und Meinungsfreiheit in Schweden gedeckt war.

### 3.4 Militanz und Gewalt als Folge staatlicher Repression

Anfang 1998 gingen die schwedischen Sicherheitsbehörden vermehrt dazu über, Skinheadkonzerte zu verbieten und aufzulösen.<sup>24</sup> Durch die Einrichtung eines Frühwarnsystems gelang es der Polizei, Auftritte von Nazigruppen zu verhindern. Im Rahmen von Auflösungen kam es zu spektakulären Massenverhaftungen. Dabei wurden durch die schwedische Polizei Kennzeichen und Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen, Waffen und in einem Fall sogar ein Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt. Durch diese Vorgehensweise wurde die Szene zutiefst verunsichert und beunruhigt. Doch statt einer Eindämmung der Aktivitäten erreichten die staatlichen Maßnahmen das Gegenteil.

Der schwedische Staat wurde von einer extrem gewalttätigen Attentatswelle erschüttert. Ganz offen bedrohten extremistische Organisationen die Regierung.

So sagte Robert WESTLUND, Mitglied der NSF:

*"Wenn die Regierung damit weitermacht, uns Patrioten zu verfolgen, dann werden wir Patrioten in der Nationalsozialistischen Front zu den Waffen greifen, dann wird es einen Bürgerkrieg geben."*<sup>25</sup>

Viking Order, Zeitschrift von Ragnarock Records:

*"Hört auf, uns zu provozieren. (man warnt)...daß die Geduld von Schwedens nationalistischer Jugend bald am Ende ist."*<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ, Abteilung II: Ausland aktuell – Rechtsextremistische Skinheadszenen im Ausland, Sachstandsbericht, November 1998.

<sup>25</sup> BÄHNER, Andrea, Rechtsextremismus in Schweden, Filmbeitrag in Blickpunkt Europa – Magazin, Südwest Fernsehen vom 8. März 1999. Filmtext: Online im Internet: URL: <http://ard-buffet.de/blickpunkt-europa/archiv/1999maerz/9900308schweden.html>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>26</sup> Vgl. o.V.: Der Schatten von Blücher, Antifaschistisches Infoblatt, Online im Internet: URL: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/43/52/htm>.



Bei ihrem Kampf für die "Weiße Macht" wurde von den Nazi-gruppen massivste Gewalt gegen dunkelhäutige Ausländer, Homosexuelle und prominente Andersdenkende ausgeübt.<sup>27</sup> So gaben bei Umfragen ein Drittel aller homosexuellen Männer an, im Jahr 1999 Opfer von Gewaltakten gewesen zu sein. Anfang der achtziger Jahre lag dieser Prozentsatz noch bei zehn Prozent.<sup>28</sup> Daneben wurden noch zahlreiche weitere Delikte polizeilich erfaßt, über die zum Teil nicht oder nur beiläufig in den Medien berichtet wurde.

In einer polizeilichen Statistik werden für das Jahr 1998 insgesamt 940 Straftaten mit einschlägigen rechtsextremistischen Motiven aufgelistet. An der Spitze liegen dabei Delikte wie die sogenannte "ethnische Agitation", "vorsätzliche Sachbeschädigung" und das Aufbringen von Graffiti mit 627 Fällen.

Mithin war auch eine drastische Zunahme der Sachbeschädigungen an Flüchtlingsunterkünften, Gewerkschaftsbüros und anderen Interessenvertretungen zu verzeichnen.

Dies war jedoch nur der Beginn einer neuen zweifelhaften Qualität der gesteigerten Gewaltbereitschaft in der rechtsextremen Szene Schwedens.

### **3.5 Die Ausprägung terroristischer Ansätze in den Jahren 1998/1999**

Stieg LARSSON, Buchautor und Journalist, Extremismusexperte:

*"Der Neonazi-Terror hat eine neue Dimension erreicht. Und Schweden ist das ideologische Zentrum der Rechtsradikalen in Europa. Die Gewalt wird auch bald andere Länder erreichen."*<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> o.V.: Neonazis versetzen Schweden mit Attentatswelle in Angst, Online im Internet: URL: <http://www.newswindow.ch/artikel/-991025/991025w15.html>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>28</sup> Vgl. o.V.: Rechtsextreme Überfälle auf homosexuelle Schweden immer brutaler, Kleine Online (Österreich) Graz vom 22. Oktober 1999, Online im Internet: URL: <http://www.gayserver.de/neo-swed.html>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>29</sup> ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

Laila FREIVALDS, Justizministerin:

*"Wir haben den politischen Terrorismus im Land."<sup>30</sup>*

Helene LÖÖW, Extremismusforscherin:

*"Der Terror hat eine neue Ebene erreicht."<sup>31</sup>*

Kurdo BAKSI, Redakteur des Anti-Rassismomagazins Expo:

*"Es hat sich in Schweden herumgesprochen, daß man für seine Ansichten getötet werden kann."<sup>32</sup>*

Drohbrief von Neonazis an Sten AXELSSON, Kriminalinspektor:

*"Es ist an der Zeit für sie, zu erfahren, daß sich Patrioten wehren können wie Männer."<sup>33</sup>*

Garfield, (Nickname) Kommentar im THULE-Netz:

*"Der nationale Widerstand in Schweden hat sich offenbar entschlossen, die staatlichen Maßnahmen nicht mehr über sich ergehen zu lassen. Einige erfolgreiche Anschläge wurden bereits vermeldet. (...) Ein Gewerkschafter sorgte dafür, daß ein Nationalist seine Arbeit verlor und verlor dafür selbst sein Leben."<sup>34</sup>*

Diese Zitate sind kennzeichnend für die dramatische Entwicklung seit 1998. Zu diesem Zeitpunkt etwa ging die militante Neo-nazi-Szene Schwedens dazu über, gezielte Aufbaumaßnahmen für die Errichtung unabhängiger terroristischer Kleinstgruppierungen einzuleiten. Nach Vorbild des amerikanischen Ku

---

<sup>30</sup> ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>31</sup> GAMILLSCHEG, Hannes: Tödliche Schüsse für "White Power", Die Presse (Wien) vom 3.11.1999, Online im Internet: URL: [http://www.gayserver.de/neo\\_swed.html](http://www.gayserver.de/neo_swed.html).

<sup>32</sup> GOLDSMITH, Belinda: Unterwanderung öffentlicher Stellen geplant – Rechtsradikale stellen Schweden vor ein Dilemma, Reuters, Online im Internet: URL: [http://www.orf.at/orfon/991101-22371/-22374txt\\_story.html](http://www.orf.at/orfon/991101-22371/-22374txt_story.html), (Stand: 4.1.2000).

<sup>33</sup> ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>34</sup> GARFIELD (Nickname): Nationaler Widerstand in Schweden – Das schwedische Modell, Kommentar im Thule-Netz, Online im Internet: URL: [http://www.thulenet.com/meldung/schweden\\_01.htm](http://www.thulenet.com/meldung/schweden_01.htm), (Stand: 4.1.2000).

Klux Klan setzten die schwedischen Rechten auf spontanen und dezentralen organisierten Terrorismus.<sup>35</sup>

Mit aller Entschlossenheit wurde der Aufbau einer für den terroristischen Kampf unabdingbaren Logistik geplant und realisiert. Während dieser Aufbauphase beschaffte man durch zum Teil spektakuläre Überfälle die nötigen finanziellen Mittel, Waffen und Sprengstoff. Während der militärischen Ausbildung wurden systematisch Angaben über die persönlichen Verhältnisse der möglichen politischen Gegner in sogenannten Listen von "besonders interessanten Personen" gesammelt und im Internet bzw. in gedruckten Kampfpostillen veröffentlicht.

So wurden nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 27. September 1998 bei einem bewaffneten Überfall auf ein Regiment des schwedischen Heeres in Straengnaes 12 Maschinengewehre und ca. 40 volle Magazine erbeutet. Die bereits rechtskräftig verurteilten Täter waren als aktive Skinheads bekannt. Ein Teil der Beute blieb bis heute unauffindbar.

Am 28. Mai 1999 wurden bei einem bewaffneten Überfall auf eine Bankfiliale in Kisa umgerechnet etwa 600.000 DM erbeutet. Bei der anschließenden Flucht gerieten die Täter in eine Straßensperre der Polizei. Im weiteren Tatverlauf gelang es den maskierten Tätern die Polizeibeamten zu entwaffnen und zwei von ihnen durch Schüsse in den Nacken aus kurzer Distanz zu töten. Ein weiterer Beamter wurde dabei schwer verletzt. In der Urteilsbegründung der verurteilten Straftäter wurde ausdrücklich auf die ungewöhnliche Grausamkeit in Verbindung mit der Einstellung zum bewaffneten rechtsextremistischen Kampf hingewiesen.<sup>36</sup>

Am 28. Juni 1999 wurden ein Journalist und sein achtjähriger Sohn Opfer eines Bombenanschlags. Der Sprengsatz detonierte beim Besteigen seines Fahrzeugs. Beide Personen wurden durch die Sprengkraft, die nach Polizeiangaben ausgereicht

---

<sup>35</sup> Vgl. ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

<sup>36</sup> Vgl. BOMBOSCH, Frederik: Schwedische Neonazis zu lebenslanger Haft verurteilt, Berliner Zeitung vom 19.1.2000.

hätte mehrere Menschen zu töten, durch die Luft geschleudert und durch Splitter schwer verletzt. Im Vorfeld waren der Journalist und seine Lebensgefährtin, nach Enthüllungen aus dem Neonazi-Milieu über das Geschäft mit "White Power Music" und zuletzt über Neonazis unter Schwedens Wehrpflichtigen, mehrfach bedroht worden.<sup>37</sup> Beide arbeiten unter dem Pseudonym KARLSSON bei der antifaschistischen Zeitung Expo. KARLSSONS Name stand ebenfalls auf einer Liste besonders gefährdeter Personen.

Vorläufiger Höhepunkt einer Serie unglaublich brutaler Mordanschläge war der Mord an dem Gewerkschafter Björn SÖDERBERG am 12. Oktober 1999. Das Opfer wurde an der Wohnungstür mit sechs Schüssen in den Kopf tödlich verletzt. Zuvor enttarnte SÖDERBERG einen Vertrauensmann des Gewerkschaftsverbands SAC als Redakteur der rechtsextremen Kampf-postille "Info 14". Nach der Entlassung des Neonazis wurde das spätere Opfer über den Vertriebskanal von "Info 14" auf eine sogenannte Todesliste gesetzt.<sup>38</sup>

Als Folge der beispiellosen Reaktion und Anteilnahme der schwedischen Bevölkerung detonierten noch Sprengsätze vor einem Gewerkschaftshaus in Gävle und am Haus eines bekannten Liedermachers. Ein Briefbombenanschlag auf die Justizministerin Laila FREIVALDS konnte vereitelt werden.

Die Aufzählung der Personen auf den kursierenden "Todeslisten" erschöpft sich nicht in der Bedrohung von Einwanderern, Linken, Intellektuellen, Kulturschaffenden, Journalisten, Homosexuellen, Polizisten, Richtern, Staatsanwälten, Politikern und anderen Prominenten. Die Eskalation der Gewaltverbrechen, so ist man sich in Schweden einig, ist längst keine Bedrohung gegen Einzelpersonen mehr, sondern stellt einen Angriff auf die Repräsentanten der Staatsmacht und der Demokratie dar.

---

<sup>37</sup> Vgl. GAMILLSCHEG, Hannes: Bombenanschlag auf Nazijäger – Journalist in Schweden schwer verletzt, Frankfurter Rundschau vom 30.6.1999.

<sup>38</sup> Vgl. GAMILLSCHEG, Hannes: Tödliche Schüsse für "White Power", Die Presse (Wien) vom 3.11.1999, Online im Internet: URL: [http://www.gayserver.de/neo\\_swed.html](http://www.gayserver.de/neo_swed.html).

### 3.6 Militanz oder Terrorismus – ein definitorischer Spielraum

Bei den schwedischen sowie anderen europäischen Sicherheitsbehörden stellte man sich bei der Beurteilung der dramatischen Situation im Königreich die Frage, ob diese gewalttätigen Aktionen der schwedischen Rechten schon unter dem Begriff des Terrorismus zu subsumieren sind oder hier Einzeltäter ohne genauere Zielvorstellungen handeln.

Die Grenzen zwischen noch nicht-terroristischer Militanz und terroristischen Aktivitäten sind fließend. Der definitorische Spielraum wird durch Häufigkeit und Intensität der Terrorakte, deren Publizität und Bedrohlichkeit bestimmt. Entsprechend fällt professionellen Beobachtern eine gewisse Definitionsmacht zu.<sup>39</sup>

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden haben sich auf eine Arbeits-Definition geeinigt. Danach ist der Terrorismus der systematische, aus dem Verborgenen geführte Kampf für politische Ziele mittels Anschlägen, die den in §129a Abs.1 StGB aufgeführten Straftaten entsprechen oder mit diesen vergleichbar sind.

Bei einem Vergleich der Erscheinungsformen der Gewaltanwendung lassen sich diese Aktivitäten durchaus unter der Definition subsumieren.

Der systematische Kampf wäre zu bejahen, wenn die Fokussierung auf die Opfer ganz gezielt und nach einem bestimmten Muster begangen worden wäre, sich die Anschläge also nicht zufällig gegen Unbeteiligte richteten. In der Tat wurden die Opfer nach dem System der frei zugänglichen "Todeslisten" als Gegner der Bewegung definiert und ausgewählt. Es handelte sich dabei um exakt festgelegte Personen, die im Vorfeld des Attentats die Interessen der Neonazis negativ tangierten.

Der Tatbestand des Verborgenen wäre gegeben, wenn die Täter in klandestinen Strukturen und autarken Ebenen agieren würden. Tatsächlich werden die Straftaten in voneinander un-

---

<sup>39</sup> BACKES, Uwe u. JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 333.

abhängigen Kleinstzellen, deren Zugang Außenstehenden verwehrt bleibt, geplant und ausgeführt.

Als politische Ziele können sowohl die Aushöhlung der bestehenden gesellschaftlich-politischen Ordnung<sup>40</sup> als auch die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates<sup>41</sup> gelten. Da die Zielpersonen der Anschläge die demokratisch legitimierte Regierung, die vollziehende Gewalt, die verfassungsrechtlich geschützte Pressefreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Meinungsfreiheit verkörpern, ist die politische Zielsetzung in Form einer Verneinungs- und Zerstörungshaltung<sup>42</sup> in jedem Fall gegeben. Trotz einer fehlenden Ordnungsalternative und trotz fehlender Vorstellungen über eine Verbesserung gegenüber dem verhassten System stellt die äußerst gewalttätige Bekämpfung der bestehenden Ordnung eine politische Zielrichtung dar – die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung. Dabei ist es nach h. M. unerheblich, ob die gewalttätigen Kämpfer eine "höhere Theorie" verfolgen. Denn ihr Ziel ist es, durch die unberechenbare und überraschende Verbreitung von Furcht und Schrecken eine Destabilisierung des politischen Systems zu erreichen. Dabei zählt weniger das direkte Opfer als vielmehr die breitere Wirkung auf die ganze gegnerische Gruppe, die eingeschüchtert, gelähmt und gefügig gemacht werden soll. Das Streben nach Publizität ist deshalb ein wesentliches Merkmal des Terrorismus.<sup>43</sup>

Die in § 129a aufgeführten Straftaten sind u.a. die Mord- und Totschlagsdelikte, Brandstiftung und das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen. Wie bereits im vorherigen Beitrag dargestellt, handelte es sich bei den begangenen Straftaten in der Tat um die aufgeführten Delikte.

---

<sup>40</sup> NOHLEN, Dieter: Wörterbuch Staat und Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 779.

<sup>41</sup> BACKES, Uwe u. JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 333.

<sup>42</sup> Dr. KLEIN, Kurt: Gewalt und Terrorismus - Die geistigen und politisch-sozialen Ursachen des deutschen Terrorismus, Texte zur inneren Sicherheit.

<sup>43</sup> HOBE, Konrad: Zur ideologischen Begründung des Terrorismus.

Mithin können bei allen gegebenen Unterschieden zu anderen Erscheinungsformen die brutalen Gewaltverbrechen in Schweden als eine Form des Rechtsterrorismus bezeichnet werden.

#### **4. Die politisch-sozialen Ursachen dieser Binnenentwicklung**

Bei dem Versuch einer Erklärung der Hintergründe der dramatischen Entwicklung wird deutlich, daß es sich hierbei nicht um ein kompliziertes Gebilde von Entstehungsursachen bzw. ein nicht vorhersehbares oder gar unvermeidbares Phänomen im sozialdemokratischen Schweden handelt, sondern bei gezielter Interpretation einiger Indikatoren durchaus in einem früheren Stadium hätte unterbunden werden können.

Bei der Analyse der Entwicklungsphasen des rechtsextremistischen Potentials fällt immer wieder auf, daß eine äußerst liberale Gesetzgebung, eine sehr wertneutrale vollziehende Gewalt und eine geradezu naive Toleranz<sup>44</sup> der schwedischen Justiz die Neonazi-Szene gedeihen ließen.

##### **4.1 Der Liberalitätsbegriff der gesetzgebenden Gewalt**

Neben den in der deutschen Rechtspflege bekannten einschlägigen Rechtsnormen sind im schwedischen Strafgesetzbuch auch strafbare Handlungen aus rassistischen Motiven verankert. So sieht beispielsweise der Art. 29 § 2 Nr.3 eine Erschwerung der Umstände vor, wenn die Straftat aus rassistischen Gründen begangen wurde.<sup>45</sup>

Jedoch wurden in der Vergangenheit die Grenzen der schwedischen Gesetze deutlich, als schwedische Neonazis mit Hitlergruß und Hakenkreuz aufmarschieren konnten, da die Meinungsfreiheit im schwedischen Grundgesetz sehr großzügig verankert ist.

---

<sup>44</sup> DUDDE, Lasse: Braunes Eldorado, Die Woche vom 9. Dezember 1999.

<sup>45</sup> Vgl. BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: Strafrechtsnormen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, Juni 1997.

Auch ist der Privatbesitz von volksverhetzenden Schriften und Musikträgern durch die Publikationsfreiheit gedeckt. Selbst der Vertrieb dieser Produkte ins Ausland war völlig legal. Gelangten diese Materialien dann doch auf den heimischen Markt, so war der Straftatbestand der Volksverhetzung nach zwölf Monaten verjährt.<sup>46</sup>

Der Journalist und Schriftsteller Jan Guillou sagte dazu: "Wir leben einen ziemlich schizophrenen Liberalitätsbegriff, (...) bei den Rechtsradikalen gibt es hier fast amerikanische Verhältnisse: anything goes."<sup>47</sup>

Bei der Duldung von menschenverachtenden Äußerungen jedenfalls kann keineswegs von einer abwehrbereiten Demokratie im Sinne des deutschen Grundgesetzes die Rede sein. Um nun die Welle der Gewalt einzudämmen, denkt auch die Justizstaatssekretärin Kristina RENNERTEDT offen über eine Reform der Gesetze nach.<sup>48</sup>

## 4.2 Versäumnisse der schwedischen Regierung

Den Großteil der Kritik mußte sich jedoch die schwedische Exekutive ob ihrer jahrelangen passiven Haltung<sup>49</sup> und ihrem gelähmten Verhalten gegenüber den Neonazi-Machenschaften<sup>50</sup> gefallen lassen.

Aufgrund der hohen Wertung der Versammlungsfreiheit als Schlüsselfunktion der Demokratie konnten die rechtsextremen Organisationen Aufmärsche zelebrieren, sich neu gründen, ohne jemals von einem drohenden Verbot beschnitten zu werden.

---

<sup>46</sup> Vgl. ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

<sup>47</sup> DUDDE, Lasse: Braunes Eldorado, Die Woche vom 9. Dezember 1999.

<sup>48</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>49</sup> Vgl. KAUFMANN, Bruno: Neonazis setzen auf Schweden, Tages – Anzeiger (Schweiz) vom 9.1.98, Online im Internet: URL: <http://tagesanzeiger.ch/archiv/98januar/980109/152431.HTM>.

<sup>50</sup> ERTEL, Manfred: Schweden - Blond mit braunen Wurzeln, Der Spiegel 51 / 1999.



Schwere Vorwürfe wurden auch der schwedischen Sicherheitspolizei SAEPO gemacht, die noch 1998 in ihrem Jahresbericht schrieb, daß der braune Terror "keine reelle Bedrohung gegen den Staat"<sup>51</sup> darstelle. Demnach wurde die Gefahr eklatant unterschätzt und Rechtsradikale als pubertierende oder betrunkenen Heranwachsende verharmlost, ihre Taten als Vergehen unpolitischer Natur dargestellt.

Heftige Medienschelte wegen "Verharmlosung der Gefahr von rechts" handelte sich die SAEPO ein, nachdem ihr Chef Anders ERIKSSON ausdrücklich bestritt, daß die äußersten Rechten eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches seien. Währenddessen wurden militante Tierschützer auf die Prioritätenliste des Dienstes gesetzt, da sie mit ihren Aktionen gegen Pelztierfarmen als Gefahr für die "vitalen Interessen" des Landes galten.<sup>52</sup>

Mittlerweile wurde die Bedrohung durch rechtsextreme Aktivitäten als ernstzunehmende Gefahr erkannt und einem Antrag auf Aufstockung des Personals der Sicherheitspolizei stattgegeben.

Eine weitere Besonderheit ist das sogenannte Öffentlichkeitsprinzip. Das Mittel der offenen Gesellschaft ist die Transparenz: die Öffentlichkeit des versteuerten Einkommens, des Vorstrafenregisters, der allgemeine Zugang zu Kraftfahrzeugstellen, Katasterämtern, Meldebehörden. Erwiesenermaßen konnten die geistigen Brandstifter des Mordes am Gewerkschafter SÖDERBERG die persönlichen Daten bei der Meldebehörde erfragen, um sie anschließend in die sogenannte Todesliste einzubringen.

Mithin hätte eine gängige Praxis nach dem Vorbild des, vom Datenschutz gesicherten, deutschen Systems in den Meldebehörden die Angst der Bevölkerung vor unkontrollierter Datenweitergabe gemindert, abgesehen davon, daß Gegner es zu ihren Zwecken mißbrauchen können.

---

<sup>51</sup> Vgl. ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999.

<sup>52</sup> Vgl. o.V.: Rechtsextreme Überfälle auf homosexuelle Schweden immer brutaler, Online in Internet: URL: [http://www.gayserver.de/-neo\\_swed.html](http://www.gayserver.de/-neo_swed.html), (Stand: 4.1.2000).

### 4.3 Die Toleranz der schwedischen Justiz

Im schwedischen Königreich heißt der Strafvollzug "Kriminalpflege", gilt als international wegweisendes Beispiel und führte in der Vergangenheit doch zu abwegigen Resozialisierungsmaßnahmen.

So konnten im Rahmen eines pädagogischen Angebotes inhaftierte Gewaltverbrecher auf eigenen Wunsch am renommierten schwedischen Reichstheater ein Stück mit dem Titel "7:3" einstudieren, welches durchdrungen war von rechtspopulistischer Propaganda. Mit dem sozialdemokratischen Ansatz der Resozialisierung durch Kunst durften die Häftlinge sogar eine landesweite Tournee organisieren. Dabei kam es dann zwischen zwei Bühnenauftritten in Kisa zu dem bereits erwähnten, von inhaftierten Schauspielern durchgeführten spektakulären Bankraub, in dessen Folge zwei Polizisten durch Genickschuß getötet wurden.<sup>53</sup>

In einem Programm der Stadt Stockholm wurde ein Jugendzentrum für "gefährdete Skinheads" gegründet mit der Möglichkeit, die jungen Männer – auf eigenen Wunsch – als Zeitungsmacher auszubilden. In der Folge konnten die Resozialisierten ab 1994 mit professionellen Hetzzeitschriften im Vierfarbdruck aufwarten.

Ebenfalls im Jahre 1994 erhielten 30 besonders aggressive Skinheads die Chance, einige Wochen in einer schwedischen Elite-Militäreinheit zu verbringen. Statt des Aggressionsabbaus erhielten sie eine Gratis-Waffenausbildung.<sup>54</sup>

Mittlerweile gehören diese sozialpolitischen Auswüchse der Vergangenheit an, doch sind ihre Aufzählung an dieser Stelle unabdingbar für das Verständnis der problematischen Entwicklung, in der eine derart naive Toleranz die Neonazi-Szene so üppig hat blühen lassen, daß sie zur Bedrohung der gesamten Gesellschaft wurde.

---

<sup>53</sup> Vgl. DUDDE, Lasse: Braunes Eldorado, Die Woche vom 9. Dezember 1999.

<sup>54</sup> ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000, S. 12.

#### 4.4 Geringe Geschichtskennntnis trotz eines hohen Bildungsetats

Das erschreckende Ergebnis einer Studie, welche im Auftrag der schwedischen Regierung durchgeführt wurde, machte erhebliche Wissenslücken bei Schülern bezüglich des Dritten Reiches deutlich.

Obwohl Schweden zu den Ländern mit den höchsten Bildungsausgaben gehört – 7,3% des Bruttoinlandsprodukts in 1993 bei einem europäischen Durchschnitt von 5,8%<sup>55</sup> - hatten fast ein Drittel der befragten Schüler kaum Kenntnis von der Rolle Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1945 und bezweifelten, daß es den Massenmord am jüdischen Volk überhaupt gegeben hat.

Mehr als die Hälfte der 8000 interviewten Schüler gab an, daß sie die Demokratie nicht für das beste Gesellschaftssystem hielten und die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge zuviel sei.<sup>56</sup>

Gerade im Bereich der Bildung liegt der Nährboden, der später dem Rassismus freie Bahn verschafft und in einer gesteigerten Xenophobie unter Schwedens Jugendlichen mündet.

Dies könnte durchaus zum Teil die Erfolge der "White-Power-Bands" mit ihren rassistischen Textinhalten erklären, welche es sogar bis in die Verkaufscharts der Unterhaltungsindustrie schafften.

#### 5. Die These vom sozialen Faktor als Entstehungsursache von Gewalt

In der Vergangenheit wurde in Schweden darüber diskutiert, ob die rechtsextremen Auswüchse im Zusammenhang mit der

---

<sup>55</sup> Vgl. EUROPAPARLAMENT: Die Sozial- und Beschäftigungspolitik in Schweden, Juni 1997, Online im Internet: URL: <http://www.europarl.eu.int/dg4/wkdocs/soci/w13/de/summary.htm>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>56</sup> Vgl. BORCHERT, Thomas: "Sieg Heil"- Rufe auf den Straßen Schwedens, Pirmasenser Zeitung vom 27. Juni 1997, Online im Internet: URL: <http://www.pz.pirmasens.de/news/97/politik/970627/neonazis.html>, (Stand: 10.1.2000).

schweren Wirtschaftskrise Anfang der neunziger Jahre und den Auswirkungen des Zusammenbruchs des hochgezüchteten Wohlfahrtsstaates<sup>57</sup> Fuß fassen konnten. Denn in der Tat hatte eine hohe Arbeitslosenrate unter Schwedens Jugendlichen den sozialen Frieden im Lande strapaziert. Dies belegt auch die Tatsache, daß es sich bei den Rechtsextremen um eine kleine, äußerst gewaltbereite Minderheit handelt, die keinerlei Rücken- deckung und Unterstützung in der übrigen Bevölkerung genießt. Diese Minorität könnte demnach aus einer Situation der Unzu- friedenheit und in Verbindung mit einem überproportional hohen Asylbewerberzugang die Schuld an dieser Misere in ande- ren Bevölkerungsgruppen sehen. Tatsächlich wurden im bevölkerungsarmen Schweden 1992 etwa 83.200 Asylbewerber aufgenommen, während in Frankreich nur ca. 26.800 Personen Asyl fanden.<sup>58</sup>

Mit der Thematik der Ansätze zur Erklärung extremistischer Ein- stellungen und Verhaltensweisen befaßten sich die Politologen Uwe BACKES und Eckhard JESSE und stellten den Zusammen- hang zwischen der Entstehung von Extremismus und den sozia- len Strukturen des betreffenden Personenkreises dar. Dabei las- sen sich durchaus die Ursachen für die Entwicklung dieser menschenverachtenden Ideologien bei einem Teil der Bevöl- kerung erklären.<sup>59</sup>

Es ist jedoch anzumerken, daß es sich dabei lediglich um die Darstellung von Parallelen in Theorie und Praxis handeln soll, denn trotz des großen Klärungsbedarfs existieren noch keine hinreichenden empirischen Untersuchungen. Die Ausführungen entbehren daher eines wissenschaftlichen Beweises für die schwedische Entwicklung des Rechtsextremismus.

---

<sup>57</sup> EBERAN, BARBRO: Das schwedische Volksheim präsentiert die Rech- nung, Berliner Morgenpost vom 19. November 1996, Online im Inter- net: URL: <http://archiv.berliner-morgenpost.de/bm/-archiv1996/961119/blickpunkt/story00.html>, (Stand: 4.1.2000).

<sup>58</sup> Vgl. o.V.: Asylbewerberzahlen in den europäischen Nachbarstaa- ten, Online im Internet: URL: <http://www.hausarbeiten.de/-archiv/politologie/pol-innenpolitik.shtml>, (Stand: 10.1.2000).

<sup>59</sup> Vgl. BACKES, Uwe u. JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 198.

Die Autoren sehen politische Einstellungen als ein Produkt, welches durch vielfältige Faktoren, wie Erfahrungen in der Familie, dem Erziehungsstil der Eltern, den vermittelten Wertvorstellungen und den außerfamiliären Kontakten beeinflusst wird. Dabei ist es bei der Beurteilung der persönlichen sozialen Situation des einzelnen entscheidend, wie die gleiche objektive Beschaffenheit der sozialen Verhältnisse wie auch deren subjektive Wahrnehmung von dem jeweiligen Individuum interpretiert wird. So kann eine hohe Zahl an Einwanderern für eine Bevölkerungsgruppe als soziale Benachteiligung angesehen werden, während eine andere dies als multikulturelle Bereicherung empfindet.

Im Zusammenhang mit unerfüllten Erwartungen und Bedürfnissen entsteht so in einer Minderheit der Gesellschaft eine Frustration. Diese Frustration ist auf eine empfundene Benachteiligung und soziale oder politische Ungerechtigkeit zurückzuführen. Eine Randgruppe fühlt sich vom Staat und seinen Repräsentanten in ihrer Situation nicht mehr ernst genommen, obwohl die Regulierung des betreffenden Anliegens als Verantwortung des Staates angesehen wird. Dieses Problem von zentraler Bedeutung wird zudem noch von einem Großteil der Bevölkerung anerkannt. Die Erkenntnis der Problematik des zusammengebrochenen Wohlfahrtsstaates war nicht nur in den Augen der Benachteiligten, sondern in der Mehrheit der schwedischen Bevölkerung gegeben.

Die in ihrem subjektiven Empfinden ungerecht behandelten Minderheiten bilden dann als eine Form der Interessenfilterung sogenannte Subkulturen mit dem Anspruch, sich von der Mehrheitskultur abzuschotten, alternative Medien zu strukturieren, autonome Organisationen zu gründen. Ohne dabei gänzlich die Verbindungen zur Außenwelt zu kappen, waren diese Erscheinungen auch in Schweden zu beobachten.

Die Autoren beschreiben die Entstehung militanter oder gar terroristischer Formen der politischen Aktivierung als die Folge tiefer Unzufriedenheit. Demnach wirken radikale Minoritäten den erfolglosen Bemühungen auf politischer Ebene mit einer militanten Strategie der systematischen Gewaltanwendung entgegen. Mit der Erkenntnis der Fruchtlosigkeit der Bemühun-

gen werden andere Formen der Auseinandersetzung mit dem System in Betracht gezogen.

Zweifellos ist auch in Schweden eine Subkultur entstanden, welche eine politische Heimat und eine neue gesellschaftliche Kultur für bestimmte jugendliche Gruppen darstellte. Daher bleibt als Ergebnis festzuhalten, daß mit der längerfristigen Abschottung einer gesellschaftlichen Gruppe mit politischer Zielrichtung aller Wahrscheinlichkeit nach eine extremistische Ideologie kultiviert werden dürfte.

Diese Erkenntnis ist für die Beurteilung künftiger Entwicklungen unabdingbar und sollte mit weiterhin nötigen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen hinsichtlich der Zusammenhänge von sozialen Strukturen und der Entwicklung des Rechtsextremismus in Schweden als Indikatoren in ein Frühwarnsystem mit eingebunden werden.

Abschließend bleibt noch festzuhalten, daß es sich immer nur um einen harten Kern einer äußerst gewaltbereiten Minderheit unter Schwedens Jugendlichen handelt. Doch kann bei der Gratwanderung zwischen Systemgegnerschaft und Systemloyalität der soziale Faktor eine entscheidende Rolle für die Entwicklung einer Gesellschaft spielen.

## **6. Der öffentliche Aufstand in Gesellschaft und Medien**

Als Beweis für die Zivilcourage gingen im Oktober 1999 zehntausende Menschen in zwanzig Städten des Königreiches auf die Straße, um gegen die Gefahr des Rechtsextremismus zu demonstrieren. Als Reaktion auf den brutalen Mord an dem Gewerkschafter SÖDERBERG riefen Parteien und Gewerkschaften dazu auf, ein Zeichen gegen die Bedrohung der Demokratie zu setzen. Vor dem Hintergrund, daß sich in einer Umfrage 69% der Befragten für ein Verbot rassistischer Organisationen aussprach, hielt es eine überwältigende Mehrheit für notwendig, daß eine wachsame Gesellschaft nicht durch ihr Schweigen die Entwicklung der rechtsextremen Umtriebe dulde und dadurch indirekt Zustimmung signalisiere.

Eindringlich warnte der Chef der SACO, der Zentralorganisation der schwedischen Akademiker, Anders LÖNNEBERG:

*"Laßt uns unsere Stimmen erheben. Denn Schweigen ist die Sprache der Diktatur – das Sprechen die der Demokratie."*<sup>60</sup>

In einem bisher beispiellosen publizistischen Auftritt trugen die Medien, ob ihrer besonderen Funktion als aufklärende und informierende Seite, mit ihren Mitteln dazu bei, den Rechtsstaat symbolisch zu verteidigen. Die vier größten Tageszeitungen des Landes, die liberale "Dagens Nyheter", das linke "Aftonbladet", das konservative "Svenska Dagbladet" und das Boulevardblatt "Expressen" druckten Ende November synchron auf der Titelseite einen Text "Bedrohung der Demokratie". Berichtet wurde über Einschüchterungsversuche der Neonazis an Polizisten und Staatsanwälten. Hinzu kam die Abbildung und die volle Namensnennung von 62 Rechtsextremisten.<sup>61</sup>

Dieser symbolische Akt der Errichtung einer modernen Schandsäule war nach Angaben der vier Chefredakteure die Stunde des öffentlichen Aufstands, die Verteidigung der schwedischen Gesellschaft. Die Reaktion war überwältigend: Tausende Leserbriefe erreichten die Redaktionen. Das Volk dankte seiner Presse mit Worten wie: "Heute gewann ich den Glauben an Schweden zurück."<sup>62</sup>

## 7. Schlußbetrachtung

Auch wenn es dem Rechtsextremismus in Schweden nie gelang, größere Teile der Bevölkerung gegen die Demokratie zu mobilisieren, so zeigte die Entwicklung dennoch, daß eine radikale, kleine Minderheit in der Lage ist, die Werte der Demokratie, die verfassungsmäßige Ordnung zu gefährden. Nämlich dann, wenn es die Feinde der Demokratie verstehen, die ihnen zur

---

<sup>60</sup> HASSELBERG, Sven: Schweden – Niemals schweigen, Focus 44 / 1999.

<sup>61</sup> DUDDE, Lasse: Braunes Eldorado, Die Woche vom 9. Dezember 1999

<sup>62</sup> HASSELBERG, Sven: Schweden – Neonazis an den Pranger, Focus 49 / 1999.

Verfügung stehenden Mittel so auszuschöpfen, daß die Verfassung ihre eigenen Werte unterminiert.

So ist es für einen demokratischen Verfassungsstaat wie Schweden unabdingbar, daß sich die Gesellschaft zu ihren obersten Wertprinzipien bekennt und diese auch nicht zur Disposition gestellt wissen will. Es hat sich gezeigt, daß eine durch die Pressefreiheit geschützte Medienlandschaft ein großes Potential an Staatsbürgern für die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates mobilisieren kann.

Im Rahmen der Ursachenproblematik sind sowohl die gravierenden Versäumnisse der liberalen Politik, der geradezu schläfrigen Reaktion der Bevölkerung als auch die Biographien der meist jugendlichen Rechtsextremisten aufzuarbeiten. Wie die Ausführungen, die Herleitungen dieser Arbeit darstellten, sind extreme Verhaltensweisen nicht die Folge eines bestimmten Erklärungsfaktors, sondern nur aus dem Zusammenwirken mannigfaltiger Einflüsse zu verstehen.<sup>63</sup>

Die Erfahrungen der Jahre 1998 / 1999 dürften der Politik, der Bevölkerung und der Gesellschaft eine schmerzvolle Erfahrung gewesen sein, die rechtsextremistischen Ideologen in ständiger Frontstellung zum demokratischen Verfassungsstaat zu wissen.

---

<sup>63</sup> BACKES, Uwe u. JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 305.



## 8. Literaturverzeichnis

- ALBRECHT, Bernhard und ERTEL, Manfred: Revolution ohne Gnade, Focus 45 / 1999
- BACKES, Uwe u. JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989
- BÄHNER, Andrea, Rechtsextremismus in Schweden, Filmbeitrag in Blickpunkt Europa – Magazin, Südwest Fernsehen vom 8. März 1999  
 Filmtext: Online im Internet: URL: <http://ard-buffet.de/blickpunkt-europa/archiv/1999maerz/-9900308schweden.html> (Stand: 4.1.2000)
- Berliner Zeitung vom 19.1.2000
- BOMBOSCH, Frederik: Schwedische Neonazis zu lebenslanger Haft verurteilt,
- BORCHERT, Thomas: "Sieg Heil"- Rufe auf den Straßen Schwedens, Pirmasenser Zeitung vom 27. Juni 1997, Online im Internet: URL: <http://www.pz.pirmasens.de/news/97/politik/970627/neonazis.html> (Stand: 10.1.2000)
- BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ, Abteilung II: Ausland aktuell – Rechtsextremistische Skinheadszenen im Ausland, Sachstandsbericht, November 1998
- BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: Strafrechtsnormen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, Juni 1997
- DUDDE, Lasse: Braunes Eldorado, Die Woche vom 9. Dezember 1999
- EBERAN, BARBRO: Das schwedische Volksheim präsentiert die Rechnung, Berliner Morgenpost vom 19. November 1996, Online im Internet: URL: <http://archiv.berliner-morgenpost.de/bm/archiv1996/961119/blickpunkt/story00.html> (Stand: 4.1.2000)

- ERTEL, Manfred: Schweden - Blond mit braunen Wurzeln, Der Spiegel 51 / 1999
- EUROPAPARLAMENT: Die Sozial- und Beschäftigungspolitik in Schweden, Juni 1997, Online im Internet: URL: <http://www.europarl.eu.int/dg4/wkdocs/soci/w13/de/summary.htm> (Stand. 4.1.2000)
- FROMM, Rainer und KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat - Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Bonn 1994, Verlag Bonn Aktuell
- GAMILLSCHEG, Hannes: Bombenanschlag auf Nazijäger – Journalist in Schweden schwer verletzt, Frankfurter Rundschau vom 30.6.1999
- GAMILLSCHEG, Hannes: Tödliche Schüsse für "White Power", Die Presse (Wien) vom 3.11.1999, Online im Internet: URL: [http://www.gayserver.de/neo\\_swed.html](http://www.gayserver.de/neo_swed.html)
- GARFIELD (Nickname): Nationaler Widerstand in Schweden – Das schwedische Modell, Kommentar im Thule-Netz, Online im Internet: URL: [http://www.thulenet.com/meldung/schweden\\_01.htm](http://www.thulenet.com/meldung/schweden_01.htm) (Stand: 4.1.2000)
- GOLDSMITH, Belinda: Unterwanderung öffentlicher Stellen geplant – Rechtsradikale stellen Schweden vor ein Dilemma, Reuters, Online im Internet: URL: [http://www.orf.at/orfon/991101-22371/22374txt\\_story.html](http://www.orf.at/orfon/991101-22371/22374txt_story.html) (Stand: 4.1.2000)
- HASSELBERG, Sven: Schweden – Neonazis an den Pranger, Focus 49 / 1999
- HASSELBERG, Sven: Schweden – Niemals schweigen, Focus 44 / 1999
- HOBE, Konrad: Zur ideologischen Begründung des Terrorismus
- JANSEN, Frank: "Gefahr von rechts – Berliner Neonazis wollen schwedische Terroristen nachahmen", Der Tagesspiegel vom 18. November 1999

- KAUFMANN, Bruno: Neonazis setzen auf Schweden, Tages-Anzeiger (Schweiz) vom 9.1.98, Online im Internet: URL: <http://tages-anzeiger.ch/archiv/98januar/980109/152431.HTM> (Stand: 9.12.1999)
- KLEIN, Kurt: Gewalt und Terrorismus - Die geistigen und politisch-sozialen Ursachen des deutschen Terrorismus, Texte zur inneren Sicherheit
- LÖDING, Torge: Schweden – Den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen? , Junge Welt vom 15.9.98, Interview mit Matthias BERNARDSON, Regionalsprecher der Jugendorganisation "Elevkampanjen"
- MARKS, Jürgen: Nazi-Rockmusik, Rassismus zum Grölen, Focus Nr.36 / 1999
- NOHLEN, Dieter: Wörterbuch Staat und Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998
- o.V.: 70.000 Schweden erhielten Heiligabend NS-Propaganda per E-mail, Berliner Zeitung vom 27.12.97
- o.V.: Asylbewerberzahlen in den europäischen Nachbarstaaten, Online im Internet: URL: <http://www.hausarbeiten.de/archiv/politologie/pol-innenpolitik.shtml> (Stand: 10.1.2000)
- o.V.: Der Schatten von Blücher, Antifaschistisches Infoblatt, Online im Internet: URL: <http://www.nadir.org/nadir-periodika/aib/43/52/htm> (Stand: 4.1.2000)
- o.V.: Neonazis versetzen Schweden mit Attentatswelle in Angst, Online im Internet: URL: <http://www.newswindow.-ch/artikel/991025/991025w15.html> (Stand: 4.1.2000)
- o.V.: Proseminararbeit: Medien und Rechtsextremismus, Online in Internet: URL: <http://gfpa.uibk.ac.at/art/0007.htm> (Stand: 4.1.2000)
- o.V.: Rechtsextreme Überfälle auf homosexuelle Schweden immer brutaler, Online in Internet: URL: [http://www.-gayserver.de/neo\\_swed.html](http://www.-gayserver.de/neo_swed.html) (Stand: 4.1.2000)

o.V.: Rechtsextreme Überfälle auf homosexuelle Schweden immer brutaler, Kleine Online (Österreich) Graz vom 22. Oktober 1999, Online im Internet: URL: [http://www.-gayserver.de/neo\\_swed.html](http://www.-gayserver.de/neo_swed.html) (Stand: 4.1.2000)

ÖSTERREICHISCHES BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: Annual meeting on right-wing extremism, Vienna 14.-15. Oktober 1999

SCHÖNHUBER, Franz: Europas Patrioten, 1. Auflage, VGB-Verlagsgesellschaft Berg mbH, Berg am Starnberger See, 2000

STEINFELD, Thomas: Die Schandsäule – Schweden führt seine Nationalsozialisten vor, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 1999

ZYDRA, Markus: Der Drang nach Norden – Rechtsradikale Propaganda in Schweden, Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2000

## Die „Wehrmachtsausstellung“ als Agitationsfeld des rechtsextremistischen Spektrums



## 1. Einleitung

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde eine Ausstellung in Deutschland zum Schwerpunkt der Diskussion über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen im Allgemeinen und die Rolle der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im Besonderen. Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", im Nachfolgenden kurz "Wehrmachtsausstellung" genannt, provozierte nicht nur die deutschen Historiker, sondern wurden auch seitens des rechtsextremistischen Spektrums als Propagandamittel genutzt.

Die Zeit des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg sind ein bevorzugtes Thema innerhalb der rechten Szene, da Ideologieelemente von damals und heute sich nicht wesentlich unterscheiden und für viele Rechtsextremisten das "Dritte Reich" eine Vorbildfunktion einnimmt. Dabei wird versucht, die Geschichte nach eigenen Gesichtspunkten zu instrumentalisieren und den Holocaust zu leugnen (Revisionismus).

Die vorliegende Arbeit soll zeigen, wie die Parteien und die Organisationen des rechtsextremistischen Spektrums die "Wehrmachtsausstellung" sich zu Nutze gemacht haben. Sie soll deutlich machen, inwieweit eine Innen- und eine Außenwirkung der o.g. Personenzusammenschlüsse durch die Ausstellung aufgezeigt werden kann.

Zielsetzung ist aber auch die Darstellung der unterschiedlichen Vorgehensweisen der Gruppierungen und Parteien und damit der heutige Umgang des rechten Spektrums mit der Vergangenheit. Diese Ausarbeitung versucht die Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit der Rechten zu verdeutlichen, indem sie Themen der aktuellen politischen Diskussion aufgreift.

Durch die Vielfältigkeit, insbesondere der neonazistischen Gruppierungen und der organisationsunabhängigen Verlage, konnte in den entsprechenden Kapiteln nur eine repräsentative Auswahl der agierenden Beobachtungsobjekte dargestellt werden. Dies gilt ebenso für die Demonstrationen gegen die "Wehrmachtsausstellung", von denen aus Platzgründen drei Orte

analysiert werden, die aber problemlos für die restlichen Demonstrationen beispielhaft gelten können.

## 2. "Wehrmachtsausstellung"

### 2.1 Thematik und Ablauf

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Instituts für Sozialforschung (IfS) in Hamburg wurde am 05. März 1995 eröffnet. Sie wurde von März 1995 bis November 1999 in 27 Städten in Deutschland (2x Hamburg, Berlin, Potsdam, Stuttgart, Freiburg, Mönchengladbach, Essen, Erfurt, Regensburg, Nürnberg, Karlsruhe, München, Frankfurt, Bremen, Marburg, Konstanz, Dresden, Aachen, Kassel, Koblenz, Münster, Bonn, Hannover, Kiel, Saarbrücken, Köln und Osnabrück) und in sechs Städten in Österreich (Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Graz, Salzburg) gezeigt. Nach Angaben des IfS haben ca. 860.000 Menschen die Ausstellung gesehen.<sup>1</sup>

Der Veranstalter, das Institut für Sozialforschung, ist ein privates Institut und keiner staatlichen Forschungs- oder Bildungseinrichtung angegliedert. Finanziert wird das Institut durch den Hamburger Millionär und Erben des Reemtsma-Tabakkonzerns Jan Philipp Reemtsma, gleichzeitig Direktor des IfS.

Die Ausstellung war Teil des umfangreichen Forschungsprojekts "Angesichts unseres Jahrhunderts. Gewalt und Destruktivität im Zivilisationsprozeß" des IfS. Von der Beschäftigung mit der Deutschen Wehrmacht versprachen sich die Organisatoren wichtige Aufschlüsse über den *"Gewaltcharakter der NS-Gesellschaft und über die Entgrenzung des nationalsozialistischen Krieges"*<sup>2</sup>. Laut Ausstellungsleiter Hannes Heer wolle man beweisen, *"daß die Wehrmacht an allen diesen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war"*.<sup>3</sup> Inhaltlich befaßt man sich mit drei ausgewählten Beispielen: dem Partisanenkrieg in Serbien, der 6.

---

<sup>1</sup> Vgl. Pressemappe "Ausstellung. Vernichtungskrieg" des Instituts für Sozialforschung, 2000

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Katalog zur Ausstellung , S. 7

Armee auf dem Weg nach Stalingrad und der dreijährigen Besetzung Weißrußlands. Dazu bedienten sich die Organisatoren weniger der Textdokumente als vielmehr Bilddokumenten, was den Besuchern durch dessen starke visuelle Wahrnehmung der Bilder eine objektive Beurteilung erschwert hat.

Nach massiver Kritik von namhaften Historikern bezüglich der Glaubwürdigkeit der Inhalte der Ausstellung wurde sie am 04. November 1999 zurückgezogen und die geplanten Termine in den USA und anderen ausländischen Staaten abgesagt. So konnten Forscher, darunter der polnische Historiker Bogdan Musial, nachweisen, daß sich unter den rund 800 Fotos auch Bilder von Verbrechen des sowjetischen Geheimdienstes NKWD befinden.

Reemtsma räumte "gravierende Fehler" ein, der Ausstellungsleiter Hannes Heer gab "Leichtfertigkeit" und handwerkliche Unzulänglichkeiten zu.<sup>4</sup> Heer wurde schließlich, mit Manipulations- und Fälschungsvorwürfen behaftet, im August 2000 durch Reemtsma entlassen.

Bis zum November 2000 war dann eine vom IfS berufene Kommission ("*akademischer TÜV für historische Fragen*")<sup>5</sup> damit beauftragt, die Bildlegenden und Textwände zu überprüfen. Sie kam zu dem Ergebnis, die Kritik an der Ausstellung sei "*zumindes in Teilen berechtigt*". Die Präsentation wurde als "*zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd*" gerügt. Die Grundaussage allerdings sei "*der Sache nach richtig*".<sup>6</sup>

Reemtsma möchte im Jahr 2001 eine veränderte und mit anderen Schwerpunkten belegte Ausstellung über die Deutsche Wehrmacht präsentieren.

## 2.2 Reaktion der Öffentlichkeit und Medien

Die öffentliche Diskussion, wie sie zu den Protesten auch der rechtsextremistischen Szene führte, setzte sich erst sehr spät in Gang. Eher unbeachtet wanderte die Ausstellung durch 15

---

<sup>4</sup> Vgl. "Der Spiegel", Nr. 45/1999, S. 107 ff.

<sup>5</sup> Vgl. "Die Welt", 16. November 2000, S. 33

<sup>6</sup> Vgl. "Welt am Sonntag", Nr. 47/2000, S. 46



Städte, bis sie dann in München Station machte und dort durch prominente Politiker des bürgerlichen Lagers scharf kritisiert wird. Der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes München Dr. Peter Gauweiler versuchte, die Ausstellung zu verhindern und die Thematik der Verbrechen der Wehrmacht und deren Hervorheben durch die Ausstellung in die Öffentlichkeit und die Medien zu bringen. In einem offenen Brief an die Münchener Bevölkerung warnt er vor einer "pauschalen Verurteilung"<sup>7</sup> der Wehrmachtssoldaten und fordert zum Protest gegen die Ausstellung auf. Ausstellungsmacher Heer beschimpfte ihn darauf als "durchgeknallten Provinzpolitiker"<sup>8</sup>.

Dadurch erst gewann die "Wehrmachtsausstellung" an Brisanz und wurde zum Politikum. In der gesamten Bundesrepublik stritt man sich über die Rolle der Wehrmacht im Allgemeinen und den Sinn und die Berechtigung der Ausstellung im Besonderen. Es entstanden neben den Diskussionen in den Medien auch zahlreiche, zum Teil bewegende Landtagsdebatten (in Bremen, München, Wiesbaden, Hannover, Kiel, Saarbrücken, Hamburg). Dabei kam es im November 1998, als die Ausstellung in Hannover gezeigt wurde, im Niedersächsischen Landtag zu einer gemeinsamen Entschließung von SPD, CDU und Bündnis '90/Die Grünen, in der die Notwendigkeit der Ausstellung und die Auseinandersetzung mit ihr betont wurde. Aber auch der Deutsche Bundestag diskutierte heftig und emotional zu diesem Thema. So wurde die Ausstellung zum Spielball der politischen Kräfte. Die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen unterstützten bedingungslos die These von der verbrecherischen Wehrmacht<sup>9</sup>. Gemäßigter dagegen argumentierten Politiker aus den Reihen der CDU/CSU. Es führte hierzu Dr. Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, aus:

---

<sup>7</sup> Vgl. Offener Brief von Dr. Peter Gauweiler an die Münchener Bevölkerung, München, o.J. [1997, Anm. des Verf.]

<sup>8</sup> Vgl. Interview mit Hannes Heer, In: Der Spiegel, Nr. 9/1997, S. 16

<sup>9</sup> So Gerald Häfner (Bündnis 90/ Die Grünen): "Die Wahrheit ist, daß die Wehrmacht gerade im Osten einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt hat." In: Protokoll der 163. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages vom 13. März 1997

*"Wer versucht ..., die gesamte Kriegsgeneration pauschal als Angehörige und Helfershelfer einer Verbrecherbande abzustempeln, der will Deutschland ins Mark treffen. Dagegen wehren wir uns. ... Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet."<sup>10</sup>*

Tatsächlich ist mit dem letzten Satz Dregger Recht zu geben. Mit der Ausstellung war die Nation in ihrem Geschichtsverständnis gespalten. Ähnlich wie die Debatte um die Publikation und These des amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen<sup>11</sup> Anfang der 90er über die mögliche Kollektivschuld der Deutschen waren auch hier die Emotionen heftig und gaben damit dem rechtsextremistischen Spektrum die Möglichkeit, sich die Stimmung zu Nutze zu machen. Auch die Medien beteiligten sich an der Debatte. Erst nach den Protesten während der Münchener Station wurde die Presse auf Reemtsma, Heer und ihre Ausstellung aufmerksam. "Der Spiegel" berichtete sehr umfangreich und versuchte die Objektivität zu wahren, während der "Focus" eher kritisch der Ausstellung gegenüber stand. Es wurde zunehmend schwieriger, die gebotene Sachlichkeit in die Debatte zu bringen. Während sich an den Ausstellungsorten die Organisatoren mit Diskussionsrunden und Symposien versuchten, die Diskussion auf eine historisch-wissenschaftliche Ebene zu lenken, konnte ihnen dies auf überregionaler Ebene nicht gelingen. Es bestand immer die Gefahr für die Kritiker, in die rechte Ecke gedrückt zu werden. So schrieb der "Focus":

*"Die größte Stärke der Wehrmachtsausstellung ist die Schwäche ihrer Kritiker. Die größte Schwäche der Ausstellung ist die Borniertheit ihrer Macher."<sup>12</sup>*

### **2.3 Reaktion von Zeithistorikern**

Das Thema der Ausstellung, die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, wurde als etwas Neues präsentiert, als etwas, das der deutschen Öffentlichkeit bisher vorenthalten und verborgen geblieben zu sein schien. Diese Verbrechen zu zeigen

---

<sup>10</sup> Vgl. Protokoll der 163. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages vom 13. März 1997

<sup>11</sup> Goldhagen, Daniel: Hitlers willige Vollstrecker, Berlin, 1996

<sup>12</sup> Vgl. "Focus", Nr. 16/1997, S. 45

war das Anliegen der Aussteller, und sie taten dies mit Hilfe von Fotografien, insgesamt 1433 Fotos.

Doch tatsächlich war der deutschen historischen Forschung schon bekannt, daß die Wehrmacht aktiv an den Verbrechen des nationalsozialistischen Systems mitgewirkt hatte. In vielen Beiträgen und Forschungsvorhaben<sup>13</sup> wurde dies weit lange vor der Ausstellung erforscht und dokumentiert. Somit war sie für die Historiker keine Neuigkeit. Anfangs wurde sie sogar gelobt und von einigen Historikern verteidigt. So bezeichnete etwa der Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt die *"Wehrmachtsausstellung ...angesichts ihrer Faktentreue für sehr gelungen"*<sup>14</sup>. Zu diesem Zeitpunkt (1997) ließ sich der Vorwurf der Fälschung von Dokumenten und Bildern noch nicht ein einziges Mal erhärten. Eine Expertise des Bundesarchivs bestätigte die scheinbare Echtheit der Bilder.

Die Debatte in den Fachkreisen wurde erst angeheizt, als der polnische Historiker und wissenschaftliche Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau Dr. Bogdan Musial in einem Beitrag in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte<sup>15</sup> auf die Ausstellung einging. Musial konnte eine falsche Zuordnung der Bilder zu den Bildunterschriften nachweisen und belegen, daß einige Bilder sowjetische Verbrechen zeigten. Er wies zum Beispiel darauf hin, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild<sup>16</sup>, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljevo (Serbien) dokumentiert. Stattdessen sei die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende Juni 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg zu sehen. Dort ermordeten die Sowjets vor ihrer Flucht vor der anrückenden Wehrmacht 3.000 bis 4.000 Häftlinge. Vor diesem Hintergrund war die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert.

---

<sup>13</sup> Siehe hier einige ausgewählte Publikationen im Literaturverzeichnis.

<sup>14</sup> Vgl. "Der Spiegel", Nr. 10/1997, S. 62

<sup>15</sup> Vgl. Bogdan Musial: Bilder einer Ausstellung. In: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte, Nr. 4/1999, S. 563 ff.

<sup>16</sup> Im Katalog zur Ausstellung ist das Bild auf Seite 53 Nr. 5 mit der Unterschrift "Opfer des Massakers in Kraljevo, Oktober 1941" zu sehen.

Daraufhin versuchten die Ausstellungsmacher, mit juristischen Mitteln gegen Musial vorzugehen<sup>17</sup>.

Der polnische Historiker aber bekam nun Beistand von seinen Kollegen aus Deutschland, welche auch den Wahrheitsgehalt der Ausstellung anzweifelten und mehr Agitation als wissenschaftliche Aufklärung im Streben der Ausstellungsmacher vermuteten. So äußert sich der Leiter des renommierten Instituts für Zeitgeschichte Prof. Dr. Horst Möller:

*"Wenn in einem zentralen Bereich der Ausstellung so viele Fehler auftauchen, dann ist der Verdacht zwangsläufig, daß es den Ausstellungsmachern um Herrn Heer nicht um die Wahrheit, sondern einzig darum geht, eine These zu beweisen, die als solche keine wissenschaftliche ist... Sie [die Ausstellung, Anm. des Verf.] hat gravierende Mängel. Ich wundere mich, dass Ausstellungsexperten der Museen sie nicht schon wegen der dilettantischen Konzeption zerrissen haben. Der historisch wissenschaftliche Umgang mit den Bildern ist schlampig. Ähnliches gilt für die Texte."<sup>18</sup>*

Musials ungarischer Kollege Krisztian Ungvary konnte für die fehlerhaften Inhalte der Ausstellung das Beispiel Stari Becej, ein Ort in der heutigen Vojvodina, nennen. In der Ausstellung wurden Bilder von im Jahr 1941 erschossenen Jugendlichen gezeigt.<sup>19</sup> Ungvary konnte nachweisen, daß deutsche Soldaten an diesen Erschießungen keinen Anteil gehabt haben, da das ganze Gebiet zwischen 1941 und 1944 zu Ungarn gehörte.

Kritische Standpunkte gaben auch die Historiker Michael Wolffsohn, Dieter Pohl und Rolf-Dieter Müller. Letzterer kommentierte die Ausstellung, sie suggeriere ein Gesamtbild der Wehrmacht, "das undifferenziert und schief ist. Es wird Jahre an Arbeit kosten, dies wieder zurechtzurücken"<sup>20</sup>.

---

<sup>17</sup> So wurden Prozesse zwischen Musial und dem IfS geführt, die Musial Kosten in Höhe von über 10 000 DM verursachten. Vgl. "Focus" Nr. 50/1999; S. 58 f.

<sup>18</sup> Vgl. "Focus", Nr. 43/1999, S. 44 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Katalog zur Ausstellung, S. 56 f.

<sup>20</sup> Vgl. "Der Spiegel", Nr. 23/1999, S. 60 f.

Im Zusammenhang mit der Thematik der vorliegenden Arbeit hat der Streit zwischen Historikern und Ausstellungsmachern über die Inhalte der Ausstellung dem rechtsextremistischen Spektrum genügend Argumentationshilfe gegeben. Die unzähligen Fehler der Ausstellung dienten diesen Personen letztlich als Rechtfertigung für ihr Handeln. So zeigte sich übrigens auch, wie leicht die Geschichte als Mittel für politische Botschaften genutzt werden kann. Es ist für den Historiker sehr schwierig, in einer solchen Debatte dem unwissenden Publikum eine differenzierte Aufarbeitung der Thematik zu präsentieren, ohne dabei eine politische Botschaft zu transportieren.<sup>21</sup>

### **3. Die Ausstellung aus publizistischer Sicht der Rechtsextremisten**

#### **3.1 Die Parteien**

##### **3.1.1 Die Republikaner (REP)**

Die Republikaner, 14.000 Mitglieder stark und mit Dr. Rolf Schlieker als Bundesvorsitzenden, gehören als Partei mit Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen zum Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes, bemühen sich aber selbst um ein "seriöses rechtskonservatives Erscheinungsbild"<sup>22</sup>.

Sie ist aber im Vergleich zur DVU oder zur NPD diejenige Partei mit dem geringsten Interesse an der Auseinandersetzung um die "Wehrmachtsausstellung". Zwar gab es Presseerklärungen der REP und Artikel in der Publikation "Der (neue) Republikaner", jedoch waren diese eher unbedeutend und den anderen politischen Themen untergeordnet.

Auch inhaltlich sind die REP in ihrer Kritik eher gemäßigt und mit verbalen Attacken zurückhaltend. Sie kritisieren die Ausstellung als "eine Pauschalverurteilung der deutschen Wehrmacht als

---

<sup>21</sup> Ähnlich bei der Goldhagen-Debatte als auch bei der Diskussion um das Buch "Schwarzbuch des Kommunismus".

<sup>22</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI): Verfassungsschutzbericht 1999, S. 38

'*verbrecherische Organisation*'<sup>23</sup> und sehen in ihrer Geschichtsinterpretation die Wehrmacht als Kämpfer gegen "Stalins Vernichtungskrieg". Dazu führen sie aus:

*"Heer und der Finanzier der Ausstellung, Jan Philipp Reemtsma, betreiben mit der Wehrmachtsausstellung letztlich die Fortsetzung der antideutschen Hasspropaganda des sowjetischen Propagandisten Ilja Ehrenburg, der aus dem deutschen Volk eine Horde entmenschlichter Sadisten machte, die der Rotarmist ohne Erbarmen totzuschlagen habe."*<sup>24</sup>

In einem Krieg wie dem gegen die Sowjetunion könnten keine Regeln der Menschlichkeit herrschen, und die wirklichen Opfer seien die deutschen Vertriebenen.

*"Stalin ließ den Krieg als 'Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk' führen, dessen blutige Wirklichkeit Millionen unschuldiger deutscher Zivilisten beim Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Ostgebiete das Leben kostete."*<sup>25</sup>

Die REP loben den Historiker Musial, da er sich als "mutiger erwiesen habe, als das Gros seiner deutschen Zunftkollegen."<sup>26</sup> Dagegen seien die deutschen Historiker "aus reinem Opportunismus vor linken Geschichtsklitterern abgetaucht."<sup>27</sup>

Schlierer versucht, die Ausstellungsmacher zu denunzieren und spielt in mehreren Beiträgen auf die Vergangenheit Reemtsmas bzw. seiner Familie an. So wird unterstellt, daß die Familie Reemtsma in der NS-Zeit eine unrühmliche Rolle gespielt habe. Ein Vorschlag Schlierers ist eine eigene Ausstellung zur Aufarbeitung der Verstrickungen der Familie Reemtsma in der NS-Zeit.<sup>28</sup> Hierzu erklären die REP:

*"Ein Unternehmen, das sich durch Geschäfte mit der deutschen Wehrmacht in erheblichen Umfang bereichert habe, müsse sich dieser Frage stellen. Die Unterstützung von SS-*

<sup>23</sup> Vgl. Pressemitteilung der REP vom 25. Februar 1997

<sup>24</sup> Vgl. ebd.

<sup>25</sup> Vgl. Faltblatt der REP: "Wehrmachtsausstellung - Diffamierung einer Generation", o.J.

<sup>26</sup> Vgl. Pressemitteilung der REP Nr. 61/99 vom 20. Oktober 1999

<sup>27</sup> Vgl. "Der Republikaner", Nr. 10-12/1999, S. 9

<sup>28</sup> Vgl. Pressemitteilung der REP Nr. 62/99 vom 05. November 1999

*Publikationen muß dabei ebenso offengelegt werden wie die Zahlung an NS-Größen. Wir müssen Jan Philipp Reemtsma helfen, die braune Weste seiner Familie in aller Öffentlichkeit weißzuwaschen.*"<sup>29</sup>

Es wird gefordert, das Vermögen des Reemtsma-Konzerns, welches im Dritten Reich erworben wurde, der Entschädigung von Zwangsarbeitern zur Verfügung zu stellen.<sup>30</sup>

Interessanterweise werben die REP mit der Publikation "Die Reemtsma-Ausstellung. Propaganda oder historische Aufklärung?" der in Hamburg ansässigen "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." (SWG). Gründer dieser Gesellschaft war der verstorbene Chefredakteur des rechten Ostpreußenblattes und ehemalige Referent im Reichspropaganda-ministerium, Hugo Wellems. Sein Nachfolger ist der Brigade-general a.D. Reinhard Uhle-Wettler. Im rechtsextremistischen Spektrum ist er bekannt als Herausgeber einer Festschrift für David Irving, als Referent bei der "Gesellschaft für freie Publizistik e.V." und als Autor in der revisionistischen Publikation "Deutschland in Geschichte und Gegenwart".<sup>31</sup> Zudem gab er ein Interview in der DVU-Publikation "Deutsche Wochen-Zeitung" vom 18. Dezember 1998, in welcher er "die Verteidigung Europas gegen den Bolschewismus" als größte deutsche Leistung in der Geschichte bezeichnete. In der "Wehrmachtsausstellung"-Publikation der SWG wird der Kritik an der Ausstellung ein wissenschaftlicher Schein gegeben. Dazu benutzt man Zitate ehemaliger Kriegsgegner, die der Wehrmacht ausschließlich positive Merkmale bescheinigen. Statt sich inhaltlich mit der Ausstellung zu beschäftigen, verstärkt die SWG Beispiele für die sowjetischen Greuel an deutschen Soldaten und die Partisanentätigkeit der russischen Zivilbevölkerung. Fotos mit verstümmelten und gefolterten Leichname deutscher Soldaten verdeutlichen diese Vorgehensweise<sup>32</sup>.

---

<sup>29</sup> Vgl. Fußnote 26

<sup>30</sup> Vgl. ebd.

<sup>31</sup> Vgl. "blick nach rechts", Nr. 22/1999, S. 6

<sup>32</sup> Vgl. SWG (Hrsg.): Die Reemtsma-Ausstellung. Propaganda oder historische Aufklärung?, Hamburg, 1999, S. 18, 20

Die Versand der o.g. Schrift durch die REP ist als Zeichen für die durchgehende Zusammenarbeit bzw. inhaltliche Übereinstimmungen zwischen rechtskonservativen und rechtsextremistischen Kräften des Revisionismus mit den REP zu werten.

### 3.1.2 Deutsche Volksunion (DVU)

Die Deutsche Volksunion ist die mitgliederstärkste Partei (17.000) im rechtsextremistischen Spektrum und wird von ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey zentralistisch und autoritär geführt. Offizielles Publikationsorgan ist die "Deutsche National-Zeitung (NZ)/Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)" (seit Nr. 36/99 gemeinsam, vorher getrennt erschienen). Daneben führt Frey ein nicht unbedeutendes Verlagswesen. In seinem FZ-Verlag erscheinen neben rechtsextremistischer Literatur auch revisionistische Bücher, Medaillen und Tonträger. Frey versteht es, durch seine Artikel in der DWZ auf Produkte aus seinem Verlag hinzuweisen und nutzt "seine" DVU auch dazu, seinen persönlichen Besitz zu mehren. Sein erwirtschaftetes Privatvermögen wird von Insidern auf 400 bis 500 Millionen DM geschätzt.<sup>33</sup>

Die Kritik an der "Wehrmachtsausstellung" und die Verherrlichung der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS nimmt einen sehr breiten Raum in den Publikationen der DVU bzw. des FZ-Verlages ein. Die durch einen auffälligen Deutsch-Nationalismus und Militarismus geprägten Artikel in den wöchentlichen Ausgaben der DWZ/NZ erschienen in den Jahren 1996 bis 1999 fast durchgehend und dabei wiederholten sie sich inhaltlich sehr stark. Die Überschriften, im üblichen Frey-Stil im Fettdruck und nicht zu überlesen, waren feindselig und polemisch den Ausstellungsmachern gegenüber. Im Folgenden eine Auswahl:

- *"Anti-Wehrmacht-Hetzer entlarvt" (DWZ 17/96)*
- *"Die Hetze gegen die Wehrmacht. So wird gelogen und gefälscht" (DWZ 49/96)*
- *"Reemtsmas schauderhafte Horror-Schau" (DWZ 12/97)*

---

<sup>33</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn 1995. S. 65



- "Hat die Wehrmacht ihre Ehre verloren" (DWZ 19/97)
- "Die Lügen-Bilder des Reemtsma" (DWZ 18/97)
- "Wachsender Widerstand gegen Geschichtslügen" (DWZ 18/97)
- "Stalins Terror-Tribunale als 'Beweisquelle'. Die Methoden der Reemtsma-Ausstellung" (DWZ 21/97)
- "Wehrmacht als Mörderbande?" (DWZ 21/97)
- "Reemtsmas Spukhaus bricht zusammen" (DWZ 44/99)
- "'Mörder-Wehrmacht': Die Lüge stirbt" (DWZ 45/99)
- "Wehrmacht: Neue Fälschungen. Hetzer lügen munter weiter" (DWZ 47/99)

Aber auch in den Inhalten wurde durchgehend auf provokante Art und Weise die Ausstellung und die Ausstellungsmacher diffamiert. Zusammen mit den Vorwürfen gegen die Wehrmachtsausstellung werden gleichzeitig Fakten über den Krieg im Osten geliefert, die die Wehrmacht als "glorreiche und stolze" Armee darstellen. Es werden Fotos und Texte gezeigt über Greuelthaten sowjetischer Soldaten und Partisanen. Man behilft sich mit Aussagen alliierter Militärs und angesehener Politiker über die "Tapferkeit" des deutschen Soldaten.

Taten der Alliierten werden gegen die Taten der Wehrmacht aufgerechnet:

*"Daß es die Alliierten waren, die das Kloster Montecasino - ebenso wie auch zahllose französische und italienische Städte, wobei Hunderttausende Menschen starben - mit Bomben in Schutt und Asche legten, und die Wehrmacht es war, die vorher die Kunstschatze in Sicherheit brachte, gerät da völlig in Vergessenheit."*<sup>34</sup>

Weiterhin wird massive Kritik an Politikern aller Parteien geübt, daß diese sich nicht von der Ausstellung distanzieren:

*"Kein einziger maßgeblicher Bonner Politiker findet sich, der unsere Soldaten verteidigt. Im Gegenteil: viele von ihnen, an der Spitze der Bundespräsident und der Kanzler, wirken an der Verteufelung mit. Dabei steht außer Zweifel: die deut-*

---

<sup>34</sup> Vgl. "Deutsche Wochen-Zeitung", Nr. 15/1997, S. 3

*schen Soldaten waren - auch nach dem Urteil ehemaliger Gegner - die ritterlichsten und tapfersten, die die Welt je gesehen hat.*"<sup>35</sup>

Ohne Rücksicht auf die Wahl der Worte diffamiert die DVU die Organisatoren der Ausstellung. Dabei wird auf das Millionenerbe des Jan Philipp Reemtsma (*"linksbourgeoisen Tabak-Millionär"*<sup>36</sup>) und die Vergangenheit des Hannes Heer (*"maßgeblicher Drahtzieher der Hetzkampagne gegen deutsche Soldaten"*<sup>37</sup>) hingewiesen. Tatsächlich gehörte Heer zur Zeit der Studentenunruhen Ende der 60er zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund, später war er Mitglied der DKP und im Unikollektiv der "Roten Zellen". Aber man vermischt diese Fakten mit der Thematik der Ausstellung und erzeugt so den Eindruck, als würde die Ausstellung Teil einer linksideologischen Kampagne sein.

Sehr auffällig ist jedoch die Verknüpfung der Zeitungsartikel mit Hinweisen auf Bücher und diverse Artikel aus dem FZ-Verlag. So endet fast jeder Artikel mit einem Verweis auf Freys Bücher und Militaria. Diese sind z.B.:

"Helden der Wehrmacht" (24,90 DM), "Die Wehrmacht als Befreierin" (29,90 DM), "Die Wahrheit über die Wehrmacht - Reemtsmas Fälschungen widerlegt" (24,90 DM), "Deutsche Soldaten - Mörder oder Helden?" (49,90 DM), "Verbrechen an der Wehrmacht" (58,- DM), "Deutsche Präsentier- und Parademärsche der Waffen-SS" (30,- DM), "Die besten Soldaten der Welt. Ideale Ergänzung zur Reemtsma-Entlarvung" (19,95 DM), "Geschichte der deutschen Panzerwaffe" (98,- DM), "UN-Gesühnt. Anglo-Amerikanische Kriegsverbrechen 1939-1945" (49,80 DM), "Wehrmacht Medaille" (399,- DM), "Rudel-Gedenkmedaille" (399,- DM).<sup>38</sup>

So ist neben einem Artikel gegen die Ausstellung folgendes Schreiben von Frey abgedruckt:

---

<sup>35</sup> Vgl. "Deutsche Wochen-Zeitung", Nr. 11/1997, S. 3

<sup>36</sup> Vgl. "Deutsche Wochen-Zeitung", Nr. 13/1998, S. 8

<sup>37</sup> Vgl. "Deutsche Wochen-Zeitung", Nr. 15/1997, S. 4

<sup>38</sup> Vgl. Prospekt des Deutschen Buchdienstes, FZ-Verlag, ohne Datum

*"Sehr verehrter Freund wahrheitsgemäßer Informationen! In anderen Ländern verteidigen Politiker und Medien ihr Volk gegen Lügen und Fälschungen. In unserer 'freiesten Gesellschaft der deutschen Geschichte' bleibt uns diese Pflicht. Bitte tragen Sie zur Verbreitung der Wahrheit bei und bestellen Sie jetzt als Antwort auf die Verteufelung der Wehrmacht als Bande von Mördern und Vergewaltigern die in diesen Tagen erscheinende unwiderlegbare Dokumentation 'Deutsche Soldaten - Mörder oder Helden?'"<sup>39</sup>*

Neben der Stimmungsmache ist hier die Kritik an der Ausstellung nur ein Mittel, um Bücher aus dem FZ-Verlag zu verkaufen. Kommerz steht im Vordergrund der Attacken gegen Reemtsma und weniger die politische motivierte Einstellung der DVU.

### **3.1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit ist in der Bundesrepublik die Entscheidung gefallen, daß seitens des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung ein Antrag auf Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht gestellt wird. Dabei sind die Aktivitäten der NPD bzgl. der "Wehrmachtsausstellung" nicht ganz unerheblich, doch bezieht sich dies mehr auf die Aktionen und Demonstrationen, also auf die Außenwirkung, auf die später eingegangen wird.

In publizistischer Hinsicht ist die NPD die zurückhaltendste Partei und unterscheidet sich somit von der DVU und den REP. Die NPD, geleitet von ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt und einigen anderen engagierten Kräften, äußert sich in ihrer Publikation "Deutsche Stimme" nur in Artikeln zu den Demonstrationen zur Ausstellung ("*Linksradikale Agitprop-Veranstaltung*"<sup>40</sup>). Auf die Berichterstattung zu den Demonstrationen wird später eingegangen.

In den wenigen allgemeinen Artikeln mit inhaltlicher Auseinandersetzung mit der Ausstellung ist der Tenor ähnlich dem Denken der DVU: stark geprägt von nationalistischen und revisionisti-

---

<sup>39</sup> Vgl. "Deutsche Wochen-Zeitung", Nr. 49/1996, S. 1

<sup>40</sup> Vgl. "Deutsche Stimme", Nr. 12/1999, S. 5

schen Gedanken. Kritik trifft die Ausstellungsmacher und diejenigen Historiker und Politiker, welche die Ausstellung lobten und sich dafür einsetzten, daß sogar Steuergelder zur Unterstützung der Ausstellung aufgewendet werden. In einem Kommentar in der "Deutschen Stimme"<sup>41</sup> verurteilt der Autor Georg Wiesholler die Ausstellungsmacher als "Geschichtsfälscher" und sieht es als in der Republik nicht opportun an, wenn gegen die Ausstellung sachlich agiert wurde. So führt er aus:

*"Nur die nationale Opposition und die direkt betroffenen Kriegsveteranen haben protestiert, weil sie wußten, daß solche Verbrechen nicht begangen worden sind. Aber sie wurden als Ewiggestrige verleumdet."*

Stolz ist man auf den eigenen Kampf gegen die Ausstellung ("herausragende Rolle der NPD und des nationalen Widerstandes"<sup>42</sup>) und glorifiziert die eigenen Aktivitäten in den Rahmen eines weit größeren nationale Auftrages.

Allerdings nimmt die "Wehrmachtsausstellung" einen wesentlich geringeren Platz in der "Deutschen Stimme" ein, als andere politische Themen. Die NPD, 6.000 Mitglieder stark, lenkt ihr Interesse nicht auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kritikern. Sie sieht es auch nicht als wichtig an, ihre eigenen Anhänger zu überzeugen und mit pseudo-wissenschaftlichen Artikeln in der "Deutschen Stimme" zu langweilen, wie es die DVU wöchentlich macht. Die Intention der NPD liegt im Rahmen ihres Konzeptes ganz klar auf öffentlichkeitswirksamen Aktionen ("Kampf um die Straße"<sup>43</sup>), auf die später eingegangen werden.

### 3.2 Neonazismus

Die heutige neonazistische Szene, darunter wird die Bildung von Kameradschaften als momentan einziges bundesweites Zeichen von neonazistischer Tätigkeit verstanden, hat sich in ihren Publikationen zurückhaltend zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit

---

<sup>41</sup> Vgl. "Deutsche Stimme", Nr. 12/1999, S. 3

<sup>42</sup> Vgl. "Deutsche Stimme", Nr. 12/1999, S. 1

<sup>43</sup> Dieser ist Teil des "Drei-Säulen-Konzeptes" der NPD: "Kampf um die Köpfe - Kampf um die Straße - Kampf um die Parlamente", Vgl. BMI: Verfassungsschutzbericht 1998, S. 53

der "Wehrmachtsausstellung" geäußert. Ausnahme bildet hier der gealterte Neonazi Manfred Roeder, welcher allerdings in der Szene keine große Rolle mehr spielt.

Aufgrund der zahlreichen Organisationsverbote in den Jahren 1992 bis 1999<sup>44</sup> entwickelte die neonazistische Szene einen Kurs der dezentralen Organisation. Somit gibt es bis heute außer der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) keine bundesweit agierenden neonazistischen Personenzusammenschlüsse.

Trotzdem spielten die Neonazis, und hier sind die Kameradschaften gemeint, eine besondere Rolle: Die Teilnahme und Durchführung an den Demonstrationen gegen die Ausstellung, Aufmärsche, Kundgebungen und Demonstrationen sind, ähnlich wie bei der NPD, wichtiger als die intellektuelle Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit.

Die Kameradschaften sind Personenzusammenschlüsse, die unabhängig voneinander agieren und keine vereinsähnlichen Strukturen aufweisen. Im Jahr 2000 sind ca. 150 Kameradschaften bekannt und umfassen ca. 2.200 Personen. Sie vertreten eine neonazistische Grundhaltung wie den offenen Rassismus, Fremdenhaß und antisemitische Einstellungen.<sup>45</sup> Die "Freien Nationalisten" in Hamburg unter Führung von Thomas Wulff sind hier hervorzuheben.

Die Publikationen der Kameradschaften und Neonazis wie "Zentralorgan", "Hamburger Sturm" oder "Blood and Honour -Division Deutschland" (mittlerweile verboten) gehen mit ihren Artikeln nur auf die Demonstrationen, nicht hingegen auf die historische Auseinandersetzung mit der Thematik "Wehrmacht" ein. Es wird der Anschein erweckt, daß es hier für die Neonazis eine Selbstverständlichkeit ist, die Wehrmacht müsse frei von jeglicher Schuld gehalten werden, weil eine Schuld nicht vorhanden sein kann. Der historische Nationalsozialismus tritt in den Hintergrund, aktuelle, häufig durch die Tagespolitik bestimmte Fragen wer-

---

<sup>44</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, 1999, S. 5

<sup>45</sup> Vgl. BfV: Neonazistische Kameradschaften in Deutschland, Köln, 2000, S. 5 ff.

den so z.B. im "Zentralorgan" für die politischen Ziele der Neonazis instrumentalisiert.

Mit wenigen Schlagworten und symbolischen Ausführungen würdigen die Neonazis jedoch die Waffen-SS und die Soldaten der Wehrmacht. So zeigt das Titelblatt des "Zentralorgan" Nr. 7 vom August 1999 eine Gruppe Soldaten der Waffen-SS mit der Untertitelung:

*"Wir danken euch, ihr tapferen Helden der Waffen-SS. Europas Freiheitskämpfer gegen den Bolschewismus!"*

In einem Bericht zur Demonstration in Hamburg zeigt der Hamburger Neonazi Christian Worch, ein in der Szene geschätzter Vordenker und Konzeptentwickler, seine Sichtweise der Befürworter der Ausstellung auf:

*"Antifaschismus ist keine Meinung - Antifaschismus ist eine Dummheit!"<sup>46</sup>*

In einem Aufruf<sup>47</sup> der "Freien Nationalisten und vielen Freien Aktionsgruppen im Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland" zur Demonstration in Hamburg am 05. Juni 1999 wird die Ausstellung als "öffentliche Besudelung" der "Ehre der deutschen Frontsoldaten und der Deutschen Wehrmacht" gesehen und die Ausstellungsmacher als "Salonbolschewisten um Reemtsma und Heer" bezeichnet. Der Leser findet die typische Sprache der Neonazis wieder, die mit Kraftausdrücken und dem üblichen Freund-Feind-Schema die Thematik vereinfachen, um so ihre Anhänger anzusprechen.

Im Internet-Angebot für die Kameradschaften, der vom Thomas-Wulff-Kreis eingerichteten Homepage "Nationaler Widerstand", wird auf polemische Art mit der "Wehrmachtsausstellung" umgegangen und sich über diese lächerlich gemacht. So vermeldet man, mit dem Hinweis auf Satire, daß es eine neue Ausstellung der "Rauchtsma-Stiftung" gebe, in der die deutschen Frau an der Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes und

---

<sup>46</sup> Vgl. "Hamburger Sturm", Ausgabe Herbst 1999, S. 52

<sup>47</sup> Vgl. Aufruf/Flugblatt des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) zur Demonstration am 05. Juni 1999 in Hamburg, V.i.S.d.P.: Frank Scholz, Altena

der Kriegführung "maßgeblich beteiligt" war. Als Begründung wird hier als Beispiel angeführt:

*"Insbesondere zeigt die Ausstellung ... folgende verbrecherische Tätigkeitsfelder der Deutschen Frau auf: ... Empfängnis- und geburtszielstrebige Förderung des Nachwuchses und vorsätzliche Verweigerung der Abtreibung; dadurch Schaffung neuer Nazi-Verbrecher." Weiter wird ausgeführt: "Geplante Ausstellung für das Jahr 2000: 'Der deutsche Schäferhund - Verbrecher auf vier Beinen'."*<sup>48</sup>

Dagegen zielt der Neonazi Manfred Roeder auf die Schiene der Verteidigung der Ehre der deutschen Wehrmacht. Doch der Roeders Einfluß auf die neonazistische Szene ist mittlerweile eher unbedeutend.

Roeder wurde wegen versuchter Anstiftung zum Mord und Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung "Deutsche Aktionsgruppen" (DA) vom Oberlandesgericht Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Februar 1990 zeigte Roeder zunächst kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Seine 1971 gegründete "Deutsche Bürgerinitiative" ist durch ihn als Vorsitzenden noch immer aktiv, und mit ihrem Rundbrief "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit" äußert er sich mehrfach zur "Wehrmachtsausstellung".

Die Sprache Roeders ist stark von Wut und Haß gegen die Ausstellung und die Ausstellungsmacher geprägt. Er versucht, die Ehre der Wehrmacht zu retten und dagegen die Untaten der Roten Armee aufzurechnen. Roeder, selbst Soldat der Wehrmacht gewesen, bezeichnet die Ausstellung als "ungeschminkte stalinistische Greuelpropaganda"<sup>49</sup>, "kriminelle Heer-Fälscher-Schau" und "kommunistische Hetze"<sup>50</sup>.

Wie auch die DVU greift er die Ausstellungsmacher persönlich an und sieht sie selbst im Auftrag des Kommunismus bzw. einer

---

<sup>48</sup> Online im Internet: URL:<http://www.widerstand.com/perspektive/-reemtsma.html> (Stand: 27. November 2000). Das Internet-Magazin "Perspektive" weist darauf hin, dass sie die Satire von den "Unabhängigen Nachrichten" übernommen habe.

<sup>49</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 6/1996, S. 1

<sup>50</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 1/1997, S. 2

"fremden Macht". Heer wird als "stalinistischer Bolschewik"<sup>51</sup> und "willfähriger Gehilfe fremder Mächte"<sup>52</sup> vorgeführt, der die "Seelen der Jugend vergiftet und das mit satanischer Lust"<sup>53</sup>

Interessanterweise sieht er die Unterstützung der "Wehrmachtsausstellung" als eine Attacke gegen das deutsche Volk:

*"Die Weltverschwörung gegen Deutschland ist mit Händen zu greifen ... der Antigermanismus ist das größte Verbrechen der Geschichte und bedroht die ganze Menschheit. Deutschland ist das heilige Herz der Völker. Wenn es untergeht, verliert die Menschheit ihr Herz, sie wird verrohen und sich selbst zerfleischen und vernichten."*<sup>54</sup>

Appellierend an seine "Freunde und Helfer" mahnt er, sich gegen die "Wehrmachtsausstellung" finanziell und mit persönlichem Einsatz einzusetzen:

*"Noch sind wir nicht verloren! Noch sind wir zu retten! Aber nur durch uns selbst. ... Wartet nicht auf den großen Führer! Du und ich, wir müssen es tun, denn es ist niemand sonst da."*<sup>55</sup>

So stark sein Engagement auch zu werten ist, Roeder bleibt mit seinen Aktionen alleine und wird mit seiner "Deutschen Bürgerinitiative" in keinem 1999er Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder mehr erwähnt. Die schlagkräftige neonazistische Szene in Form der Kameradschaften unterhält keinen direkten Kontakt zu Roeder, so daß er keine Mobilisierungseffekte erzielen kann und unbeachtet ist.

Wie einleitend schon erwähnt, konzentrieren sich die Neonazis und damit auch verbunden die Skinheads auf Demonstrationen und außenwirksame Aktionen gegen die "Wehrmachtsausstellung" und überlassen die publizistische Auseinandersetzung ganz den Parteien und den Gruppierungen der Neuen Rechten und Revisionisten, die im folgenden Abschnitt näher betrachtet werden.

---

<sup>51</sup> Vgl. Fußnote 47

<sup>52</sup> Vgl. Fußnote 28

<sup>53</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 9/1996, S. 1

<sup>54</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 9/1996, S. 2 f.

<sup>55</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 8/1996, S. 3



### 3.3 Übrige Gruppierungen

Unter den übrigen Gruppierungen sollen in diesem Zusammenhang Personenzusammenschlüsse behandelt werden, die nicht eindeutig dem neonazistischen Lager bzw. dem Parteienspektrum zuzuordnen sind. Dazu gehören die Revisionisten ebenso wie die intellektuellen Rechtsextremisten und Verlage.

Natürlich war auch bei den o.g. Objekten eine Kritik an der Wehrmachtsausstellung zu beobachten, jedoch verlief diese gemäßiger und ebenso distanzierter und differenzierter, als es beispielsweise bei der DVU oder bei Roeder der Fall war. Die Artikel zur Ausstellung sind wesentlich kürzer und erscheinen nur unregelmäßig. Zwar will man die Verbrechen der Wehrmacht nicht als wahrheitsgemäß hinnehmen, doch ist eine Abkehr der Glorifizierung der Wehrmacht zu beobachten und in den Zeitschriften "Signal", "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" sowie bei der "Jungen Freiheit" mehr eine Konzentration auf die tagesaktuellen politischen Probleme zu verzeichnen.

Unter Revisionisten versteht der Verfassungsschutz die Vertreter der rechtsextremistischen Richtung, die versuchen, die Geschichtsschreibung über die nationalsozialistische Diktatur im Sinne einer Aufwertung derselben zu ändern.<sup>56</sup> Im Mittelpunkt stehen u.a. das Bestreiten der deutschen Kriegsschuld und relativierende Vergleiche zwischen den Verbrechen des Nationalsozialismus und alliierter Kriegshandlungen. Ziel des Revisionismus ist die moralische Entlastung des Nationalsozialismus. Die hier zu behandelnden Objekte des Revisionismus sind das "National Journal", die "Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" (VffG) und die "Staatsbriefe".

Das "National Journal", Nachfolgeorgan der "Remer-Depesche" bzw. des "Deutschland-Report", verbreitet starke revisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Propaganda. Neben der gedruckten Fassung liegt auch eine umfangreiche Sammlung von Beiträgen zur "Wehrmachtsausstellung" im Internet vor.<sup>57</sup> In

---

<sup>56</sup> Siehe hierzu Bayerisches Staatsministerium des Innern: Revisionismus, München, 1996

<sup>57</sup> Online im Internet: URL:<http://www.nationaljournal.org/d99/historie/-wehrmacht.htm>, URL:<http://www.nationaljournal.org/d99/>

einem Rundumschlag mit Kritik an den Ausstellern ("Lumpen Heer und Reemtsma") wird den Lesern der Eindruck vermittelt, daß nicht nur diese allein die Schuld an der Ausstellung tragen, sondern daß hier führende Politiker absichtlich die Schau zulassen. Motiv der Autoren ist, den Lesern eine "Verschwörungstheorie" der Repräsentanten des Staates aufzuzeigen:

*"Staatsmänner und Politiker bleuen uns mit Geschichtslügen Schuldkomplexe ein, damit wir kein Selbstbewußtsein erlangen und damit wir klein, kontrollier- und manipulierbar gehalten werden können. ... Das deutsche Holocaust-Glaubenszwang-Gesetz<sup>58</sup> schützt die Lügner Reemtsma und Heer bei ihren Verbrechen an unserer hilflosen Jugend."*

Die sehr anschaulich gemachte Homepage des "National Journal" vermischt Kommentare mit provokanten Bildern und Auszügen aus Zeitschriften wie Focus.

Die aus Großbritannien versandte und mit dem strafbehördlich gesuchten deutschen Revisionisten Germar Scheerer (geb. Rudolf) als Chefredakteur herausgegebene Zeitschrift VffG<sup>59</sup> behandelt in der Ausgabe 3/1999 mit einem längeren Artikel die "Wehrmachtsausstellung". Darin wird ausschließlich ein Beitrag des Piotr Gontarczyk aus der polnischen Zeitschrift "Zycia" vom 09. Mai 1999 zitiert, der sich mit der Ausstellung kritisch auseinandersetzt. Er sieht sie als Geschichtsfälschung im traditionellen Rahmen des "ideologischen Fundaments der DDR" und damit auch als "wichtiges Element des politischen Programms der PDS". Weiter wird auf die falschen Bilder eingegangen und die Verbrechen des NKWD hervorgehoben. Die oben schon genannte historische Aufrechnung wird in dem Beitrag bestätigt, da Gon-

---

historie/wehrmacht1.htm, URL:<http://www.nationaljournal.org/d99/historie/wehrmacht2.htm>, URL:<http://www.nationaljournal.org/d99/letters/nov4.htm> und URL:[http://www.Nationaljournal.org/d2000/historie/luegen\\_gg\\_deutschland.htm](http://www.Nationaljournal.org/d2000/historie/luegen_gg_deutschland.htm) (Stand: 27. November 2000)

<sup>58</sup> Darunter versteht das "National Journal" den § 130 StGB 'Volksverhetzung'

<sup>59</sup> Die VffG werden herausgegeben von der 1985 gegründeten "Stiftung vrij historisch Onderzoek" ("VHO" - "Stiftung für freie Geschichtsforschung") unter Leitung von Siegfried und Herbert Verbeke, Belgien.

tarczyk fordert, "beim Vergleich der deutschen und sowjetischen Verbrechen ehrliche Maßstäbe anzusetzen." Die VffG rezensiert zudem noch Bücher, die sich mit der Rolle der Wehrmacht bzw. mit der Kriegspolitik der UdSSR beschäftigten, so von Rüdiger Prose: "Vom Marsch durch die Institution zum Krieg gegen die Wehrmacht", H. Mayer: "Die Tragödie der deutschen Kriegsgefangenen in Stalingrad" und A. E. Epifanow: "Stalins Kriegsgefangene". Gerade in diesen Beiträgen bestätigt sich die Haltung Gernar Rudolfs, unter Berufung auf Experten die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.

"Staatsbriefe" (Auflage 1.000) ist eine monatlich erscheinende Publikation des wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilten Dr. Hans-Dietrich Sander. In der Ausgabe 7-8/1998 befaßt sich der Autor Wolfgang Strauss unter der Überschrift "Wehrmachts-Epopöen" mit dem Umgang der deutschen Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit und thematisiert in diesem Zusammenhang auch die "Wehrmachtsausstellung". Neben der geschichtlichen Rechtfertigung für die Taten durch Aufzählung sowjetischer Greueltaten (Relativierung) kommt er in diesem umfangreichen Beitrag zum Ergebnis:

*"Wer im Zweiten Weltkrieg nicht auf der Seite Stalins stand, machte sich mitschuldig an den 'Verbrechen der Wehrmacht' - Schwarzbuch hin, Schwarzbuch her."*<sup>60</sup>

Im Folgenden werden zwei Beispiele für rechtsextremistische Verlage behandelt: Der Grabert-Verlag, Tübingen, mit den Publikationen "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG, Auflage 3.000) und "Euro-Kurier" (Auflage unbekannt) und der Verlag Manfred Rouhs, Köln, mit der Publikation "Signal" (früher: "Europa Vorn", Auflage 5.000).

Der Grabert-Verlag, geleitet von Wigbert Grabert, geht in üblicher Form auf die Ausstellung ein, nämlich angreifend gegenüber den Ausstellern (als in der Tradition des "berüchtigten Institut der neomarxistischen Frankfurter Schule, der Kaderschmie-

---

<sup>60</sup> Online im Internet: URL: <http://www.staatsbriefe.de/1994/1998/epoepoen.htm>, S. 4 (Stand: 27. November 2000)

de der Vergangenheitsbewältiger und 68er Umstürzler"<sup>61</sup> stehend) und Politikern und dankend den polnischen Historikern. Insbesondere wird Ignaz Bubis, damaliger Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, angesprochen, der "die Front der Political Correctness zur Verteidigung der Ausstellung"<sup>62</sup> anführt. Wie auch schon im "National Journal" wird hier das Motiv der Ausstellung in einer für die rechte Szene typischen "Verschwörungstheorie" gesehen:

*"Was als zeitlich begrenztes Instrument zur weiteren Umerziehung gedacht war, soll nun eine Dauereinrichtung im Rahmen der Manipulierung der Deutschen werden."*<sup>63</sup>

Schließlich überrascht Wigbert Grabert in der DGG mit einem Gedicht von Wolf Martini:

*"Die 'Wehrmachts-Ausstellung' erwies / als Machwerk sich, getürkt und mies.  
An Fälschungen ward nicht gespart, / ganz nach der Kommunisten Art.  
Denn kriminelle Linksextreme / organisiert diese Feme.  
Ganz Deutschland meldet's offiziell. / (Bei uns ist's peinlich mancher Stell'.)  
Und so was mußten Schüler sehen / und vor der 'Schuld der Väter' stehen!  
Der Zwietracht Wind - gesät durch Lügen. / So macht man es, um Sturm zu kriegen."*<sup>64</sup>

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "Signal", ehemaliges Vorzeigeorgan des "intellektuellen Rechtsextremismus", greift in aller Schärfe Reemtsma als "Sozialspintisierer" und "von Beruf Erbe" an, den Ausstellungsleiter Heer als "Ex-Kommunisten" und die gesamte Ausstellung als "Giftküche verkappter Sozialisten"<sup>65</sup>. Es wiederholt sich also auch im "Signal" die typische Form der Kritik und Diffamierung. Man hat teilweise den Eindruck, daß die rechtsextremistischen Publikationen gegenseitig abschreiben,

<sup>61</sup> Vgl. "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", 4/1998, S. 5

<sup>62</sup> Vgl. "Euro-Kurier", 06/1999, S. 2

<sup>63</sup> Vgl. "Euro-Kurier", 04/1999, S. 6

<sup>64</sup> Vgl. "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", 4/1999, S. 2

<sup>65</sup> Vgl. "Signal", 4/1999, S. 45

um Argumente gegen die Aus-stellung zu finden. Wiederholend werden immer die Aus-stellungsmacher in Person von Reemtsma und Heer vorgeführt sowie die Motive in Agitation des Kommunismus gefunden.

Die wöchentlich erscheinende Zeitung "Junge Freiheit" (JF) mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren gehört zu den Vorzeigepublikationen der "Neuen Rechten", ist aber als Beobachtungsobjekt umstritten innerhalb der Verfassungsschutzbehörden. Einzig die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen beobachtet die Zeitschrift.

Die JF versteht es, die Abgrenzung zwischen Demokraten und Extremisten aufzulösen und sich zum Sprachrohr der selbsternannten Konservativen zu machen. In nüchterner Art berichtet sie von Demonstrationen gegen die Ausstellung und prangert die Gewaltaktionen der Linksextremisten gegen Ausstellungskritiker an:

*"...unter roten Sowjet- und DKP-Fahnen sangen Punker und Autonome die Internationale...Ein Deutscher und ein Amerikaner ... wurden von Autonomen überfallen und mit Schlagstöcken niedergeknüppelt. Während der Deutsche ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, hielt der Amerikaner trotz blutverkrustetem Gesicht und blutbespritztem Pullover ein Schild mit der Aufschrift 'Greuelpropaganda ist Seelenvergiftung' in die Höhe."*<sup>66</sup>

Um selbst nicht den Anschein zu erwecken, die Geschichte in Eigeninitiative zurechtzurücken, wie es die DVU macht, führt die JF Interviews mit konservativen Historikern und zitiert diese in den Artikeln (so mit Karlheinz Weissmann, JF 45/1999, Franz W. Seidler, JF 02/1998, Rüdiger Proske/Karl-Heinz Schmick, JF 05/1999, Jörg Friedrich 46/1999, Walter Post 44/1999). Tenor dabei ist immer die mangelhafte wissenschaftliche Arbeit des IfS und die angedeutete politische Herkunft des Hannes Heer und des Jan Philipp Reemtsma, welche der "gemeinsamen Front der Deutschenhaser"<sup>67</sup> zugeordnet werden.

---

<sup>66</sup> Vgl. "JF", Nr. 39/1997. Gemeint ist hier die Demonstration gegen die Ausstellung in Marburg.

<sup>67</sup> Vgl. "JF", Nr. 24/1999

Auf Parteien oder die Demonstrationen der Neonazis wird in der JF nicht eingegangen. Dies ist als Zeichen dafür zu werten, daß sie mit diesem Spektrum keine Berührung haben möchte und sich zumindest nicht öffentlich mit deren Aktionen identifiziert.

Eher die rechtskonservativen Elemente finden sich in der JF wieder. So wirbt per Großanzeige der Rechtsaußen-Publizist Joachim Siegerist, Vorsitzender des Vereins "Deutsche Konservative", für sein Buch über die Familie Reemtsma ("*unglaublichste deutsche Familienstory*"<sup>68</sup>). Der Chefredakteur der JF Dieter Stein besuchte Siegerist bei der Einweihung einer "Versöhnungs-Kapelle" für die gefallenen Soldaten in Lettland als "*moralisches Gegenstück zu der miesen Anti-Wehrmachtsausstellung*"<sup>69</sup>.

#### **4. Aktionen von Rechtsextremisten gegen die Ausstellung**

##### **4.1 Demonstrationen**

Als eines der wirkungsvollsten Mittel, um gegen die Ausstellung die Anhänger des rechtsextremistischen Spektrums zu mobilisieren, wurden Kundgebungen und Aufmärsche genutzt.

Während des Ausstellungszeitraumes hat es folgende Demonstrationen gegeben:

Datum	Ort	Anmelder	Teilnehmer
16.06.1996	Regensburg	NPD-Landesverband Bayern	30
10.01.1997	Karlsruhe	NPD/JN	25
01.03.	München	NPD/JN	4.500

---

<sup>68</sup> Vgl. "JF", Nr. 21/1997

<sup>69</sup> Vgl. "JF", Nr. 35/1998

14.09.	Marburg	Republikanischer Hochschulverband	
24.01.1998	Dresden	NPD-Landesverband Sachsen	1.300
06.06.	Kassel	Republikanische Jugend Hessen	350
12.09.	Münster	NPD-Landesverband NRW	300
24.10.	Bonn	NPD-Kreisverband Bonn	950
28.11.	Hannover	Freie Nationalisten	100
19.12.	Hannover	NPD-Kreisverband Hannover	200
30.01.1999	Kiel	JN-Landesverband Schleswig-H.	1.000
20.02.	Saarbrücken	JN	400
22.05.	Köln	NPD-Landesverband NRW	350
05.06.	Ludwigslust	Freie Nationalisten	500
10.07.	Hamburg	Nationaldemokratischer Hochschulbund	700
09.10.	Osnabrück	JN-Landesverband Niedersachsen	200
04.12.	Lüneburg	NPD	65

Die Demonstrationen haben erstmals seit langer Zeit wieder die Mobilisierungsfähigkeit des rechtsextremistischen Spektrums verdeutlicht. So wurde in München am 01. März 1997 eine Gesamtteilnehmerzahl von bis zu 4.500 Personen verzeichnet. Zuletzt gab es eine vergleichbar starke Demonstration 1970 gegen die Ostpolitik der damaligen Regierung Brandt. Obwohl die Ausstellung schon seit 1995 in deutschen und österreichischen Städten gastierte, haben die rechten Parteien und Gruppierungen recht spät erkannt, die Thematik für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Ausschlaggebend war auch hier der Protest

des bundesweit bekannten Münchener CSU-Politikers Dr. Peter Gauweiler.

Da nun in München ein solcher Erfolg gegeben war, wurden bis zum Ende der Ausstellung in fast allen deutschen Ausstellungsorten Kundgebungen abgehalten. Zumeist waren die Anmelder die NPD bzw. Gliederungen der NPD, die Teilnehmer wurden jedoch von neonazistischen Kreisen gestellt. Auch hier ist eine Vernetzung der NPD mit den Neonazis/Kameradschaften ersichtlich, was zum Zeitpunkt der Erarbeitung der vorliegenden Arbeit für das anstehende Verbotsverfahren gegen die NPD nicht ganz unerheblich ist. Ob dies gewollt war, kann nicht klar erkannt werden, zumindest aber die Demonstration in Bonn läßt eine Zusammenarbeit zwischen dem dortigen Kreisvorsitzenden der NPD und Neonazis erscheinen. Tatsache ist, mit der Anmeldung durch die NPD war es schwieriger, gerichtlich gegen die Demonstrationen vorzugehen, da die NPD das Parteienprivileg nach Art. 21 GG genießt.

Die DVU veranstaltete keine Demonstration, was auch die nicht vorhandene Mobilisierungsfähigkeit der DVU charakterisiert.

Die REP traten als Partei nicht in Erscheinung, lediglich deren Jugend- bzw. Hochschulorganisation fungierten als Anmelder von zwei Kundgebungen, an denen sich dann auch Neonazis und NPD-Funktionäre beteiligten. Problematisch war gerade dies für die REP, da der Vorsitzende Dr. Rolf Schlierer versucht, die Partei in Abgrenzung zu den restlichen rechtsextremistischen Organisationen wie den Kameradschaften zu führen.

Im Folgenden wird auf die Demonstrationen in München, Bonn und Hannover beispielhaft für alle anderen Kundgebungen eingegangen.

### **München, 01. März 1997**

Angemeldet durch den NPD-Bundesvorstand unter dem Vorsitz von Udo Voigt, rechnete man mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 2.500 Personen und stellte die Demonstration unter die Thematik:



*"Unsere Großväter waren keine Verbrecher - Und wir sind stolz auf sie!"<sup>70</sup>*

Die NPD verstand es, mit Flugblattaktionen (50.000 Flugblätter) und Rundschreiben die Massen und über die NPD hinaus den gesamten "Nationalen Widerstand" zu mobilisieren. Dabei achtete sie auf bestimmte äußere Rahmenbedingungen und wies die Teilnehmer auf Folgendes hin:

*"Von allen Teilnehmer wird ein diszipliniertes Auftreten gefordert ... Uniformierung und auffällige Abzeichen sind nicht gestattet - Für die gesamte Aktion besteht absolutes Alkoholverbot - Gegenüber der Presse besteht ein absolutes Interview- und Auskunftsverbot - Das Mitführen von Fahnen ist erwünscht - Bedenke, daß du ein Deutscher bist und verhalte dich entsprechend !"<sup>71</sup>*

Der frühere Funktionär der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Siegfried Borchardt (gen. SS-Sigi) will zu der Aktion *"alles mobilisieren, was in der Szene kriecht und flucht"*<sup>72</sup>.

Aus fast allen Bundesländern kamen die Demonstranten und die Gesamtteilnehmerzahl von 4.500 Personen übertraf dann auch die Erwartungen der Veranstalter.

Ausschreitungen seitens der rechten Gruppen hat es nicht gegeben. Lediglich aus dem Kreis der linken Gegendemonstranten wurden Steine, Flaschen und Obst gegen Polizeibeamte und NPD-Demonstranten geworfen. Insgesamt wurden von der Polizei 76 Personen festgenommen, davon 43 der rechten Szene, überwiegend wegen Verwendung verfassungswidriger Zeichen (§ 86a StGB) und 33 der linken Szene wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand, Sachbeschädigung und Vergehen nach dem Waffen- und Versammlungsgesetz<sup>73</sup>.

---

<sup>70</sup> Anmeldebogen des NPD-Bundesvorstandes vom 20. Februar 1997

<sup>71</sup> Vgl. Flugblatt der NPD/JN zur Demonstration in München, V.i.S.d.P.: Steffen Hupka

<sup>72</sup> Vgl. "Der Spiegel", Nr. 7/1997, S. 20

<sup>73</sup> Vgl. Presseerklärung des Polizeipräsidiums München vom 02. März 1997

Wie oben schon angedeutet, kamen die Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet und waren nicht nur Anhänger von NPD-Organisationen. Die REP und die DVU haben eine Teilnahme abgelehnt, so daß der Großteil von neonazistischen Gruppierungen gestellt wurde. Beispielsweise begleiteten der "Freiheitliche Volks Block", eine bundesweit agierende neonazistische Gruppe<sup>74</sup> mit ca. 80 Personen, die Demonstration. Auffallend war dabei das geschlossene Auftreten in schwarzer Kleidung sowie mit eigenen Fahnen und Transparenten. Es waren die "Crailsheimer Skinheadszone" ebenso vertreten wie Kameradschaften aus Ostdeutschland ("Anti-Antifa-Ost-thüringen") und die Hamburger Szene unter Thomas Wulff (gen. Steiner) und Anhänger Michael Swierczeks und dessen verbotener "Nationalen Offensive".

Auf Transparenten wurde unter anderem skandiert:

- *"Reemtsma laß die Hetze sein, pack die Koffer und fahr heim"*
- *"Hier marschierst du nationaler Widerstand"*
- *"Solidarisieren - Mitmarschieren"*
- *"Bürger laß das Glotzen sein, komm zu uns und reih dich ein"*
- *"Macht den Bonner Bonzen Dampf - Nationaler Freiheitskampf"*
- *"Deutsche Soldaten - Heldentaten"*

Als Redner bei der Schlußkundgebung traten die NPD-Funktionäre Holger Apfel, Walter Bachmann und Udo Voigt auf. Letzterer äußerte sich:

*"Leute wie Reemtsma und Heer würden im Ausland geteert und gefedert, wenn sie dort die Soldaten und die Ehre des Volkes dermaßen in den Schmutz ziehen würden, wie sie es hier und heute tun und tun dürfen."<sup>75</sup>*

---

<sup>74</sup> Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg: Verfassungsschutzbericht 1999, S. 41 f.

<sup>75</sup> Vgl. Pressemitteilung der NPD-Bundespressestelle (Karl-H. Sendbühler) vom 01. März 1997 (sic!)

Der Liedermacher Frank Rennicke trat mit Musikbeiträgen auf, darunter *"Ohne Adolf läuft nichts mehr"* und *"Deutsche Infanterie"*.

In der Nachbetrachtung der Demonstration schwelgt sich die NPD in Eigenlob und Udo Voigt sieht die Aktion als *"das Fanal von München"* und *"größte Demonstration des nationalen Widerstandes"*<sup>76</sup>. Die NPD erhöht in ihren Presseerklärungen die Zahl der Demonstranten auf 6.000 Personen und geht nicht auf die Teilnahme von Neonazis und Skinheads ein. Für die nun folgenden Demonstrationen soll München eine Vorgabe sein, ähnliche Teilnehmerzahlen zu erreichen.

### **Bonn, 24. Oktober 1998**

Die Demonstration in Bonn war im Vorfeld nicht ganz unumstritten. Offiziell war die NPD Anmelder und tatsächlich hat der Vorsitzende des Bonner NPD-Kreisverbandes Hans-Robert Klug die Aktion angemeldet, doch distanzieren sich zunächst der Landes- und der Bundesvorstand der NPD von der Aktion. Grund war hier Verdächtigung des NPD-Landesvorstandes, Klug würde eigenmächtig handeln und wäre in neonazistische Kreise verstrickt.

Thema der Demonstration war:

*"Unsere Soldaten waren keine Verbrecher! Für die Ehre der Deutschen Wehrmacht"*.

Die NPD rechnete selbst mit bis zu 3.000 Teilnehmern<sup>77</sup>, es beteiligten sich aber "nur" ca. 950 Personen teil.

Die Bonner Demonstration zeigte, daß die NPD nur scheinbar der Veranstalter war. Der Bundes- als auch der Landesvorstand waren nicht anwesend, neonazistische Organisationen und Gruppierungen stellten den Großteil der Demonstranten, und bekannte Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der Demonstration teil, darunter Friedhelm Busse, Christian Worch, Thomas Wulff und Thorsten Heise.

---

<sup>76</sup> Vgl. "Deutsche Stimme", Nr. 3/1997

<sup>77</sup> Vgl. "General-Anzeiger", Bonn vom 30. Juni 1998

Auf der Schlußkundgebung traten u.a. dann neben Klug auch Achim Ezer (JN-NRW-Vorsitzender), Christian Worch und Friedhelm Busse auf. Busse, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), führte aus:

*"Meine Kinder, die schreien heute: Wir marschieren für Hitler gegen die Fahnen der Juden für Arbeit und Brot. ... Diese [die Bundesregierung, Anm. d. Verf.] verweigert unseren Soldaten - im Gegensatz zum Treuebeweis von Adolf Hitler gegenüber der Wehrmacht - heute den Treuebeweis."*

Es wurden Transparente mitgeführt, die u.a. folgende Aussagen zeigten:

- *"Keine Macht den kommunistischen Verbrechern"*
- *"Unsere Soldaten waren keine Verbrecher"*
- *"Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht - Kameradschaft Northeim"*
- *"Wer unsere Soldaten als Verbrecher beschimpft, verdient nicht Deutscher zu sein"*

Die Demonstration wurde durch starke Kräfte des linken Spektrums gestört und behindert. Die Rechtsextremisten verhielten sich in Bonn wie auch bei allen anderen Demonstrationen diszipliniert und unauffällig. Daher ist auch ein ursprüngliches Verbot der Demonstration vom zuständigen Verwaltungsgericht wieder aufgehoben worden, da man seitens des rechten Spektrums keine negativen Erfahrungen gemacht hat.

Es kam zu Ausschreitungen zwischen Autonomen und Kräften der Polizei. Rund 200 Personen wurden festgenommen, drei Autos wurden beschädigt. Diese chaotischen Verhältnisse nutzten die gleichzeitig in Bonn anwesenden Politiker der Partei "Bündnis '90/Die Grünen" Roland Appel, Katrin Grüber und Michael Vesper ihre Stellung als Mandatsträger im Landtag und in der Landesregierung aus, um rechtswidrig Autonome und linke Gegen-demonstranten aus dem Polizeigewahrsam zu befreien. Dies hatte dann Auseinandersetzungen über den Mißbrauch der Amtsstellung (Rechtsbeugung) der o.g. Personen im Düsseldorfer Landtag zur Folge.

In der Nachbetrachtung geht die NPD nicht auf die Teilnahme der Neonazis ein. Der Neonazi Christian Worch wird als "freier

*Systemkritiker*" erwähnt, dagegen verlieren die Redakteure der "Deutschen Stimme" keinen Satz über die Teilnahme bzw. die Rede Busses. Die Teilnehmerzahlen werden von tatsächlichen 950 auf 1.200 "volkstreu Menschen"<sup>78</sup> hochgesetzt. Es zeigt sich auch hier, daß es der NPD recht ist, daß die Neonazis mitdemonstrieren, mitmarschieren und sogar auf der Abschlußkundgebung reden, da sie nicht aus eigenen Kräften so viele Demonstranten aufbringen könnte. Jedoch in ihren Publikationen geht die NPD auf die wirklich existierende Zusammenarbeit mit den neonazistischen Gruppen und Kameradschaften nicht ein.

Die Kameradschaften dagegen sind stolz auf ihre Teilnahme an der Demonstration und werten dies als "ein beachtlicher Erfolg", der zeigt, "daß der Nationale Widerstand überall im Lande wächst." Desweiteren führen sie aus:

*"Der Protest gegen die Hetzausstellung nimmt kein Ende! Egal, welche Stadt von dem bolschewistischen Wanderzirkus auch heimgesucht wird - der nationale Widerstand rückt diesen Geschichtsfälschern allerorten auf die Pelle, um für die Ehre der Deutschen Wehrmacht zu demonstrieren!"<sup>79</sup>*

### **Hamburg, 10. Juli 1999**

Die Demonstration in Hamburg, mit ca. 700 Teilnehmern eine der letzten Kundgebungen gegen die Wehrmachtsausstellung, zeigt am deutlichsten, wie eine Veranstaltung der NPD (in Hamburg trat die NPD-Hochschulorganisation als Anmelder auf) von den neonazistischen Gruppierungen unterstützt wird und von diesen öffentlichkeitswirksam mißbraucht wird. Organisatoren waren Christian Worch und Thomas Wulff. Die Teilnehmer kamen wieder aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter Skinheads der Gruppierung "Blood and Honour" aus verschiedenen Bundesländern, die Kameradschaft "Kampfbund Deutscher Sozialisten" aus Köln mit ihrem damals noch 16 Jahre alten Anführer Axel Reitz (gen. Hitlerjunge Quex) und bekannte Neonazis wie Meinhard Elbing und Christian Malcoci. Als Betreuer für erschöpfte oder auch gegebenenfalls verletzte Demonstranten

---

<sup>78</sup> Vgl. "Deutsche Stimme" Nr. 12/1998

<sup>79</sup> Vgl. "Zentralorgan", Januar 1999

fungierte das "Braune Kreuz", eine Gruppierung bestehend aus den weiblichen Rechtsextremisten.

Folgende Sprechchöre wurden von den Versammlungsteilnehmern skandiert:

- *"Hier marschierst du nationale Widerstand"*
- *Absingen "Oh du schöner Westerwald"*
- *"Ruhm und Ehre der Deutschen Wehrmacht"*
- *"Ruhm und Ehre der Deutschen Waffen SS"*
- *"Antifaschisten - Terroristen"*
- *"Lügen haben kurze Beine, Reemtsma hat keine"*

Mitgeführte Transparente enthielten folgende Aussagen:

- *"Nationaler Widerstand"*
- *"Widerstand West"*
- *"Schandausstellung - Lüge, Hetze, Fälscherei"*
- *"Rotfront zerschlagen"*
- *"USA und NATO raus aus Europa - Kampf der imperialistischen 'One World'-Ideologie!"*

Aufgrund der o.g. Skandierungen und wegen der Bekleidung der Teilnehmer ist darauf zu schließen, daß der Großteil der Demonstranten aus der Skinhead- bzw. Neonaziszene stammt. So trugen Demonstranten Kleidung, die der Kleidung der HJ sowie der SS ähnelt. Aufdrucke auf T-Shirts bestätigten diese These. Der Schriftzug "A.C.A.B" ("All Cops are Bastards" = "Alle Polizisten sind Bastarde") wurde ebenso getragen wie *"Meine Ehre heißt Treue"*, das Gaudreieck des "Deutschen Jungvolkes", *"white power"*, *"Club 88"* (Die 88 steht für den achten Buchstaben im Alphabet H - zusammen = 'Heil Hitler'), *"Selbstschutz Sachsen-Anhalt"*, *"Endsieg"*, *"Skinheads"* und *"Landser - Deutsche Wut"*.

Als Redner traten u.a. Udo Voigt und Thomas Wulff auf. Einen Schwerpunkt der Rede Voigts bildete die als Schreckensszenario dargestellte *"multikulturelle"* Gesellschaft, gegen die sich der Widerstand der nationalen Kräfte zu richten habe. Einem nicht näher bezeichneten Personenkreis drohte der NPD-Vorsitzende, daß *"ihr dafür bezahlen werdet, was ihr Deutschland angetan habt"*. Wulff betonte in seiner Kritik an der Wehrmachtausstel-

lung die "Heldengeneration" des letzten Weltkrieges, die "im Geist in unseren" Reihen mitmarschiere.

Gewalttätigkeiten wurden fast ausschließlich durch linke Gegendemonstranten ausgeübt. Disziplin und angeordnete Gewaltlosigkeit konnten von den sonst nicht gerade friedlichen Skinheads und Neonazis eingehalten werden. Seitens der Polizei wurden Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen die Störer der linken Szene eingesetzt. Insgesamt wurden 138 freiheitsentziehende Maßnahmen durchgeführt, davon sieben gegen Personen des rechtsextremistischen Spektrums.<sup>80</sup>

Seitens der Neonazis wurde Voigt für seine Teilnahme am "gefährvollen Marsch" gelobt. Er beweise damit, "daß ein Parteivorsitzender keineswegs ein langweiliger Sesselfurzer mit Schlips und Kragen sein muß."<sup>81</sup> Hier wird die Demonstration als ein eigene Aktion und nicht eine der NPD dargestellt. Die "Freien Nationalisten" aus Hamburg resümieren: "Wir wollten an diesem Tage ein Zeichen der Aufrichtigkeit, der Disziplin und der Ordnung gegen die Mächte der Niedertracht, des Chaos und der Zerstörung setzen - es ist uns gelungen!"<sup>82</sup>

Wie oben schon angesprochen, ist als Ergebnis die enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und den deutschen Neonazis unübersehbar festzustellen. Die Neonazis instrumentalisieren den Protest der NPD für ihre Zwecke des öffentlichen Auftretens. Dabei sind die Funktionäre der Neonazis nicht zu unterschätzen. Gerade die Hamburger Christian Worch und Thomas Wulff mobilisierten bei verschiedenen Demonstrationen Kameradschaften und Skinheadgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie nutzen dazu ihr "Aktionsbüro Nord-deutschland", welches Demonstrationstermine koordiniert, zu Veranstaltungen mobilisiert und damit Modellcharakter für die Szene hat.<sup>83</sup> Im Zusammenhang mit den Demonstrationen wird deutlich, daß die Neonazis gedanklich in einem "Ghetto-denken" verfangen sind und

---

<sup>80</sup> Siehe die Zusammenfassung des LKA Hamburg vom 28. Juli 1999 zur Demonstration am 10. Juli 1999

<sup>81</sup> Vgl. "Zentralorgan", Nr. 7/1999, S. 17 f.

<sup>82</sup> Vgl. ebd.

<sup>83</sup> Siehe Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg: Verfassungsschutzbericht 1999, S. 56 ff.

den Erfolg einer Veranstaltung nach völlig eigenen Kriterien messen. Für sie geht es in erster Linie um öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung, politische Aspekte im eigentlichen Sinne sind zweitrangig.

Für die zukünftige Beobachtung des Neonazismus zeigt sich, daß durch das Engagement verschiedener Personen diese Gruppierungen (Kameradschaften) ein Potential darstellen, welches effektiv die Szene motivieren und mobilisieren kann.

Obschon es sehr viele Demonstrationen zu der "Wehrmachtsausstellung" gegeben hat, sind fast alle friedlich seitens der Teilnehmer des rechten Spektrums verlaufen. Lediglich linke Gegendemonstranten machten sich durch Ausschreitungen strafbar.

Die Demonstrationen, angefangen von München bis hin zu Lüneburg, waren neben dem Anschlag von Saarbrücken das einzige Instrumentarium des rechten Spektrums, um für ihre Positionen im Allgemeinen und gegen die "Wehrmachtsausstellung" im Besonderen zu werben. Da fast immer Gegendemonstrationen durchgeführt wurden und somit ein hohes Polizeipotential vorhanden war, haben sie ihr Ziel, die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, erreicht.

## **4.2 Anschläge**

Gewaltsame Aktionen gegen die Ausstellung oder die Veranstalter waren im Gegensatz zu der relativ hohen Anzahl der Demonstrationen gering. Hervorzuheben sind aber der Farbsprayanschlag am 09. Juni 1996 in Erfurt durch den Neonazi Manfred Roeder und der Bombenanschlag auf das Ausstellungsgebäude in Saarbrücken am 09. März 1999.

### **Farbsprayanschlag durch Manfred Roeder**

Roeder beläßt es mit seiner Kritik an der "Wehrmachtsausstellung" nicht nur bei Äußerungen in seine Schriften, er versucht



auch medienwirksam mit sogenannten Mahnwachen<sup>84</sup> oder durch Farbsprayaktionen nach außen zu wirken.

Am 09. Juni 1996 besprühte er mit einem weiteren Gesinnungsgenossen mehrere Schautafeln der Ausstellung in Erfurt mit den Wörtern "Lüge" und "Hetze". Gegen die Täter wurde Anklage wegen Sachbeschädigung und Beleidigung erhoben. Das Amtsgericht Erfurt verurteilte Roeder am 26. September 1996 zu einer Geldstrafe von 4.500 DM.

In den Mitteilungen seiner "Deutschen Bürgerinitiative" begründet Roeder die Tat mit seinem Drang nach Aufklärung über die "Wehrmachtsausstellung":

*"Jede Stunde wurde der Vorfall im Mitteldeutschen Rundfunk und in der Deutschen Welle erwähnt. ... Zeitungen in aller Welt bis nach San Francisco griffen die Meldungen auf. Nun weiß die Welt, daß man die besten Soldaten der Welt nicht ungestraft beschimpfen kann."*<sup>85</sup>

Auch versuchte er, den Strafprozeß zu nutzen, um öffentlichkeitswirksam gegen die Ausstellung zu propagieren. So ruft er seine Anhänger auf, als Zuhörer dem Strafverfahren beizuwohnen und führt aus:

*"Natürlich gibt es jetzt einen Prozeß wegen Sachbeschädigung und Beleidigung ... Es ist für uns aber die beste Gelegenheit, die Ehre der Wehrmacht öffentlich zu verteidigen und Zeugen dafür aufmarschieren zu lassen."*<sup>86</sup>

Roeder zeigte sich stolz über seine Aktion, da er sich so gegen die "Lügenbrut" wirkungsvoll gewehrt hat, und wäre er zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, hätte er dies als "nachträgliche Kriegsauszeichnung" betrachtet. In seinen Mitteilungen überschüttet er die Justiz mit Hohn und Spott und bezeichnet sich selbst als Opfer und die Richter und Staatsanwälte als Täter. Er versuchte, den Prozeß als Nebenschauplatz für seine Thesen

---

<sup>84</sup> Roeder demonstrierte so z.B. am 14. September 1997 mit acht weiteren Personen vor der Uni Marburg. In: "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 8/97

<sup>85</sup> Vgl. "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 6/96

<sup>86</sup> Vgl. ebd.

gegen die "Wehrmachtsausstellung" umzufunktionieren, was ihm allerdings nicht gelang.<sup>87</sup>

### **Sprengstoffanschlag auf das Ausstellungsgebäude in Saarbrücken**

Zeigte die rechtsextremistische Szene bei all ihren Aktionen und Demonstrationen auffällige Zurückhaltung zu Gewalt, und gingen Ausschreitungen zumeist von autonomen Linksextremisten aus, so überraschend und plötzlich geschah der Anschlag auf das Ausstellungsgebäude in Saarbrücken am 09. März 1999.

Im Vorfeld des Sprengstoffanschlages waren seitens der Sicherheitsbehörden keinerlei Anzeichen für etwaige Planungen oder gar mögliche Vorbereitungsmaßnahmen zu verzeichnen. Aufgrund von Erfahrungen des Protestverhaltens bei den vorhergehenden Ausstellungsstationen war mit einer Gewalttat dieser Größenordnung nicht zu rechnen.<sup>88</sup>

In den frühen Morgenstunden des 09. März gegen 04.40 Uhr detonierte ein selbstgefertigter Sprengkörper (Rohrbombe) mit etwa ein bis zwei Kilogramm militärischem Sprengstoff in einer Ecke des Ausstellungsgebäudes. Die Zündung erfolgte elektrisch.<sup>89</sup> Personenschaden entstand nicht, der Sachschaden betrug jedoch rund 500.000 DM. Hauptsächlich wurde das Ausstellungsgebäude, eine Einrichtung der Volkshochschule Saarbrücken, und die benachbarte Schloßkirche in Mitleidenschaft gezogen. Exponate und Stellwände wurden durch herumfliegende Glassplitter leicht beschädigt, eine kurzzeitige Schließung der Ausstellung erfolgte darauf.

Das LKA Saarland und das BKA nahmen sofort in einer Sonderkommission die Ermittlungen auf, Hinweise auf die Täter gab es aber vorerst nicht.

Am 13. März 1999 ging bei verschiedenen Zeitungen im Bundesgebiet<sup>90</sup> folgendes Selbstbeichtigungsschreiben ein:

---

<sup>87</sup> Vgl. "Deutschen Bürgerinitiative - weltweit", Nr. 8/96

<sup>88</sup> Mitteilung des LfV Saarland an den Autor vom 15. Dezember 2000 / Bericht des LKA Saarland vom 21. April 1999

<sup>89</sup> Vgl. "Saarbrücker Zeitung", 10. März 1999

<sup>90</sup> Diese waren die Saarbrücker Zeitung, Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Bild-Zeitung.

*"Sehr geehrte Damen und Herren,  
Hiermit bekennen wir uns zu dem Bombenanschlag in der  
VHS.*

*Unser Motiv:*

*Diese kriminellen Veranstalter wie der vorbestrafte Heer ver-  
stehen keine andere Sprache.*

*Zum Beweis dafür, dass wir keine Trittbrettfahrer sind, haben  
wir ein Reststück des verwendeten Zündkabels beigefügt. Das  
zweiadrige Zündkabel war einseitig gekürzt und verknotet.*

*Wir haben allergrössten Wert darauf gelegt, keine Polizei  
oder Menschenleben zu gefährden. Die Schäden an der Kir-  
che tun uns leid, wir bitten um Verständnis.*

*Wir bitten das Kultusministerium, keine Besuche mehr mit Kin-  
dern und Schul-Klassen zu befürworten.*

*Wir bitten die Saarbrücker Zeitung dringend dieses Schreiben  
zu veröffentlichen, um unschuldige Menschenleben nicht zu  
gefährden.*

*Die Kölner Kameraden warten auf Heer und seine Mittäter."  
[Fehler im Original]<sup>91</sup>*

Es ist davon auszugehen, daß der oder die Verfasser des Schrei-  
bens mit der Tat in Verbindung stehen, da auch ein Stück identi-  
sches Zündkabel dem Schreiben beigelegt wurde.

Die Reaktionen aus der rechten Szene waren recht unterschied-  
lich. Das "Zentralorgan" kritisierte das Attentat als hinderlich im  
Kampf gegen die Ausstellung:

*"Wer auch immer also die Bombe von Saarbrücken zur Explo-  
sion gebracht hat - genutzt hat er dem Widerstand gegen  
die Schau sicher nicht."<sup>92</sup>*

Andererseits ist ihnen eine zu starke Kritik am Anschlag auch  
nicht genehm. So äußern die Neonazis in der gleichen Schrift  
über einen Autor der "Deutschen National-Zeitung", welcher die

---

<sup>91</sup> Vgl. Innenministerium des Landes NRW: Verfassungsschutzbericht  
1998, S. 78 f.

<sup>92</sup> Vgl. "Zentralorgan", Nr. 6/1999, S. 6 ff.

Tat als "verurteilenswerte Rechtswidrigkeit"<sup>93</sup> beschreibt, wie folgt:

*"Vielleicht hat die Bombe von Saarbrücken dem Verfasser dieser klugen Worte ja Teile des Gehirns weggesprengt."*

Da man in den eigenen Reihen den oder die Täter nicht für möglich hält, sieht das "Zentralorgan" die Urheber bei den Ausstellungsmachern<sup>94</sup> oder beim Verfassungsschutz und vergleicht die Tat mit dem sogenannten "Celler Loch", ein in der Öffentlichkeit umstrittener Versuch der deutschen Sicherheitsbehörden 1978 zur Einschleusung eines V-Mannes in die RAF-Kommendoebene.

Das "Nationale Info-Telefon Rheinland", ein Kommunikationsnetz der Neonazis, sprach von einer "Bombenstimmung in Saarbrücken", bedauerte, daß nur leichte Schäden zu verzeichnen waren und erklärte weiter:

*"Mal sehen, was sich noch so bei der Rundreise dieser Lügenausstellung durch die Republik ereignen wird."<sup>95</sup>*

Nachahmungstäter fand aber auch diese Tat. Eine Briefbombenattrappe ging Ende März 1999 bei einem Münchener Bürger mit dem Namen Heer ein, welcher allerdings in keiner Verbindung zu dem Ausstellungsleiter steht. Ein Schreiben mit folgendem Inhalt war der Attrappe beigelegt:

*"Heer, du gottverdammte Drecksau! Saarbrücken war erst der Anfang - wir kriegen auch Dich !"<sup>96</sup>*

Zudem wurde eine telefonische Bombendrohung auf die Ausstellung in Köln am 08. April 1999 ausgesprochen, die sich allerdings als unwahr herausstellte.

Ob nun der oder die Täter im rechtsextremistischen Bereich anzusiedeln ist/sind, ist bis heute ungeklärt. Die Ermittlungen verliefen ergebnislos, als "relevant" einzuschätzende Hinweise aus der

<sup>93</sup> Vgl. "Deutsche National-Zeitung", 19. März 1999

<sup>94</sup> "Zentralorgan", Nr. 6/1999, S. 8: "Sind die wahren Täter also in den Kreisen der Ausstellungsmacher zu suchen? Möglich und keinesfalls auszuschließen ist dies."

<sup>95</sup> Vgl. Nationales Info-Telefon Rheinland, Sonderansage vom 11. März 1999

<sup>96</sup> Vgl. "Süddeutsche Zeitung", 06. April 1999

Bevölkerung lagen nicht vor. Das entsprechende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Saarbrücken wurde am 16. Juli 1999 eingestellt.

Doch über die Kapazität der Szene, solch schwere Gewaltakte durchzuführen, bestehen keine Zweifel. So erklärt eine Gruppe "nationalrevolutionärer Zellen" in einem Interview, daß sie im Krieg mit dem System sei, und "*da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf*."<sup>97</sup> Es häufen sich Funde von Waffen und Sprengstoffen bei Rechtsextremisten und der Verfassungsschutz hat wiederholt auf die Gefahr der Entstehung rechtsterroristische Strukturen hingewiesen.<sup>98</sup>

## 5. Schlussbetrachtung

Bilanziert man nun die Untersuchung, wie das rechtsextremistische Spektrum die "Wehrmachtsausstellung" als Agitationsfeld genutzt hat, so kommt man zu folgenden Ergebnissen:

a) Die rechtsextremistische Szene hat sich ohne Zweifel die "Wehrmachtsausstellung" zu Nutze gemacht und von ihr profitiert. Der Blickwinkel der Öffentlichkeit auf diese Ausstellung war gleichzeitig ein Mittel, um diese Thematik zu instrumentalisieren und auf die eigene Präsenz hinzuweisen. In einer Art Wechselspiel gewann durch die Kritik seitens des rechten Spektrums auch die Ausstellung medienwirksame Beachtung, die sie in der Anfangsphase überhaupt nicht hatte.

b) So unterschiedlich wie die rechtsextremistische Szene sich in den letzten Jahren verhalten hat, so war auch ihre Positionierung zur "Wehrmachtsausstellung". Die Revisionisten behandelten mit ihren "intellektuellen Schriften" die Problematik sehr wissenschaftlich und mit Thesen über die Hintergründe und Motive der Ausstellungsmacher, die bis hin zu "Verschwörungstheorien" reichten. Konsumorientiert auf den Verkauf der eigene Verlagsartikel benutzte die DVU und das Imperium des Dr. Frey die

---

<sup>97</sup> Vgl. "Hamburger Sturm", Nr. 20/Mai 1999. Mitteilungsblatt der am 11. August 200 verbotenen Organisation "Hamburger Sturm 18"

<sup>98</sup> Vgl. BfV: Rechtsextreme in Deutschland, Köln, 2000, S. 9 ff.

"Wehrmachtsausstellung", als Mittel der Außenwirkung mit vielfachen Demonstrationen trat die NPD in Erscheinung.

c) Wie schon in der Vergangenheit war auch die Agitation gegen die Ausstellung kein Anlaß für eine Kooperation der rechtsextremistischen Parteien. Aus der Untersuchung heraus läßt sich dies auch langfristig nicht in Betracht ziehen.

d) Die Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der Parteien ist als gering zu werten. Teilnehmer auf den Demonstrationen waren zum Großteil Skinheads und Neonazis. Die DVU veranstaltete keine Kundgebung, die REP traten als Bundespartei auch nicht in Erscheinung.

e) Im Zuge der Demonstrationen lassen sich die erstarkten Strukturen der Kameradschaften und der sogenannten "Freien Nationalisten" erkennen. In fast ganz Deutschland vertreten, agieren sie sehr mobil, diszipliniert und untereinander vernetzt. Durch die Organisation der Kundgebungen wollten Worch und Wulff ihre führende Position innerhalb der bundesdeutschen Neonaziszene untermauern. Sie scheinen für die Verfassungsschutzbehörden ein Schwerpunkt der zukünftigen Beobachtung zu werden.

f) Eine Zusammenarbeit zwischen der Partei NPD und den Neonazis ist deutlich vorhanden. Zwar gibt es keine offiziellen Aussagen der NPD zu Kontakten, doch sind die Neonazis nicht unerwünscht auf den NPD-Demonstrationen. Zum Teil treten die wichtigsten Vertreter der neonazistischen Kameradschaften als Organisatoren und Redner auf den Demonstrationen auf. Offen bleibt, ob die Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff neben ihrem Engagement in den Kameradschaften auch in die Parteiarbeit hineinstreben oder sogar anläßlich des NPD-Verbotsverfahren eine eigene Partei bilden werden.

g) Ob die Agitation auch gegen die neue Ausstellung des IfS im Jahr 2001 fortgeführt wird, bleibt abzuwarten. Da aber die hohe Teilnehmerzahl von München nie wieder erreicht wurde und diese in den nachfolgenden Aufmärschen stetig abnahm, ist von einer Orientierung hin zu anderen politischen Themen auszugehen.

h) Der Anschlag in Saarbrücken verdeutlicht die Gefahr durch rechtsextremistische Gewalt und vor dem Vorhandensein von

Waffen bzw. Sprengstoff. Ob es aber wirklich existierende rechtsterroristische Strukturen gibt, war nicht Aufgabe dieser Untersuchung. Jedoch war die "Wehrmachtausstellung" nicht nur dem friedlichen Protest ausgesetzt. Gewalt wird in der rechten Szene als Teil des politischen Kampfes gesehen.

## 6. Literaturverzeichnis

### Selbständige Quellen

- BACKES, Uwe/JESSE Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden, 1989 ff.
- BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Legenden Lügen Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte, München, 1991
- BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: Rechtsextreme in Deutschland, Köln, 2000
- BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: Neonazistische Kameradschaften in Deutschland, Köln, 2000
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN: Verfassungsschutzberichte des Bundes, Bonn/Berlin, 1997 ff.
- FROMM, Rainer: Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg, 1993
- GESSENHARTER, Wolfgang/FRÖCHLING, Helmut (Hrsg.): Rechts-Extremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen, 1998
- HARTMANN, Christian: Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur 1933 bis 1945, In: MÖLLER, Horst/WENGST Udo (Hrsg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte, München, 1999
- HEER, Hannes/NAUMANN, Klaus (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg, 1995
- HILBERG, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a.M., 1990
- INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg, 1996
- KLONINGER, Herbert (Hrsg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Symbolik, Neonazis, Skinheads, Brühl, 1998
- LANDESMINISTERIEN DES INNERN: Verfassungsschutzberichte der Länder, 1997 ff.



- MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, 1996
- MESSERSCHMIDT, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat, In: BRACHER, Karl Dietrich u.a.: Nationalsozialistische Diktatur, Bonn, 1986
- MUSIAL, Bogdan: Bilder einer Ausstellung, In: INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE (Hrsg.): Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München, 47 (1999)
- PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus, Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, 1995
- PIEKALKIEWICZ, Janusz: Der Zweite Weltkrieg, Düsseldorf, 1985
- SMELSER, Ronald/SYRING, Enrico (Hrsg.): Die Militärelite des Dritten Reiches, Berlin, 1997
- SOJKA, Klaus (Hrsg.): Die Wahrheit über die Wehrmacht. Reemtsmas Fälschungen widerlegt, München, 1998
- STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.): Die Reemtsma-Ausstellung, Hamburg, 1997
- THIELE, Hans-Günther: Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bremen, 1997
- UEBERSCHÄR, Gerd R./WETTE, Wolfram (Hrsg.): Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, Paderborn, 1984
- WILHELM, Hans-Heinrich: Die Einsatzgruppen und die "Endlösung der Judenfrage", In: BRACHER, Karl Dietrich u.a.: Nationalsozialistische Diktatur, Bonn, 1986

#### Unselbständige Quellen

- DER (NEUE) REPUBLIKANER, Berlin
- DER SPIEGEL, Hamburg
- DEUTSCHE BÜRGERINITIATIVE, Schwarzenborn
- DEUTSCHE STIMME, Berlin

DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG / DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG,  
München

DEUTSCHLAND IN GESCHICHTE UND GEGENWART, Tübingen

FOCUS, München

GENERAL-ANZEIGER, Bonn

HAMBURGER STURM, Hamburg

JUNGE FREIHEIT, Berlin

SIGNAL, Köln

VIERTELJAHRESHEFTE FÜR FREIE GESCHICHTSFORSCHUNG, Ber-  
chem (Belgien)

ZENTRALORGAN, Hamburg

Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Köln, der  
Landesbehörde für Verfassungsschutz NRW, Düsseldorf und der  
Polizeipräsidien Bonn, Hamburg und München

## 7. Anlagen

**PROTEST gegen die  
Anti-Wehrmacht-Hetze**



**Antworten Sie mit diesem Aufkleber auf die Verunglimpfungen des deutschen Soldaten durch Reemtsma und Konsorten!**

**Unterstützen Sie den überparteilichen EHRENBUND RUDEL!**

**KOSTENLOS FÜR SIE**

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Bitte senden Sie mir **kostenlos** und **unverbindlich** den Aufkleber „EHRE DEN DEUTSCHEN SOLDATEN“

Weil ich die Haßkampagne gegen unsere Soldaten und vor allem gegen unsere Gefallenen von Herzen verabscheue, erkläre ich jetzt meinen Beitritt zum **EHRENBUND RUDEL** – überparteiliche Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten.

Weil ich mich zur Tradition der deutschen Wehrmacht als ewig gültige Werte bekenne, trete ich der überparteilichen Vereinigung **DVU e.V.** bei.

In Würdigung des Opfers, das die deutschen Soldaten für Volk und Vaterland brachten, trete ich der Partei **DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)** bei.

Monatlicher Beitrag:  
**Ehrenbund Ruedel** DM 3,-  
**DVU (Partei) und DVU e.V.**  
 je DM 6,- (aus sozialen Gründen auf Antrag je DM 3,-)

**Ich abonniere die Wochenzeitungen, die Recht und Freiheit des deutschen Volkes und das Ansehen des deutschen Soldaten verteidigen:**

DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG  
 DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG

als Postvertriebsstück (Normalversand) (je DM 12,- monatlich)  
 im neutralen zugeklebten Umschlag (je DM 13,35 monatlich)

Welcher Partei oder Vereinigung gehören Sie in welcher Funktion an?  
 Welcher in den letzten 20 Jahren?

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Geburtsort \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Beruf \_\_\_\_\_ Vorwahl/Ruf-Nr. \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ 1. Unterschrift \_\_\_\_\_

Sie haben das Recht, die Zeitungsbestellung binnen einer Woche schriftlich zu widerrufen. Der Lauf der Widerrufsfrist beginnt mit dem auf die Bestellung folgenden Tag. Die Widerrufsfrist wird gewahrt durch rechtzeitige Absendung des Widerrufs an den DSZ-Verlag, 81238 München.

Datum: \_\_\_\_\_ 2. Unterschrift \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an: DSZ-Verlag GmbH · 81238 München**


7.1 Typisches Agitationsmittel der DVU gegen die "Wehrmachtsausstellung": Kostenloser Aufkleber in Verbindung mit Werbung für die DVU und für die DWZ (DWZ, Nr. 15/1997).




7.2/7.3 Aufkleber als Werbemittel für die Kundgebungen. Oben: Aufkleber der neonazistischen Organisation "Aktion Sauberes Deutschland". Unten: Aufkleber der NPD zur Demonstration am 01. März 1997 in München.

**LEISTET  
WIDERSTAND  
JETZT!**

Seit einiger Zeit wird Deutschland von der  
volksverhetzenden Ausstellung  
„Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“ heimgesucht.  
Ziel dieser Ausstellung ist es, das Andenken unserer Großväter – den  
deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges – zu verunglimpfen  
und in den Schmutz zu ziehen.



**WIR WEHREN UNS DAGEGEN!**



KOMM AUCH DU ZUR  
**DEMONSTRATION**  
**DES NATIONALEN WIDERSTANDES**  
gegen die antideutsche Schand-Ausstellung.  
Am 1. März 1997 in München

Am Abend wird ein großer Kameradschaftsabend mit Frank Rennicke stattfinden.

TREFFPUNKT:  
**Sonnabend, 1. März 1997, 12.00 Uhr**  
**Geschwister-Scholl-Platz / Universität München**

WICHTIGE HINWEISE:

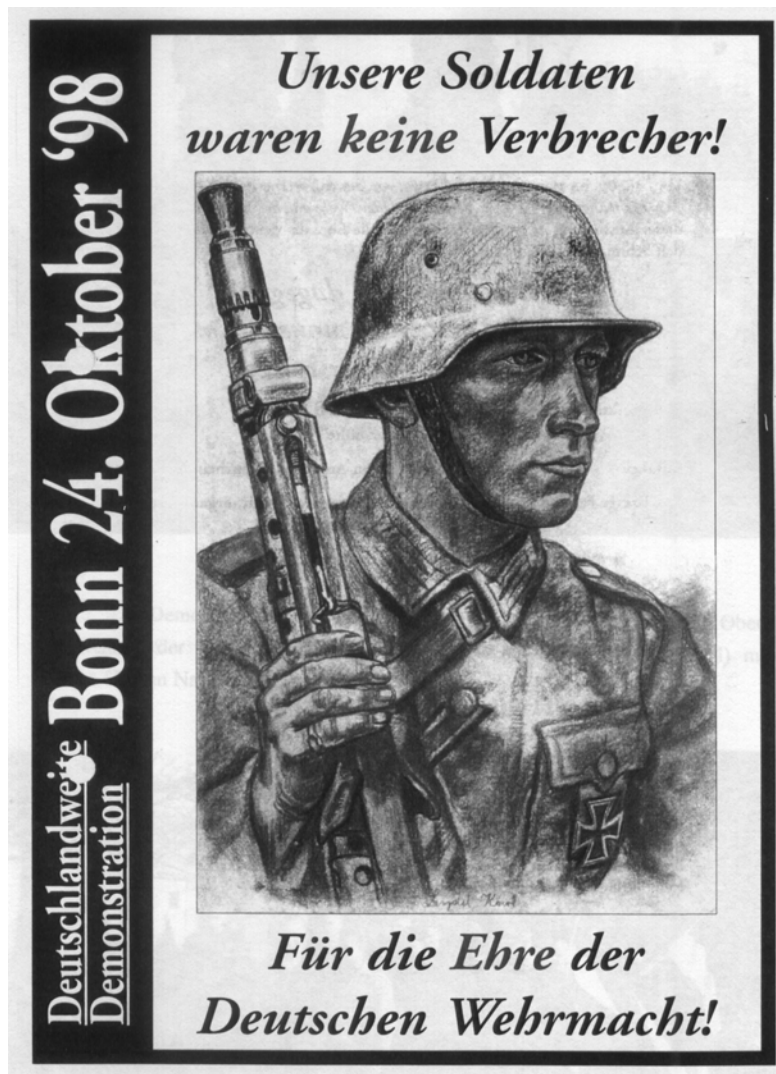
- Von allen Teilnehmern wird ein diszipliniertes Auftreten gefordert -
- Den Anweisungen der Leitung und des Ordnungsdienstes ist Folge zu leisten -
- Uniformierung und auffällige Abzeichen sind nicht gestattet -
- Für die gesamte Aktion besteht ein absolutes Alkoholverbot -
- Gegenüber der Presse besteht ein absolutes Interview- und Auskunftsverbot -
- Das Mitführen von Fahnen ist erwünscht -

BEDENKE, DASS DU EIN DEUTSCHER BIST UND  
VERHALTE DICH ENTSPRECHEND!

Mitfahrgelegenheiten können über folgende Telefonnummer erfragt werden: (089) 264544  
U.A. sind Busse aus NRW, Sachsen, Brandenburg und Hamburg geplant.  
Unbedingt am Vortag die Ansage des Infotelefonos Rheinland abhören:  
(02 11) 74 50 65

Buchempfehlung zur Ausstellung: Rüdiger Proske, Wider dem Missbrauch der Geschichte deutscher  
Soldaten zu politischen Zwecken, Hase und Köhler Verlag, 100 Seiten, DM 19,80.  
**Spendenkonto: JN-Bundesvorstand, PGA München**  
**Konto 188708-800, BLZ 70010080**

7.4 Flugblatt der NPD/JN zur Demonstration am 01. März 1997 in München.



7.5 Flugblatt der NPD zur Demonstration am 27. Oktober 1998 in Bonn.



7.6/7.7 Demonstration der NPD am 28. Oktober 1998 in Bonn.  
Oben: Aufstellung der "Kameradschaft Northheim". Unten: Thomas Wulff (Pfeil) mit seinen "Freien Nationalisten".





7.8/7.9 Demonstration der NPD am 10. Juli 1999 in Hamburg. Auftreten der Kameradschaft Köln, des sogenannten "Kampfbund Deutscher Sozialisten".







7.10/7.11 Demonstration der NPD am 10. Juli 1999 in Hamburg. Beteiligung von Neonazis und Skinheads.





7.12/7.13 Oben: Demonstration der NPD am 10. Juli 1999 in Hamburg. Die Vertreter der NPD: der Vorsitzende Udo Voigt (weißes Hemd) und der Vorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes Alexander von Webenau. Unten: Das Ausstellungsgebäude der VHS-Saarbrücken nach dem Sprengstoffanschlag am 09. März 1999.



**Selbstverständnis und Zielsetzung  
der bedeutendsten rechtsextremistischen  
Jugendorganisation -  
die „JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN“ (JN)**





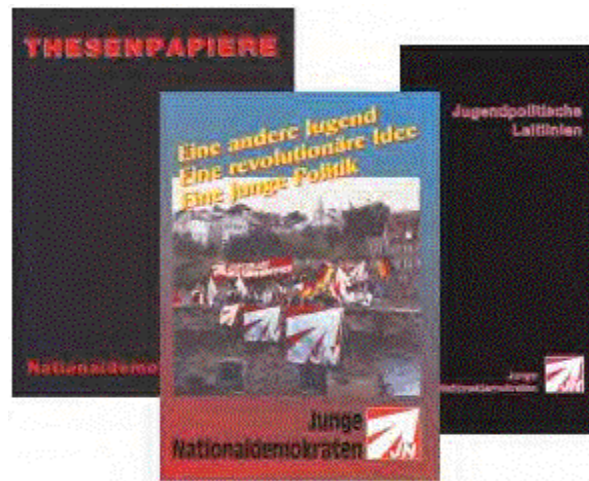
## **Vorwort**

Mit den Darstellungen und Erörterungen der vorliegenden Hausarbeit soll die Jugendorganisation der NPD -die Jungen Nationaldemokraten (JN)- und hier insbesondere ihr Selbstverständnis und ihre Zielsetzung näher betrachtet werden. Aber auch die Schilderung der Organisationsstruktur ist zum Verständnis ihrer Ideologie von erheblicher Bedeutung.

Ausschlaggebend für die Wahl dieses Hausarbeitsthemas waren meine persönlichen Erfahrungen mit einigen Mitgliedern der JN des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, die ich als Betreuerin der Ausstellung „Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland“ im Rahmen meines Praktikums bei Abteilung II gemacht habe. Dort hatte sich eine kleinere Gruppe, angemeldet als Schüler und Auszubildende, als JN-Mitglieder zu erkennen gegeben, nachdem ich einen jungen Mann auf seine Zugehörigkeit zur rechten Szene angesprochen hatte. Dies war bei nahezu allen aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, sie waren „stilecht“ überwiegend mit Bomberjacken, hochgekrempeelten Jeans und DocMartens bekleidet, unschwer zu erkennen. Bei einer anschließenden Diskussion hat mich besonders die Weltanschauung dieser jungen Erwachsenen, die auch zum Teil in meinem Alter waren, bestürzt und entsetzt. Von einer wirklichen Auseinandersetzung konnte nicht die Rede sein, da diese Gruppe nicht zu wirklichen Gesprächen, geschweige denn zur Einsicht, bereit war. Zweifellos hat die JN zu dieser Veranstaltung nur Vertreter geschickt, die in einem besonderen Maße politisch-weltanschaulich gemäß ihrer Linie geschult und indoktriniert waren, was jedoch nichts an meinem Erschüttern änderte, als ich feststellte, dass ich diese Jugendlichen nicht von der Existenz von Konzentrationslagern zur Massenvernichtung von Juden überzeugen konnte. Alles was ich in der Geschichtsschreibung immer als objektiv wahr empfunden hatte, wurde hier nun in Frage gestellt.

Auffallend war außerdem die Haltung, die man uns entgegengebracht hat. Man merkte, dass sich hier bereits ein konkretes Feindbild gegen Vertreter des Staates, unabhängig von der individuellen Persönlichkeit, entwickelt hatte.

Diese Erfahrung hat mich veranlasst, mich näher und intensiver mit der Weltanschauung der JN auseinander zu setzen. Dabei habe ich mich weniger mit der Mutterpartei NPD beschäftigt, obwohl beide natürlich inhaltlich kaum voneinander abweichen. Die Verbotsverfügung und das laufende Verbotverfahren sind von mir nicht berücksichtigt worden. Ich habe vielmehr versucht, auf der Grundlage von Ideologie- und Strategieprogrammen, anhand der sogenannten Thesenpapiere, den Publikationen „Der Aktivist“ und „Einheit und Kampf“, der umfassenden Internet-Homepage und eine im Rahmen ihres Jubiläums „35 Jahre NPD - 30 Jahre JN“ veröffentlichten Buches als Primärquellen, das Selbstverständnis und die Zielsetzung der JN darzustellen.



Quelle:URL:[http://www.npd.net/jn/werwirsind/jugendpol\\_II.html](http://www.npd.net/jn/werwirsind/jugendpol_II.html)

Der Hauptschwerpunkt meiner Ausarbeitung soll, wie der Titel auch angibt, auf der Ideologie dieser rechtsextremistischen Jugendorganisation liegen. Es hätte gewiss noch andere nennenswerte Aspekte bei den JN gegeben, die man hätte näher betrachten können. Mich persönlich interessieren jedoch weniger die Aktivitäten der JN, da sich diese von den anderen rechtsextremistischen Organisationen nicht wesentlich unter-

scheiden, sondern vielmehr oftmals gemeinsam durchgeführt werden. Meiner Idee entsprach es eher, aufzuzeigen, welche Ansichten diese Organisation bezüglich des demokratischen Rechtsstaats der Bundesrepublik Deutschland vertritt und welche Grundzüge eine NPD/JN-Systemalternative tragen würde. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch das Verhältnis, das die JN zum Nationalsozialismus entwickelt haben und das Aufzeigen von Parallelen in ihrer eigenen „Systemalternative“ zu diesem Komplex.

Der erste Teil über die Zielsetzung und Programmatik der „Jungen Nationaldemokraten“ soll die rein theoretische und weltanschauliche Ebene ihrer Ideologie veranschaulichen und orientiert sich im wesentlichen an den Thesenpapieren.

Der zweite Teil von „Zielsetzung und Programmatik“ befasst sich mit den von JN-Funktionären angestellten Überlegungen, wie sich einzelne, bestimmte Zielsetzungen innerhalb der Organisation in die Realität umsetzen lassen. Dabei muss unterschieden werden zwischen Vorstellungen, die bereits aktuell umgesetzt werden, und anderen, insbesondere im Hinblick auf die Verfassungsfeindlichkeit gerichteten Denkansätzen, die häufig sehr utopisch anmuten, bedenkt man die personellen und finanziellen Strukturen der JN und die politischen Voraussetzungen in Deutschland. Entgegen den Vorstellungen der NPD/ JN ist nämlich nur ein Bruchteil der wahlberechtigten Bevölkerung von der Systemalternative, die die JN und NPD propagieren, zu überzeugen.

## **1. Organisation der "Jungen Nationaldemokraten"**

### **1.1 Gründungsgeschichte und Entwicklung der „Jungen Nationaldemokraten“**

Im November 1965 beschloss der Bundesvorstand der NPD, bei allen Kreisverbänden Jugendgruppen ins Leben zu rufen, um auf diese Weise auch Jugendliche adäquat ansprechen zu können. Dieser Schritt ist schon deshalb bemerkenswert, weil die Deutsche Reichspartei (DRP) keine eigenständige Nachwuchsorgani-

sation gegründet hatte und die NPD in diesem Punkt von ihrem Vorläufer abweicht.

Die Gründung der JN erfolgte 1969<sup>1</sup> aufgrund nachhaltiger Forderungen aus den Kreisverbänden gegen die zögerliche Haltung der Parteiführung zur Frage des Aufbaus einer Jugendorganisation.

Damalige JN-Mitglieder betrachten diese „zögerliche Haltung“ der Mutterpartei NPD als „erhebliche Bedenken“<sup>2</sup> gegenüber der Gründung einer Jugendorganisation. Vor allem ältere Parteifunktionäre fürchteten, die „Umerziehung durch die alliierten Westmächte“ könnte Spuren hinterlassen haben. Negative Erwägungen erhob man allerdings auch gegen eine mögliche starke Aufmüpfigkeit einer Jugendorganisation. Der damalige Parteivorsitzende der NPD, Adolf von Thadden, der sich im übrigen vehement gegen die Gründung einer Jugendorganisation aussprach, äußerte hingegen ganz andere Bedenken; er merkte an, dass „die NPD keiner zweiten Hitler-Jugend bedürfe.“<sup>3</sup>

Dieses Zitat ist vor dem Hintergrund der NPD als Sammelbecken u.a. für ehemalige Mitglieder der SRP, die aufgrund ihrer Parallelen zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) sowohl im programmatischen wie auch im personellen Bereich 1952 verboten wurde, zu betrachten. Die NPD war damals stark darauf bedacht, nach außen hin jegliche Vergleiche mit der SRP bzw. mit der NSDAP zu vermeiden.

Die Gründung der JN erfolgte somit nicht auf Anordnung durch den Parteivorstand der NPD, sondern vor allem durch den Willen der Mitglieder in den einzelnen Kreis-, später Bezirks- und Landesverbänden.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Verfassungsschutzbericht 1999

<sup>2</sup> APFEL, Holger: Alles Große steht im Sturm, Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, 35 Jahre NPD- 30 Jahre JN, Deutsche Stimme Verlag, Stuttgart 1999, S. 178

<sup>3</sup> APFEL, H.: FN 2, S. 178

<sup>4</sup> Vgl. APFEL, H. (Hrsg.): FN 2, S. 178



Den JN beitreten konnte jedes NPD-Mitglied zwischen 18 und 29 Jahren; mittlerweile ist die Altersspanne auf 14 bis 35 Jahre ausgeweitet worden.<sup>5</sup>

In der Frühphase der Partei stand die Arbeit der JN im Zeichen der Direktiven der Partei, die eine Erziehung zur nationaldemokratischen Führerpersönlichkeit beinhaltete. Dieses Ziel sollte u. a. durch Fahrten, Sport und paramilitärische Übungen sowie Besuche von NPD-Rednerschulen und Aufarbeitung des Parteiprogramms verwirklicht werden. Die JN besaßen politisch kaum Eigenständigkeit und fungierten als Instrument der Parteiführung zur Rekrutierung jüngerer Mitglieder und Wähler. Autonome Profilierungsversuche der JN wusste die Parteiführung stets zu verhindern.<sup>6</sup>

Diesen Zustand schildern auch die JN aus heutiger Sicht in gleicher Weise, indem sie das Ziel der damaligen Parteiführung, die JN als eine Art Arbeitskreis innerhalb der Partei zu betrachten, beschreiben.<sup>7</sup>

Sowohl innerparteilich als auch nach außen ist das Gewicht der JN im Verlauf der Siebzigerjahre gestiegen. Begünstigt wurde die innerparteiliche stärkere Position durch den Niedergang der Mutterpartei nach 1969 (bedingt durch das mit 4,3% knappe Scheitern an der 5%-Hürde bei der Bundestagswahl 1969), welches Abspaltungen und den Rückzug vieler älterer Aktivisten aus der Politik zur Folge hatte.<sup>8</sup>

In den Siebzigerjahren entwickelten sich die JN nach außen hin als „Durchlauferhitzer“ für rechtsextreme Karrieren, als politische Station vieler Jugendlicher, welche die Behäbigkeit und Unentschlossenheit der NPD kritisierten, bevor sie bei den „harten“ NS-Gruppen ihre politische Heimat fanden. Die JN waren für die Mutterpartei zunehmend zum Problem geworden, denn neona-

---

<sup>5</sup> Vgl. URL: Online im Internet: <http://www.npd.net/-pv/jugend/-index.html>

<sup>6</sup> Vgl. DUDEK, Peter/ JASCHKE, Hans- Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Westdeutscher Verlag, Band 1, Opladen 1984, S. 311-312

<sup>7</sup> APFEL, H.: FN 2, S. 179

<sup>8</sup> Vgl. DUDEK, P./ JASCHKE, H.-G.: FN 6, S. 312

zistische Bestrebungen waren in Teilbereichen ebenso wenig zu übersehen wie der Hang zur Militanz und zu bewusster handgreiflicher Konfrontation mit dem politischen Gegner. 1974 distanzierte sich die Organisation zwar formal von pronazistischen Zirkeln, was jedoch nichts an den weit verbreiteten Sympathien für den „bewaffneten Kampf“ änderte.<sup>9</sup> 1979 befürchtete die NPD-Führung gar die Kontrolle über die Unbotmäßigkeit der JN-Funktionäre zu verlieren.<sup>10</sup> Immer wieder waren (ehemalige) JN-Mitglieder an Gesetzesverstößen und Gewaltakten beteiligt. 1980 fand man Waffen, Bomben und Munition bei Jungen Nationaldemokraten, 1983 mussten in Bayern Regionalorganisationen aufgelöst werden, weil sie mit Neonazis zusammengearbeitet hatten.<sup>11</sup>

Obwohl NPD und JN sich mehrfach von neonazistischen Gruppen öffentlich distanziert haben und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von Mitgliedschaften in einer neonazistischen Organisation und den JN immer noch ihre Geltung besitzen, besteht das Kernproblem der JN in ihrem diskreditierten Image, das durch den Aufstieg bekannter Neonazis in die Führungsebenen von NPD und JN neue Nahrung erhalten hat.<sup>12</sup> So ist z.B. der jetzige Bundesvorsitzende der JN Sascha Roßmüller ehemaliger Funktionär des 1993 vom Innenminister des Landes Bayern verbotenen neonazistischen „Nationalen Block“.

Besonders bemerkenswert ist in den 80er Jahren die Konzeption eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sowie programmatische Annäherungen an die Ökologiebewegung.

Die Forderung ist bis heute ungebrochen und bildet in den aktuellen „Thesenpapieren“, dem Ideologieprogramm der JN, das Hauptziel.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. STÖSS, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Westdeutscher Verlag, Opladen 1989, S. 157

<sup>10</sup> BUNDESMINISTERIUM DES INNERN: Verfassungsschutzbericht 1979, Bonn 1980

<sup>11</sup> Vgl. STÖSS, R.: FN 9, S. 157-159

<sup>12</sup> Vgl. DUDEK, P./ JASCHKE, H.-G.: FN 4, S. 313

<sup>13</sup> JN Thesenkommission: Thesenpapiere, Juli 1998, S. 3

In den 90er Jahren haben die JN eine offenere Politik gegenüber Neonazis betrieben; einer Zusammenarbeit stehen sie positiv gegenüber. Die zahlreichen Vereinsverbote konnten sie sich zumindest indirekt zunutze machen. So hat sich die Bundesgeschäftsstelle der JN 1994 z. B. im Haus des langjährigen Wiking-Jugend-Vorsitzenden Wolfgang Nahrath in Stolberg bei Aachen befunden. Dieser war außerdem zugleich Mitglied der NPD. Auf dem Rudolf-Hess-Gedenkmarsch 1993 in Fulda ist der spätere Bundesvorstandsvorsitzende Holger Apfel mit FAP- und WJ-Mitgliedern in Erscheinung getreten.<sup>14</sup> Durch die Aufnahme des neonazistischen Personenkreises sind sowohl die Teilnehmerzahlen bei Aktionen der JN als auch der Grad der Radikalisierung gestiegen. Die JN begreifen sich als Nahtstelle zwischen dem neonazistischen und dem übrigen rechtsextremistischen Spektrum.

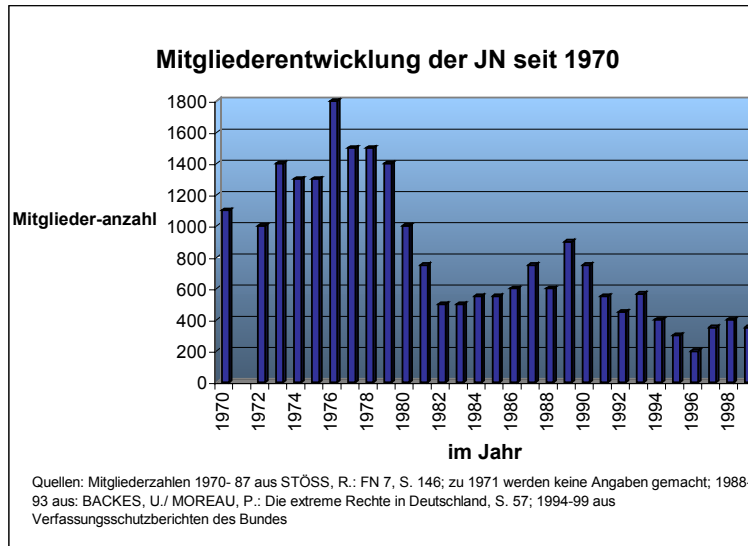
Relevante Mitgliederzuwächse jedenfalls konnten durch die umstrittene „Zusammenarbeit“ nicht verzeichnet werden; heute sitzen bekannte, teilweise einschlägig vorbestrafte Neonazis in Führungspositionen im JN- bzw. NPD-Vorstand (z. B. Steffen Hupka, Sascha Rossmüller, Jens Pühse).

---

<sup>14</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/95, S. 9

## 1.2 Mitgliederentwicklung

Ein Blick auf die Mitgliederentwicklung der JN zeigt, dass die Jugendorganisation mit einer starken zeitlichen Verzögerung erst 1981 vom allgemeinen Abwärtstrend der NPD erfasst wurde. Nach dem knappen Scheitern der NPD an der 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen 1969 zeichnet sich bereits zu diesem Zeitpunkt ein hoher Mitgliederrückgang ab.



Selbst durch die Wiedervereinigung 1990 konnten die JN nicht in nennenswerter Weise neue Mitglieder hinzugewinnen.

Mittlerweile hat sich die Anzahl der Mitglieder auf unter 500 eingependelt.

## 1.3 Status

Die JN sind gemäß § 19 der im Juni 1995 geänderten Satzung der NPD „integraler Bestandteil“<sup>15</sup> der Mutterpartei. Es handelt

<sup>15</sup> BMI: Verfassungsschutzbericht 1999, Berlin/ Bonn 2000, S. 66 i.V. m. § 1 Nr. 2 Statut der JN

sich bei der JN somit nicht um eine selbstständige Nebenorganisation der NPD, sondern um eine unselbstständige Teilorganisation, die ebenso wie die Mutterpartei das Parteienprivileg genießt.

Der derzeitige Bundesvorsitzende der JN Sascha Rossmüller ist kraft seines Amtes zugleich im Parteivorstand der NPD. Auch die ehemaligen JN-Funktionäre Jens Pühse und Holger Apfel gehören dem 20-köpfigen Parteivorstand an.<sup>16</sup>

Nach dem Erreichen einer Altershöchstgrenze von 30 Jahren endet die Mitgliedschaft in der JN gemäß § 7 Nr. 1 ihrer Statuten. Ab diesem Zeitpunkt muss der Rückzug aus der Jugendorganisation angetreten werden, um „seinen Geist und die Dynamik der JN in die Mutterpartei hineinzutragen“.<sup>17</sup>

#### 1.4 Struktur und Aufbau

Der JN-Bundesverband gliedert sich in Landesverbände und auf regionaler Ebene in Stützpunkte.<sup>18</sup> Schwerpunkte der JN sind in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern<sup>19</sup>, es existieren aber auch Landesverbände in Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, Berlin/Brandenburg, Saarland/Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Mitte 2000 wurde außerdem in Thüringen ein neuer Landesverband gegründet.

Zusätzlich zu den verschiedenen Untergliederungen arbeiten auch Einzelaktivisten innerhalb der Organisation mit. Darunter sind u.a. unorganisierte Neonazis zu verstehen, die bislang unabhängig von einer Partei oder Organisation politische Aktivitäten entwickelt haben (Mitarbeit im „Führungstab des Aktionskomitees Rudolf Hess“<sup>20</sup>, Teilnahme an Demonstrationen) und sich auch von den JN nicht einverleiben lassen wollen.

---

<sup>16</sup> Online im Internet: <http://www.npd.net-pv/index/buvo.html>

<sup>17</sup> APFEL, Holger: FN 2, S. 182

<sup>18</sup> Landesamt für Verfassungsschutz Baden- Württemberg: Junge Nationaldemokraten (JN), Jugendorganisation oder Sammelbecken für Neonazis?, Stand: November 1997

<sup>19</sup> MECKLENBURG, Jens: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Elefanten Press Verlag, Berlin 1996, S. 279

<sup>20</sup> LfV Baden- Württemberg: FN 18, S. 16

Zur Schulung und Ausbildung von Mitgliedern sollen Regionale Arbeitsgruppen (RAG) gebildet werden, die als Regionalverbände aber bislang nur in Bayern existieren. An deren Spitze steht ein Leitendes Gremium (LG) bewährter JN-Aktivist\*innen. Dieses soll richtungweisende Entscheidungen der JN koordinieren und konzipieren, stößt aber in der Mutterpartei auf Ablehnung.<sup>21</sup>

### 1.5 „Kaderprinzip“ (Innere Ordnung)



Quelle: <http://www.npd.net/jnwerwirsind/sdbrosch.html>

Die JN verstehen sich als weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und einer streng gegliederten, hierarchischen Ordnung.

Sie streben eine Kaderorganisation nach dem Vorbild der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ an.<sup>22</sup> Die JN sehen in ihrer jetzigen Phase des politischen Kampfes und der politischen Zielsetzung das Kaderprinzip als geeignetstes Organisationsmodell.

Das bisherige Konzept der Jugendmassenorganisation bis Anfang der 90er Jahre wird als deutlich gescheitert betrachtet.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> MECKLENBURG, J.: FN, S. 279

<sup>22</sup> LfV Baden-Württemberg: FN 18, S. 5

<sup>23</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 96, S. 25- 26

Die JN sehen ihre vorrangige Aufgabe darin, Kader für die Gesamtpartei heranzubilden, um so genügend qualifiziertes Personal für Wahlantritte zu besitzen<sup>24</sup>. Kader müssten aber auch deswegen heute schon gebildet werden, um als Träger der eigenen Weltanschauung zum rechten Zeitpunkt indoktrinierend auf die Massen einzuwirken.<sup>25</sup>

Eiserne Disziplin und Opferbereitschaft stehen im Mittelpunkt der angestrebten Organisationsstraffung.

„Die Mitglieder müssen der politischen Führung unbedingt folgen, das eigene Ich muss hinter den Interessen der Organisation zurücktreten“.<sup>26</sup>

Die JN knüpft somit an ihre Aktivisten eine hohe Erwartungshaltung, wofür der „hundertprozentige Aktivismus sowie eine hohe Einsatz- und Opferbereitschaft unabdingbare Voraussetzung“ sind.<sup>27</sup> So herrscht z. B. auf allen offiziellen Veranstaltungen ein striktes Rauch- und Alkoholverbot. Bei der Durchführung von Demonstrationen wird immer wieder dazu aufgerufen, sich diszipliniert zu verhalten und auf Alkohol zu verzichten, um ein positives Bild in der Öffentlichkeit zu hinterlassen.

Mitglieder der JN müssten dazu bereit sein, „selbstlos zu handeln und zu eiserner Disziplin gegenüber sich selbst und der politischen Führung entschlossen sein und daher auch die unbedingte Notwendigkeit einsehen, der politischen Führung zu folgen.“

*„Der Garant einer straffen innerorganisatorischen Disziplin könne nur vor dem Gesichtspunkt der Ein- und Unterordnung der Mitglieder unter die Weisungen der Führung Bestand haben.“<sup>28</sup>*

Statt innerorganisatorischer Demokratie herrscht hier innerorganisatorische Disziplin in Form von Befehl und Gehorsam, ein Merkmal, das besonders rechtsextremistischen Organisationen eigen ist und an das Führerprinzip erinnert.

<sup>24</sup> „Der Aufbruch“, NPD- Rundbrief für Augsburg und Schwaben, Nr. 2 (Januar 1996), Interview mit Holger Apfel, S. 2

<sup>25</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 95, S. 27

<sup>26</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 96, S. 27

<sup>27</sup> APFEL, H.: FN 2, S. 178

<sup>28</sup> Beide Zitate aus: „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 96, S.27

Die streng gegliederte, hierarchische Ordnung der JN nach dem Kaderprinzip wird auch organisatorisch umgesetzt.

Ein vierstufiges Organisationsmodell formuliert unterschiedliche Pflichten für verschiedenrangige Mitglieder. Auf der „untersten Stufe“ steht der sog. Mitgliedsanwärter, der eine sechsmonatige Probezeit zu absolvieren hat und an einer sog. JN-Grundschulung teilnehmen muss, um im Stufenmodell zum Nächsthöheren, dem Mitglied, aufzusteigen. Mitgliedsanwärter haben keine besonderen Rechte, sind aber zur Teilnahme an Veranstaltungen und zur regelmäßigen Beitragszahlung verpflichtet. Um dem Anspruch eines JN-Mitglieds gerecht zu werden, sind weitreichendere Pflichten zu erfüllen. So wird von jedem Mitglied gefordert, Publikationen der Organisation zu lesen und inhaltlich zu begreifen, an allen wichtigen Veranstaltungen auf allen Ebenen teilzunehmen und weiterführende Schulungen zu besuchen. Auf der nächsthöheren Stufe steht der Kaderanwärter, der seine Mitgliedspflichten vollständig erfüllt und vor der Berufung zum Kader steht, somit also für eine Führungsposition als geeignet befunden wurde.

Der Kader hat ein recht umfangreiches Pflichtprogramm zu erfüllen. Er muss sein politisches und weltanschauliches Wissen durch das Studium entsprechender Literatur vertiefen, eine Vorbildfunktion im privaten wie im politischen Bereich wahrnehmen, die Politik der Organisation in der Praxis durchsetzen, er muss Opferbereitschaft, Führungsqualität, Verantwortungsbewusstsein beweisen, um nur die wesentlichen Merkmale dieser höchsten Stufe eines Nationalisten im Sinne der „Jungen Nationalkraten“ zu nennen.<sup>29</sup>

Die Heranbildung von ausreichend Kadern ist auf einen mittel- bis langfristigen Zeitraum angelegt.

---

<sup>29</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 96, S. 28-30



## 2. Publikationen

### 2.1 „Der Aktivist“

Die JN geben mehrere eigene Publikationen heraus.

Die wichtigste davon ist „Der Aktivist“, eine unregelmäßig erscheinende Broschüre, die eigens für JN-Angehörige kostenlos verteilt wird. Angaben über deren Auflage sind uneinheitlich, bewegen sich aber zwischen

900-1000 Stück.<sup>30</sup> Diese Zahlen sind JN-eigene Angaben und erscheinen angesichts des begrenzten Leserkreises überhöht.

In „Der Aktivist“ werden Anweisungen des Bundesvorstandes, politisch-ideologische und zeitgeschichtliche Artikel (insbesondere aus den Zeiten der Weimarer Republik und des Dritten Reiches), Berichte über stattgefundene Demonstrationen und andere Veranstaltungen sowie Artikel über staatliche Repressionen veröffentlicht. „Der Aktivist“ ist nach eigenen Angaben ein „Theorie- und Strategieorgan, welches die Schulung vertiefen und die Aktivisten in weltanschaulicher Linie ausrichten soll.“<sup>31</sup>

### 2.2 „Einheit und Kampf“ (EuK)

Die zweite wichtige Publikation der JN ist das Vorfeldblatt „Einheit und Kampf“ (EuK), die regelmäßig sechsmal pro Jahr erscheint und als „Sprachrohr des gesamten nationalen Widerstandes“<sup>32</sup> gedacht ist. Diese Zeitschrift richtet sich im Gegensatz zu dem Mitgliederorgan an das gesamte rechtsextremistische und neonazistische Spektrum, was besonders an den Werbeanzeigen zu Skinheadmusik- und entsprechenden Fanartikeln deutlich wird. Entsprechend diesem Anliegen beläuft sich die Auflage dieser Publikation auf ca. 2000 Stück<sup>33</sup>. Die letzte Ausgabe von EuK ist jedoch bereits im August 1997 erschienen. Ob

---

<sup>30</sup> BLICKPUNKT DES BFV: „Junge Nationaldemokraten“, Sachstandsbericht, Stand:1997, S. 11

<sup>31</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 94, S. 23

<sup>32</sup> LfV Baden- Württemberg: FN 18, S. 14

<sup>33</sup> LfV Baden- Württemberg: FN 18, S. 15

die Herausgabe von EuK eingestellt worden ist, konnte nicht hinreichend geklärt werden.

Erst nachdem der Bundesvorstand Ende 1993 EuK nicht mehr als Mitteilungsblatt, sondern als „Vorfeld- und Szeneblatt“ einsetzte, entschied man sich, das bisher vom Landesverband Bayern herausgegebene Schriftstück „Der Aktivist“ als Infoblatt des Bundesvorstandes herauszugeben und auf den Mitglieder- und näheren Aktivistenkreis zu beschränken<sup>34</sup>.

Zwischenzeitlich haben auch aktive Landesverbände eigene Publikationen oder Rundbriefe zusätzlich selbst herausgegeben, die aber nur regional von Bedeutung waren.

Zu Publikationen zählen aber auch Flugblätter, Aufkleber, die sog. „Thesenpapiere“ und „jugendpolitischen Leitlinien“ in Form ideologischer Programme und die umfassende Internetpräsenz der JN zu Veranstaltungen, Programmatik und Geschichte.

Flugblätter und Aufkleber werden zahlreich insbesondere zur Ausländerpolitik, zu Demonstrationen, alljährlichen Rudolf Hess-Gedenkmärschen und zur Diffamierung des Systems der BRD hergestellt und verteilt.

### **3. Zielsetzung und Programmatik der „Jungen Nationaldemokraten“**

#### **3.1 Theorie und Weltanschauung**

##### **3.1.1 Nationalismus**

Die JN haben 1979 die „Thesen zum Sozialismus“ im Sinne eines „Dritten Weges“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus erarbeitet und beschlossen. Dieser Aspekt stellt auch zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des „Warschauer Paktes“ das Fundament des JN-Programms, die sog. „Thesenpapiere“ dar. Aus JN-Sicht sei das Entstehen einer „Dritten Position“ nach dem Zusammenbruch des Marxismus/Leninismus als politische An-

---

<sup>34</sup> BLICKPUNKT DES BFV: FN 30, S. 15

schauung (und Herrschaftssystem) und dem scheinbaren Sieg des Liberalismus/Kapitalismus unvermeidlich geworden.<sup>35</sup>

Als wesentliches Fundament ihrer weltanschaulichen Ausrichtung betrachten die JN die „nationalrevolutionäre Befreiungskampftematik, die gleichzeitig nach Innen (Sozialismus) und Außen (Nationalismus) die liberalkapitalistischen Ketten unseres Volkes zerbrechen“ werde.<sup>36</sup>

Mit einem Zitat von Ernst JÜNGER<sup>37</sup> beschreiben die JN das Einhergehen von Sozialismus und Nationalismus; so bestünde „zwischen Sozialismus und Nationalismus kein Gegensatz, es seien zwei Erscheinungen ein und derselben Kraft, ein Außen und ein Innen, die ohne einander undenkbar seien. Für den, der zwischen dem Sozialen und dem Nationalen einen Unterschied kenne, sei in ihren Reihen kein Raum.“

Beide Begriffe „Nationalismus“ und „Sozialismus“ sollten in einer Einheit verschmelzen, weil sich „die höchste Form sozialistischen Denkens und Handelns im Kollektivaufbau der Volksgemeinschaft verwirkliche.“<sup>38</sup>

Nationalismus ist i. S. der JN-Ideologie „das Streben der Völker nach Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit.“ Er sei der Wille eines Volkes zur Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung gegenüber fremden Anliegen und Machtansprüchen.<sup>39</sup>

---

<sup>35</sup> Thesenpapiere, S. 3

<sup>36</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 95, S. 3

<sup>37</sup> \*1895; intellektueller Wortführer der „Konservativen Revolution“, hat u.a. die Stichworte dafür geliefert, an die Stelle der verhassten „Ideen von 1789“ nicht wieder die „gute alte Ordnung“, sondern statt dessen mit revolutionären Mitteln das Kollektiv der Volksgemeinschaft in einem starken, autoritären Führerstaat zu setzen

<sup>38</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 95, S. 17

<sup>39</sup> Thesenpapiere, Thesen zum Nationalismus, S. 4, Nr. 1



Demo der NPD/ JN am 25.11.2000 in Berlin anlässlich der NPD-Verbotdiskussion

Quelle: <http://www.npd.net/jn/aktionen/demonstrationen/berlin.html>

Nationalismus ist nach demokratischer Vorstellung aber gleichzusetzen mit einem übersteigertem Nationalbewusstsein (-gefühl), welches zu einer Abwertung fremder Völker und Kulturen und gleichzeitig auch zu einer Überbewertung der eigenen nationalen Interessen führt. Aus dem Nationalismus resultieren Erscheinungsformen wie Fremdenhass, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

Die Nation sei das Volk, das sich seiner Abstammung, Tradition und gemeinsamen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft bewusst geworden sei und somit die höchste Form kollektiver Identität entwickelt habe.<sup>40</sup>

Das so oft zitierte oder gar beschworene Nationalgefühl entsteht durch eine bewusst oder gewollte Zusammenfassung von Merkmalen wie gleiche Sprache, Abstammung, Heimat, Kultur und Geschichte.<sup>41</sup>

Wesentliche Grundlagen des Nationalismus liegen in der allgemeinen Gefühlswelt, in Ethik und Moral begründet. Zu Beginn

<sup>40</sup> Online im Internet: <http://www.npd.net/jn/werwirsind/sdbroesch.html>, S. 3 von 4

<sup>41</sup> Vgl. SCHWAGERL, H. Joachim: Rechtsextremes Denken, Merkmale und Methoden, Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1993. S. 109

steht das Heimat-, Zusammengehörigkeits- und Geborgenheitsgefühl, das im Laufe des Lebens eines Nationalisten drastisch nachgelassen haben muss, um eine solch starke Erhöhung dieser Werte zu befürworten.

Bei den JN ist es vordergründig „die Entfremdung des Einzelnen“ in der herrschenden deutschen Verbrauchs- und Wegwerfkultur. In ihrer Selbstdarstellungsbroschüre versuchen sie Interesse bei jungen Menschen zu wecken, indem sie ihre nationalistische Organisation als Alternative zur „Kälte der künstlichen Glitzerwelt in unserem Land“ anpreisen. „Hilflosigkeit und Gleichgültigkeit“ würde uns Menschen umgeben, sowie eine falsche Betroffenheit, wenn über kommende Katastrophen der Völker wie über den letzten Wetterbericht diskutiert würde.

Ebenso wie die soziale Gefühllosigkeit in Deutschland und in allen Industrieländern verurteilt wird, so deklariert die JN die deutschen Jugendlichen zu einer überwiegenden Masse von jugendlichen Spießern und verurteilt vehement die Vergötterung alles Fremden in Form von „einfältigen Kneipen- und Disco-Wochenenden“ und die „nationale Selbstvergessenheit.“ Schuld an dieser Entwicklung seien nicht die Jugendlichen selbst, denn diese gilt es schließlich für die nationalistischen Ideale zu gewinnen und nicht zu vergraulen, sondern ein sog. „bundesrepublikanischer Ungeist und das private Nischendenken der Gegenwart.“<sup>42</sup>

Denn Eigensucht, Gier und Lebensfeindlichkeit würden nach Ansicht der JN die bundesrepublikanische Gesellschaft auszeichnen. Es gelte die Jugend vor den Einflüssen der scheinbaren Ideale des Kapitalismus „Wohlstand und Konsum“, die die Generation der nach 1945 Geborenen verkörpert, zu bewahren.

„Den Verlust von gemeinschaftlichen Bindungen und überlieferten kulturellen Werten betrachtet der Nationalismus als Grundübel der Gegenwart. Der Nationalismus will die Vielfalt der Völker und ihrer Kulturen erhalten bzw. wiederherstellen und weiterentwickeln.“<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Alle Zitate aus: URL: Online im Internet: FN 40, S. 3 von 4

<sup>43</sup> Thesenpapier: Thesen zum Nationalismus, S. 5, Nr. 12

### 3.1.2 Völkischer Kollektivismus

Es ist zunächst keineswegs auffällig, wenn gemeinsame Sprache, Dialekt und Kultur sowie Erleben und Geschichte ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugen, das den Begriff der Nation prägt. Anhänger der JN versuchen jedoch zusätzlich das Heimatgefühl zu vertiefen und in ihr Wertesystem einzubauen.

„Wo der Halt der Großfamilie fehlt, muss die Gesinnungsgemeinschaft eintreten. Daß das Gemeinwohl über dem eigenen Wohl steht, muss selbstverständlich sein.“<sup>44</sup>

Um scheinbar verlorengegangene Bindungen wieder herzustellen ist bei den JN ein kompromissloses Eintreten für die Volksgemeinschaft zu erkennen, in der überhaupt kein höheres Ideal erkannt wird, als das Wohlergehen der Volksgemeinschaft.

Indem die JN das Gemeinwohl als Leitidee und Grundlage für die geforderte „solidarische Volksgemeinschaft“ besonders herausstellen, entmündigen sie faktisch das Individuum.

*„Der Mensch ist ein soziales Wesen. (...) Das Handeln des Einzelnen muss sich deshalb vorrangig am Gemeinwohl und nicht nur an individuellen Interessen orientieren. Nur in einem Zustand gemeinschaftlichen Wohlergehens ist das individuelle Wohlergehen sicherzustellen. Erst der Grundsatz des Gemeinwohls als Leitidee verantwortlichen sozialen Handelns ist die Grundlage für eine gerechte, solidarische Volksgemeinschaft.“<sup>45</sup>*

Durch die Ideologie des völkischen Kollektivismus messen die JN nur dem Volk als Ganzem einen Wert bei, denn „das Volk steht im Mittelpunkt; sein Wohlergehen ist Gegenstand, Inhalt, Aufgabe und Ziel nationalistischer Politik.“<sup>46</sup> Für die JN hat ein „sich seiner selbst bewusstes Volk, das sich in einem souveränen Staat organisiert,“ „die höchste Form kollektiver Identität“ entwickelt.“<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> „Der Aktivist“: Ausgabe 1/ 97, S. 14

<sup>45</sup> Thesenpapiere: Kulturelles Manifest, S. 25

<sup>46</sup> Thesenpapiere: Thesen zum Nationalismus, S. 5, Nr. 9

<sup>47</sup> Thesenpapiere: Thesen zum Nationalismus, S. 4, Nr. 4

Wer sich nicht der Volksgemeinschaft anpassen kann, sondern egoistisch eigene Positionen durchsetzen will, für den ist kein Platz in dieser Schutzzone, die unter dem Deckmantel des Gemeinwohls dem Einzelnen jegliche Selbstbestimmung seines Lebens abnimmt.

Das Prinzip des völkischen Kollektivismus hingegen respektiert keineswegs die Verschiedenartigkeit der Menschen und ihrer Weltanschauungen, denn die Meinung der politischen Elite wird für alle als unmittelbar geltendes Recht angesehen, deren Unfehlbarkeit beileibe nicht zur Diskussion stehen darf. Unter diesem Aspekt ist die Gewährleistung vieler Grundrechte, insbesondere das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, nahezu ausgeschlossen. Zu den prägenden Prinzipien des Grundgesetzes gehört auch die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen und der Schutz der Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und Wertsysteme. Der Verfassungsgeber hat damit deutlich gemacht, dass zuerst der Mensch kommt und dann erst der Staat. Die zentrale Stellung jedes einzelnen Menschen, die Rechte des Individuums, sind demnach die Grundlage des Menschenbildes im Grundgesetz.

Dagegen sprechen die JN dem Einzelnen die Möglichkeit ab, sich aus sich selbst zu erfahren, indem sie behaupten, die „Zugehörigkeit zu einem Volk und damit auch zu einer Kulturgemeinschaft“ sei für den einzelnen eine „unverzichtbare Voraussetzung der Selbstfindung.“<sup>48</sup> Dadurch bedingt bekennen sich die JN zu einem Menschenbild, das -auf angeblich wissenschaftlicher Grundlage, somit als etwas objektiv Wahres- die Gleichheit aller Menschen im Sinne einer Gleichbehandlung ablehnt.<sup>49</sup> Der Wert eines Menschen bestimmt sich vielmehr über seine Zugehörigkeit zu einer Nation und den Nutzen für die Volksgemeinschaft.

Mit dieser Beschreibung ihrer „Volksgemeinschaft“ kommen die JN der vom Nationalsozialismus propagierten „Deutschen Volksgemeinschaft“ nahe, die durch das Schlagwort „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ charakterisiert wurde. Hier standen die Inter-

---

<sup>48</sup> Thesenpapiere: Kulturelles Manifest, S. 16, Nr. 10

<sup>49</sup> Vgl. Thesenpapiere: Thesen zum Nationalismus, S. 5-6

essen der Allgemeinheit über allem, das Individuum musste sich bedingungslos unterordnen.

### 3.1.3 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Die JN betrachtet die USA als ihren erklärten Gegner, arrogant, herrschsüchtig, kulturfeindlich und destruktiv würde sie der Welt ihre „Neue Weltordnung“ aufzwingen. Das deutsche Volk wird ebenso wie alle europäischen Völker als Opfer der imperialistischen und internationalistischen Unterdrückungsmethoden betrachtet, was insbesondere durch das „Weltherrschaftsgelüste der Supermacht USA und ihrer Hintermänner sowie durch den Wirtschaftsimperialismus der multinationalen Konzerne begründet wird.“<sup>50</sup>

Die europäischen Völker seien in ihrer Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit durch die o. g. Umstände beschnitten und daher nicht in ihrer höchsten Form entwickelt.

*„Der Nationalismus ist der größte und stärkste Feind des Imperialismus; Nationalismus ist antiimperialistischer Kampf. (...) Er bekämpft alle diejenigen, die mit Imperialisten Verständigung, Frieden oder Versöhnung anstreben. (...) Denn die Imperialisten lenken die Völker von ihrem Befreiungskampf dadurch ab, dass ihnen Scheingegensätze, wie z.B. in den Jahren der Ost-West-Gegenüberstellung Kapitalismus gegen Kommunismus, vorgegaukelt werden.“<sup>51</sup>*

Die JN verurteilen die Einmischung eines Staates in die inneren Angelegenheiten anderer Völker, wie z.B. das Eingreifen der US-Amerikaner in den Bürgerkrieg in Somalia.

An dieser Einstellung ist einwandfrei nachvollziehbar, dass aus einem übersteigerten Nationalbewusstsein (=Nationalismus) eine gewisse Fremdenfeindlichkeit resultieren muss. Sie ist bedingt durch die Überbewertung der eigenen Nation und die daraus entstehende Abwertung anderer Kulturen. Die JN schüren durch ihre Volkstumsideologie Fremdenhass und offenbaren eine rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit.

<sup>50</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 94, S. 5+6 i.V.m. Thesenpapiere: Thesen zum Nationalismus, S. 7, Nr. 21

<sup>51</sup> Vgl. Thesenpapiere:Thesen zum Nationalismus, S. 6



So raten sie beispielsweise ihren Mitgliedern sich „gleichgesinnte Familien zu suchen, damit ihre Kinder nicht mit dem netten Türken von nebenan oder mit dem Negerkind von nebenan spielen müssten.“ Sie sollten doch daran denken, „daß die ersten Lebensjahre eines Menschen für das ganze Leben prägend seien.“

Die Mitgliederpublikation hat eine Verhaltensempfehlung für Nationalisten herausgegeben, in der es heißt:

*„Kauft grundsätzlich nicht bei Ausländern und internationalen Fast-Food-Ketten! Nehmt den Eindringlingen damit die wirtschaftliche Grundlage! Lieber Hunger als Döner-Kebab oder Big-Mäc!“<sup>52</sup>*

Solche Sprüche erinnern sehr stark an die nationalsozialistische Propaganda „Kauft nicht bei Juden!“.

Auch aus ihrem Ideologieprogramm lässt sich eine rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit ableiten.

*„Die Überfremdung der Völker, und die daraus abzuleitende Verdrängung und Zerstörung der Nationalkulturen, sind eine der imperialistischen Strategien der Internationalisten, um eine gleichförmige Weltgesellschaft zu errichten.“<sup>53</sup>*

Beliebt ist auch das Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“ bzw. vor einem ansteigenden Ausländeranteil in Deutschland mit dem Ziel, eine sich verschärfende Dramatik dieser Probleme zu suggerieren.

*„Was passiert, wenn sich der soziale Verteilungskampf (...) zwischen einem immer größer werdenden Teil von bedürftigen Deutschen und einer weiterhin stetig anwachsenden Zahl von Ausländern dramatisch verschärft?“<sup>54</sup>*

Da die Anzahl von Asylbewerberanträgen seit einigen Jahren rückläufig ist und im vergangenen Jahr einen neuen Tiefstand von ca. 80 000 erreicht hat, können die JN eine Ausländerproblematik zumindest nicht mehr mit einem stetig anwachsenden Ausländeranteil in Deutschland begründen.

---

<sup>52</sup> alle Zitate: „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 97, S. 12+15

<sup>53</sup> Thesenpapiere: S. 16, Nr. 11

<sup>54</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 95, S. 27

### 3.2 Staatsform einer Systemalternative

#### Zentralismus

Die Bundesrepublik Deutschland ist gem. Art. 20 I GG ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Das Ewigkeitspostulat des Art. 79 III GG schützt das Bundesstaatsprinzip als unantastbares Grundstrukturmerkmal der Bundesrepublik. Der zweigliedrige Staatsaufbau als Bund-Länder-Struktur und die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung werden somit sichergestellt.

Die JN befürworten jedoch einen Einheitsstaat, in dem eine „starke Zentralgewalt organisatorische und politische Oberhoheit und -aufsicht über das gesamte Reich und seine Organisationen wahrnimmt.“

Dem gegenüber bejahen sie aber den „Nationalismus als das Prinzip der Vielfalt und der Ausdifferenzierung, da es das Prinzip des Lebens schlechthin sei.“<sup>55</sup>

Dem Prinzip der Vielfalt und Verschiedenartigkeit im Sinne von wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der einzelnen Länder und Regionen kann aber in einer föderalistischen Ordnung stärker Rechnung getragen werden. Insbesondere stammesgeschichtlichen und anderen in der Tradition wurzelnden Eigenarten kann besser entsprochen werden.

Auch die JN wollen die „Besonderheiten der jeweiligen kulturellen Eigenart beachten“<sup>56</sup>, dennoch fordern sie einen Einheitsstaat, obwohl diese Aufgabe -ihrer Forderung entsprechend- effektiver innerhalb der einzelnen Gliedstaaten wahrgenommen werden könnte. Die Stellungnahme zugunsten eines zentralistischen Einheitsstaats ist -wie dargestellt- teilweise widersprüchlich und steht wiederum anderen Aussagen entgegen.

Dadurch entsteht der Eindruck, es ginge den JN gar nicht um die Respektierung gewachsener Gefüge, wie sie vordergründig angeben, sondern allein um eine leichtere Kontrolle und Gleichschaltung der Institutionen des Einheitsstaates.

---

<sup>55</sup> Alle Zitate: Thesenpapiere: S. 9, Nr. 2

<sup>56</sup> Thesenpapiere: S. 10, Nr. 5

Eine gewisse Aufgabenübertragung auf die „untergeordneten Gliederungen des Staates“ soll im Bereich der „Kultur-, Heimat- und Brauchtumspolitik“ erfolgen, die von den Gliedstaaten „eigenverantwortlich bewältigt werden könne.“<sup>57</sup> Die für die JN äußerst relevante Pflege der Heimatkultur wird als einziges Beispiel einer Aufgabendelegation auf die Länder und Gemeinden genannt.

Ansonsten sollen von der Zentralgewalt die notwendigen Befehle, Anweisungen, Anregungen und Organisationsarbeiten ausgehen und ebenso alles, was den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft betrifft.

Auf europäischer Ebene sprechen sich die JN für einen „Ethnopluralismus“ aus, der die Menschheit in das natürlich-organische Grundmuster von Ethnien unterteile, weil Volksgruppen und Rassen infolge ihrer genetischen Vielfalt Träger der unterschiedlichsten kulturellen Werte und Verhaltensweisen seien. Um sich in einer Kultur zurechtzufinden, müsse man zwingend in sie hineingeboren worden sein, denn ihren Prägungen könne man sich als einzelner nicht ohne den Verlust an Persönlichkeit entziehen.

Eine Vermischung hingegen führe zur Dekadenz, wie man am Negativbeispiel des „melting pot“ USA studieren könne. Daher müsse den Forderungen der Ethnien nach reiner genetischer, kultureller und nationaler Identität mit Hilfe eines Befreiungsnationalismus Nachdruck verschafft werden:

Asien den Asiaten, die Türkei den Türken und vor allem Deutschland den Deutschen, und zwar in größtmöglicher ethnisch- kultureller Homogenität.<sup>58</sup>

Auf den ersten Blick suggeriert der Begriff *Ethnopluralismus* unverdächtige demokratieadäquate Vielfalt im Sinne eines pluralistischen Gesellschaftssystems; dagegen liefert es bei näherer Betrachtung die Legitimation für Fremdenfeindlichkeit, die die ökonomischen, ökologischen und menschenrechtlichen Ursachen weltweiter Migration systematisch ausblendet.

---

<sup>57</sup> Thesenpapiere, S. 10, Nr. 6

<sup>58</sup> Vgl. MECKLENBURG, J.: FN 19, S. 99-100

Gegen den Pluralismus als Wesensmerkmal einer freiheitlichen Demokratie grenzen sich die JN außerdem deutlich ab. Unter Zentralismus sei stets der Wahrer des Ganzen; dieser sorge im Gegensatz zu den krankhaften Auswüchsen des Pluralismus, der zu einer Zersplitterung der deutschen Volkszusammensetzung geführt habe, für das Wiederausammenwachsen des deutschen Volkes zur deutschen Volksgemeinschaft.<sup>59</sup>

*„Daher wird der derzeit herrschende Pluralismus und Föderalismus, der nicht dem Ganzen sondern nur sich selbst verpflichtet ist (man könnte hier auch von Regional egoismus sprechen), durch eine zentralistische Wirtschafts- und Staatsverwaltung ersetzt werden.“<sup>60</sup>*



Quelle: <http://www.npd.net/jn/aktionen/neuburgdemo.html>

### **Führerprinzip**

Die von den JN propagierte „Systemalternative“ wird als ein „Reich“ dargestellt, für dessen inneren Aufbau eine Neugliederung der Wirtschafts- und Staatsverwaltung erfolgen müsse. Schon die neue Bezeichnung des Staatsgebildes als „Reich“ lässt nach der Definition als „nicht scharf abgrenzbarer Begriff für großräumiges Herrschaftsgebiet, auch mit Imperium, einem

<sup>59</sup> Vgl. Thesenpapiere, Thesen zum zentralistischen Staatsaufbau, S. 9

<sup>60</sup> Thesenpapiere: S. 10, Nr. 5

Vielvölkerstaat, gleichgesetzt, der von einem allen anderen Fürsten übergeordneten Herrscher regiert wird“<sup>61</sup>, die Vermutung zu, bei der JN-Vorstellung über den Träger der Staatsgewalt eines „Neuen Reiches“ handle es sich nicht um das Volk, sondern einen übergeordneten Herrscher.

Die parlamentarische Demokratie der westlichen Wertegemeinschaft wird entschieden abgelehnt, denn sie sei entgegen ihrem eigentlichem Sinn nur die Herrschaft der Wenigen und des Geldes und würde so zur reinen kapitalistischen Wirtschaftspolitik.

Da man nach JN-Standpunkt in der westlichen Welt sowieso nicht von einer wirklichen Demokratie sprechen könne, in der das Volk Träger der Staatsgewalt ist, befürworten sie die Herrschaft einer Führungselite.

*„Der beste Staat ist derjenige, der die Besten zur Herrschaft bringt.“<sup>62</sup>*

‚Elite‘ bedeute, zu den Besten eines gesellschaftlichen Bereiches zu gehören. Dafür seien Klugheit und Sachverstand ebenso wichtig wie charakterliche Stärke. Die nationale Elite müsse eine dem Volk dienende Elite der Pflicht und der Verantwortung sein.

Hinter dieser Umschreibung ihres Herrschaftsverständnisses verbirgt sich das schon innerorganisatorisch durch die Kaderorganisation verwirklichte Führerprinzip, welches sie auch politisch zu verwirklichen beabsichtigen. Eine politische „Führungselite“ soll sich durch dieselben Tugenden auszeichnen wie der Kader, was diese wiederum entsprechend ihrer übernommenen Verantwortung und Pflicht für eine starke Geltung und einen großen Einfluß legitimieren würde. Der „Führungselite“ wird somit eine enorme Machtfülle zugebilligt, was mit den hohen Anforderungen, die an sie gestellt würden, gerechtfertigt wird.

Dieser Aspekt erklärt außerdem, warum die JN den Pluralismus als Wesensmerkmal der freiheitlichen Demokratie scharf kritisieren.<sup>63</sup> In einem pluralistischen Gemeinwesen ist nämlich der

---

<sup>61</sup> Bertelsmann Neues Lexikon: Band 8, Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1995, S. 9

<sup>62</sup> Thesenpapiere, S. 11

<sup>63</sup> Vgl. Thesenpapiere, S. 9, Nr. 2

Staat in seiner Macht begrenzt (Gewaltenteilung) und zur Beachtung und Sicherung der sozialen Realität verpflichtet. Grundprinzip des Pluralismus ist ferner das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, welches die JN analog zur Befürwortung des Führerprinzips ablehnen<sup>64</sup>; damit verstoßen sie gegen ein Wesensmerkmal der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO).

*„Es darf nicht sein, daß die mit der Führungsverantwortung beauftragte Elite, von den nicht mit der Führung beauftragten, ausgesprochenen Gegnern in ihrer Arbeit, systembedingt behindert wird.“<sup>65</sup>*

Diese sogenannte „systembedingte Behinderung“ kann ausschließlich durch das Existieren mehrerer Parteien hervorgerufen werden; dadurch lässt sich ableiten, dass die JN das Mehrparteiensystem abschaffen wollen. Diese Tatsache war auch bereits bei der Verwirklichung der Volksgemeinschaft erkennbar, denn andere Auffassungen und Weltanschauungen werden im völkischen Kollektivismus von vornherein nicht geduldet; das Ziel dessen ist vielmehr die Vereinheitlichung des Willens.

Doch auch die JN erkennen die Gefahr, die sich aus der Befürwortung für eine „Führungselite“ ergibt. Daher soll sich diese auch nach einem für politischen Handeln angemessenen Zeitraum erneuern, allerdings nur durch Führungskräfte aus den Reihen der Volksgemeinschaft, was zwar eine personelle Veränderung, jedoch keine programmatische Erneuerung zur Folge hätte. Auf die Frage, in welcher Form sich dieser Wandel zu vollziehen habe -ob durch Wahlen oder nicht- wird so gut wie gar nicht eingegangen. Eindeutig belegen lässt sich jedoch, dass die JN das allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlrecht, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorgibt, ablehnen, da es keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit bieten würde und lediglich bestätigenden Inhalt hätte. Es würde mehr vom Anpassungsdruck der Masse

---

<sup>64</sup> Vgl. Thesenpapiere, Thesen zur Volksherrschaft, S. 11-1

<sup>65</sup> Thesenpapiere: Thesen zur Volksherrschaft, S. 12, Nr. 8

bestimmt, als von persönlichen Überzeugungen und der sachlichen Meinungsbildung.<sup>66</sup>

Die Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts unterstützt zusätzlich die Feststellung des Führerprinzips bei den JN.

Für eine subjektive Beeinflussung des Wählers werden erheblich die Medien verantwortlich gemacht. Sie würden als 4. Macht im Staate eine Stellung ohne jede Berechtigung genießen. Vielmehr sollten sie verpflichtet sein, jede gefühlsmäßige, anliegenerfüllende und -gerichtete Berichterstattung zu unterlassen. Meinung solle von ihnen nicht länger gemacht werden, sondern müsse aus sachlichen Auskünften gebildet werden.<sup>67</sup>

Die Rolle der Medien in einer von der JN propagierten Systemalternative wird nicht näher beschrieben. Eine Prognose kann aber dahingehend gewagt werden, dass die Presse in einer Systemalternative nach ideologischer Ausrichtung der JN nur noch als Sprachrohr der Führungselite betrachtet wird, wodurch zwar ausschließlich sachliche Auskünfte im Sinne der JN, jedoch keine objektiven Auffassungen im Sinne eines Spiegelbildes der Gesellschaft verbreitet würden.

Die JN sprechen der BRD auch ihre demokratische Grundüberzeugung ab. Da sie selbst häufiger von Demonstrations- und Kundgebungsverboten betroffen sind, vertreten sie die Auffassung, es gäbe echte Meinungsfreiheit nur für diejenigen, deren Meinung sowieso systemkonform wäre. Die Herrschenden würden sogar das Volk entmündigen, weil eine Diskussion über die Ablösung des Systems nicht zulässig sei. Nach ihrem Demokratieverständnis müssten auch „gleiche Rechte für alle diejenigen gelten, die die Regierung und den Staat ablehnen, ja sogar nach dessen Ablösung trachten würden.“ Doch entspricht es gerade dem Prinzip der wehrhaften Demokratie, den Feinden der Freiheit nicht die Freiheit zur Abschaffung der Staatsform ‚Demokratie‘ zu gewähren. Basierend auf den Erfahrungen der Weimarer Republik, deren politisches System inhaltlich neutral begriffen wurde und

---

<sup>66</sup> Vgl. Thesenpapiere, S. 12

<sup>67</sup> Vgl. Thesenpapiere, S. 13

„Kann man von Demokratie sprechen, wenn diese nur für diejenigen gilt, die mit den Herrschenden übereinstimmen?“<sup>68</sup>

„Willkürlich würden unerwünschte Meinungen verboten oder tabuisiert, entscheidend sei aber, wer die geistige Auseinandersetzung gewinnen würde.“<sup>69</sup>



Quelle:<http://www.npd.net/jn/aktionen/demonstrationen.html>

Paradox erscheint insbesondere, dass sich gerade die JN für eine schrankenlos gewährte Meinungsfreiheit einsetzen, wo sie doch selbst nur ihre eigene Auffassung als die einzig objektiv wahre Anschauung gelten lassen.

Es entsteht häufig der Eindruck, die JN würden für das gesamte Volk sprechen und alle Bürger hätten unter der „Willkürherrschaft“ der deutschen Regierung zu leiden, würden verfolgt und bestraft. Die JN aber wären die einzige wirkliche Opposition, die den Mut aufbringen würde, gegen die (vermeintlichen) Missstände der BRD zu klagen, weshalb sie permanent unter den Repressionen der Regierenden zu leiden hätten. Der Blick auf

<sup>68</sup> Alle Zitate aus: „Einheit und Kampf“, Ausgabe 06/ 96, S. 14

<sup>69</sup> „Einheit und Kampf“, FN 63, S. 15



die Wahlerfolge der Mutterpartei NPD zeigt hingegen, dass die NPD/ JN nur ein Bruchteil der wahlberechtigten Bevölkerung mit ihrer Systemalternative überzeugen können.

### **Grenzen eines neuen Staatsgebietes**

Nachdem nun aufgezeigt wurde, welche Veränderungen die JN in Bezug auf die innerstaatliche Struktur befürworten, soll ferner darauf eingegangen werden, welche äußerlichen Veränderungen ein „Neues Reich“ aufweisen würde.

Auffallend ist, dass die JN keinen Hehl daraus machen, die jetzigen Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland nicht anzukennen.

Vielmehr müssten die „Verwaltungsgrenzen der Reichsgaue oder Länder mit den Stammesgrenzen deckungsgleich sein.“<sup>70</sup> Die Stammesgrenzen werden demnach keineswegs als identisch mit den „besatzungsrechtlichen Willkürgrenzen“, die von den Alliierten bestimmt worden sind, gesehen.

Ein deutscher Staat reiche „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“<sup>71</sup>, was den Grenzen des Dritten Reiches von 1937 nach Hitlers Annexionen entspricht.

Österreich wird gleichermaßen wie Südtirol als deutsches Land betrachtet.<sup>72</sup> Die JN wollen die deutschen Staatsgrenzen also auf Ausmaße erweitern, die gewaltvoll und nicht in Selbstbestimmung der dort lebenden Völker erreicht worden sind. Mit diesen geographischen Veränderungen greifen die JN in die territoriale Integrität souveräner Staaten ein. Dieser Umstand besitzt keine strafrechtliche Relevanz, stellt jedoch ein völkerrechtliches Problem dar.

Auch ein bei den JN alltäglicher Ausdruck erinnert immer wieder an die Nichtakzeptanz der heutigen Staatsgrenzen. So wird von dem Gebiet Deutschlands, das 1990 nach der Wiedervereinigung Teil der Bundesrepublik wurde, nicht wie im allgemeinen

---

<sup>70</sup> Thesenpapiere: S. 10, Nr. 7

<sup>71</sup> „Der Aktivist“: Ausgabe 1/ 94, S. 7

<sup>72</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 94, S. 6

Sprachgebrauch üblich von ‚Ostdeutschland‘, sondern von „Mitteldeutschland“ gesprochen.<sup>73</sup>

Diese ungewöhnliche Bezeichnung erscheint im Zusammenhang, dass es nach JN-Anschauung auch östlich der Oder-Neiße-Grenze noch zu Deutschland gehörende Regionen geben würde, plausibel. Um diese nicht durch einen alltäglichen, von den „Systemfeinden“ geprägten Ausdruck unbewusst auszuklammern, wollen sie dadurch ihrer Gegenposition mehr Nachdruck verleihen.

### 3.3 Natur- und Lebensschutz

Auf den ersten Blick überrascht es vermutlich, dass sich die JN auch mit dem Thema Natur- und Umweltschutz auseinandersetzen. Diese Thematik entpuppt sich aber innerhalb der Ideologie als geschlossen und stimmig, da auch der Naturschutz nationalistisch betrachtet wird.

Ist man auf kultureller und nationalistischer Ebene auf die Bewahrung des eigenen Volkes bedacht, so ist das Hauptanliegen des Natur- und Lebensschutzes die Sicherung und der Erhalt des angestammten Lebensraumes.

Dieser Bereich bildet außerdem eine Einheit zu vorangegangenen und folgenden Themen, da wieder Kapitalismus als Grundübel der Umweltzerstörung gesehen wird.

Nach Ansicht der JN würde sich die Rolle, die der Naturschutz im nationalistischen System einnähme, grundlegend von der Rolle, die ihm im kapitalistischen System zukomme, unterscheiden.

*„Während der Nationalist den Menschen als Bestandteil der Natur betrachtet, geht der Liberalist davon aus, dass sich der Mensch über die Natur erheben kann und achtet sie daher geringer.“<sup>74</sup>*

---

<sup>73</sup> Vgl. „Einheit und Kampf“, Ausgabe 08/ 97, Gedanken zur sozialen Frage, S. 9

<sup>74</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1999, 1



Quelle: <http://www.npd.net/jn/werwirsind/sdbrosch.html>

Im nationalistischen Weltbild sei der Mensch Bestandteil der Natur, er könne sich nicht über ihre Gesetze hinwegsetzen und somit auch nicht über sie erheben. Er habe sich in die Natur einzuordnen.

Für den verschärften Gegensatz von Ökologie wird vorrangig ein neues Wertesystem, hervorgegangen aus den veränderten Lebensverhältnissen der Industriegesellschaft, verantwortlich gemacht.

Als Hauptfeind der Umweltzerstörung wird der Wunsch nach Konsummaximierung sowohl bei den produzierenden Wirtschaftsunternehmen als auch bei den konsumierenden Bürgern gesehen.

*„Der Glaube an ein unbegrenztes Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand wurde zum obersten Leitgedanken der Politik.“<sup>75</sup>*

Die JN kritisieren die heutige Umweltschutzpolitik, da sie dem Vorgang der Umweltschutzerstörung nur völlig unzureichend entgegengetreten sei. Es würden nur die Auswirkungen, nicht aber die Ursachen der Umweltzerstörung bekämpft.

Der zunehmende Einsatz neuer Umweltschutztechnologien wird als völlig unzureichend betrachtet, da durch eine sich weiter ausdehnende Güterherstellung die hohe Schadstoffbelastung der Umwelt nicht verhindert werden könne.

Nur eine Abschaffung unseres „einseitig verbrauchs- und gewinngebunden Wirtschaftssystems“, somit das Stoppen einer

---

<sup>75</sup> Thesenpapiere, S. 17, Nr. 4

sich weltweit ausdehnenden Güterherstellung, könne die Umweltzerstörung zum Stillstand bringen.

Allerdings werden die Probleme des Naturschutz auch wieder als Beispiel benutzt, die angeblichen Folgen eines „weltweit handelnden, gleichmacherischen, kulturellen und wirtschaftlichen Imperialismus“ aufzuzeigen.<sup>76</sup>

Die JN beschränken sich in ihren Thesen zum Natur- und Lebensschutz nicht nur auf den Umweltschutz, sondern auch auf den Schutz der zwischenmenschlichen Beziehungen, des ungeborenen Lebens und des würdevollen Alterns.

Sie prangern auch in diesem Zusammenhang einen „krassen materialistischen Ungeist“ an, der die zwischenmenschlichen Beziehungen untereinander gefährde. Es seien genau die Werte wie Verantwortung, Würde, Mut, Ehrlichkeit und Stolz, die in der „Ideologie des Materialismus“ abgelehnt würden, für sie aber im Zentrum ihrer nationalistischen Weltanschauung stünden.

Weiterhin wird dem Schutz des ungeborenen Lebens ein hoher Stellenwert beigemessen und ein Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Indikation als „folgerichtige Ableitung des materialistischen Wahnsinns“ betrachtet.“ Nicht die Kriminalisierung verzweifelter Mütter, sondern die seelische und geistige Unterstützung sei ihr Ziel.

Die Deutschen werden von den JN allgemein als ein „kinderfeindliches Volk“ beschrieben, was sie durch die zurückgegangenen Geburtenraten sowie durch die Misshandlung und Unterdrückung von Kindern begründen. Die Hauptursache hierfür wird nationalistisch ausgelegt, sie liege „in dem leidenden Verhältnis der Deutschen zu sich selbst und ihrer Identität als Volk.“

*„Erst die Wiederherstellung eines natürlichen Verhältnisses der Deutschen zu ihrem Volk kann dazu führen, dass Deutschland von einem Land der Greise wieder zu einem Land der Kinder wird.“*

Die JN finden es zudem beschämend, wie die jüngere Generation mit alten Menschen umgeht. Man würde sie „in Altershei-

---

<sup>76</sup> Alle Zitate: Thesenpapiere, S. 17-18

men verstecken, als sei das Alter eine ansteckende Krankheit oder eine Schande.“<sup>77</sup>

Der Materialismus (Kapitalismus, Imperialismus) wird hier abermals als Ursache für eine Krisenerscheinung der Moderne, hier der Generationenkonflikt, mit dem Ziel der Volksspaltung dargestellt.

### 3.4 Sozialistische Wirtschaftsordnung

Die JN erkennen, dass die kommunistische Planwirtschaft in den Ostblockstaaten ihre Unfähigkeit zu Genüge bewiesen hat und lehnen daher den Marxismus entschieden ab. Eine Verschärfung der sozialen Probleme in Deutschland, insbesondere eine wachsende soziale Ungerechtigkeit würde aber ein stärkeres Augenmerk auf die „soziale Komponente nationalrevolutionärer Politik“ erforderlich machen, da frühere nationalistische Bewegungen zu sehr „einseitig nationale Forderungen propagiert hätten.“

Um ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit in Deutschland zu ermöglichen, fordern die JN konkret „die Arbeit neben dem Kapital an den Erträgen zu beteiligen.“<sup>78</sup>

Sie nennen die Wirtschaft rein kapitalistisch, weil der Ertrag, der aus dem Zusammenspiel von Arbeit und Kapital entstünde, nur den Kapitaleignern gehöre. Die Arbeitnehmer würden nur auf der Kostenseite der Unternehmer stehen und seien selbst am Erfolg ihrer Arbeit nicht beteiligt.

Die JN agitieren häufig gegen den Kapitalismus als egoistische Weltanschauung, der aber zum einen objektiv nur ein Wirtschaftssystem und keine Weltanschauung darstellt, und außerdem in der Bundesrepublik und aktuell im Vergleich zum Zeitalter der industriellen Revolution (sog. „Manchesterkapitalismus“) nicht existiert.

Die JN wirft den westlichen Demokratien vor, mittels des Kapitalismus durch einen „globalisierten Weltmarkt“ den „Welteinheitsmensch“ (auch „Konsumidioten“) schaffen zu wollen, in-

---

<sup>77</sup> Alle Zitate: Thesenpapiere, S. 19, Nr. 12-15

<sup>78</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 95, S. 17

dem die „verschiedenen Kulturen und Rassen zum Verschwinden“ gebracht werden. „Der Profit der Kapitalisten könne durch die Schaffung einer gleichgeschalteten Einheitsrasse maximal befriedigt werden.“ Diese Menschen hätten dann die gleichen Neigungen und Interessen und würden daher auch die gleichen Produkte nachfragen, was für den Unternehmer den Vorteil hätte, keine unterschiedlichen Produkte mehr anbieten zu müssen. Die Gier der Kapitalisten könne so maximal befriedigt werden.<sup>79</sup>

Sie befürworteten statt eines kapitalistischen Wirtschaftssystems einen sozialistischen Staat, der „vor allem auf ideellen Wertvorstellungen aufbauen müsse.“ Dieser stünde im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem „das Kapital, das Geld, der Besitz somit die tote Materie anstatt der menschlichen Leistung, des Geistes, der entschlossenen Haltung und des Charakters, also dynamischer Werte bestimme.“ Hingegen müsse eine Volkswirtschaft nach ihren Vorstellungen „von unten nach oben aufgebaut und dann vorausschauend gelenkt werden.“<sup>80</sup>

Obwohl die JN in jüngerer Zeit wirtschafts- und sozialpolitische Themen in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellen, so spielt diese Thematik doch keine herausragende Rolle; besonders aussagekräftig sind die Vorschläge für eine alternative Wirtschaftsordnung zudem nicht. Vielmehr beabsichtigt die Organisation mit der Neuorientierung, sich an den wirklichen Problemen des deutschen Volkes orientieren zu wollen, um dadurch an Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

### **3.5 Praktische Umsetzung des Selbstverständnisses innerhalb der JN**

#### **3.5.1 Heranbildung des „politischen Soldaten“**

Zur Durchsetzung der politischen Ziele des Nationalismus sehen die JN einen Kampf gegen das „Establishment“ als notwendig an.

---

<sup>79</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 96, S. 10-11

<sup>80</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 95, S. 17

Dieser Kampf sei nur mit der Vollkommenheit und Tugendhaftigkeit des politischen Soldaten zu gewinnen.

Sie selbst lehnen dabei Gewalt und Terrorismus als Mittel zur Zweckerreichung ab, da sich die „liberalistischen Schmarotzer der Taktik des Terrorismus, dessen Ziel es sei, die Bevölkerung durch die unterschiedslose Ermordung gewöhnlicher Leute durch Bomben und Kugeln in Angst und Schrecken zu versetzen, bedienen würden.“

„Wir lieben unser Volk und könnten daher keine Methoden anwenden, die Angst und Schrecken hervorbringen würden.“<sup>81</sup>

Fragwürdig bleibt allerdings, wenn man die Ausdrucksweise der JN betrachtet, ob Gewalt als politisches Mittel nicht nur aus taktischen Gründen abgelehnt wird.

Die Entwicklung eines sog. *politischen Soldaten* i. S. eines nationalrevolutionären Kriegers ist oberstes Ziel der Organisation und die Aufgabe jedes Aktivisten, die viel Schmerz und harte Arbeit erfordere. Aber sie sei zwingend notwendig, um den zerstörerischen Ideen ihres Gegners zu widerstehen, der sie dazu verführen wolle, einen vorgeblich einfachen und leichten Weg zu gehen. Darunter wird die Akzeptanz des Systems und die stille Hinnahme von Repressionen der Herrschenden verstanden, was zu einem Verrat an der nationalistischen Sache führe. Jeder, der sich diesem Kampf entziehen will, wird schlichtweg als Feigling beschimpft.

Der Entwicklungsweg, der in der Geburt des *politischen Soldaten* gipfele, sei langwierig und koste viel Selbstüberwindung. Hierbei werden konkrete Vorstellungen und Empfehlungen für die Mitglieder herausgegeben, welche Verhaltensweisen als schwache Gewohnheiten abgelegt werden müssten und welche Charaktereigenschaften man besitzen müsse, um dem Gegner überlegen zu sein.<sup>82</sup>

---

<sup>81</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 96, S. 18

<sup>82</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 96, S. 17-22

„Der politische Soldat wird mittels seiner Verhaltensweisen und Taten denen dienen, die der Mut zu kämpfen verlassen hat.“<sup>83</sup>

Praktische Vorschläge, wie man mit dem Weg zum politischen Soldaten zu beginnen habe, fangen an bei der Reduzierung des Fernsehkonsums, um „sich nicht unnötig der Propaganda seiner Feinde auszusetzen.“

Dieser Zeit solle der Aktivist sinnvoller gestalten; dabei geht es hauptsächlich um einen Nutzen für die Organisation. Schwache Gewohnheiten wie Rauchen oder der Genuss von Alkohol sollten eingestellt werden, das Geld und die Gesundheit diene besser der nationalen Sache. Des weiteren müssten Prioritäten richtig gesetzt werden, an erster Stelle stehe der Besuch von Parteiveranstaltungen und die politische Weiterbildung, zweit-rangig seien private Beziehungen und Freizeitaktivitäten. Einen besondere Stellenwert nimmt die geistig-politische Weiterbildung ein, da ein höheres geistiges Niveau eine größere Bedrohung für das Systems darstelle.

Voraussetzung für die Erlangung des Status eines *politischen Soldaten* sind Mut und Entschlossenheit. Fähigkeiten, die dieser zu entwickeln habe, seien Geduld, Selbstdisziplin, Gemütsruhe, Tapferkeit, aber auch Sinn für Humor.

Die JN beteuern zwar, dass zwei Nationalrevolutionäre nicht völlig gleich sein bräuchten, da jedes Individuum schließlich Stärken und Schwächen habe, die Vorstellung von dem perfekten und selbstlosen Kämpfer ist allerdings zu detailliert und akribisch genau beschrieben, als dass kein Gefühl von Gleichmacherei aufkommen könnte. Hinzu kommt, dass der Ausdruck ‚politischer Soldat‘ nicht erst durch die JN geprägt wurde, sondern Vokabular des Nationalsozialismus darstellt. „Mit dem Ausdruck *politischer Soldat* wird das Ziel nationalpolitischer Erziehung in den nationalsozialistischen Bildungsstätten, (...) wie überhaupt das Ideal des neuen nationalsozialistischen Menschen bezeichnet.“<sup>84</sup> Zweck dieser Erziehung aus heutiger Sicht

---

<sup>83</sup> Selbstdarstellungsbroschüre, S. 6

<sup>84</sup> SCHMITZ-BERNING, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Walter de Gruyter Verlag, Berlin 1998, S. 472



war die Heranbildung einer tapferen, opferbereiten, pflichtbewussten und gehorsamen Kämpfernatur als optimale Vorbereitung auf einen Krieg, der auf die Erlangung der Weltherrschaft gerichtet war.

### **Aufbau einer nationalistischen Gemeinschaftsordnung**

Ein weiteres nennenswertes Vorhaben zur Umsetzung von Ideologeelementen ist der Aufbau einer nationalistischen Gemeinschaftsordnung i. S. einer eigenen Infrastruktur.

Im Widerspruch zu der Forderung nach einem zentralistisch organisierten Staatswesen befürworten die JN einen Distributismus, worunter sie im politischen Zusammenhang eine direkte Demokratie, d.h. die größtmögliche Dezentralisierung der politischen Macht verstehen.<sup>85</sup> Auf diese Widersprüchlichkeit gerade im politischen Zusammenhang bezogen auf die Ablehnung des Pluralismus wird von Seiten der JN nicht weiter eingegangen. Es soll an dieser Stelle auch nur der Stellenwert für den wirtschaftlichen Bereich aufgezeigt werden.

Schlüssig zu der Kritik an dem kapitalistischen deutschen System als „anonyme Massengesellschaft“, die den „Welteinheitsmenschen“ hervorbringen würde, ist der Distributismus als Gegensatz zur Monopolisierung im wirtschaftlichen Bereich. Für die JN bedeutet es die Neugründung von kleinen Geschäften, Familienbetrieben, Bauernhöfen und die Verfügungsgewalt der Beschäftigten über ihre Betriebe in Form von Kooperativen. Ziel sei es, mehr Freiheit, Selbstwertgefühl und Würde für die Menschen zu schaffen, indem diese sich persönlich beteiligen könnten, wenn sie es wollten. Hier soll mit bestem Beispiel vorangegangen und dieses Ideal zunächst auf die eigene Organisation angewandt werden. Die JN beabsichtigen langfristig gesehen die Herstellung von vielerlei Gebrauchsgütern in eigenen Betrieben innerhalb der nationalistischen Gesinnungsgemeinschaft. Der Erlös aus dem Verkauf der Produkte solle zum Teil in die Organisation reinvestiert werden. Gründe für dieses Vorhaben seien auch in einer positiven Außenwirkung zu sehen.

So wäre die Umsetzung der politischen Theorie des Nationalismus durch Privatbetriebe, die in der Hand von Nationalisten seien, ein deutlicher Beweis für das Funktionieren ihrer Ideen. Außerdem würde der Vorweis einer tadellosen Geschäftsmoral diesen Eindruck noch verstärken.

---

<sup>85</sup> Vgl. „Der Aktivist“, Ausgabe 3/ 94, S. 10

Entscheidend ist außerdem, dass ein Mitgliedsbetrieb von Kadern der Organisation, die in „voller Übereinstimmung“ zu dessen politischer Ideologie stünden, betrieben werden müsse. Dadurch könne der Gefahr des Einschleichens von „kapitalistischen Profiteuren“ vorgebeugt werden.

Legt man die derzeitigen Mitgliederzahlen und die Anzahl der RAG (regionale Aktionsgruppen), die nur in Bayern vorhanden sind, zugrunde, erscheint dieses Vorhaben gar utopisch. So wird beispielsweise die Anschaffung eines alten VW-Busses bei einem Landesverband als bemerkenswerte Leistung angesehen. Auch daran lässt sich erkennen, dass die personellen und materiellen Ressourcen für das dargestellte Konzept längst nicht ausreichen.

Auch dessen scheinen sich die JN sehr wohl bewusst zu sein, denn zunächst müssten die Mitglieder erst einmal ermutigt werden, ihr Geld zusammenzulegen, um Häuser, Maschinen oder Ausrüstungen zu kaufen. Weiterhin soll der Ausbau der technischen Möglichkeiten zur besseren Vernetzung durch Faxgeräte, Funktelefone, Mailboxen und Infotelefone vorangetrieben werden. Vorteilhaft an diesem Plan sei außerdem die gleichzeitige Schaffung eines gemeinsamen Wohnraums für Kameraden.

Diese sogenannten „befreiten Zonen“ erwecken den Eindruck eines eigenen Staates im Staate. „Der Staat habe auf die befreiten Zonen keinen Einfluss“, vielmehr „würden seine Machtmittel immer irrelevanter für die Lebensgestaltung der Angehörigen der nationalistischen Gemeinschaft.“

*„Konkret heißt das, dass wir nicht nur wirtschaftlich unabhängig werden, sondern uns selbst zu regieren beginnen...“<sup>86</sup>*

### **3.5.2 Solidarität der nationalistischen Völker in Europa**

Wie schon im Kapitel „Völkischer Kollektivismus“ erläutert worden ist, wollen die JN die Vielfalt der Völker erhalten, die die Imperialisten zu einem „multikulturellen Einheitsbrei“ umformen würden. Völker i. S. der JN-Ideologie sind alle ethnischen Gruppierungen unabhängig von ihrer Nationenzugehörigkeit. So behaupten die JN am Beispiel der GUS-Staaten, Vielvölkerstaaten

---

<sup>86</sup> alle Zitate aus: „Der Aktivist“, Ausgabe 3/ 94, S. 10-11

würden zerbrechen, weil jedes Volk seine individuellen Interessen verwirklichen wollen würde.

*„In Belgien sind die Anzeichen für ein Ende dieses Staates ebenfalls nicht zu übersehen. Es wird die Zeit kommen, da Flamen und Wallonen getrennte Wege gehen.“*

Alle Völker, die Opfer der gemeinsamen Unterdrückungsmaßnahmen der Imperialisten seien, dürften ihrem gemeinsamen Schicksal nicht gleichgültig gegenüberstehen.

*„Den Deutschen darf das Schicksal des flämischen Volkes nicht gleichgültig sein, den Spaniern nicht das Sterben in Bosnien, den Kroaten nicht die Unterdrückung Deutschlands usw.“<sup>87</sup>*

Vordergründig wollen die JN ihre Solidarität den Völkern bekunden, die nach eigener Ansicht wie im Falle der Basken, Flamen und Wallonen wie sie selbst Opfer von internationalistischen und imperialistischen Unterdrückungsmethoden geworden sind. Hier bestätigt sich jedoch auch die Ideologie eines *Ethnopluralismus*, in dem dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung weltweit zur Geltung verholfen werden soll. Dies geschieht vermutlich nicht, wie immer vorgegeben wird, aus reiner Solidarität zu den Nachbarvölkern; hierbei spielen vielmehr egoistische Ziele eine Rolle. Leben nämlich alle ethnischen Gruppen in Selbstbestimmung, Freiheit und Zufriedenheit, besteht für Deutschland nicht die Gefahr einer Überfremdung durch Einwanderung, so dass in jeder Nation ethnisch-kulturelle Homogenität erreicht wird.

Darüber hinaus hätten ihnen beide Weltkriege gezeigt, dass Deutschland gegen den Willen seiner Nachbarländer seine Absichten nicht verwirklichen könne. Sie könnten sich möglicherweise darauf einstellen, dass ein nationalistisches Deutschland nur geschaffen werden könne, wenn auch in den Nachbarstaaten Nationalisten die Regierungsverantwortung übernommen hätten.

Langfristiges humanistisches Ziel soll es sein, „die Grenzen der Staaten in Übereinstimmung zu bringen mit dem angestammten

---

<sup>87</sup> Beide Zitate: „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 94, S. 5

Lebensraum der Völker.“<sup>88</sup> So beanspruchen die JN für sich, im Namen aller Minderheiten zu sprechen.

*„Als Nationalisten haben wir auch eine Vision von Europa, aber unser Europa hat andere Gesichtszüge als das derzeit bestehende Maastricht-Europa.“*

Die JN lehnen die übergeordnete Institution EU entschieden ab. Für die Weltherrschaftsbestrebungen imperialer Großmächte, falscher Ideologien, Wirtschaftsimperialismus multinationaler Konzerne, kleinkarierter Chauvinisten und den liberalistischen Einheitsbrei einer multikulturellen Gesellschaft bliebe in ihrer Vision kein Platz. Ein besonders großer Stellenwert nimmt in dieser Position die „selbstbestimmte und selbstverantwortliche Existenz“ unter Berücksichtigung des Prinzips der Verschiedenheit und Differenzierung der einzelnen Völker ein.<sup>89</sup>

Die starken Bemühungen der JN, Auslandskontakte zu knüpfen und zu erhalten, sind unter dem Aspekt der Gewinnung von Verbündeten bei Auseinandersetzungen mit dem Feind des Nationalismus zu betrachten.



Foto einer Demonstration von griechischen Nationalisten am 25.11.00 zeitgleich mit der Demo der JN in Berlin gegen ein Verbot der NPD. Die

<sup>88</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 94, S. 7

<sup>89</sup> Alle vorangegangenen Zitate: APFEL, H. FN 2, S. 225

gepflegten Beziehungen zu ausländischen Nationalisten scheinen sich auszuzahlen.

Die JN führen seit 1994 jährlich einen „Europäischen Kongress der Jugend“ durch. An den Veranstaltungen haben in den vergangenen Jahren etwa 250 bis 300 Rechtsextremisten aus dem gesamten europäischen Ausland und den USA teilgenommen.

So wurde der 6. Europäische Kongress 1999 unter dem Motto „Europas Nationen-Erbe und Auftrag“ in Falkenberg/ Bayern durchgeführt. Dort soll zwischen den europäischen Nationalisten ein breiter Konsens hinsichtlich der kulturellen Bedeutung von nationaler Identität und der Verurteilung einer souveränitätsbeschneidenden Kompetenzzanmaßung übernationaler Institutionen geherrscht haben.<sup>90</sup>



Der US-Amerikaner Dr. William Pierce der NATIONAL ALLIANCE (links) mit dem Bundesvorsitzenden Sascha ROBMÜLLER auf dem 6. Europäischen Kongress in Falkenberg am 30.10.1999

Quelle: [http://www.npd.net/jn/aktionen/europakongr\\_1999.html](http://www.npd.net/jn/aktionen/europakongr_1999.html)

Die Veranstaltungen dienen der „europäischen Vernetzung“, so der ehemalige Bundesvorsitzende APFEL. Die Aufgabe der

<sup>90</sup> Online im Internet: URL: [http://www.npd.net/jn/aktionen/europakongr\\_1999.html](http://www.npd.net/jn/aktionen/europakongr_1999.html), S. 1 von 2

nächsten Jahre bestehe darin, die politische Arbeit nicht allein an nationalstaatlichen, sondern an globalen nationaleuropäischen Interessen auszurichten. Auf dem Weg zu der von den JN angestrebten europäischen, nationalistischen Einheitsfront müsse vorrangig die "europäische Vernetzung" ausgebaut werden.<sup>91</sup>

#### **4. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus**

Die Darstellung, in welcher Form sich die JN mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen, ist ein entscheidendes Kriterium zur Beurteilung ihrer Verfassungsfeindlichkeit.

##### **4.1 Revisionismus**

Während der Revisionismus im engeren Sinne die Massenvernichtung von Juden in Gaskammern leugnet, meint der Revisionismus im weiteren Sinne, wie er auch bei den JN festzustellen ist, alle Versuche der Verharmlosung des Nationalsozialismus, von der Leugnung der Kriegsschuld über relativierende Vergleiche zwischen den NS-Verbrechen und dem Vorgehen der Alliierten in bestimmten Fällen bis zur Diffamierung der deutschen Widerständler als Vaterlandsverräter.

Auf der JN-Homepage im Internet zeigt ein Abriss der Geschichte, angefangen beim Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart, Deutschland als Opfer der Geschichte. Dort wird schon die Mitschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg geleugnet und eine andere Nation für den Auslöser dieses Krieges verantwortlich gemacht. Offenkundig ist weiterhin die Vermeidung einer Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus von 1933-45. Während wesentliche Geschichtsabläufe sehr ausführlich behandelt und uminterpretiert werden, bleibt der Zeitraum des Dritten Reiches völlig unbehandelt. Dies entspricht nur zu genau der Auffassung der JN, „wer ewig und immer die Vergangenheit

---

<sup>91</sup> Vgl. LfV Baden- Württemberg: FN 18, S. 11

bewältige, vergewaltige schließlich und immer die Zukunft.“<sup>92</sup> Umfang und Ausmaß des Völkermord an den Juden werden durch Hinweise auf Völkerrechtsverbrechen anderer Nationen, insbesondere auf diejenigen des Stalinismus und Imperialismus, verharmlost und relativiert.

*„Sehen Sie, jedes Volk hat in seiner Vergangenheit Licht- und Schattenseiten gehabt. Sie werden nicht behaupten wollen, dass die englische Geschichte eine Aneinanderreihung von Lichtgestalten ist oder die französische. Denken Sie an die Burenkriege der Engländer. Sie werden auch nicht behaupten wollen, dass die Geschichte Sowjet-Rußlands oder Rußlands die Geschichte einer hehren, unbefleckten Macht ist. Und ebensowenig werden sie behaupten können, dass die USA durch die Geschichte gegangen sind als Engel. Denken Sie an Napalm in Vietnam oder auch an die Indianerausrottung. Das gibt's überall. Das hat es überall gegeben. Das soll man nicht beschönigen. Aber kein Volk, das die Zukunft bewältigen will, und kein Volk, das überleben will, kann es sich erlauben, laufend in der Vergangenheit wie im Dreck herumzuzühlen.“<sup>93</sup>*

Eine wirkliche Stellungnahme zu diesem Komplex findet hingegen nicht statt, prägnant ist vielmehr die Methodik, mit der solchen Fragen geschickt entgegnet wird.

*„Unter Berufung auf die durch nichts bewiesene Behauptung, Deutschland habe den Ausbruch des Weltkriegs verschuldet, wurden Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy, die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens, die südwestlichen Provinzen Ostpreußens, das Memelland und Danzig vom Reich abgetrennt.“<sup>94</sup>*

Mit diesem einzigen Satz wird in dem genannten Geschichtsüberblick der Zweite Weltkrieg abgehandelt. Von einer Auseinandersetzung kann nicht die Rede sein.

---

<sup>92</sup> RABE, Karl- Klaus (Hrg.): Rechtsextreme Jugendliche, Gespräche mit Verführern und Verführten, Lamuv Verlag, 1. Auflage, Bornheim 1980, S. 90-91

<sup>93</sup> RABE, K.- K.: Rechtsextreme Jugendliche, FN 79, S. 91

<sup>94</sup> Online im Internet: [URL:http://www.npd.net/jn/Bildung/zeitgesch/-opfer\\_d\\_g.html](http://www.npd.net/jn/Bildung/zeitgesch/-opfer_d_g.html)



Aus Anlass des Gedenkens zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1945 (8. Mai 1995) haben die JN unter dem Motto agitiert: " 8. Mai: Wir feiern nicht! Schluss mit der Befreiungslüge!" mit dem Ziel, letztendlich das System in Frage zu stellen. Durch diese Kampagne habe man das System zielgerichtet dort angegriffen, wo es ihm am meisten weh tut:

*„An der falschen und verlogenen Gesichtsdarstellung, die die Grundlage des Nachkriegsstaates BRD darstellt.“<sup>95</sup>*

Insbesondere der ehemalige JN-Bundesvorsitzende Holger APFEL bedient sich gerne der einer „Umerziehungs“-Agitation. So seien viele Jugendliche, die sich bei den JN bewerben würden, noch keine gefestigten Nationalisten, da die Umerziehung der Frankfurter Schule nach 1945 doch deutlich ihre Spuren hinterlassen habe.

*„Die militärische Niederlage Deutschlands am 8. Mai 1945 war auch eine geistige Niederlage- (...) Die Re-Education, die geistige Entfremdung der europäischen Völker von ihrer Kultur und ihrer nationalen Identität wurde so vorbereitet.“<sup>96</sup>*

Alljährlich wird dem Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf HESS, einem maßgeblichen Repräsentanten des NS-Regimes, gedacht. Er wird als ein Symbol genutzt, um ein Vorbild an „Treue, Ehre und Tapferkeit“ aus dem NS-Regime präsentieren zu können. Der „Märtyrer des Friedens“ ist von dem Nürnberger „Rachetribunal“ zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden. Im Alter von 93 Jahren am 17. August 1987 hat HESS Selbstmord begangen; nach Sichtweise der JN hingegen würden „eindeutig etliche Fakten und die Autopsie für eine Ermordung sprechen.“<sup>97</sup>

Trotz vielerlei Bemühungen, durch vorsichtige und zurückhaltende Aussagen Vergleiche mit der NSDAP und deren Gewaltregime nicht entstehen zu lassen, ist der Revisionismus im weiteren Sinn bei den JN nicht übersehbar.

---

<sup>95</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 2/ 95, S. 12

<sup>96</sup> JN- Ausarbeitung ohne Titel

<sup>97</sup> „Einheit und Kampf“, Ausgabe August 1997, S. 16-19

## 4.2 Übernahme von Denkschemata und Vokabular

Parallelen zum Nationalsozialismus sind in den Ideologieforderungen und dem von der JN übernommenen Vokabular erkennbar.

Zunächst sprechen sich die JN für die Schaffung eines „Neuen Reiches“ aus, dessen Aufbau und Ordnung an das nationalsozialistische „Dritte Reich“ erinnert. So befürworten auch sie die Aufhebung des politischen und organisatorischen Pluralismus durch Anpassung der vorgefundenen Organisationsstrukturen bestehender Körperschaften und Institutionen an das nationalsozialistische Führerprinzip. Allerdings wird das Führerprinzip nicht offen propagiert, das Wahlrecht in der jetzigen Form jedoch strikt abgelehnt, eine Alternative, wie die verlangte „Herrschaft der Elite“ zu ermitteln ist, wird auffälligerweise nicht genannt.

Die JN wollen aber zudem den Föderalismus abschaffen und statt dessen einen zentralistisch organisierten Staat errichten, in dem nur die Heimat- und Brauchtumpflege Aufgabe der Gemeinden und der Regionalebene bleibt. Alle anderen Kompetenzen werden hingegen als so relevant betrachtet, dass sie zwingend der Regelung durch das Reich bedürfen. Hier sind Parallelen zu den 1933 aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Gesetzen „zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ zu erkennen, mit dem Ziel „eine radikale Umgestaltung des Staats und aller Parteien zu einem großen Ganzen.“ „Das ist der Schritt zum totalen Staat, der in Zukunft nur eine Partei, eine Überzeugung, ein Volk sein kann. Und alle anderen Kräfte müssen sich diesem Staat unterordnen oder werden rücksichtslos beiseite geräumt.“<sup>98</sup> Diese sogenannte „politische Gleichschaltung“ war ein erster Aspekt zur Gleichschaltung aller Institutionen und zur Zentralisierung der Macht, zunächst auf eine Regierung, später ausschließlich auf den „Führer“. Damit wurde auch der Pluralismus als Wesensmerkmal der Demokratie abgeschafft; auch die JN lehnen ein pluralistisches Gesellschaftssystem ab.

---

<sup>98</sup> Zitat Joseph Goebbels aus: Vokabular des NS, FN 84, S. 278

Wie zu der Zeit des Nationalsozialismus spielt auch in der Systemalternative der NPD/ JN die Errichtung einer „solidarischen Volksgemeinschaft“ eine herausragende Rolle. Man verstand im Nationalsozialismus (NS) darunter die Anpassung des Denkens und Handelns an die nationalsozialistische Weltanschauung, was einer „inneren Gleichschaltung“ entspricht. Wie im Kapitel „Nationalismus und Sozialismus als Einheit“ dargestellt führt auch die von den JN propagierte Volksgemeinschaft zur einer Lebensgemeinschaft, in der Klassen, Parteien, Standesgegensätze und individuelle Interessen zugunsten des gemeinsamen Nutzens aller Volksgenossen aufgehoben werden sollen. Vorbild der Ideologie des völkischen Kollektivismus stellt nicht nur im NS, sondern auch bei den JN der „politische Soldat“ dar, der „mittels seiner Verhaltensweisen und Taten als Vorbild denen dienen soll, die der Mut zu kämpfen verlassen hat“<sup>99</sup>. Um dieser Vorbildfunktion gerecht zu werden, muss der „politische Soldat“ über bestimmte Charaktereigenschaften und Wesensmerkmale verfügen (Tapferkeit, Vaterlandsliebe, Treue, Mut, Selbstdisziplin u.ä.); diese Elemente entsprechen sehr genau den Anforderungen der Nazis an ihre Jugend und den damit verbundenen Ausbildungszielen in den zahlreichen NS-Organisationen. Parallelen sind auch in dieser Thematik unverkennbar.

In der Ideologie des völkischen Kollektivismus nimmt außerdem die sog. Heimat- und Brauchtumpflege einen hohen Stellenwert ein und soll auch besonders gepflegt werden.

Es sollen an dieser Stelle nur die wichtigsten Parallelen der rechtsextremistischen Jugendorganisation JN zur Ideologie der NSDAP aufgezeigt werden, sicherlich ist diese Aufführung nicht abschließend, veranschaulicht jedoch eindeutig vorhandene Gemeinsamkeiten. Erstaunlich ist dabei auch die identische Übernahme von NS-Vokabular an den Beispielen *Volksgemeinschaft* und *politischer Soldat*.

---

<sup>99</sup> Aus Selbstdarstellungsbroschüre „Eine andere Jugend, eine revolutionäre Idee, eine junge Politik“, S. 6

## 5. Resumee

In der vorliegenden Arbeit ist das Selbstverständnis und die Zielsetzung der rechtsextremistischen Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) anhand offen zugänglicher Quellen dargestellt worden.

Mir ging es darum zu analysieren, welche Merkmale die JN an der Bundesrepublik kritisieren und welche Züge ihre Systemalternative trägt.

Zusammenfassend ist dazu anzumerken, dass die JN über ein umfangreiches Ideologieprogramm verfügen, welches nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens berücksichtigt. Die Thesenpapiere beinhalten auch Auffassungen zum Natur- und Umweltschutz, sowie Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen. In der vorliegenden Ausarbeitung sind diese Themengebiete nur der Vollständigkeit halber aufgeführt, denn sie besitzen für das Verständnis oder die Agitation der JN kaum Bedeutung. An diesen Aspekten lässt sich jedoch einmal mehr veranschaulichen, dass die JN für alle Krisenerscheinungen unsere Zeit den Kapitalismus verantwortlich machen. Die JN vertreten entgegen anderen rechtsextremistischen Organisationen (zuvor) auch Auffassungen zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung. Auch wenn diese Forderungen nicht unbedeutend, sondern gerade im Hinblick auf Parallelen zum Sozialismus (Planwirtschaft in der DDR) bzw. Kommunismus interessant sind, so liegt ihre Hauptzielsetzung doch auf einem anderen Schwerpunkt.

Entscheidend ist für die JN vielmehr die Errichtung eines nationalistischen Führerstaates, in dem oberstes Ziel die Verwirklichung der Volksgemeinschaft nach dem Vorbild des politischen Soldaten darstellt. Dieser sog. völkische Kollektivismus hat zur Folge, dass der Mensch als Individuum ein Nichts ist, das ausschließlich über seine Volkzugehörigkeit definiert wird und erst durch seine freiwillige Selbsteinordnung in die Volksgemeinschaft seinen Wert erhält. Pflichten gegenüber der Gemeinschaft haben absoluten Vorrang vor den Rechten des einzelnen. Wie in der Arbeit dargelegt, wird dieser Umstand von den JN viel vorsichtiger und zurückhaltender ausgedrückt, die Intention ist jedoch ein-

deutig. Alle anderen Menschen, die sich hingegen nicht von der Ideologie der Volksgemeinschaft einverleiben lassen wollen, sind minderwertig und gar nutzlos. Menschen, die einer anderen ethnischen Gruppe als der der Deutschen angehören, wird von vornherein die Möglichkeit abgesprochen, sich in einer anderen Kultur zurechtzufinden und dieser anzugehören. Dieser Umstand wird sogar biologisch-rassistisch begründet, denn Eigenart und Wertigkeit einer Ethnie, man könnte hier auch den Begriff Rasse verwenden, bestimmen sich auch nach erbbiologischen Anlagen. Die JN versuchen damit die Gleichheit aller Menschen wissenschaftlich, d.h. als etwas objektiv wahres zu widerlegen. Nach dieser Vorstellung gibt es keine Gleichheit aller Menschen, weil sich der Wert eines Menschen über die Zugehörigkeit zu einer Nation bzw. über die Bedeutung und den Nutzen für eine Volksgemeinschaft bestimmt. Eine rassistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit ist somit bei den JN unverkennbar; diese Forderung läuft auf die Abschaffung des Gleichheitsgrundsatzes aus Art. 3 GG hinaus, der ein wesentliches humanistisches Grundrecht unseres Völkerverständnisses darstellt.

Das von den JN angestrebte Führerprinzip wird zunächst in der eigenen Organisation umgesetzt. Die JN betrachten das Kaderprinzip als geeignetstes Organisationsmodell, um das eigene Wertesystem am effektivsten umzusetzen. Die Berechtigung, „Kader“ zu sein, hat nämlich nur, wer sich durch die Tugenden des politischen Soldaten als Vorbild auszeichnet und Treue, Tapferkeit, Mut, Ehrlichkeit, Selbstdisziplin und Opferbereitschaft verkörpert. Der Kader (=„Führer“) bestimmt dafür das politische Handeln der gesamten Organisation; er ist Wegbereiter für Zielsetzung und Selbstverständnis. Alle JN-Mitglieder haben den Weisungen der Kader als politischer Führung unbedingt Folge zu leisten. Diese straffe innerorganisatorische Disziplin weist deutliche Parallelen zum nationalsozialistischen Führerprinzip auf. In der JN werden keine Diskussionen und Auseinandersetzungen über politisch-weltanschauliche Fragen geführt; Auffassungen darüber werden vielmehr von der „Führungselite“ vorgegeben und müssen von den Mitgliedern verinnerlicht werden.

Das von den JN angestrebte „Neue Reich“ als Systemalternative trägt ausschließlich unitaristische Züge. Sie lehnen den Föderation

lismus gänzlich ab und streben nach einer Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung zugunsten der rein staatlichen Verwaltung. Die Ablehnung der bundesstaatlich Ordnung richtet sich zwar gegen Art. 20 I GG, welcher durch das Ewigkeitspostulat aus Art. 79 III GG geschützt ist, wendet sich aber nicht gegen ein Wesensmerkmal der FDGO. Problematisch hingegen ist die Ablehnung des Föderalismus in Verbindung mit der Beseitigung der pluralistischen Gesellschaftsform. Der Pluralismus als Wesensmerkmal der freiheitlichen Demokratie gewährleistet ein Höchstmaß an autonomen Gestaltungsmöglichkeiten dadurch, dass alle Werte und Ideen toleriert werden, soweit sie den Pluralismus als solchen nicht gefährden. Alle individuellen und korporativen Grundrechte werden als Grundlage eigenständiger Willensbildung und Entscheidungsbefugnis garantiert und tatsächlich respektiert. Somit wird deutlich, dass der Pluralismus, indem er unterschiedliche Auffassungen duldet und sogar fördert, nur das Gegenteil der Volksgemeinschaft sein kann, deren Ziel die Vereinheitlichung des menschlichen Willens bildet.

Folgerichtig lehnen die JN auch das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition ab, was die Beseitigung eines Wesensmerkmal der FDGO darstellt. Die JN beabsichtigen die Schaffung von sogenannten „befreiten Zonen“, in denen ausschließlich Nationalisten in einer eigenen Gesellschaftsordnung zusammenleben. Diese Forderung läuft auf eine partielle Abschaffung der staatlichen Ordnung und auf die Errichtung eines Staates im Staate hinaus. Nach neuesten Erkenntnissen soll diese Bestrebung vom dem JN-Bundesvorsitzenden jedoch relativiert worden sein.

Parallelen zum Nationalsozialismus sind bei den JN nicht zu übersehen, es ist vielmehr der Eindruck entstanden, als handle es sich bei den JN um eine moderne Nachfolgeorganisation der HJ, der SA oder ähnlichem.

Das gesamte Wertesystem baut auf den Vorstellungen der NSDAP auf. Durch die Relativierung der Kriegsschuld Deutschlands und die Verharmlosung von Kriegsverbrechen an politischen Minderheiten und der Existenz von Massenvernichtungslagern im Zweiten Weltkrieg bedienen sich die JN der Methodik des Revisionismus. Der Kapitalismus, Materialismus oder Imperialismus

wird für alle Krisenerscheinungen der Moderne schlechthin - von Arbeits- und Wohnungslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriminalität bis hin zu Drogenkonsum, Kriegsdienstverweigerung, ja zu genereller Staatsverdrossenheit und allgemeinem Kultur- und Sittenverfall - verantwortlich gemacht.

Eine Prognose für die Weiterentwicklung und die Bedeutung der JN in den kommenden Jahren muss an zwei unterschiedlichen Aspekten festgemacht werden.

Meines Erachtens wird die JN keine zunehmende oder herausragende Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik Deutschland einnehmen, diese Voraussage ist weniger ideologisch als personell begründet. Die JN entfalten sehr wohl Bestrebungen gegen die FDGO und treten sogar für die Überwindung (=Beseitigung) des Systems der Bundesrepublik Deutschland ein, an deren Stelle sie einen nationalistischen Führerstaat errichten wollen. Insofern halte ich den aktuellen Verbotsantrag der NPD/JN für ausreichend begründet. Auf der anderen Seite erzielt die NPD bei Wahlen eine so geringe Resonanz (Landtagswahl Schleswig-Holstein am 27.02.00 1%, Landtagswahl NRW am 14.05.00 0,0%), dass sie als Wahlpartei nicht von Bedeutung ist. Lässt aber irgendwann die relative Zufriedenheit der Bürger in unserer Wohlstandsgesellschaft nach, so wird auch die NPD für Protestwähler wieder interessant.

Die JN könnte sicherlich auch weitaus mehr Mitglieder aufweisen als bisher, wenn die innerorganisatorische Disziplin nicht so enorm ausgeprägt wäre, doch der normale Rechtsextremist ist nun mal nicht der „aufrecht denkende Idealist und Nationalist“, sondern überwiegend der „besoffene Krawallmacher“<sup>100</sup>, für den die von JN-Funktionären geforderte Selbstdisziplin eine zu große Umstellung des eigenen Lebens und der Persönlichkeit erfordern würde.

---

<sup>100</sup> „Der Aktivist“, Ausgabe 1/ 1997, S. 15

## 6. Literaturverzeichnis

- APFEL, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm, Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, 35 Jahre NPD - 30 Jahre JN, Deutsche Stimme Verlag, Stuttgart 1999
- BACKES, Uwe/ MOREAU, Patrick: Die extreme Rechte in Deutschland, 2. erweiterte Auflage, Akademischer Verlag München, München 1993
- BERTELSMANN NEUES LEXIKON: Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh 1995
- DUDEK, Peter/ JASCHKE, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Zur Tradition und Zukunft einer besonderen politischen Kultur, Westdeutscher Verlag, Band I, Opladen 1984
- MECKLENBURG, Jens: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Antifa Edition, Elefanten Press Verlag, Berlin 1996
- RABE, Karl-Klaus: Rechtsextreme Jugendliche, Gespräche mit Verführern und Verführten, 1. Auflage, Lamuv Verlag, Bornheim 1980
- SCHMITZ-BERNING, Claudia: Vokabular des Nationalsozialismus, Walter de Gruyter Verlag, Berlin 1998
- SCHWAGERL, Hans-Joachim: Rechtsextremes Denken, Merkmale und Methoden, Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1993
- STÖSS, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Entwicklung, Ursachen, Gegenmassnahmen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1984

### Publikationen des Verfassungsschutzes

- BLICKPUNKT DES BfV: „Junge Nationaldemokraten“, Sachstandsbericht Stand: 1997
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1998, Berlin/ Bonn Juni 1999



BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1999, Berlin/ Bonn Juni 1998

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1979, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1980

LANDESAMT für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Junge Nationaldemokraten (JN) - Jugendorganisation oder Sammelbecken für Neonazis?, Stuttgart November 1999

### **Internetquellen**

Online im Internet: URL: [http://www.npd.net/jn/aktionen/-europakongr\\_1999.html](http://www.npd.net/jn/aktionen/-europakongr_1999.html) Dokument erstellt am 29.10.2000 (verfügbar)

Online im Internet: URL: [http://www.npd.net/jn/Bildung/-zeitgesch/opfer\\_d\\_g.html](http://www.npd.net/jn/Bildung/-zeitgesch/opfer_d_g.html) Dokument erstellt am 29.10.2000 (verfügbar)

Online im Internet: URL: <http://www.npd.net/jn/werwirsind/-sdbroesch.html> Dokument erstellt am 29.10.2000 (verfügbar)

Online im Internet: URL: <http://www.npd.net/-pv/jugend/-index.html> Dokument erstellt am 29.10.2000 (verfügbar)

Online im Internet: URL: <http://www.npd.net-pv/index/buvo.html> , Dokument erstellt am 29.10.2000 (verfügbar)

### **Primärliteratur**

AUFRUHR-VERLAG (Hrsg.): Einheit und Kampf (EuK), Rudolf Hess vor 10 Jahren ermordet, Aufruhr-Verlag GbR Bremen, Ausgabe August 1997, Nr. 19

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) -Bundesvorstand-: Thesepapiere, Eigendruck im Selbstverlag, 1. Auflage, Dresden 1998

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, 1. Mai Kampftag des nationalen Widerstandes, 6. Jahrgang, Eigendruck im Selbstverlag, Ausgabe 1/97

- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Das System hat Angst! - Wir nicht!, 4. Jahrgang, Eigendruck im Selbstdruck, Ausgabe 2/95
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national, 5. Jahrgang, Eigendruck im Selbstverlag, Ausgabe 2/96
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Tradition und Gegenwart, 8. Jahrgang, Eigendruck im Selbstverlag, Ausgabe 1999
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Überall kämpfen Völker für die Freiheit der Nation!, 3. Jahrgang, Eigendruck im Selbstdruck, Ausgabe 3/94
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Unser Wille ist unser Macht, 5. Jahrgang, Eigendruck im Selbstverlag, Ausgabe 1/96
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Widerstände sind nicht dazu da, daß man vor ihnen kapituliert, sondern daß man Gegendruck ausübt und sie bricht!, 3. Jahrgang, Eigendruck im Selbstverlag, Ausgabe 1/94
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN): Der Aktivist, Wut und Trauer schreien nach Widerstand!, 4. Jahrgang, Eigendruck im Selbstdruck, Ausgabe 1/95
- JUNGE NATIONALDEMOKRATEN: Eine andere Jugend, Eine revolutionäre Idee, Eine junge Politik, Selbstdarstellungsbroschüre, keine Angaben zu Verlag und Erscheinungsjahr
- ZOBEL, Jan (Nationales Informationszentrum, NIZ) (Hrsg.): Einheit und Kampf (EuK), Der Staat rüstet auf... Wollt Ihr die totale Überwachung?, ZJNW - Printing Industry Dänemark, Ausgabe Juni 1996, Nr. 16

Stefanie Schenk

**Horst Mahler:  
Seine Entwicklung vom Linksterroristen  
zum Rechtsextremisten**

## 1. Einleitung

### 1.1 Vorbemerkung

Horst Mahler war bisher als Ex-Terrorist und Mitbegründer der "Rote Armee Fraktion" (RAF) in Erscheinung getreten. Der damals durch seine Aktivitäten für die Außerparlamentarische Opposition APO<sup>101</sup> populär gewordene Berliner Anwalt hatte seine bürgerliche Existenz aufgegeben und war im Kampf für den Sozialismus in den Untergrund gegangen, um dort den bewaffneten Kampf aus der Illegalität zu führen. Er wurde deswegen zu einer Haftstrafe von insgesamt 14 Jahren verurteilt. Noch während seiner Haft sagte er sich vom Terrorismus los und wurde zu dem "Vorzeige-Ex-Terroristen" Deutschlands. Lange Zeit war Horst Mahler in der Öffentlichkeit politisch nicht in Erscheinung getreten. Gegen Ende des Jahres 1998 äußerte er sich mehrmals öffentlich zu politischen Fragen, dabei benutzte er Gedankengut, welches normalerweise von Rechtsextremisten verwendet wird. Seither veröffentlicht Mahler seine rechtsextremistischen Äußerungen in verschiedenen, hauptsächlich im rechten Bereich angesiedelten Publikationen sowie im Medium Internet und tritt bei Veranstaltungen von rechtsextremistischen Gruppierungen

---

<sup>101</sup> Außerparlamentarische Opposition APO ist die Bezeichnung in der BR Deutschland nach 1966 für eine locker organisierte Aktionsgemeinschaft v.a. von Studenten und Jugendlichen, die sich als anti-autoritäre Bewegung verstand und in provokativen Protestaktionen die einzige Chance für die Durchsetzung politischer und gesellschaftlicher Reformen und Veränderungen sah. Die politischen Ziele der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der APO, unter denen der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) dominierte, reichen von der Abschaffung des bestehenden Regierungs- und Gesellschaftssystems bis zur Profilierung akuter politischer und gesellschaftlicher Konflikte. Die APO wurde zu einer politisch relevanten Kraft v.a. infolge der durch die Bildung der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU 1966 deutlich gewordene Schwächung der innerparlamentarischen Opposition. Ihren Höhepunkt erreichten die Aktionen der APO in den durch den Mordanschlag auf Rudi Dutschke ausgelösten Osterunruhen und in der Anti-Springer-Kampagne des Jahres 1968. DIGEL, Werner und Kwiatkowski, Gerhard: Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Band 2: Bibliographische Institut AG, Mannheim 1983, S. 288.

als Redner auf. Es hat den Anschein, daß er seine damaligen sozialistischen Ziele abgelegt hat, da sich seine derzeitigen Äußerungen hauptsächlich auf die Bewahrung des deutschen Volkes vor Überfremdung beziehen. Mahler hat sich eindeutig zu einem Rechtsextremisten gewandelt.

Nicht nur aufgrund seines krassen Wechsels der ideologischen Lager, von ganz links nach rechts außen, sondern auch wegen seiner Redegewandtheit und hohen Intelligenz ist Mahler eine außergewöhnliche Person im deutschen politisch-extremistischen Bereich. Diese Hausarbeit beschäftigt sich im folgenden mit der politischen Entwicklung von Horst Mahler – vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den politischen Äußerungen Mahlers, welche er überwiegend in Form von Schriften veröffentlicht hat, weil in ihnen der politische Standpunkt Mahlers zur jeweiligen Zeit besonders deutlich wird.

## **1.2 Mahlers Lebenslauf**

Horst Werner Dieter Mahler wurde am 23. Januar 1936 in Haynau (Schlesien) als Sohn des Zahnarztes Dr. Willi Mahler und dessen Ehefrau Dorothea geboren. Anfang 1945 floh die Mutter mit ihren Kindern vor der heranrückenden sowjetischen Roten Armee nach Naumburg an der Saale. Dorthin kam auch sein Vater nach dessen Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Im Mai 1946 zog die Familie nach Roßlau bei Dessau, wo im Februar sein Vater verstarb. Im Oktober desselben Jahres siedelte seine Mutter mit den Kindern in das spätere West-Berlin um.

1955 bestand Mahler in Berlin-Wilmersdorf das Abitur mit dem Prädikat "sehr gut". Im Sommersemester 1955 begann er an der Freien Universität Berlin das Studium der Rechtswissenschaften mit einem Stipendium der "Studienstiftung des Deutschen Volkes" (Förderungseinrichtung der Bundesregierung für Begabte).

Horst Mahler heiratete am 22. Februar 1958 Ruth Frehn vor dem Standesamt Berlin-Zehlendorf. Aus der Ehe stammen die Kinder Sven, geb. 2. August 1958, und Wiebke, geb. 20. August 1959.

Im Juni 1959 bestand er das erste juristische Staatsexamen. Danach trat er als Gerichtsreferendar im Bezirk des Kammergerichts Berlin seinen juristischen Vorbereitungsdienst an. Daneben war er auch als wissenschaftlicher Hilfsassistent an der FU Berlin und seit Ende 1961 als juristischer Hilfsarbeiter bei einem Rechtsanwalt tätig. Im Juli 1963 bestand er das zweite juristische Staatsexamen.

Am 17. September 1963 erteilte ihm der Senator für Justiz des Landes Berlin die Zulassung als Rechtsanwalt. Zunächst arbeitete er in einer der renommiertesten Berliner Anwaltskanzleien. Am 1. Juni 1964 eröffnete Mahler eine eigene Kanzlei in Berlin-Wilmersdorf und spezialisierte sich auf die mittelständische Wirtschaft. 1964 war er im Thyssen-Bank-Prozeß als Verteidiger tätig, 1966 brachte er als erster deutscher Anwalt eine Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission durch. Seine eigene Kanzlei gab er Anfang 1969 auf und gründete mit den Rechtsanwälten Klaus Eschen und Hans-Christian Ströbele in Berlin-Wilmersdorf eine Sozietät, die sie als "Sozialistisches Anwaltskollektiv" bezeichneten.

Im März 1970 verurteilte die Vierte Große Strafkammer des Westberliner Landgerichts Mahler zu 10 Monaten Gefängnis mit Bewährung, wegen der Demonstration gegen den Springer-Verlag und den dabei entstandenen Schäden. Im Juni 1970 verurteilte der Neunte Zivilsenat des Westberliner Kammergerichts ihn zur Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 75.884,25 DM an das Verlagshaus Axel Springer.

Am 8. Oktober 1970 wurde Horst Mahler wegen Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader verhaftet.

Seit dem 20. Januar 1971 ist Mahler von seiner Frau Ruth geschieden.

Am 26. Februar 1973 verurteilte das Kammergericht Berlin Mahler wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an dieser Vereinigung (der linksterroristischen "Rote Armee Fraktion") zu 12 Jahren Freiheitsstrafe. Die von Mahler eingelegte Revision wurde am 27. November 1973 vom Bundesgerichtshof verworfen.

Im Juli 1974 wurde er aus der Anwaltschaft ausgeschlossen.

In einem weiteren Verfahren verurteilte das Landgericht Berlin Mahler am 29. November 1974 wegen der Beteiligung an der Befreiung von Andreas Baader unter Einbeziehung der früheren Strafe zu insgesamt 14 Jahren Freiheitsentzug.

Horst Mahler wurde erstmalig im November 1978 Hafturlaub gewährt, es folgten weitere Hafturlaube ohne Beanstandungen. Am 1. September 1979 kam er in den offenen Strafvollzug. Im August 1980 wurde Mahler nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Strafe aus dem Gefängnis entlassen. Der Rest der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

1988 erstritt Mahler seine Wiederzulassung als Anwalt und eröffnete im April 1988 wieder seine Kanzlei in Berlin. Er setzte seine Tätigkeit als Wirtschaftsanwalt fort.

Mahler wurde 1994 wegen Beleidigung eines Staatsanwaltes vom Amtsgericht Tiergarten zu einer Geldstrafe von 2700 DM verurteilt, nachdem er gegen einen Strafbefehl über 12.000 DM Einspruch eingelegt hatte.<sup>102</sup>

## **2. Mahlers politischer Werdegang vor der Entstehung der "Roten Armee Fraktion" (RAF)**

### **2.1 Mahlers politische Aktivitäten vom SDS zur APO**

Mahler war bis zu seiner Übersiedlung nach Berlin (West) Mitglied der sozialistisch ausgerichteten FDJ (Freie Deutsche Jugend).

Während seiner Studienzeit war Mahler von 1955 bis 1956 vorübergehend Mitglied der schlagenden Verbindung "Thuringia".

Im Jahre 1956 trat er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bei und leitete von 1958 bis 1959 die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jugendorganisation der SPD) in Berlin-Charlottenburg.

---

<sup>102</sup> Vgl. DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg.

Seit 1959 arbeitete Mahler im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)<sup>103</sup> mit. Im November 1961 erließ der Parteivorstand der SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluß, wonach alle SDS-Mitglieder aus der SPD ausgeschlossen wurden. Mahler entschied sich weiterhin im SDS zu verbleiben und wurde somit im Februar aus der SPD ausgeschlossen.<sup>104</sup>

1962 erklärte er in einem vor dem SDS gehaltenen Referat mit dem Titel "Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland" seine politischen Ansichten:

Das Ziel der sozialistischen Linke sei demnach die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegen den Widerstand der besitzenden Klassen. Die gegenwärtige Aufgabe der Sozialisten sei es, die Bevölkerung über die tatsächlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzuklären und somit zur politischen Bewußtseinsbildung beizutragen.

Das Ergebnis wäre die bewußte Ablehnung wenigstens einzelner Erscheinungen des bestehenden Systems und das Streben nach einer politischen Alternative.

Die Sozialdemokratie würde nur vortäuschen eine Alternative zu sein, sie hätte die Bildung eines sozialistischen Flügels nicht zugelassen, dieses müsse der Arbeiterschaft deutlich gemacht

---

<sup>103</sup> Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) wurde 1947 als Studentenverband der SPD gegründet, vertrat zunächst eine demokratisch-rechtsstaatliche Haltung. Nach dem Godesberger Programm der SPD 1959 begannen sich im SDS jene politischen Kräfte rasch durchzusetzen, die den Verband in eine radikale Opposition gegen die Sozialdemokratie drängten. Im November 1961 erließ der Parteivorstand der SPD daraufhin einen Unvereinbarkeitsbeschluß, wonach alle SDS-Mitglieder aus der SPD ausgeschlossen wurden. Danach radikalisierte sich der SDS noch mehr und vertrat eindeutig eine linksextremistische Zielsetzung. Aktivitäten von Teilen seiner Kräfte mündeten in die jugendliche Protestbewegung und die außerparlamentarische Opposition. Innere Gegensätze führten 1970 zur endgültigen Auflösung.

<sup>104</sup> Vgl. DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg.



werden. Die Sozialdemokratie müsse zerschlagen werden, um die Kräfte für eine sozialistische Bewegung freizusetzen.<sup>105</sup>

"Die sozialistische Bewegung hat nur dann eine Zukunft, wenn sich die Sozialisten von den opportunistischen und bürgerlichen Elementen säuberlich und unwiderruflich trennen, d.h. wenn die SPD zerschlagen wird".<sup>106</sup>

Es müsse eine Sammlungsbewegung für alle sozialistischen Kräfte, losgelöst von den Gruppenrivalitäten, gebildet werden, die als Keim einer neuen politischen Arbeiterbewegung in Westdeutschland betrachtet werden könne. Zu den Mitgliedern der sozialdemokratischen Organisationen sollen Kontakte aufgenommen werden, um das notwendige politische Wissen zu vermitteln.

Außerdem müsse die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Gruppen, die gegen den zunehmenden Abbau der bürgerlichen Freiheiten kämpfen, gesucht werden. Ein dichtes Informationsnetz würde die Kommunikation innerhalb der Bewegung wesentlich verbessern.<sup>107</sup>

Im Jahre 1966 ergänzte Mahler diese Ausarbeitung:

Die heutige Aufgabenstellung müsse wesentlich breiter angesehen werden, aufgrund der erheblichen Zunahme der Außerparlamentarischen Opposition, die sich überwiegend außerhalb der etablierten Parteien vollziehe. Der Strom der Unzufriedenen solle teilweise in eine soziale Linksopposition umgeleitet werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die Hauptaufgabe, die Organisation handlungsfähiger politischer Gruppen aufzubauen und sie in einem groben System zusammenzufügen. Für den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung sei es entscheidend, daß sich die Massen außerhalb der bürgerlichen Strukturen organisieren. Die Verwur-

---

<sup>105</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1962.

<sup>106</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1962.

<sup>107</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1962.

zelung der sozialistischen Partei in den Massen sei dabei unbedingt notwendig.<sup>108</sup>

Am 28. November 1966 wurde die Novbergesellschaft (Novges)<sup>109</sup> gegründet, Mahler gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Am 30. April 1967 gründete sich auf Initiative der Novges der Republikanische Club (RC)<sup>110</sup>. Horst Mahler gehörte zu den Gründungsmitgliedern und war bis zum Dezember 1970 dessen Vorstandsmitglied.

Zudem gehörte er der Republikanischen Club GmbH & Co., dem wirtschaftlichen Träger des RC, als Kommanditist an. Ferner war Mahler Mitbegründer und Gesellschafter des Berliner Extra-Dienstes (BED)<sup>111</sup>.

Gleichzeitig mit seinem Aufstieg als Anwalt der APO (siehe Kapitel 2.3) wurde Horst Mahler auf dem politischen Sektor aufgrund seines Intellekts und seiner Beredsamkeit zu einem maßgeblichen Aktivisten der "antiautoritären Studentenbewegung".

Besonders in der Hochzeit der APO (1967 und 1968) beteiligte sich Mahler an zahlreichen Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen der APO. Die Aktivitäten der APO richteten sich, abgesehen von hochschulpolitischen Belangen, vorrangig gegen den Krieg der USA in Vietnam, die Notstandsgesetzgebung und die Konzentrationserscheinungen im Pressewesen ("Sprin-

---

<sup>108</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Anmerkung zur Ausarbeitung: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1966.

<sup>109</sup> Die Novges wurde seinerzeit von Sozialisten unterschiedlichster Prägung, vorwiegend jedoch von Mitgliedern des SDS, gegründet und verstand sich als "marxistischer Kader" innerhalb der "antiautoritären Bewegung". Ihre Mitglieder betrachteten die Gründung als Antwort auf die Bildung der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU 1966.

<sup>110</sup> Der Republikanische Club (RC), Treffpunkt für viele Westberliner Linke, war ein Forum zur Diskussion politischer und kultureller Probleme. Er diente den Anhängern der APO als Kontakt- und Kommunikationszentrum.

<sup>111</sup> Der Berliner Extra-Dienst (BED) erschien erstmalig Anfang 1967. Zumindest bis Ende 1968 kann er als Informationsträger der APO und darüber hinaus als Organ des RC bezeichnet werden. Der BED wurde mit Hilfe der SEW gegründet und vertrat zumindest in den Jahren 1971 bis 1975 auch Positionen der SEW.

ger-Kampagne"). Durch sein bürgerlich-konservatives Erscheinungsbild, mit Hut und Regenschirm, fiel Mahler innerhalb der Bewegung auf.<sup>112</sup>

Im Zusammenhang mit diesen Aktionen geriet er wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt. Gegen Mahler wurden zahlreiche Ermittlungsverfahren, u. a. wegen Verdachts der Aufforderung zum Ungehorsam oder zu strafbaren Handlungen, gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Beleidigung, Begünstigung, Aufbaus, Landfriedenbruchs und Hausfriedenbruchs, angestrengt.

Aufgrund der Generalamnestie des Straffreiheitsgesetzes von 1970 kam es zu keiner Verurteilung dieser Delikte.

Im Juni 1968 verfaßte Mahler ein Thesenpapier zum Thema "Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 – und wie man sie überwindet":

Darin behauptet Mahler, daß die APO sich nicht in einer Krise befinde, sondern lediglich "Wachstumsbeschwerden" habe, weil sich diese massenhafte Opposition in kurzer Zeit gebildet habe.

Man müsse die kommunistischen Theorien an die derzeitige Situation anpassen und feststellen, daß die Arbeiter noch weit entfernt seien von ihrem Klassenbewußtsein. Die Studenten dagegen hätten ein politisches Bewußtsein erlangt und würden daher die kapitalistische Gesellschaftsordnung insgesamt in Frage stellen. Die sozialistische Politik sei nicht zwingend an die revolutionären Kräfte der Arbeiter gebunden. Die Massenbasis der APO stelle eine bedeutende politische Kraftreserve dar, aber bisher sei es noch nicht gelungen, daraus eine kontinuierliche politische Bewegung zu erreichen. Deshalb müsse eine Organisationsstruktur erschaffen werden, auch wenn die antiautoritäre Einstellung der APO sich dagegen widerstrebe. Die Unterwanderung der bestehenden Institutionen durch Mitglieder der antiautoritären Bewegung solle weiterhin erfolgen, weil diese Institutionen dadurch in eine schwere Krise geraten und somit die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft beschleunigen würden. Die politische Organisation der Arbeiterklasse in einer proletarischen Klassenpartei sei derzeit nicht möglich, weil die

---

<sup>112</sup> Vgl. BUTZ, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991, S. 71.

Arbeiterklasse noch nicht ihr proletarisches Klassenbewußtsein erreicht habe.<sup>113</sup>

## **2.2 Der Tod von Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke**

Zwei Ereignisse dieser Zeit verdienen eine besondere Erwähnung, da sie den weiteren Verlauf der Studentenbewegung stark beeinflußt haben: Der Tod von Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke.

Am 2. Juni 1967 griff die Polizei bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs aus Persien vor der Deutschen Oper in Berlin hart durch, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Dabei wurde der 26jährige Student der Freien Universität Berlin, Benno Ohnesorg, von dem Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras erschossen.

Mahler organisierte nach den Ereignissen des 2. Juni sogenannte "Gegenermittlungen". Es wurden Zeugenaussagen und Fotos zusammengetragen, um der Polizei und dem Senat ein Versagen zu beweisen. Damit sollten die Umstände des Todes von dem Studenten sowie die Einzelheiten und Hintergründe des Polizeieinsatzes aufgedeckt werden. Zunächst war der Tod von Benno Ohnesorg durch "Schädelbruch" erklärt worden, eine am nächsten Tag durchgeführte Obduktion, bei der Mahler zugegen war, ergab dann jedoch "Tod durch Schußverletzung".

Der Tod Benno Ohnesorgs wurde zu einem entscheidenden Ereignis für die weitere Geschichte der "studentischen Protestbewegung", er löste verstärkt gewaltsame Aktionen aus.<sup>114</sup>

---

<sup>113</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 - und wie man sie überwindet, der BED veröffentlichte dieses Thesenpapier unter dem Titel: das Mahler-Papier und die SPD als Extra-Dokumentation in zwei Teilen, Teil I: BED 77/68, 25.9.1968, S. 7-9 , und Teil II: BED 78/68, 28.9.1968.

<sup>114</sup> Vgl. Butz, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991 S. 47-51.

### **Das Attentat auf Rudi Dutschke**

Am Nachmittag des 11. April 1968 wurde in Berlin der SDS-Funktionär Rudi Dutschke von dem 23jährigen Hilfsarbeiter Josef Bachmann durch mehrere Schüsse aus einem Revolver lebensgefährlich verletzt. Der Springer-Verlag wurde eine Mitschuld an diesem Mordanschlag gegeben, weil sie eine systematische Hetze gegen die Studentenbewegung betrieben habe. Am selben Abend entstand aus einer Protestversammlung gegen die Springer-Verlage ein Demonstrationenzug zum Springer-Hochhaus in Berlin-Kreuzberg. Auch Horst Mahler nahm hieran teil. Sie wollten die Auslieferung der Zeitungen verhindern, dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei, Scheiben des Springer-Hochhauses wurden eingeworfen und Verlagsautos angezündet.<sup>115</sup>

Das Verlagshaus Axel Springer und die Ullstein GmbH verklagten Horst Mahler wegen Unterlassung und Schadensersatz aus unerlaubter Handlung. Mahler wurde vorgeworfen, den Demonstrationenzug geführt und nichts zur Verhinderung der entstandenen Schäden getan zu haben. Die Schadensersatzsumme belief sich auf 506.996,61 DM.

Am 10. März 1969 wurde Horst Mahler zu 188.715,98 DM Schadensersatz verurteilt, gegen dieses Urteil legte er Berufung ein. In einem weiteren Verfahren wurde die Schadensersatzsumme auf 75.884,25 DM reduziert, eine Revision beim Bundesgerichtshof wurde im Mai 1972 verworfen.

Außerdem wurde Mahler wegen schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Aufgrund des Straffreiheitsgesetzes von 1970 mußte er diese Strafe nicht verbüßen.<sup>116</sup>

---

<sup>115</sup> Vgl. AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985 S. 63-68.

<sup>116</sup> Vgl. DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg .

### 2.3 Mahler als Anwalt der APO

Sein politisches Engagement verstärkte sich weiter, seine bisherige Berliner Wirtschaftsklientel nahm stetig ab. Er vertrat zunehmend die Interessen von Anhängern der Außerparlamentarischen Opposition APO, die bei ihren politischen Aktivitäten mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren. 1967-1969, in der Hochphase der "anti-autoritären Studentenbewegung" stand Horst Mahler als Anwalt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Durch die Prozeßvertretung in aufsehenerregenden, medienwirksamen Prozessen, die im Zusammenhang mit maßgeblichen politischen Ereignissen dieser Zeit standen, wie z.B. dem Schah-Besuch oder dem Dutschke-Attentat, erlangte er politische Aufmerksamkeit. Mahler wurde in dieser Zeit zu einem der bekanntesten und in den Medien meist genannten Strafverteidiger. Zusammen mit den Anwälten Ströbele und Eschen gründete er das "Sozialistische Anwaltskollektiv", um den verstärkten Arbeitsanfall besser bewältigen zu können. Mahler vertrat unter anderen Rudi Dutschke, die Kommunarden Rainer Langhans, Fritz Teufel und Beate Klarsfeld, den Sohn Peter des damaligen Bundeskanzlers Willi Brandt, sowie die späteren RAF-Mitglieder Andreas Baader und Gudrun Ensslin.<sup>117</sup>

Horst Mahler machte den Gerichtssaal zum politischen Tribunal, teilweise auch im Zusammenwirken mit seinen Klienten. Er versuchte die Prozesse im Sinne der APO zu politisieren und die Justiz zu verunsichern.

Als ein Beispiel für dieses Verhalten ist der im Juli 1967 vor der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin gegen die Kommunarden Rainer Langhans und Fritz Teufel geführte Prozeß zu erwähnen. Sie wurden angeklagt, sich der Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung durch das Mitverfassen und Verteilen von Flugblättern strafbar gemacht zu haben. In den Flugblättern wurde, in Bezug auf den Warenhausbrand in Brüssel mit 300 Toten, die Frage aufgeworfen, wann die Berliner

---

<sup>117</sup> Vgl. DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg.

Kaufhäuser brennen würden, um ein Vietnam-Gefühl in einer europäischen Großstadt zu erzeugen. Mahler plädierte in seiner Verteidigung gegen Terror und Gewalt und äußerte sich wie folgt:

"Hier wird engagierten Studenten mit einem echten politischen Anliegen die Ehre abgeschnitten. Die Außerparlamentarische Opposition will nicht mehr und nicht weniger als die Entlarvung autoritärer Charaktermasken. Keinesfalls aber Terror und Gewalt predigen. Revolution ist Spaß. Und die Angeklagten hätten ihr eigenes Anliegen zu Fall gebracht, wenn sie tatsächlich vorgehabt hätten, was ihnen die Anklageschrift vorwirft. Ihnen kam es allein auf eine Änderung des Bewußtseins an im Kampf gegen die Satttheit der Philister."<sup>118</sup>

Die Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Mahler war bereits mehrfach in Prozessen ohne Robe aufgetreten, dieses Verhalten wurde bis zum damaligen Zeitpunkt toleriert. In dem Prozeß gegen den Polizeimeister Karl-Heinz Kurras vor dem Landgericht Berlin (November 1967-April 1969) trat Mahler als Nebenkläger der Witwe des am 2. Juni 1967 erschossenen Benno Ohnesorg auf. Dabei entfachte sich der sogenannte Robenstreit, weil Mahler sich trotz mehrfacher Aufforderung weigerte, zu den Verhandlungen seine Anwaltsrobe anzulegen. Mahler erklärte sein Verhalten als Versuch, den hemmenden und einschüchternden Einfluß auf die Angeklagten durch die Amtskleidung der Richter in Frage zu stellen.<sup>119</sup>

Mahlers politisches Engagement ließ sein Anwaltsmandat mehrfach in Zweifel geraten, und so wurde am 4. November 1968 gegen ihn ein Ehrengerichtsverfahren angestrengt, mit dem Ziel, ein Berufsverbot zu erreichen. Mahler wurde beschuldigt, seine Rolle bei den Anti-Springer-Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke wäre über eine bloße Meinungsäußerung weit hinausgegangen und hätte vermeintlich sozialpolitische Ziele unter Anwendung von Gewalt propagiert.

---

<sup>118</sup> Zit. n. Urteil des Landgerichts Berlin: Az (506) 2 P Kls 3/67 (55/67) vom 22.3.1968.

<sup>119</sup> Vgl. Urteil des Landgerichts Berlin.

Während der Verhandlung im Landgericht am Tegeler Weg kam es vor dem Gericht zu einer schweren Straßenschlacht zwischen Demonstranten und der Polizei. Diese Auseinandersetzung wurde später als "Schlacht am Tegeler Weg" bezeichnet, 130 Polizeibeamte und 22 Demonstranten wurden teilweise erheblich verletzt. Die Polizei wurde durch einen Steinhagel zum Rückzug gezwungen. Zum ersten Mal gelang es Demonstranten, sich in einer Auseinandersetzung mit der Polizei zu behaupten.<sup>120</sup>

Das Ehrengericht entschied, den Antrag der Staatsanwaltschaft auf ein Berufsverbot abzulehnen.

### **3. Mahlers Beteiligung an der linksterroristischen "Roten Armee Fraktion" (RAF)**

#### **3.1 Vorgeschichte und Entstehung der RAF**

Seit 1967 begannen in Kreisen der APO Diskussionen über die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Veränderung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auch Mahler beteiligte sich daran. Er verhielt sich zunächst noch vorsichtig, an militanten Aktionen nahm er selber nicht teil. Der Tod von Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke führten zur Änderung seiner Einstellung. Für Mahler stellte das Verhalten der Polizei und des gesamten Staatsapparates zusammen mit der Presse eine Demontage der Demokratie dar. Der Widerstand dagegen war seiner Meinung nach zwingend notwendig, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern. Er sah den Einsatz geringer Gewalt als legitim an, um die große Gefahr, die sich im Faschismus verberge, zu unterbinden. 1968 solidarisierte sich Mahler zunehmend mit Gewaltakten und beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung von gewaltsamen Aktionen.

Ein halbes Jahr nach den Kaufhausbränden im Kaufhof und im Kaufhaus Schneider in Frankfurt begann der Prozeß gegen die vier Brandstifter Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Thorwald Proll und Horst Söhnlein. Mahler, der Verteidiger von Andreas Baader,

---

<sup>120</sup> Vgl. AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985 S. 75-76.



legte den Schwerpunkt seines Plädoyers auf die politische Motivation der Täter. Er hielt den Richtern vor, daß sie diese Motivation nicht verstehen könnten, "sonst müßten Sie Ihre Roben ausziehen und sich an die Spitze der Protestbewegung setzen". Am 31. Oktober 1968 wurde das Urteil verkündet: drei Jahre Zuchthaus für jeden der vier Angeklagten, die Anwälte beantragten Revision. In Erwartung der Revision wurden die Gefangenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Als aber die Revision abgelehnt wurde, traten Ensslin und Baader ihre Haftstrafen nicht an. Sie entzogen sich der Haftstrafe durch Flucht nach Paris. Mahler schlug ihnen vor, nach Berlin zu kommen, weil dort eine militante Gruppe aufgebaut werden sollte.<sup>121</sup>

Nach dem Höhepunkt 1968 der antiautoritären Studentenbewegung nahm die Teilnehmerzahl an den Demonstrationen stark ab. Die Studentenbewegung war 1969 gescheitert, weil sie ihre Ziele weder in der Studentenschaft noch in der übrigen Bevölkerung erreicht hatte, insbesondere eine Solidarisierung von Seiten der Arbeiterschaft war ausgeblieben. Es entstanden Basisgruppen, welche versuchten, durch gezielte Agitation in Betrieben und in bestimmten Wohnvierteln, die als Proletariat bezeichneten Bevölkerungsteile für eine Mitwirkung am Umsturz der Gesellschaft zu beeinflussen. Doch auch die Basisarbeit brachte keinen Erfolg, einige wandten sich endgültig von dieser Bewegung ab. Die Linke Szene war zersplittert.<sup>122</sup>

Vor diesem Hintergrund diskutierten Baader, Ensslin, Dieter Kunzelmann, Ulrike Meinhof und Mahler, wie es weiter gehen sollte. Man entschied, daß der bewaffnete Partisanenkampf nach palästinensischem oder südamerikanischen Vorbild in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Industriestaaten notwendig und möglich sei. Für den bewaffneten Kampf war es

---

<sup>121</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), *Der Partisan Theorie, Strategie, Gestalt*, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1990, S. 372-373.

<sup>122</sup> Vgl. Urteil des Kammergerichts Berlin Az. (1) StE 1/72 (10/72) vom 26.2.1973.

erforderlich, Waffen zu beschaffen. Bei einer solchen Aktion wurde Andreas Baader erneut festgenommen.<sup>123</sup>

Mahler konnte für den inhaftierten Andreas Baader eine Ausführungsgenehmigung in das Dahlemer Institut für Soziale Fragen erreichen, um dort angeblich für ein Buchprojekt zum Thema "Organisation randständiger Jugendlicher" Quellenstudium betreiben zu können. Am 14. Mai 1970 befreiten Ulrike Meinhof, Ingrid Schubert, Irene Goergens und Jürgen H. Bäcker den inhaftierten Andreas Baader während eines Aufenthaltes in dem Dahlemer Institut. Bei dieser Befreiungsaktion wurde ein Angestellter des Instituts angeschossen und schwer verletzt. Seit diesem Tag war Mahler in die Illegalität (Untergrund) abgetaucht.<sup>124</sup>

Die Gefangenenbefreiung von Baader wird gemeinhin als "Geburtsstunde der Roten Armee Fraktion (RAF)" angesehen.

### **3.2 Militärische Ausbildung in Jordanien**

Die Gruppe beschloß nach Jordanien zu reisen, um in einem Ausbildungscamp der El Fatah, einer militanten Palästinenser-Organisation innerhalb der PLO, den bewaffneten Kampf zu erlernen. Die erste Reisegruppe, zu der auch Mahler gehörte, flog am 8. Juni 1970 von Ost-Berlin nach Jordanien. Die zweite Reisegruppe um Baader, Ensslin und Meinhof kam zwei Wochen später nach.

Mahler hatte sich inzwischen stark verändert, mit schwarzem Vollbart, einem grünen Kampfanzug und einer grünen Militärmütze ähnelte er im Aussehen Fidel Castro. Er war zum Chef dieser Guerilla-Einheit avanciert und machte einen kräftigen und entschlossenen Eindruck. Nach der Ankunft Baaders änderte sich die Situation schlagartig, Baader drängte Mahler aus der Führungsposition.<sup>125</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. BUTZ, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991, S. 71-74.

<sup>124</sup> Vgl. BUTZ, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991, S. 74-81.

<sup>125</sup> Vgl. AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985, S. 103-106.

"Horst Mahler, der brillante Anwalt, der vor Gericht so geschliffen argumentieren konnte, war dem aggressiven, höhnischen Andreas Baader nicht gewachsen."<sup>126</sup>

Die Gruppe, welche aus ca. 20 Personen bestand, übte unter Anleitung der Palästinenser in der Gebirgswüste den Guerilla-Kampf. Auf dem Ausbildungsprogramm standen Waffenkunde, Schießen, Selbstverteidigung, Handgranaten-Werfen, Herstellen von Sprengstoff, unauffälliges Fortbewegen im Gelände sowie Ausdauersport. Es wurde überlegt, wie man die erlernten Formen des Guerillakampfes auf großstädtische Verhältnisse in Deutschland übertragen könne.

Es gab Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe besonders mit Peter Homann, weil dieser nicht mit der Politik und dem Führungsanspruch von Andreas Baader übereinstimmte. Die deutsche Gruppe wollte Homann als Verräter liquidieren. Dieses verhinderten die Palästinenser, indem sie Homann von der Gruppe trennten und ihm eine separate Rückreise ermöglichten.

Aber auch die Beziehungen zwischen den Deutschen und den Palästinensern waren gespannt, weil sich die Deutschen nicht in die örtlichen und kulturellen Gegebenheiten des Lagersystems integrieren wollten. Bei einem Vortrag von Abu Hassan, dem Kommandeur des Ausbildungslagers der PLO, zeigte die deutsche Gruppe erhebliches Desinteresse und meldete neue Forderungen an. Damit war die Geduld der Palästinenser erschöpft, sie entwaffneten die Gruppe um Baader und hielten sie vorübergehend in einem Haus fest. Das militärische Training wurde abgebrochen und die Gruppe nach Deutschland zurückgeschickt.<sup>127</sup>

### **3.3 Ideologische und praktische Zielsetzung der RAF**

Etwa Ende Juli/Anfang August 1970 kehrten die Terroristen nach Berlin zurück. Mahler hatte sich nun entschlossen, seine bürgerli-

---

<sup>126</sup> Zit. n. AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985, S. 107.

<sup>127</sup> Vgl. AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985, S. 107-116.

che Existenz als bekannter Rechtsanwalt, seine Familie und damit nach allgemeinem Verständnis seine "ganze Existenz" hinter sich zu lassen, er tauchte in die Illegalität ab. Im August 1970 wurde unter maßgeblicher Beteiligung Mahlers die bewaffnete Untergrundorganisation, die sich später "Rote Armee Fraktion (RAF)" nannte, aufgebaut. Die Mitglieder der Gruppe betrachteten sich als "Revolutionäre", als bewaffneter Kern der revolutionären Bewegung müßten sie den Kampf beginnen und die Massen für die Revolution mobilisieren. Ihr Ziel war es, zusammen mit den Unterdrückten in aller Welt einen Kampf gegen den Imperialismus und Monokapitalismus zu führen, um den Zusammenbruch des "herrschenden Systems" zu erreichen. Der "antiimperialistische Kampf" sollte in drei Phasen durchgeführt werden:

- Vernichten von (staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Institutionen
- Mobilisierung der (nationalen) Massen
- Übergreifen des Kampfes auf den internationalen Bereich.

Von Beginn an hatte Mahler eine führende Rolle innerhalb der Gruppe, wobei ihm seine hohe Intelligenz, seine juristische Ausbildung, seine Eloquenz und seine politischen Erfahrungen als führender APO-Anwalt eine herausragende Stellung sicherten. Neben der Journalistin Ulrike Meinhof hatte Mahler maßgeblichen Einfluß auf die Ideologie der Gruppe, den inneren Zusammenhalt und die Werbung neuer Mitglieder.

Das "Mini-Handbuch des Stadtguerilla" des brasilianischen Guerillaführers Carlos Marighella wurde als Leitfaden für den Aufbau, die Ausstattung und die Aktionen der Gruppe benutzt. Carlos Marighella bezeichnete den Stadtguerilla-Kampf als einen "erbarmungslosen Kampf gegen die herrschende Klasse", der durch spezifische Aktionen betrieben werden sollte. Zu diesen Stadtguerilla-Aktionen führte er u.a. auf:

- Angriffe auf Kredit- und Bankgesellschaften, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Einrichtungen, Militär- und Polizeieinrichtungen, Gefängnisse und Massenkommunikationsmittel
- Befreiung inhaftierter Mitglieder (beispielsweise durch Aufruhr in Strafanstalten)

- Exekution von Spitzeln und Verrätern
- Entführung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- Bewaffnete Propaganda und Nervenkrieg
- Terror und Sabotage

Zum logistischen Aufbau wurde die Formel "M-G-W-M-S" als maßgeblich bezeichnet. Sie beinhaltete die Beschaffung von Motorisierung, Geld, Waffen, Munition und Sprengstoff. Die RAF orientierte sich weitgehend an diesen Anweisungen. Außerdem war für den bewaffneten Kampf noch die Beschaffung von Wohnungen, Garagen, Ausweisen, Handwerkszeug und Geräten notwendig, um Kraftfahrzeuge umzufälschen, Dokumente zu fälschen oder zu verfälschen, den Funk der Polizei abzuhören und eigenen Sprechverkehr aufzubauen. Damit zwingend einhergehend war ein Leben im Untergrund, somit in vollständiger Illegalität und das ständige Verüben von Straftaten. Banküberfälle waren von Anfang an geplant, weil sie mehrere Zwecke erfüllten. Sie dienten der Beschaffung finanzieller Mittel und waren gleichzeitig ein Schlag gegen das kapitalistische "Nervensystem".<sup>128</sup>

Am 29. September 1970 überfielen Horst Mahler, Andreas Baader, Irene Goergens, Eric Grusdat und Karl-Heinz Ruhland die Filiale der Sparkasse der Stadt Berlin West, Südwestkorso 38. Der maskierte Mahler agierte dabei als Wortführer, er richtete seine Pistole auf Bankangestellte und Kunden mit den Worten : "Überfall! Hände hoch und ruhig halten. Es geschieht nichts! Es ist nicht Ihr Geld."<sup>129</sup>

Die Gruppe erbeutete 55.000 DM. Zur gleichen Zeit überfiel ein aus fünf Personen bestehendes Kommando eine Filiale der Berliner Bank in der Rheinstraße sowie ein aus vier Personen bestehendes Kommando eine Sparkassenfiliale in der Altonaer Straße. Die Gesamtbeute aus den drei Banküberfällen belief sich auf über 217.000 DM.

---

<sup>128</sup> Vgl. Urteil des Kammergerichts Berlin Az. (1) StE 1/72 (10/72) vom 26.2.1973.

<sup>129</sup> Zit. n. BUTZ, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991, S. 92.

Die Polizei erhielt eine Woche nach diesen Banküberfällen einen anonymen Hinweis auf eine konspirative Wohnung. Am 8. Oktober 1970 wurden Ingrid Schubert, Horst Mahler, Monika Berberich, Brigitte Asdonk und Irene Goergens in einer Wohnung in der Knesebeckstraße 89 festgenommen. Bei seiner Festnahme hatte Mahler gefälschte Ausweise auf den Namen Günter Uhlig und eine durchgeladene Pistole bei sich, er entgegnete dem Polizeibeamten: "Kompliment meine Herren, ich gratuliere Ihnen."<sup>130</sup>

### 3.4 Fortsetzung des Kampfes aus der Haft

Am 1. März 1971 standen Mahler, Irene Goergens und Ingrid Schubert wegen der gewaltsamen Gefangenenbefreiung von Andreas Baader vor Gericht.

Ihnen wurde gemeinschaftlich begangener Mordversuch in Verbindung mit einer gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung vorgeworfen. Das Urteil erging am 21. Mai 1971, Mahler wurde freigesprochen, woraufhin die Staatsanwaltschaft Revision einlegte. Nach dem Freispruch mußte Mahler weiterhin im Gefängnis bleiben, weil ein Haftbefehl wegen schweren Raubes gegen ihn vorlag.<sup>131</sup>

Nach den Anweisungen des Mini-Handbuchs des Marighella, nach denen der revolutionäre Kampf der Stadtguerilla im Gefängnis nicht aufhöre, verhielt sich Mahler während der ersten Jahre seiner Haft. Er war weiterhin Mitglied der RAF mit dem Ziel, den Kampf aus dem Gefängnis heraus weiterzuführen. Die in Freiheit verbliebenen Mitglieder sahen ihn weiterhin als einen der ihren und man überlegte, wie man ihn befreien könnte.<sup>132</sup>

Die RAF legte ihr Selbstverständnis und ihre Zielsetzung in mehreren Kampfschriften nieder. Horst Mahler verfaßte 1971 "Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – die Rote Armee

---

<sup>130</sup> Vgl. Butz, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991, S. 92-93.

<sup>131</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), Der Partisan Theorie, Strategie, Gestalt, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1990, S. 374

<sup>132</sup> Vgl. Urteil des Kammergerichts Berlin Az. (1) StE 1/72 (10/72), vom 26.2.1973, S. 26.

aufbauen", eine der ideologischen Hauptschriften der RAF. Diese Schrift wurde anfangs unter dem konspirativen Titel "Die Neue Straßenverkehrsordnung" veröffentlicht, später lautete der Titel "Über den bewaffneten Kampf".

Darin propagierte Mahler den bewaffneten Kampf und wollte für diese Sache Mitkämpfer gewinnen. Im Vergleich zu dem Aufsatz "Das Konzept Stadt-Guerilla-Rote Armee Fraktion" von Ulrike Meinhof von April 1971 ist die Schrift Mahlers im Inhalt konkreter, im Stil klarer und in den Ableitungen logischer. Er versuchte seine Aussagen direkt, argumentativ und ohne Klauseln zu vermitteln. Mahler löste Zitate marxistischer Klassiker aus dem Zusammenhang, um sie als Beleg für seine Theorie zu verwenden. In seiner Schrift lieferte er die theoretische Begründung für das vorausgegangene Handeln, dabei folgte die Theorie einer nicht realistischen Praxis.<sup>133</sup>

Mahler behauptete, daß eine Revolution nicht ohne eine wissenschaftliche revolutionäre Theorie erfolgreich sein könne. Der bewaffnete Kampf als höchste Form des Klassenkampfes sei notwendig, weil sich die besitzenden Klassen den bestimmenden Einfluß auf die staatlichen Machtstellen gesichert hätten. Die militärischen Formen des Kampfes seien dabei den politischen Zielen unterzuordnen.

Die Bedeutung aller anderen Formen des Klassenkampfes und politischer Bündnisse würde in der Unterstützung für den bewaffneten Kampf liegen.

Der allgemeine Aufstand (die Revolution) sei das Endstadium eines langwierigen bewaffneten Kampfes gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat.

Mahler setzte sich mit der Funktion der revolutionären Intelligenz innerhalb des bewaffneten Kampfes auseinander. Die RAF strebe eine kommunistische Revolution an, dabei solle die Führung von dem bewußten Teil der Arbeiterklasse übernommen werden. Dieses bestreite die RAF auch nicht, allerdings liege die Herkunft der ersten RAF-Mitglieder im bürgerlichen Lager. Mahler erkannte das Problem und versuchte diese Lücken der revolu-

---

<sup>133</sup> Vgl. Horchem, Hans Josef: Die verlorene Revolution, Busse Seewald, Herford 1988, S. 31-33.

tionären Theorie zu schließen. Er kam zu dem Ergebnis, daß die revolutionäre Theorie nur von denen entwickelt werden könne, welche in der Lage seien, die in den Klassenkämpfen der Gegenwart gesammelten Erfahrungen mit den Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Vergangenheit zu realisieren, zu interpretieren und zu verallgemeinern. Mahler sieht zum damaligen Zeitpunkt in den revolutionären Teilen der Studentenschaft die Träger des zeitgenössischen Bewußtseins und nicht in den Organisationen der Industriearbeiterschaft. Deshalb habe die revolutionäre Intelligenz die Funktion der Avantgarde.

Mahler machte sich Gedanken über das Verhältnis von revolutionärer Avantgarde und proletarischer Klasse. Die Revolutionäre müßten durch eine konkrete Untersuchung eine Klassenanalyse erstellen, um herauszufinden, welche Schichten jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt für einen revolutionären Kampf gewonnen werden können. Jeder Ansatz zum kollektiven Widerstand in den Massen müsse von den Revolutionären aufgegriffen, weiterentwickelt, organisiert und geführt werden, auch wenn es nicht erfolgversprechend erscheine.

Mahler äußerte sich zu dem Konzept "Stadt-Guerilla" und zu dem Terror gegen den Herrschaftsapparat. Wenn man nicht erwarten könne, daß der bürgerliche Militärapparat durch einen internationalen Krieg oder durch einen Aufstand der herkömmlichen Art beseitigt würde, müßte man die Kampfform des Guerilla-Krieges anwenden. Das würde bedeuten, daß die Kräfte des Feindes allmählich verschleiben und sich gleichzeitig die militärischen Kräfte des Proletariats entfalten würden.<sup>134</sup>

"Das wichtigste Prinzip des Guerilla-Krieges ist, daß die kämpfende Einheiten vom Volke unterstützt werden, "im Volke untertauchen und in ihm schwimmen können wie der Fisch im Wasser." Die politische und militärische Kraft der Guerilla entsteht aus den revolutionären Energien der Volksmassen."<sup>135</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa Mai1971 in: Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, ID-Verlag Independent Verlagsgesellschaft, Berlin 1997, S. 49-83.

<sup>135</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa Mai1971 in: Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Ge-



Der revolutionäre Terror richte sich selbstverständlich nicht gegen das Volk, sondern gegen alle Institutionen und Funktionsträger des Klassenfeindes. Dazu würden Angriffe auf Verwaltungsdienststellen, Polizeiposten, Direktionszentralen der Konzerne gehören, aber auch gegen Personen wie leitende Beamte, Richter, Direktoren usw.. Den in solchen Aktionen liegenden Terror rechtfertigte Mahler durch Zitate von Lenin.

Der bewaffnete Kampf sei ein Mittel um legitime Interessen gegen ein repressives System erfolgreich durchzusetzen, damit könne die politische Szene grundlegend verändert werden.

Mahler versuchte vorrangig junge Leute für die Revolution zu gewinnen. Die Jugendlichen könnten sich besser an die schnelle wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Weiterentwicklung anpassen, deshalb hätten sie ein eigenes gesellschaftliches Selbstbewußtsein entwickelt, das in Widerspruch zur Gesellschaftsform stehe. Die Jugend allgemein und die junge Intelligenz seien besonders von der schnell zunehmenden Verschärfung der Klassenwidersprüche betroffen, deshalb sei von ihnen mit steigender Tendenz ein kämpferisches, antikapitalistisches und revolutionäres Engagement zu erwarten.

Mahler rief dazu auf, durch umfassende Propaganda die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zu erklären, Anleitungen zur Herstellung von Waffen und zur Kampftaktik zu verbreiten, Kommandogruppen zu bilden und den Kampf zu beginnen.<sup>136</sup>

Mahler beendete seine Ausführungen mit dem Aufruf: "Hab Mut zu kämpfen! Hab Mut zu siegen! Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt."<sup>137</sup>

---

schichte der RAF, ID-Verlag Independent Verlagsgesellschaft, Berlin 1997, S. 72.

<sup>136</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa Mai1971 in: Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, ID-Verlag Independent Verlagsgesellschaft, Berlin 1997, S. 72-107.

<sup>137</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa Mai1971 in: Rote Armee Fraktion Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, ID-Verlag Independent Verlagsgesellschaft, Berlin 1997, S. 107.

Am 9. Oktober 1972 nutzte er den Eröffnungstag seines Prozesses vor dem Kammergericht Berlin zur Abgabe einer revolutionären Erklärung:

Die vor dem Gericht gegen ihn erhobene Anklage sei für ihn nicht relevant. Er könne sich nur vorwerfen, zu wenig für den Kampf gegen das imperialistische System getan zu haben. Die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der Massen würde vor allem durch die multinationalen Konzerne vorangetrieben werden. Deshalb müßten diese mit allen Mitteln zerstört werden. Dieser Kampf könne nur durch die bewaffneten Aktionen des Volkes geführt werden, daher habe die RAF den Volkskrieg in der Bundesrepublik und Westberlin begonnen. Das revolutionäre Moment würde in Deutschland vor allem bei den proletarischen Jugendlichen (Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler) und den Jugendlichen aus den sog. Randschichten (Erziehungsheime) zu finden sein.

Mahler rechtfertigte die Ermordung der an der Olympiade in München beteiligten israelischen Sportler durch die Kommandoaktion des "Schwarzen September" mit dem Kampf gegen den Imperialismus, da die Sportler Repräsentanten des zionistischen Staates Israel waren. Das zionistische Israel vertreibe das palästinensische Volk aus seinem angestammten Lebensraum, vergleichbar mit der faschistischen Ausrottungspolitik der NS-Zeit.<sup>138</sup>

Mahler beendete seine Ausführungen mit dem Ausspruch: "Die RAF lebt! Der Kampf geht weiter! Habt Mut zu kämpfen! Habt Mut zu siegen! Alles für den Sieg im Volkskampf!"<sup>139</sup>

---

<sup>138</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Erklärung zum Prozeßbeginn am 9.Oktober 1972, veröffentlicht vom Berliner Extra-Dienst (BED) 82/72, 14.10.1972, unter dem Titel "Das politische Bekenntnis des Horst Mahler".

<sup>139</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Erklärung zum Prozeßbeginn am 9.Oktober 1972, veröffentlicht vom Berliner Extra-Dienst (BED) 82/72, 14.10.1972, unter dem Titel "Das politische Bekenntnis des Horst Mahler", S. 6

## 4. Mahlers Abwendung vom Terrorismus

### 4.1 Mahlers Differenzen zur RAF-Kerngruppe

Im Juni 1972 wurden auch die restlichen Mitglieder der Kerngruppe der RAF festgenommen. Sie wurden in unterschiedlichen Gefängnissen in Einzelhaft mit Kontaktsperre untergebracht, aber trotzdem entwickelte sich ein Kommunikationssystem innerhalb der Inhaftierten und nach außen. Die Auseinandersetzungen zwischen Mahler und der RAF nahmen ihren Anfang.<sup>140</sup>

Bereits der Alleingang mit dem Verfassen der Schrift "Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – die Rote Armee aufbauen" war eine Verletzung der von der RAF geforderten Gruppenloyalität. In einem Ende 1972 verfaßten neuen Strategie-Papier forderte Mahler eine stärkere Identifikation mit den Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt. Die Schrift war im Ansatz maoistisch, er plädierte darin für den Verzicht auf den nationalen Fuß der Guerilla. Diesen Vorsatz lehnte die Gruppe ab. Für Mahler bedeutete dieses Konzept den Anfang vom Ende seiner Beziehung zur RAF. Bis zu seinem Ausschluß aus der RAF (1974) stand Mahler in einer ständigen Opposition zur Kadergruppe. Er hielt den von der RAF beantragten Status des politischen Gefangenen für nicht revolutionsrelevant. Mahler lehnte die geforderte Zusammenlegung der inhaftierten Terroristen ab und beteiligte sich nicht an den Hungerstreiks.<sup>141</sup>

Am 26. Februar 1973 verurteilte das Kammergericht Berlin Horst Mahler wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an dieser Vereinigung (der terroristischen "Roten Armee Fraktion") zu 12 Jahren Freiheitsstrafe. Mahler legte gegen das Urteil Revision ein, der Bundesgerichtshof lehnte die Revision ab, obwohl sich das Gerichtsurteil in Bezug auf Mahlers Beteiligung an

---

<sup>140</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), *Der Partisan Theorie, Strategie, Gestalt*, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1990, S. 374.

<sup>141</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), *Der Partisan Theorie, Strategie, Gestalt*, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1990, S. 375.

dem Banküberfall auf die Aussagen des Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland stützte, dessen Glaubwürdigkeit umstritten blieb.

Am 26. März 1973 verfügte der Berliner Justizsenator den Ausschluß Mahlers aus der Rechtsanwaltschaft, der Beschluß wurde im Juli rechtskräftig. Damit trat auch das von der Anwaltskammer ausgesprochene Berufsverbot in Kraft.<sup>142</sup>

#### 4.2 Der Exkurs zur politischen Linie der KPD

Während seiner Haft wandte sich Mahler von der RAF ab und trat im September der Roten Hilfe<sup>143</sup> bei. Diesen Schritt erklärte er in einer im September 1974 verfaßten Schrift mit dem Titel "Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF":

Die richtige Linie im Klassenkampf würde sich durch einen fortwährenden Prozeß von Kritik und Selbstkritik entwickeln. Das Konzept der RAF sei daran gescheitert, daß die begangenen Fehler nicht kritisiert worden wären, sondern die Basis für das weitere Handeln dargestellt hätten. Die Trennung von legaler und illegaler Arbeit sei nicht so entscheidend, wichtiger wäre es gewesen, die Guerilla in der Basis zu verankern. Außerdem habe die RAF keine Überzeugungsarbeit für ihre Politik geleistet, sondern moralischen Terror gegen jene ausgeübt, die ihre Politik nicht nachvollziehen wollten. Durch den extremen Verfolgungsdruck von Seiten des Staatsapparates, nach der Gefangenenerfreuung von Andreas Baader wäre die Gruppe in eine politische und logistische Isolierung geraten. Daraus hätte eine

---

<sup>142</sup> Vgl. DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg.

<sup>143</sup> Die Rote Hilfe war eine Nebenorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die im Februar 1979 aufgelöst wurde. Die Rote Hilfe betrieb seinerzeit eine breit angelegte Solidaritätskampagne unter der Bezeichnung "Freiheit für Horst Mahler". Aus konspirativen Gründen wurde am 23. September 1975 eigens ein Komitee "Freiheit für Horst Mahler" gegründet. Das Komitee führte zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen durch. Höhepunkt der Aktivitäten war die Unterschriftenaktion für die Wiederaufnahme des Verfahrens für Horst Mahler, diese Aktion blieb allerdings erfolglos.

Abkehr vom bisherigen Guerilla-Konzept resultiert, da sie nicht mehr den Kampf für die unterdrückten Massen verfolgt hätten, sondern sich nur als elitäre Guerilleros betrachten würden. Mit ihrer Strategie hätte die RAF bewirkt, daß sich die Massen unter dem Eindruck einer chauvinistischen Propaganda mit den Imperialisten gegen die Guerilla zusammengeschlossen hätten.<sup>144</sup>

"Schon hier kündigte sich die später zur Tatsache gewordene Abstraktion der Guerilla an, die als freiflottierendes Element außerhalb und zwischen den konkreten gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Gruppen existiert, nirgends verankert ist und von allen als Fremdkörper erlebt wird..."<sup>145</sup>

Man müsse erkennen, daß die RAF durch ihre ideologische Abseitsstellung gescheitert sei. Nur der bewaffnete Kampf des Volkes könne die Ausbeuterklasse und deren Staatsapparat zerschlagen. Die Schaffung der Diktatur des Proletariats sei die Voraussetzung zum Aufbau des Sozialismus.

Mahler sei der Roten Hilfe beigetreten, weil sie sich für eine solidarische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF entschlossen habe.<sup>146</sup>

Mahler mußte zum zweiten Mal wegen der Anklage des versuchten Mordes und der Beteiligung an der Baader-Befreiung vor Gericht, weil der Bundesgerichtshof seinen Freispruch von 1971 aufgehoben hatte. Auch Ulrike Meinhof und Jürgen H. Bäcker waren angeklagt. Während des Prozesses reagierten Monika Berberich und andere RAF-Mitglieder auf die Kritik von Horst Mahler mit einer Gegenerklärung:

<sup>144</sup> Vgl. MAHLER, Horst : Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF, in: Die Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren! Die Massen gegen die Staatliche Unterdrückung zusammenschließen! Die Kritik an der falschen Linie der RAF entfalten!, herausgegeben vom Landesvorstand der Roten Hilfe e.V., Berlin 1974, S. 1-9.

<sup>145</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF, S. 6.

<sup>146</sup> Vgl. MAHLER, Horst : Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF, in: Die Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren! Die Massen gegen die Staatliche Unterdrückung zusammenschließen! Die Kritik an der falschen Linie der RAF entfalten!, herausgegeben vom Landesvorstand der Roten Hilfe e.V., Berlin 1974, S. 1-9.

Sie führten darin aus, daß Mahler ein bürgerlicher Chauvinist geblieben sei, der sich nicht von seinem bürgerlichen Anwaltdasein hätte lösen können. Seine Betätigung für die politische Linke hätte er nur als Personenkult für seine Person benutzt. Er hätte sich an den proletarischen Arbeitsstil der Guerilla nicht anpassen können, weil er zu kollektiver, unnachgiebiger, geduldiger Arbeit unfähig sei. Mahler hätte in der RAF nie eine Rolle gespielt und die Politik dieser Gruppe überhaupt nicht verstanden. Wegen seiner Illegalität sei er ertragen worden. Seine Eitelkeit, Ignoranz und sein Leichtsinns wären eine dauernde Gefährdung für die Gruppe gewesen. Mahler könne nicht für und über die RAF sprechen, denn die Guerilla bringe ihre Theorie und Strategie in ihren Aktionen zum Ausdruck. Die Mitglieder der RAF bezeichneten Mahler als Denunzianten, weil er mit der Polizei und der Justiz zusammenarbeiten würde.<sup>147</sup>

"Horst Mahler ist zur bewußten Kollaboration mit dem Bundeskriminalamt und der Berliner Justiz, einer Marionette der politischen Polizei in Wiesbaden und Bonn übergegangen. Er ist geblieben, was er immer nur war: Ein Zyniker, ein Chauvinist, ein Mandarin, jetzt offen Partei für den Staatsschutz, politisch eine belanglose, eine hauptsächlich lächerliche Figur."<sup>148</sup>

In diesem Zusammenhang wurde von dem ebenfalls inhaftierten RAF-Mitglied Monika Berberich der Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF bekannt gegeben.

Mahler wurde am 29. November 1974 vom Landgericht Berlin wegen der Beteiligung an der Befreiung des inhaftierten Terroristen Andreas Baader zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, unter Einbeziehung der früheren Strafe (12 Jahre) zu insgesamt 14 Jahren Freiheitsentzug.

---

<sup>147</sup> Vgl. o.V.: Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF – Monika Berberich für die Gefangenen der RAF im Prozeß Baader-Befreiung am 27. September 1974, in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, herausgegeben von den "Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD", Druck im Eigenverlag, ohne Orts- und Jahresangabe, S. 24-27.

<sup>148</sup> Zit. n. Vgl. o.V.: Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF, S. 27.

Am 3. Februar 1975 hatte Horst Mahler zusammen mit anderen Häftlingen – u.a. Dieter Kunzelmann – in einer Erklärung den "Durst - bzw. Hungerstreik" der RAF-Mitglieder kritisiert und diese aufgefordert, ihre Maßnahmen zu beenden: Die Aufgabe der politischen Gefangenen sei, an der Seite der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf, für den Sturz der Kapitalistenklasse und für die Errichtung des Proletariats zu kämpfen. Daher sei es falsch, sich an die bürgerliche Gesellschaft zu wenden, um die Beendigung der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen zu erreichen. Dies würde die Anerkennung der bürgerlichen Diktatur in ihrer justizförmigen Verkleidung bedeuten.<sup>149</sup>

Im Februar wurde Peter Lorenz, der Berliner Landesvorsitzende der CDU, von der terroristischen Vereinigung "Bewegung 2. Juni" entführt. Im Austausch gegen den CDU-Politiker forderten die Entführer die Freilassung von inhaftierten Terroristen, auf der Liste der Gefangenen stand auch Horst Mahler. In einer am 1. März 1975 ausgestrahlten Fernseh-Sendung verurteilte Mahler die Entführung, bekannte sich zu der kommunistischen Ideologie der KPD und lehnte es ab, sich außer Landes fliegen zu lassen.

Die Entführung von Volksfeinden zur Befreiung von politischen Gefangenen sei nicht die Strategie der Arbeiterklasse. Deshalb müsse sie in einer Sackgasse enden. Nur die revolutionäre Mobilisierung der Werktätigen unter der Führung der kommunistischen Partei werde zum gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems führen. Mahler sah seinen Platz an der Seite der Revolutionäre. Durch den kommunistischen Kampf würden sich die Gefängnistore für alle politischen Gefangenen öffnen, deshalb rief er zur Unterstützung der kommunistischen Partei KPD auf.<sup>150</sup>

Mahler solidarisierte sich in weiteren Veröffentlichungen mit der politischen Linie der KPD, z.B. am 6. April 1976 in seinen "Erläute-

---

<sup>149</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis, herausgegeben vom Zentralvorstand der Roten Hilfe zum 6. Jahrestag der "widerrechtlichen Inhaftierung", Köln 1976, S. 21.

<sup>150</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis, herausgegeben vom Zentralvorstand der Roten Hilfe zum 6. Jahrestag der "widerrechtlichen Inhaftierung", Köln 1976, S 25 f.

rungen zum Staatsschutzprozeß gegen den KPD-Funktionär Christian Heinrich" und am 1. Mai 1976 in einer "Grußadresse an die KPD zur Maikundgebung".

In einer Publikation mit dem Titel "Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft" distanzierte sich Horst Mahler Mitte 1977 von der politischen Auffassung der KPD.

Die Abkehr von der Politik der RAF habe für ihn über die theoretischen und politischen Standpunkte der KPD geführt, die Genossen der KPD hätten ihn dabei unterstützt. Er sei allerdings inzwischen zu einem anderen Begriff der sozialistischen Revolution gekommen, dieses würde ihn von den Kommunisten unterscheiden. Die proletarische Revolution, so wie sie bisher gesehen wurde, gäbe es nach Mahlers Auffassung nicht. Man müsse drei wesentlich verschiedene revolutionäre Prozesse unterscheiden, die in ihrer Gesamtheit die proletarische Weltrevolution seien:

- Die Arbeiterklasse solle sich der Bourgeoisie entgegenstellen.
- Durch die Erhebung der Bauernmassen unter der Arbeiterklasse in den Ländern der Dritten Welt solle der Zusammenbruch des imperialistischen Systems beginnen.
- Durch die Erhebung der Produzenten in den industriell entwickelten kapitalistischen Kernländern würde die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise vollendet.

Die falsche Einordnung der russischen Oktoberrevolution und die Erhebung des chinesischen Volkes als sozialistische Revolutionen zu bezeichnen, hätten der Idee des Kommunismus sehr geschadet.

Die Entwicklung in der Volksrepublik China nach dem Tod von Mao Tse-Tung sei für ihn der ausschlaggebende Anstoß für eine kritische Überprüfung seiner bisherigen Theorien gewesen.

Außerdem sei durch die Studentenbewegung der sechziger Jahre dieser revolutionäre Aufbruch nicht richtig begriffen worden und durch Kategorien eines abstrakten, negativen Revolutionismus erschlagen worden. Doch gerade für die Zukunft solle man sich auf das besinnen, was die Studentenbewegung der sechziger Jahre als Neues hervorgebracht hätte. Denn die Ar-



beiterbewegung, die bisher zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme idealisiert worden wäre, würde es so nicht mehr geben.<sup>151</sup>

"Wir klammern uns an einen wirklichkeitslosen Begriff von Arbeiterklasse und übersehen dabei völlig, daß heute die werktätige Intelligenz zur vorwärtstreibenden Fraktion des revolutionären Subjekts geworden ist. Das war die Botschaft der Studentenbewegung der sechziger Jahre. Wir haben sie nicht gut verstanden. Statt ein eigenes revolutionäres Selbstbewußtsein zu entwickeln, kostümierten wir uns mit den längst abgelegten Klamotten der Arbeiterbewegung."<sup>152</sup>

Nachdem ein Wiederaufnahmeverfahren des Prozesses gegen Horst Mahler gescheitert war und er sich von der politischen Linie der KPD getrennt hatte, beschränkte das Komitee "Freiheit für Horst Mahler" seine Aktivitäten auf sporadische Aktionen und stellte im April 1979 seine Arbeit gänzlich ein.

### **4.3 Auf der Suche nach einem neuen politischen Programm**

Horst Mahler verfaßte im Juni 1977 eine Schrift mit dem Titel "Ausbruch aus einem Mißverständnis", darin veröffentlichte er Erklärungen zu seinem bisherigen politischen Lebensweg und distanzierte sich von seiner bisherigen kommunistischen Ideologie.

Die Ursache für sein Engagement in der revolutionären Bewegung der sechziger Jahre sei der Faschismus gewesen. Mahler habe sich gegenüber den Verbrechen des Faschismus fassungslos und kollektivschuldig gefühlt, deshalb habe er versucht,

---

<sup>151</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: Sie würden uns gerne im Knast begraben, Beiträge zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin, zur Auseinandersetzung um den 2. Juni 1967 10 Jahre danach, herausgegeben vom AstA der Pädagogischen Hochschule Berlin, Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, radikal – sozialistische Zeitung für Westberlin, Kommunistischer Bund (KB)/ Gruppe Westberlin, Sozialistischer Studentenbund (SSB), 1. Auflage, Berlin, Juli 1977, S. 87-91.

<sup>152</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, S. 88.

einer von den "anderen Deutschen" zu werden. Außerdem sei ihm bewußt geworden, daß er als Wirtschaftsanwalt eigentlich auf der falschen Seite gestanden hätte. Als seine Klienten aus der Wirtschaft sich nicht gegen die Menschenschlächtereien in Indochina und anderswo ausgesprochen, sondern daran auch noch indirekt verdient hätten, sei es ihm immer schwerer gefallen, für diese Leute zu arbeiten.<sup>153</sup>

"Wenn sie Freiheit sagten, meinten sie "Profit", - und ich verstand: "Imperialismus".<sup>154</sup>

Mahler habe das Gefühl gehabt, zu den eigentlich wichtigen Dingen im Leben nicht mehr zu kommen. Er habe Marx und Lenin gelesen und die russische Oktoberrevolution als Hoffnung und Ausweg aus einem unerträglichen Zwiespalt gesehen. Dieser Ausgangspunkt sei nur teilweise richtig gewesen. Sowohl die russische Oktoberrevolution als auch die chinesische Revolution seien wesentliche Bedingungen für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus gewesen, weil beide die weitere imperialistische Expansion des Kapitals und seinen Herrschaftsbereich eingegrenzt hätten. Nach Mahlers Ansicht waren die Sowjetunion und Volksrepublik China aber keine sozialistischen Gesellschaften.

In der Krise der revolutionären Bewegung habe sich allerdings gezeigt, daß die Ausführungen von Marx und Lenin keine erschöpfenden Antworten auf die heutigen Probleme geben könnten. Diese Antworten müsse man selbst erarbeiten. Außerdem hätten Marx und Engels den Charakter der Klassenkämpfe ihrer Zeit falsch bestimmt. Hinzu käme, daß Lenin die russische Oktoberrevolution als Anfang der proletarischen Weltrevolution und die Sowjetgesellschaft als eine sozialistische dargestellt habe. Dieses sei ein Irrtum, weil in Wirklichkeit keine sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse in Rußland erfolgt sei. Aus diesen Fehlern sei eine Revolutionstheorie hervorgegangen, welche die noch ausstehenden gesellschaftlichen Umwälzun-

---

<sup>153</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Ausbruch aus einem Mißverständnis, in Kursbuch 48, Kursbuch Verlag, Berlin, Juni 1977, S. 77-98.

<sup>154</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Ausbruch aus einem Mißverständnis, in Kursbuch 48, Kursbuch Verlag, Berlin, Juni 1977, S. 77-98.

gen in den entwickelten Industrieländern behindere. Deshalb müsse deutlich gemacht werden, daß heute die klassenlose Gesellschaft, das Erstreben der Demokratie der frei assoziierten Produzenten, zu etwas ganz anderem führen werde als zur Diktatur des Proletariats. Mahler kam zu dem Ergebnis, daß seine bisherige kommunistische Ideologie zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation unbrauchbar sei.<sup>155</sup>

In den nachfolgend aufgeführten Äußerungen verdeutlichte Mahler seine Abkehr vom Terrorismus. Seine damaligen politischen Ambitionen sind nicht eindeutig einzuordnen. Er plädierte für eine stärkere Beachtung der Grundrechte und mehr politische Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinitiativen, sympathisierte mit den Grünen und der FDP.

Im November 1977 verfaßte Horst Mahler zusammen mit Jürgen H. Bäcker<sup>156</sup> eine Schrift mit dem Titel "Sie verraten unsere Ideale". Mahler und Bäcker übten darin Selbstkritik und verurteilten die RAF:

Geiselmorde und Massaker an völlig unbeteiligten Zivilisten wären ein Verbrechen gegen die antiimperialistische Revolution, der revolutionäre Kampf würde solche Maßnahmen nicht rechtfertigen. Außerdem würden die Terroranschläge der jüngsten Zeit in der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklung des Staatsapparates zu einer faschistischen Gewaltmaschine beschleunigen. Der Staat sei die Wirklichkeit des allgemeinen Willens, der in Deutschland den Kapitalismus noch nicht überwunden habe. Gegenwärtig gäbe es keine gesellschaftliche Kraft, die eine soziale Revolution durchführen könne.

Deshalb sei der Kampf um die Erhaltung, Rückgewinnung und Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten im Rahmen des gegebenen Staates und seiner Verfassung die derzeit wichtigste Aufgabe. Nur in zurückgewonnener politischer Freiheit könne man sich von der gescheiterten Revolutionstheorie lösen und neue Lebensformen finden. Wenn die Menschen Inhalt und Form der neuen Gesellschaft mit ihren Erfahrungen entwickeln würden,

---

<sup>155</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Ausbruch aus einem Mißverständnis, in Kursbuch 48, Kursbuch Verlag, Berlin, Juni 1977, S. 77-98.

<sup>156</sup> Bäcker gehörte ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern der RAF.

könnten freie Gemeinden im Kampf der Menschen um die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen gegen das Kapital entstehen. Die unerträgliche Realität des Kapitals sei auch der Nährboden für den Terrorismus gewesen.<sup>157</sup>

"In den Bürgerinitiativen zeigt sich heute ein Keim einer künftigen freien Gemeinde. Ihn gilt es zu entwickeln..."<sup>158</sup>

Mahlers Antrag auf Hafturlaub sorgte 1978 für eine politische Diskussion im Berliner Senat, die Debatte zog sich über Monate hin. Dem Antrag wurde schließlich stattgegeben und Mahler erhielt zwei Tage Urlaub. Es folgten weitere Hafturlaube und im Juli 1979 kam er in den offenen Strafvollzug. Im August 1980 wurde Mahler nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Haftstrafe entlassen. Der Rest der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.<sup>159</sup>

Die Zeitschrift der Spiegel veröffentlichte im Dezember 1979 ein viel beachtetes Streitgespräch zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Baum und dem Ex-Terroristen Mahler. Dieses Gespräch unter der Überschrift "Wir müssen raus aus den Schützengräben" war das Titelthema der Ausgabe Nummer 53. Mahler stellte durch seine Äußerungen seinen damaligen politischen Standpunkt dar:

Für ihn sei der Terrorismus ein Verbrechen gegen die Revolution. Durch einen Prozeß des Lernens und der Erfahrung habe sich seine Einstellung gegenüber dem Staat geändert, das Bild vom absoluten Feind existiere für ihn nicht mehr.

Die Abkehr vom Terrorismus erklärte er durch die Situation im Gefängnis. Das Bewußtsein, sich ganz und gar der Revolution hingegeben zu haben, hätte das schlechte Gewissen gemildert und das Denken freier gemacht. Unter dem Einfluß einer veränderten Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität wären

---

<sup>157</sup> Vgl. BÄCKER, Jürgen H. und MAHLER, Horst: Sie verraten unsere Ideale! (Thesenpapier), verfaßt in der Haftanstalt November 1977, S. 1-7.

<sup>158</sup> BÄCKER, Jürgen H. und MAHLER, Horst: Sie verraten unsere Ideale! (Thesenpapier), verfaßt in der Haftanstalt November 1977, S. 6.

<sup>159</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Westdeutscher Verlag Opladen 1990, S. 378.

immer mehr Differenzen zu den führenden Gruppenmitgliedern entstanden, außerdem hätte der Gruppenzwang nicht mehr gewirkt. Der Ausschluß aus der Gruppe habe dazu geführt, daß er die Theorie und das Konzept der Stadtguerilla einer umfassenden Kritik unterzogen hätte.

Mahler verlangte in dem Streitgespräch die Kommunikation mit den Leuten zu suchen, die sich vom Staat abgewendet hätten, aber noch nicht in den Untergrund gegangen seien, um sie vom Terrorismus abzubringen. Zudem hätten diese Leute noch Kontakt zu den im Untergrund agierenden Terroristen. Auf dieser Ebene könnte man auch diesen Personenkreis noch erreichen. Es sollte aber auch versucht werden, eine direkte Kommunikation zu den Leuten im Untergrund herzustellen, um ihnen ein Aussteigen aus dem Terrorismus zu ermöglichen.

Das Problem Terrorismus müsse politisch angegangen und überwunden werden, die gesellschaftlichen Bedingtheiten und Ursachen müssten erkannt und diskutiert werden. Falsch wäre die Terrorismusbekämpfung durch militärische und juristische Maßnahmen, z.B. dürften Gesetze nicht verschärft werden.<sup>160</sup>

"Die Überreaktion des Gesetzgebers, der Polizei, der Justiz, nicht zuletzt der öffentlichen Meinung auf die terroristischen Anschläge hat doch in dem ohnehin staatsverdrossenen Teil der jungen Generation ... den Eindruck der Erstarrung und Rückwärtsge wandtheit der politischen Institutionen bestätigt und verstärkt. Und die Terroristen haben dadurch einen strategischen Erfolg mit Langzeitwirkung errungen."<sup>161</sup>

Das Eingreifen des Staates dürfe nicht auf Kosten verfassungsmäßiger Garantien von Rechtsstaatlichkeit oder der in der Verfassung verankerten Grundrechte erfolgen.

---

<sup>160</sup> Vgl. Streitgespräch zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum und Horst Mahler: Wir müssen raus aus den Schützengräben, in: Zeitschrift Der Spiegel Nr. 53 vom 31.12.1979 Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH&Co.KG Hamburg.

<sup>161</sup> Zit. n. Streitgespräch zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum und Horst Mahler: Wir müssen raus aus den Schützengräben, in: Zeitschrift Der Spiegel Nr. 53 vom 31.12.1979 Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH&Co.KG Hamburg, S. 47.

Er forderte den Staat und die Parteien auf, sich an den Diskussionen über den Terrorismus zu beteiligen. Außerdem sollten die Bürgerinitiativen mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung an staatlichen Entscheidungsprozessen bekommen.<sup>162</sup>

Bei einer Gedenkveranstaltung für Rudi Dutschke in der Stuttgarter Liederhalle im Februar 1980 plädierte Mahler für die Partei die Grünen. Aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Wähler beabsichtigte er nicht selbst Mitglied der Partei zu werden.

Im Oktober 1980 nahmen Mahler, der gerade aus der Haft entlassen worden war, Gerhard Baum sowie "Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Ausstieg aus dem Terrorismus" teil. Mahler forderte das Publikum auf, bei der nächsten Bundestagswahl die erste Stimme an die Grünen, die zweite an die FDP zu vergeben.

Mahler beantragte 1986 seine Wiederezulassung als Anwalt, damals war er Geschäftsführer einer juristischen Dienstleistungsfirma. Der Antrag wurde vom Berliner Justizsenator Scholz und dem Berliner Ehrengerichtshof abgewiesen unter Berufung auf seine Verurteilungen. Mit juristischer Unterstützung von Gerhard Schröder erstritt Mahler seine Wiederezulassung als Anwalt. Der Anwaltssenat des Bundesgerichtshofes entschied am 30. November 1987 in letzter Instanz für die Wiederezulassung, weil man hier von einer Wandlung Mahlers überzeugt war. Dementsprechend mußte der Berliner Innensenator Scholz Horst Mahler wieder als Anwalt zulassen.<sup>163</sup>

---

<sup>162</sup> Vgl. Zit. n. Streitgespräch zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum und Horst Mahler: Wir müssen raus aus den Schützengräben, in: Zeitschrift Der Spiegel Nr. 53 vom 31.12.1979 Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH&Co.KG Hamburg.

<sup>163</sup> Vgl. WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Westdeutscher Verlag Opladen 1990, S. 378-379.

## 5. Rechtsextremistische Phase

### 5.1 Sein Wandel zum Rechtsextremisten

Lange Zeit war Horst Mahler politisch nicht in Erscheinung getreten. Gegen Ende des Jahres 1998 äußerte er sich mehrmals öffentlich zu politischen Fragen, dabei näherte er sich der rechtsextremistischen Ideologie und nahm sie schließlich voll an. Anstatt sich von seiner linksextremistischen Vergangenheit zu distanzieren, versuchte er die damaligen linksextremistischen Ziele mit seiner jetzigen rechtsextremistischen Programmatik zu vereinen.

In einem Interview in der Zeitschrift Focus behauptete er, zu den linken Idealen gehöre, daß man nicht nur für die Rechte anderer Menschen eintrete, sondern ebenso für sein eigenes Recht. Die Studentenbewegung habe gegen den Vietnam-Krieg protestiert, weil sie die Freiheitsbewegung in Vietnam unterstützen wollte, damit diese selbst über ihr Land bestimmen könne. Der Internationalismus beinhalte somit auch das Eintreten für nationale Rechte. Mit nationalen Anliegen hätten sich die Linken in Deutschland beschäftigt, indem sie sich z.B. gegen Einflüsse von Amerika und der Sowjetunion auf Deutschland wehrten.<sup>164</sup>

"Die nationale Frage war immer auch ein Anliegen der Linken."<sup>165</sup>

In der rechtsextremistischen Zeitschrift "Staatsbriefe" wurde eine "Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968" von Horst Mahler, Günter Maschke und Dr. Reinhold Oberlercher veröffentlicht. Die Autoren versuchten darin eine Um-Interpretation der 68er-Bewegung im nationalrevolutionären Sinne. Sie behaupteten, daß die 68er-Bewegung weder für Kommunismus noch für Kapitalismus, weder für drittweltliche oder östliche noch für westliche Wertesysteme eingetreten wäre. Das Ziel dieser Bewegung,

---

<sup>164</sup> Vgl. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Focus Nr. 53/1998 Burda Verlag München.

<sup>165</sup> Zit. n. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Burda Verlag München.

welche von der Jugend der industriell entwickelten Länder getragen worden wäre, sei die Forderung nach dem Recht eines jeden Volkes auf nationalrevolutionäre wie sozialrevolutionäre Selbstbefreiung gewesen. Die 68er-Bewegung sei der zweite deutsche Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals gewesen. In jener Zeit seien zwei nationalrevolutionäre Flügel entstanden, die Neue Linke und die Neue Rechte, deren Wiedervereinigung inzwischen stattgefunden habe. Die Neue Rechte hätte ihre damalige Zielrichtung aufgegeben und wende sich nun gegen Amerikanismus und Kapitalismus.<sup>166</sup>

In Mahlers politischen Äußerungen liegt der Schwerpunkt bei der Ausländerproblematik. Er warnt vor einer Überfremdung und lehnt die doppelte Staatsbürgerschaft ab. Dabei berührt er aber auch die Themen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Beseitigung des freiheitlichen Rechtsstaates, Verharmlosung des NS-Regimes und Verharmlosung des Holocaust.

Mahler hatte sich auch gegen ein Eingreifen Deutschlands in den Kosovo-Krieg ausgesprochen, weil seiner Meinung nach durch diesen Angriffskrieg das Völkerrecht verletzt würde. Das Kosovo-Problem sei ein ethnischer Konflikt im Innern eines Landes, der keine Militäraktion gegen einen souveränen Staat erlaube. Außerdem würden durch ein Eingreifen Deutschlands die Probleme und Gefahren der Bürgerkriegsregion nach Deutschland hineingetragen.<sup>167</sup>

## 5.2 Mahlers "Ideologie"

Mahler formulierte in seiner Rede "Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation" auf dem Parteitag der NPD Baden-Württemberg seine Weltanschauung. Dabei benutzte er zur Bestätigung seiner

---

<sup>166</sup> Vgl. MAHLER, Horst; MASCHKE, Günter und OBERLERCHER, Reinhold: Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Publikation Staatsbriefe Nr.1/1999, Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander, Castel del Monte-Verlag München.

<sup>167</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 4a und Flugblatt Nr. 5 der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.-unser-land.de/archiv/flugblatt4> (bzw. flugblatt5), (Stand 21.9.99).



Ansichten häufig Ausführungen des deutschen Philosophen Hegel:

Die amerikanische Vorherrschaft müsse überwunden und eine stabile Weltordnung als tripolares System mit drei Kraftzentren geschaffen werden:

- die Vereinigten Staaten von Amerika
- das 1945 nicht untergegangene, sondern nur vorübergehend handlungsunfähig gewordene Deutsche Reich in Zusammenschluß mit den anderen europäischen Nationen und Russland
- der asiatisch-afrikanische Staatenverband unter Einbeziehung Chinas und Japans

Durch dieses System würde den industriell schwach entwickelten Zonen die Chance gegeben, eine eigenständige Volkswirtschaft aufzubauen. Damit würden auch die Wanderungsströme aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer ein Ende finden.

Außerdem müsse das Finanzsystem, welches aus global nomadisierenden Finanzmassen bestehe und abgekoppelt vom realwirtschaftlichen Geschehen sei, abgeschafft werden. Er beschreibt dieses System als eine Krake, die die Welt umschlinge und sie zu erdrücken drohe, wenn sie nicht beseitigt würde. Diese Krake, eine von der US-amerikanischen Ostküste durch subtile Herrschaftstechniken gelenkte Besatzungsmacht, beherrsche auch die Medien. Dies gelte besonders für die Medien und die Bildungseinrichtungen in Deutschland. Diese Situation sei bisher noch nicht als Gefahr erkannt worden.

Der von den USA, dem Kernland des Globalismus, weltweit durchgesetzte Freihandel führe notwendig zum globalen Zusammenbruch des Finanzsystems. Aus diesem tiefgreifenden Chaos würde das Volk in einer neuen Gestalt hervorgehen.

Die Finanzoligarchen würden versuchen, ihre Macht zu bewahren gegen die nationalrevolutionäre Überwindung des Globalismus, indem sie u.a. auch die Kriegsmaschinerie der USA, z.B. der Krieg auf dem Balkan, zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzen würden. Zur Errichtung einer neuen Friedensordnung unter nationalen Gesichtspunkten müsse Deutschland ein starkes

und festes Zentrum Europas werden. Dieses sei nur möglich, wenn Deutschland wieder ein nationales Bewußtsein entwickeln würde. Dafür müsse eine Rückbesinnung auf den Geist des deutschen Idealismus und auf Gott erfolgen.

Die Bundesrepublik Deutschland werde untergehen, weil sie die wesentlichen Probleme des Gemeinwesens nicht bewältige. Es müsse ein straffes Regiment entstehen, das die Wiederherstellung der nationalen Verfügungsgewalt über alle wesentlichen Daseinsbelange des deutschen Volkes erlange.<sup>168</sup>

Mahler behauptet, daß die Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den Alliierten in ein Volk ohne Willen zu einer Nation, mit ewiger Schuld beladen, umerzogen worden wären. Diese Umerziehungsideologie beinhalte auch den verordneten Holocaust-Gedächtniskult. Davon müßten sich die Deutschen lösen, um ein Nationalbewußtsein zu erlangen.<sup>169</sup>

### 5.3 Fremdenfeindlichkeit

In der "Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes" warnt Mahler vor der Überfremdung Deutschlands. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung Deutschlands würde immer weiter zunehmen. Die Deutschen würden zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land werden. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht würde diese Entwicklung noch verstärken, weil dadurch noch mehr Ausländer einen deutschen Paß bekommen würden. Dies würde eine Einwanderungsschleuse öffnen, durch Zuzug von Ehepartnern und Familienangehörigen sowie durch deren zahlreicheren Nachwuchs würde der Anteil der Ausländer weiter stark steigen.

Die Überfremdung beinhalte auch die Gefahr, daß dadurch der Haß auf alles Fremde verstärkt würde.

---

<sup>168</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Online im Internet: URL: <http://www.horst-mahler.de/texte/Globalismus>, (Stand 21.9.99).

<sup>169</sup> Vgl. MAHLER, Horst Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, S. 2-3, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugschrift>, (Stand 21.9.99).

Die Deutschen sollten sich von der ewigen Schuld, die ihnen durch den Holocaust aufgezwungen würde, geistig lösen und die nationale Frage nicht mehr tabuisieren. Die Menschen müßten wieder zu einem Nationalbewußtsein finden, weil dies die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung Deutschlands als Heimat der Deutschen sei. Die Deutschen müßten dies von sich aus tun, weil nur sie selbst und kein anderer das deutsche Volk retten könne.<sup>170</sup>

"Ich glaube nicht, daß sich die Deutschen zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land machen lassen. So friedlich und lammfromm sind wir nämlich nicht."<sup>171</sup>

In dem bereits erwähnten Focus-Interview sagte Mahler zu dem Thema Ausländerfeindlichkeit den bezeichnenden Satz: "Das Fremde ist das Salz in der Suppe - aber wer mag eine versalzene Suppe?"<sup>172</sup>

Mahler bezieht seine ausländerfeindlichen Argumente insbesondere gegen das Volk der Türken, dies zeigt sich in folgenden Äußerungen:

"Aber wer schützt das deutsche Volk gegen die fremden Völker, die wie selbstverständlich in unserer Mitte Platz nehmen und bleiben? Das türkische Gastvolk in unserer Mitte wächst und wächst und wächst... . ... Es könnte doch sein, daß dahinter eine Eroberungsstrategie steht."<sup>173</sup>

"Die schleichende Landnahme durch die türkische Minderheit nimmt allmählich aggressive Züge an."<sup>174</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. MAHLER, Horst Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugschrift>, (Stand 21.9.99).

<sup>171</sup> Zit. n. MAHLER, Horst Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, S. 3.

<sup>172</sup> Zit. n. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch verminetes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Focus Nr. 53/1998 Burda Verlag München.

<sup>173</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 3 der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugblatt3>, (Stand 21.9.99).

<sup>174</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 5 der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugblatt5>, (Stand 21.9.99).

## 5.4 Antisemitismus

In Mahlers Äußerungen lassen sich latente antisemitische Ressentiments finden. Nach seiner Ansicht existiere eine die Welt kontrollierende Krake des an der amerikanischen Ostküste sitzenden Spekulationskapitals. Zudem sieht er in dem Streben nach Finanzmacht eine jüdische Eigenschaft.

In einem offenen Brief an Ignaz Bubis forderte Mahler, daß über die tief verwurzelten antijüdischen Ressentiments gesprochen werden müßte. Das Schweigen aufgrund des Holocaust könne die Schwierigkeiten nicht verschwinden lassen, außerdem sei es viel gefährlicher, wenn die Probleme nicht zur Sprache gebracht würden.<sup>175</sup>

"Schon der Anspruch der Juden, das von Gott auserwählte Volk zu sein, ist notwendig begleitet von Ablehnung der Juden durch andere Völker, die sich nach der jüdischen Lehre als "nicht auserwählte" begreifen müssen. Darüber muß man frei reden dürfen."<sup>176</sup>

In einem Interview stellt Mahler die Behauptung auf, daß durch das Verhalten von Ignaz Bubis das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden Schaden nehmen könnte. Man solle nicht jeden, z.B. Martin Walser, der eine andere Position in der Holocaust-Diskussion vertrete als Herr Bubis, gleich als Antisemiten verurteilen.

Außerdem müsse man bedenken, daß in der Geschichte des Abendlandes von Anfang an ein starker antijudaistischer Komplex bestanden habe. Diesen dürfe man nicht ignorieren, man solle ihn aber auch nicht mit aller Gewalt heraufbeschwören.

In den Thesen über Juden und Deutschland als geistige Notwehr des deutschen Volkes schreibt Mahler, daß die Vollendung des jüdischen Geistes in der Weltherrschaft des Geldes liegen wür-

---

<sup>175</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Offener Brief an Ignaz Bubis, Online im Internet: [URL: http://www.horst-mahler.de/texte/bubisbrief](http://www.horst-mahler.de/texte/bubisbrief), (Stand 21.9.99).

<sup>176</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Offener Brief an Ignaz Bubis, Online im Internet: [URL: http://www.horst-mahler.de/texte/bubisbrief](http://www.horst-mahler.de/texte/bubisbrief), (Stand 21.9.99).

de. Deshalb sei es notwendig, den jüdischen Geist zu überwinden.<sup>177</sup>

### **5.5 Verherrlichung/Verharmlosung des NS-Regimes und Verharmlosung des Holocaust**

In Mahlers Äußerungen zeigt sich, daß er die Problematik des NS-Regimes und des Holocaust verharmlost:

"Warum waren die Nazis so erfolgreich? Weil sie Dinge ansprachen, die den Menschen wichtig waren. Nur weil Werte und Idealvorstellungen durch Hitler mißbraucht wurden, können wir sie doch nicht einfach abschaffen."<sup>178</sup>

In einem Interview bezeichnete Mahler den Straftatbestand "Leugnung des Holocaust" als unerträglich. Diese Äußerungen würden zur geistigen Freiheit gehören und dürften nicht kriminalisiert werden. Diese Menschen würden den Holocaust leugnen, weil sie nicht ertragen könnten, daß die Deutschen dieses Grauen zu verantworten hätten. Für diese nationale Moral würden sie sogar ins Gefängnis gehen.<sup>179</sup>

"Der Nationalsozialismus war der erfolgreiche Versuch, auf heidnischer Grundlage im Glauben an die Volksgemeinschaft als nachempfunderer Thinggenossenschaft den Zugang zur Innerlichkeit ... wiederzufinden."<sup>180</sup>

### **5.6 Beseitigung des freiheitlichen Rechtsstaates**

In einem Interview mit der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" behauptete Mahler, daß das System des Parteienstaates scheitern werde, weil es die existentiellen Probleme des deutschen Volkes

---

<sup>177</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Thesen über Juden und Deutschland als geistige Notwehr des deutschen Volkes, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/judentum>, (Stand 21.9.99).

<sup>178</sup> Zit. n. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Burda Verlag München.

<sup>179</sup> Vgl. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Burda Verlag München.

<sup>180</sup> Zit. n. MAHLER, Horst: Thesen über Juden und Deutschland als geistige Notwehr des deutschen Volkes, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/judentum>, (Stand 21.9.99).

nicht lösen könne. Dieses System zu beseitigen sei notwendig, damit ein Überleben des deutschen Volkes möglich sei. Der Parteienstaat sei eine von den Siegern 1919 und 1949 aufgezwungene, den Deutschen fremde politische Ordnung, welche die Diktatur der Sonderinteressen über das Gemeinwohl hervorgebracht hätte. Zu den Grundzügen für ein neues Verfassungsmodell gehöre, daß die wirkliche politische Freiheit mit gesetzgebenden Versammlungen, die unbeeinflußt von Gruppeninteressen alle Deutschen repräsentiere, verbunden sei. Nach Mahlers Vorstellungen sei eine Monarchie die geeignete Regierungsform. Ein siebenköpfiger Reichsrat, der vom Volk als oberstes Organ des Reiches gewählt würde, würde aus seiner Mitte einen Monarchen auf Lebenszeit wählen, der nur mit qualifizierter Mehrheit vom Gesetzgeber abberufen werden könne.

<sup>181</sup>

Mahler führte diese Gedanken weiter und entwarf "Skizzen und Notizen für eine Reichsordnung". Er behauptet darin, daß das deutsche Reich mit Kriegsende/Kapitulation am 8. Mai 1945 nicht untergegangen sei, sondern nur vorübergehend handlungsunfähig geworden wäre. Mit dem Inkrafttreten dieser Reichsordnung werde die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wiederhergestellt. Die Reichsordnung zeigt Gemeinsamkeiten mit der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches (Oberstes Organ des Reiches ist der Deutsche Kaiser), hat aber auch germanische (Thinghauptmann als Sprecher des Reiches) und nationalsozialistische (Wehrmacht, Gaue, deutsche Volksgemeinschaft) Anklänge.

Als Gewalten des Einheitsstaates werden genannt:

Reichsoberhaupt (Kaiser der Deutschen), Regierung (Reichskanzler), Gesetzgeber (Deutscher Reichstag), Gerichtsgewalt (Reichsge-

---

<sup>181</sup> Vgl. MAHLER, Horst Interview mit der Deutschen Stimme – Nationaldemokratische Zeitung leicht gekürzt abgedruckt in Deutsche Stimme Nr. 4/99 S.5-7, Online im Internet: URL: [http://www.horst-mahler.de/texte/DS](http://www.horst-mahler.de/texte/DS%20Interview) Interview, (Stand 21.9.99).

richtshof), Bewaffnete Macht (Wehrmacht) und das Reichsvolk.<sup>182</sup>

Dieser Verfassungsentwurf widerspricht in vielen Teilen dem Grundgesetz und auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, z.B. Parteienverbot, Aufhebung des Grundsatzes der Gewaltenteilung.

Mahler organisierte zusammen mit Oberlercher und Johannes Ney am 9. November 1999 in Leipzig eine Veranstaltung unter dem Motto "Deutschland auf dem Wege zu einer Reichsordnung". Diese drei Personen veröffentlichten in diesem Zusammenhang die "Thesen zur Reichsstatthalterschaft". Darin wird behauptet, daß das Deutsche Reich bestehe, aber handlungsunfähig sei. Nach Wiedererlangung seiner Handlungsfähigkeit werde die Bundesrepublik abgewickelt. Das vordringlichste Interesse des Reiches sei zunächst die Schaffung einer Institution durch den nationalen Widerstand, die als Behörde ohne Auftrag für das Deutsche Reich wirke (Reichsstatthalterschaft). Die Reichsstatthalterschaft solle die künftige Handlungsfähigkeit des Reiches vorbereiten. Sie solle die Anstrengungen der Deutschen, die für den Erhalt als Volk eintreten, zusammenführen und den Kampf gegen die Fremdherrschaft leiten.<sup>183</sup>

## 5.7 "Bürgerbewegung für unser Land"

In dem bereits erwähnten Focus-Interview erklärte er die Notwendigkeit für eine "nationale Sammlungsbewegung", die für jeden offen sei. Ziel dieser Sammlungsbewegung sollte die Verhinderung der Staatsbürgerschaftsnovelle sein, damit die Überfremdung Deutschlands nicht noch stärker voranschreite. Er wies darauf hin, daß über Staatsbürgerschaftsrechte nicht die Partei-

---

<sup>182</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Einleitende Betrachtung zur Skizze für eine Reichsordnung, Online im Internet: URL: <http://www.werkstatt-neues-deutschland.de/texte/991106>, (Stand 20.1.2000).

<sup>183</sup> Vgl. MAHLER, Horst: Thesen zur Reichsstatthalterschaft, Online im Internet: URL: <http://www.werkstatt-neues-deutschland.de/texte/991107>, (Stand 20.1.2000).

en oder der Zentralrat der Juden entscheiden solle, sondern allein das Volk.<sup>184</sup>

Am 19. April 1999 wurde in Frankfurt/M. die "Bürgerbewegung für unser Land" gegründet. Zu den Mitgliedern gehörten auch Anhänger der Republikaner. Annemarie Paulitsch ist die Vorsitzende und Horst Mahler ist stellvertretender Vorsitzender dieser rechtsextremistischen Gruppierung. Er initiiert die Aktivitäten, tritt als Redner auf und formuliert die politischen Ziele. Seit Mai 1999 werden die Montagsdemonstrationen von der Bürgerbewegung getragen und angemeldet. Auch als Veranstalter einer Feier zur Wiedervereinigung am 9. November 1999 in Vacha war sie tätig. Insgesamt betrachtet hat die "Bürgerbewegung für unser Land" nicht den erhofften Zulauf bekommen und ist derzeit eher als unbedeutend einzuschätzen.

### **5.8 Aktivitäten Mahlers und Kontakte zu Rechtsextremisten**

Anfangs benutzte Mahler die bürgerliche Presse zur Verbreitung seiner Ansichten, dann aber verstärkt rechtsextremistische Publikationen und Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen. Er äußerte sich in rechtsextremistischen Publikationen wie dem NPD-Organ "Deutsche Stimme", "Freiheit Wattenscheid", "Politische-Hintergrund Informationen" (PHI-Pressedienst) sowie in den österreichischen Schriften "Aula" und "Phönix". In der Wochenzeitung "Junge Freiheit" erschienen einige Artikel von Horst Mahler, die Zeitung führte auch Interviews mit ihm.

Mahler agiert verstärkt im Medium Internet. Auf seiner eigenen Homepage, auf der Homepage der "Bürgerbewegung unser Land" und auf der Homepage "Werkstatt Neues Deutschland" veröffentlicht er seine Schriften.

Darüber hinaus organisierte Mahler sogenannte Montagsdemonstrationen, die unter dem Motto "Wir sind das Volk" standen. Die Themen dieser Veranstaltungen waren die Warnung vor einer Überfremdung und die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft. Von Februar bis Oktober 1999 fanden in Berlin und

---

<sup>184</sup> Vgl. VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Burda Verlag München.



Frankfurt mehr als 8 Montagsdemonstrationen mit bis zu 100 Teilnehmern statt.

Vertreter der unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus bemühen sich um eine Kontaktaufnahme mit Mahler. Manche sehen in Mahler einen neuen Vordenker der Rechten Szene und hofieren ihn. Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse – von Parteien bis Neonazis – laden Mahler zu bundesweiten Veranstaltungen ein. Auf solchen Veranstaltungen trägt Mahler seine Ansichten vor.

Beispiele für Veranstaltungen, bei denen Mahler als Redner aufgetreten ist:

- Landesparteitag der NPD in Baden-Württemberg am 25. April 1999
- zusammen mit dem ehemaligen Rechtsterroristen Peter Naumann bei der "Kameradschaft Karlsruhe" am 20. März 1999 in Karlsruhe
- zusammen mit Peter Naumann beim "Deutschen Kulturwerk" am 12. Juni 1999 in Iserlohn
- Vortragsveranstaltung des Freundeskreises "Ein Herz für Deutschland" am 17. April 1999 in Karlsruhe
- "Freizeitverein Isar 96 e.V." am 3. Juli 1999 in München

Mahler verfügt über gute Kontakte zu Manfred Roeder. An der zweiten Montagsdemonstration nahmen beide zusammen teil. Bei einer geplanten Montagsdemonstration am 12. April 1999 in Kassel wollten Mahler und Roeder wieder gemeinsam auftreten, die Veranstaltung wurde letztendlich durch Gegendemonstrationen verhindert.

Am 3. Oktober 1999 wirkte Horst Mahler zusammen mit Oberlercher an einer Veranstaltung des Schlingensief-Projectes "Deutschland 99" im Hamburger Schauspielhaus mit. Mahler nahm auch an einer weiteren "Inszenierung" des Theaterprovokateurs Schlingensief am 22. November 1999 an der Berliner Volksbühne teil.

Am 9. November 1999 veranstalteten Mahler und Oberlercher zusammen mit dem revisionistischen Buchautor Johannes P. Ney

in Leipzig ein Treffen mit ca. 70 Teilnehmern unter dem Thema "Deutschland auf dem Wege zu einer Reichsordnung".

Allerdings ist Mahler auch innerhalb der rechten Szene nicht unumstritten. Bisher stimmten Mahler, Oberlercher und Dr. Hans-Dietrich Sander, Herausgeber des rechtsextremistischen Theorieorgans "Staatsbriefe", in ihren politischen Ansichten überein. Alle drei haben eine linksextremistische Vergangenheit. Sander kritisierte in den "Staatsbriefen" seine Mitautoren Mahler und Oberlercher für die Aktion am 9. November 1999 in Leipzig, das Deutsche Reich zu proklamieren und durch eine Reichsstatthalterschaft wahrzunehmen, sowie für die Teilnahme an dem Projekt des Theaterprovokateurs Schlingensiefel. Es deutet auf ein Zerwürfnis hin, wenn Sander seinen beiden Mitautoren verwirft, daß sie sich nicht nach dem analytisch-strategischen Konzept der "Staatsbriefe" richten, sondern Aktionismus, politischen Infantilismus, Lageblindheit und einfaches Profilierungsstreben zum Ausdruck bringen würden. Durch dieses Verhalten würde das Hauptanliegen der "Staatsbriefe", die Reichsidee lächerlich gemacht und der Publikation somit Schaden zugefügt.<sup>185</sup>

Am 27. Mai 2000 trat Horst Mahler bei der NPD-Veranstaltung "2. Tag des nationalen Widerstandes" in der Passauer Nibelungenhalle als Redner auf. Dabei äußerte er seine Sympathie für die NPD, weil er immer den US-Imperialismus bekämpft habe und jetzt feststellen müsse, daß nur noch die NPD diesen Kampf fortsetze.

Franz Schönhuber und Horst Mahler haben als Autoren ein Buch mit dem Titel "Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland" verfaßt, darin wird ein Gespräch zwischen den beiden Autoren über die unterschiedlichsten Politikfelder dokumentiert. Die offene Ablehnung von Demokratie und Parteien sowie antisemitische und revisionistische Äußerungen lassen sowohl bei Mahler wie bei Schönhuber rechtsextremistische Auffassungen erkennen. Darüber hinaus plädiert Mahler für die Errichtung eines neuen Reiches unter der Herrschaft eines

---

<sup>185</sup> Vgl. DR. SANDER, Hans-Dietrich: Reichskabbalistik, in: Publikation Staatsbriefe Nr. 10/99, Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander, Castel del Monte-Verlag München.

Monarchen. Es werden aber auch Differenzen zwischen beiden Autoren sichtbar, z.B. bei der Rolle der Bundeswehr, dem Verhältnis zur Religion. Mahler dominiert formal und inhaltlich in diesem Buch, ein Spannungsverhältnis zwischen beiden Personen scheint durchaus zu bestehen.<sup>186</sup>

## **6. Zusammenfassende Betrachtungen**

### **6.1 Kontinuitäten und Brüche zwischen Mahlers links- und rechtsextremistischen Ideologien**

Mahler Bestrebungen waren immer darauf gerichtet, den Staat und somit auch die Gesellschaft zu verändern. Er lehnt die demokratische Staatsform, den Liberalismus und die politische Pluralität ab. Mahler sieht seine jeweilige politische Ansicht als die einzig richtige an, alle anderen Alternativen lehnt er kategorisch ab. Mit seinen linksextremistischen Aktivitäten wollte er eine sozialistische klassenlose Gesellschaft erreichen. Es sollte eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel realisiert werden. In der heutigen Zeit beachtet er seine damaligen sozialistischen Ziele nicht mehr, sondern strebt eine Monarchie zum Schutz des deutschen Volkes vor Überfremdung an.

Mahler trat – sowohl in seiner links- als auch in seiner rechtsextremistischen Phase – immer gegen Imperialismus und Kapitalismus ein. Mit seinen sozialistischen Aktivitäten wollte er auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Massen durch den Kapitalismus hinweisen. Der Imperialismus würde vor allem von den transnationalen Großunternehmen gefördert, die Entwicklungsländer würden am stärksten unter diesem System leiden. Heutzutage nennt Mahler die Gefahr nicht mehr Imperialismus, sondern Globalismus. Unter diesem Begriff versteht er die vom realen wirtschaftlichen Geschehen abgekoppelten Finanzmassen, welche die gesamte Weltwirtschaft bedrohen würden, weil sie sich nur am privatem Profit orientieren würden. Darin würde eine

---

<sup>186</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, Franz und MAHLER, Horst: Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Verlagsgesellschaft Berg (VGB), Berg am Starnberger See 2000.

besondere Gefahr für die Volkswirtschaften der einzelnen Länder und somit auch für Deutschland liegen.

Mahler hat immer eine anti-amerikanische Einstellung vertreten. Er sah damals in den USA das Kernland des Imperialismus und des Kapitalismus und engagierte sich gegen den Vietnamkrieg, weil er die Unterdrückung des vietnamesischen Volkes durch die USA nicht hinnehmen wollte. Auch seine rechtsextremistische Ideologie richtet sich gegen die USA, weil er darin das Kernland des Globalismus sieht. Die amerikanische Vorherrschaft müsse überwunden werden, um eine stabile Weltordnung zu erreichen. Ferner vertritt er die Meinung, daß die USA für die Umerziehungsideologie mitverantwortlich seien. Dieses hätte bewirkt, daß die Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage im zweiten Weltkrieg von den Alliierten zu einem Volk ohne Willen zur Nation und mit ewiger Schuld beladen umerzogen worden wären. Der Holocaust-Gedächtniskult würde dies noch verstärken.

Während seiner RAF-Zeit sympathisierte er für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und hatte daher eine anti-zionistische Einstellung. Die RAF ließ sich damals in einem Ausbildungscamp der El Fatah in Jordanien von den Palästinensern militärisch schulen. Verstärkt würde diese Einstellung noch durch die engen Beziehungen des zionistischen Israel zu der imperialistischen Großmacht USA. Er verglich die Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem angestammten Lebensraum durch den Staat Israel mit der faschistischen Ausrottungspolitik des deutschen Nationalsozialismus. Mittlerweile hat sich Mahlers Einstellung zu einem starken Antisemitismus entwickelt. Er behauptet, daß in der Geschichte des christlichen Abendlandes von Anfang an eine anti-jüdische Haltung vorhanden sei. Dieses könne man nicht ignorieren. Außerdem sieht er eine Ursache für die Gefahr des Globalismus im Judentum, da das Streben nach Finanzmacht eine jüdische Eigenschaft sei.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es gemeinsame Ansatzpunkte gibt, zwischen seinen links- und rechtsextremistischen Ansichten, wie z.B. Anti-Imperialismus, Anti-Kapitalismus oder Anti-Amerikanismus. Die Ausgestaltung seiner jeweiligen Ideologie führt zu völlig entgegengesetzten Bestrebungen. Früher er-

strebte er den internationalen Sozialismus, heute dagegen engagiert er sich für den Erhalt des Deutschen Volkes gegen Überfremdung.

## 6.2 Erklärungsversuche für Mahlers Wandel

Auch wenn es neben Horst Mahler noch andere Personen gibt, die einen politischen Seitenwechsel von links nach rechts vollzogen haben, wie z.B. die ehemaligen SDS-Aktivisten Reinhold Oberlercher und Günter Maschke, die man heute im rechten Spektrum wiederfindet, so kann man nicht von einer Tendenz oder Bewegung sprechen. Es sind nur einzelne Personen, Horst Mahler ist die herausragendste Persönlichkeit unter ihnen. Er hat einen extremen Seitenwechsel vollzogen, vom Linksterroristen zum aktiven Rechtsextremisten. Dadurch hat er öffentliches Interesse für seine Person geweckt.

Derzeitig sind keine äußeren Einflüsse als Ursachen für Mahlers Wandels erkennbar, deshalb ist eine Erklärung wohl in der Persönlichkeit von Horst Mahler zu suchen.

Ullrich Fichtner versucht eine Erklärung für das Phänomen Horst Mahler in dem Artikel "Erster sein, Bester, Extremster" in der Frankfurter Rundschau zu finden. Darin stellt er folgende Hypothese auf:

"Mahler kann die Aussicht in der zweiten Reihe nicht ertragen. Erster zu sein, Bester, Extremster, dieser Ehrgeiz begleitet ihn durch sein ganzes Leben."<sup>187</sup>

Der Lebenslauf von Horst Mahler scheint diese Behauptung zu bestätigen. Als Student erhielt er ein Stipendium für Begabte, anschließend wurde er ein erfolgreicher Wirtschaftsanwalt. Innerhalb der Studentenbewegung der 60er-Jahre stand Mahler in vorderster Reihe und wurde einer der maßgeblichen Köpfe der Außerparlamentarischen Opposition. Er gründete politische Vereine und marschierte bei Demonstrationen in erster Reihe. In aufsehenerregenden Prozessen vertrat er vor Gericht u.a. Fritz Teufel, Rudi Dutschke und Andreas Baader, dabei hielt er poli-

---

<sup>187</sup> Zit. n. FICHTNER, Ullrich: Erster sein, Bester, Extremster, in: Frankfurter Rundschau Nr. 62/1999 vom 15. März 1999.

tisch provozierende Plädoyers. Mahler verschärfte sein Engagement, tauchte in die Illegalität ab und war Gründungsmitglied der terroristischen RAF. Von Beginn an hatte er auch in der RAF eine führende Rolle. Als richtungsweisender Ideologe der RAF rief er in seinen Schriften zum bewaffneten Kampf gegen den Staat auf. Während seiner Gefängnishaft distanzierte er sich vom Terrorismus und versuchte, die noch aktiven Terroristen zur Abkehr zu bewegen. Dadurch wurde Mahler zum "Vorzeige-Ex-Terroristen". Heutzutage drängt er sich in die Rolle eines Vordenker des Rechtsextremismus durch ausländer-feindliche Äußerungen, unverhohlenen Antisemitismus und Verharmlosung der NS-Zeit. In seinen rechtsextremistischen Aktivitäten hat er sogar schon eine deutsche Reichsordnung proklamiert.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß Horst Mahler seine extremistischen Aktivitäten benutzt, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Ein Leben als Rechtsanwalt scheint ihn nicht auszufüllen.

Man könnte vermuten, daß sich Mahler jeweils für die politische Richtung engagiert, mit der er provozieren und in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gelangen kann. In den 60er-Jahren war der Linksextremismus ein brisantes Thema, das von der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Durch seine Aktivitäten für die sozialistische Protestbewegung wurde Mahler zu einer der führenden Personen der Außerparlamentarischen Opposition APO und einer der bekanntesten und meist genannten Strafverteidiger jener Zeit. Er stand im Blickfeld der Öffentlichkeit.

Die politische Situation hat sich nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands geändert. Linksextremistische Bestrebungen werden viel weniger beachtet, dafür hat der Rechtsextremismus besonders in den neuen Bundesländern stark zugenommen. Die Medien und die Öffentlichkeit reagieren sehr sensibel auf rechtsextremistische Äußerungen und Aktivitäten. Vielleicht hat sich Mahler deshalb dem Rechtsextremismus zugewendet. Mit seinen rechtsextremistischen Äußerungen hat er in den Medien und in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt. Mahler wurde ein gefragter Interview-Partner und auch politische Fernsehsendungen beschäftigten sich mit seiner Person. Auffällig ist auch, daß Mahler sich im gesamten Rechten Spek-

trum von Parteien, Kameradschaften, Burschenschaften usw. zu Veranstaltungen einladen läßt. Sogar bei Veranstaltungen des Theaterprovokateurs Schlingensiefel hat er mitgewirkt. Es entsteht der Eindruck, daß Mahler nach der Prämisse handelt: viele Auftritte bringen viel Aufmerksamkeit. Man könnte die Vermutung aufstellen, daß es Mahler hierbei weniger um politische Inhalte, sondern vielmehr um das Streben nach Aufmerksamkeit gehe.

In einem Punkt hat sich Mahler nicht geändert, er lehnt den demokratischen Rechtsstaat und insbesondere den Liberalismus ab. Seinen jeweiligen politischen Standpunkt sieht er als den einzig richtigen an. Dieses unterstreicht er durch die Verbreitung seiner Ideologien, welche ein wirres Konglomerat aus verschiedenen philosophischen Ansätzen darstellen, dafür benutzt er u.a. Marx, Hegel, Nietzsche.

Er riskiert mit seinen extremistischen Aktivitäten sogar seinen Beruf als Rechtsanwalt. Für seine Mitgliedschaft in der links-terroristischen RAF und den damit verbundenen strafbaren Handlungen erhielt Mahler eine Haftstrafe von insgesamt 14 Jahren und verlor seine Zulassung als Anwalt. Nur mit großem Aufwand konnte er 1988 seine Wiedenzulassung als Anwalt erreichen. Auch Mahlers derzeitige politische Äußerungen werden von der Staatsanwaltschaft kritisch verfolgt. Die Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Volksverhetzung verliefen bisher erfolglos.

Die Erklärungen für den Wandel von Horst Mahler sind nur Vermutungen und Spekulationen. Objektiv betrachtet muß man die Frage stellen, ob die gegenwärtige politische Verhaltensweise seinen tatsächlichen Überzeugungen entspricht. Diese dürfte angesichts seiner Vergangenheit erst mit zeitlicher Distanz beurteilt werden können.

## 7. Literaturverzeichnis

- AUST, Stefan: Der Baader Meinhof Komplex, Hofmann und Campe, Hamburg 1985
- BÄCKER, Jürgen H. und MAHLER, Horst: Sie verraten unsere Ideale! (Thesepapier), verfaßt in der Haftanstalt November 1977
- BACKES, Uwe und JESSE, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Verlag Ullstein GmbH, Berlin, 1993
- BUTZ, Peter: RAF Terrorismus in Deutschland, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1991
- DIGEL, Werner und Kwiatkowski, Gerhard: Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Band 2: Bibliographisches Institut AG, Mannheim 1983
- DR. MUNZINGER, Ludwig: Artikel: Horst Mahler, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv – Lieferung 38/98 P013471-4, Munzinger Archiv GmbH, Archiv für publizistische Arbeit Ravensburg
- DR. SANDER, Hans-Dietrich: Reichskabbalistik, in: Publikation Staatsbriefe Nr. 10/99, Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander, Castel del Monte-Verlag München
- FICHTNER, Ullrich: Erster sein, Bester, Extremster, in: Frankfurter Rundschau Nr. 62/1999 vom 15. März 1999
- HORCHEM, Hans Josef: Die verlorene Revolution, Terrorismus in Deutschland, Busse Seewald, Herford 1988
- MAHLER, Horst; MASCHKE, Günter und OBERLERCHER, Reinhold: Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Publikation Staatsbriefe Nr.1/1999, Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander, Castel del Monte-Verlag München
- o.V.: Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF – Monika Berberich für die Gefangenen der RAF im Prozeß Baader-Befreiung am 27.September



1974, in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, herausgegeben von den "Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD", Druck im Eigenverlag, ohne Orts- und Jahresangabe

SCHÖNHUBER, Franz und MAHLER, Horst: Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Verlagsgesellschaft Berg (VGB), Berg am Starnberger See 2000

SCHUSTER, Jacques: Horst Mahler – der einstige Terrorist ist sich treu geblieben, in: Die Welt vom 31. Juli 1999

Streitgespräch zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum und Horst Mahler: Wir müssen raus aus den Schützengräben, in: Zeitschrift der Spiegel Nr. 53 vom 31.12.1979 Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co.KG Hamburg

Urteil des Kammergerichts Berlin: Az. (1) StE 1/72 (10/72) vom 26.2.1973

Urteil des Landgerichts Berlin: Az. (506) 2 P Kls 3/67 (55/67) vom 22.3.1968

VON FLOCKEN, Jan und VOGT, Eberhard: Ideologisch vermintes Gelände, in: Focus Nr.53/1998 Burda Verlag München

WILLEY, Kenda: Ein Anwalt in Waffen: Horst Mahler, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), Der Partisan Theorie, Strategie, Gestalt, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1990

**Die nachfolgend aufgeführten Schriften wurden von Horst Mahler verfaßt:**

MAHLER, Horst: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1962

MAHLER, Horst: Anmerkung zur Ausarbeitung: Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland, Schrift wurde innerhalb des SDS verbreitet, 1966

MAHLER, Horst: Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 - und wie man sie überwindet, der BED ver-

öffentliche dieses Thesenpapier unter dem Titel: Das Mahler-Papier und die SPD als Extra-Dokumentation in zwei Teilen, Teil I: BED 77/68, 25.9.1968, S. 7-9 , und Teil II: BED 78/68, 28.9.1968

MAHLER, Horst: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa Mai 1971 in: Rote Armee Fraktion Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, ID-Verlag Independent Verlagsgesellschaft, Berlin 1997

MAHLER, Horst: Um die Reihen zu schließen – Organisiert die solidarische Kritik an der sektiererischen Linie der RAF, in: Die Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren! Die Massen gegen die Staatliche Unterdrückung zusammenschließen! Die Kritik an der falschen Linie der RAF entfalten!, herausgegeben vom Landesvorstand der Roten Hilfe e.V., Berlin 1974,

MAHLER, Horst: Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis, herausgegeben vom Zentralvorstand der Roten Hilfe zum 6. Jahrestag der "widerrechtlichen Inhaftierung", Köln 1976

MAHLER, Horst: Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft, in: Sie würden uns gerne im Knast begraben, Beiträge zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin, zur Auseinandersetzung um den 2. Juni 1967 10 Jahre danach, herausgegeben vom AstA der Pädagogischen Hochschule Berlin, Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, radikal – sozialistische Zeitung für Westberlin, Kommunistischer Bund (KB)/ Gruppe Westberlin, Sozialistischer Studentenbund (SSB), 1. Auflage, Berlin, Juli 1977

MAHLER, Horst: Ausbruch aus einem Mißverständnis, in Kursbuch 48, Kursbuch Verlag, Berlin, Juni 1977

MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 3 der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.unserland.de/archiv/flugblatt3> (Stand 21.9.99)

- MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 4a der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugblatt4> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Flugblatt Nr. 5 der Bürgerbewegung "Für unser Land", Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugblatt5> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Offener Brief an Ignaz Bubis, Online im Internet: URL: <http://www.horst-mahler.de/texte/bubisbrief> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation, Online im Internet: URL: <http://www.horst-mahler.de/texte/Globalismus> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/flugschrift> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Thesen über Juden und Deutschland als geistige Notwehr des deutschen Volkes, Online im Internet: URL: <http://www.unser-land.de/archiv/judentum> (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Interview mit der Deutschen Stimme – Nationaldemokratische Zeitung leicht gekürzt abgedruckt in Deutsche Stimme NR. 4/99 S.5-7, Online im Internet: URL: <http://www.horst-mahler.de/texte/DS> Interview (Stand 21.9.99)
- MAHLER, Horst: Einleitende Betrachtung zur Skizze für eine Reichsordnung, Online im Internet: URL: <http://www.werkstatt-neues-deutschland.de/texte/991106> (Stand 20.1.2000)
- MAHLER, Horst: Thesen zur Reichsstatthalterschaft, Online im Internet: URL: <http://www.werkstatt-neues-deutschland.de/texte/991107> (Stand 20.1.2000)
- MAHLER, Horst: Erklärung zum Prozeßbeginn am 9. Oktober 1972, veröffentlicht vom Berliner Extra-Dienst (BED) 82/72,

14.10.1972, unter dem Titel "Das politische Bekenntnis des  
Horst Mahler"

## Anlage 1

Aufzeichnung der Erklärung von Horst Mahler am 9.10.1972

Sie klagen mich an, ich hätte mich mit anderen Genossen "zu einer festgefügt Gruppe zusammengeschlossen, um vereint die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik nach dem Vorbild der südamerikanischen Stadtguerillas mit allen Mitteln, insbesondere durch Gewaltmaßnahmen, zu bekämpfen und so die Voraussetzungen für eine erfolversprechende revolutionäre Arbeit zu schaffen."

Die Anklage fällt auf ihre Urheber zurück.

Sie selbst, die Bande von General Motors, Ford, ARMO, General Electric, ITT, Siemens, AEG, Flick, Quandt, BASF, Springer, Unilever, United Fruit und einigen anderen - die transnationalen Kapitalkonsortien, das imperialistische Monopolkapital insgesamt - sind die monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte. Diese mit allen notwendigen und erreichbaren Mittel zu zerstören, ist eine Lebensnotwendigkeit für mehr als drei Milliarden Menschen.

Die einzige Anklage, die ich gelten lasse, ist die, daß wir dafür zuwenig getan haben; daß wir zu lange gezögert und nicht unser Bestes gegeben haben; daß wir zuviel geredet und zuwenig gehandelt haben; daß wir zu lange versucht haben, die Falschen vom Richtigen zu überzeugen, statt das Richtige selbst zu tun.

Unsere Richter werden nicht die Vogelscheuchen in den schwarzen, lila oder roten Roben sein, sondern befreite Menschen in einer freien menschlichen Gemeinschaft. Vor ihnen können wir auf mildernde Umstände rechnen: wir haben nach vielen Irrtümern und Schwankungen endlich begriffen, daß das imperialistische System, das immer größeren Teilen der Menschheit die Hölle auf Erden bereitet, nur durch die Tat des bewaffneten Volkes zu besiegen ist und nicht durch Beschwörungen, moralische Appelle und parlamentarische Spielchen.

Die Rote Armee Fraktion hat den Gedanken der Volksbewaffnung aufgegriffen. Wir haben - wie unvollkommen auch immer - durch unsere

Praxis den bewaffneten Volkskrieg in der Bundesrepublik und Westberlin auf die Tagesordnung gesetzt. Das war der notwendige erste Schritt.

Nicht mit wohlfeilen Worten sondern durch die Tat haben wir uns auf die Seite der Überwiegenden Mehrheit des Volkes gestellt, das heute Überall auf der Erde die Waffen ergreift, um sich von imperialistischer Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung zu befreien. Nach Jahrhunderten der Knechtschaft und Erniedrigung beantwortet das Volk heute die mörderische Unterdrückung durch die Ausbeuterklassen mit dem revolutionären Volkskrieg. Dieser Krieg, der sich gegenwärtig vor unseren Augen entfaltet, ist ein Weltkrieg - es wird der letzte und zugleich längste und blutigste Krieg der Geschichte sein, weil die Ausbeuter nicht vor den abscheulichsten Greueln zurückschrecken, um ihre Herrschaft zu erhalten. Es ist kein Krieg unter Nationen sondern ein Krieg der Klassen, der alle nationalen, sozialen, kulturellen und religiösen Grenzen und Barrieren für immer von der geschichtlichen Bühne fegen wird. Schon heute beginnt der revolutionäre Volkskrieg das in zahlreichen Nationalitäten, religiöse Gruppen und soziale Schichtungen vielfach gespaltenen und zertrennten Volk, die arbeitenden Massen aller Länder und Erdteile, zu einem im Widerstand gegen den Imperialismus.

Der revolutionäre Weltkrieg der Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist ein langdauernder Krieg mit vielen Schlachten, kleinen und großen Gefechten, mit Niederlagen und Siegen. Die Tage der Pariser Kommune von 1871 zählen ebenso zu seiner Chronik wie die russische Oktoberrevolution, der Feldzug der chinesischen Arbeiter- und Bauernarmee und die Guerillakriege der indochinesischen, algerischen und kubanischen Bauern und Arbeiter. Die siegreiche Oktoberrevolution von 1917 verliert nicht dadurch an Bedeutung, daß unter den Bedingungen der imperialistischen Einkreisung und der relativen sozial-ökonomischen Rückständigkeit viele ihrer Errungenschaften, insbesondere die Arbeiterdemokratie, verloren gingen. Das vietnamesische Volk hat in seinem fast dreißigjährigen Kampf gegen die imperialistischen Großmächte Japan, Frankreich und USA der

Welt ein bewundernswürdiges Beispiel an Mut, Entschlossenheit, Ausdauer und revolutionärer Phantasie gegeben, das für die künftige Entwicklung des Volkskrieges bestimmend ist. Der unbeugsame revolutionäre Geist dieses kleinen und armen Bauernvolkes, dem kein marxistischer Theoretiker den Sieg über die imperialistische Supermacht USA an der Wiege gesungen hat, weckt und mobilisiert die revolutionären Kräfte und Hoffnungen in allen fünf Erdteilen. Kein Tag vergeht ohne neue Siegesmeldungen.

Spätestens seit der Niederlage des französischen Expeditions-corps in Dien-Bien-Phu haben die Agenturen des Imperialismus die ihnen drohende Gefahr erkannt. Sie reagieren heute unmittelbar und prompt auch auf die unscheinbarsten Ansätze des Volkswiderstandes. Wo immer sich dieser Widerstand regt, intervenieren sie mit den durch Erfahrung perfektionierten Unterdrückungstechniken. So bewirken sie selbst die fortschreitende Vereinheitlichung aller revolutionären Kräfte.

Nicht die revolutionäre Theorie bringt diese Vereinheitlichung hervor sondern die konkreten Bedingungen des bewaffneten Kampfes. Im theoretischen Bewußtsein spiegelt sich dieser Prozeß noch sehr unvollkommen und verzerrt. Statt die revolutionäre Situation als eine globale zu begreifen, verstellt die aus der national-staatlichen Phase des Kapitalismus herrührende begriffliche Beschränktheit den Blick und den praktischen Zugriff auf die weltweiten Zusammenhänge. Die neue Dimension des transnationalen Imperialismus ist bisher nicht auf den Begriff gebracht. Mit den Denkgewohnheiten der uns überlieferten revolutionären Theorie ist der sich in der Gegenwart entwickelnde Volkskrieg nicht zu begreifen. Gemessen an der Wirklichkeit gleichen die Vorstellungen der europäischen Kommunisten über den Kapitalismus einer Idylle; daher verständlich, daß sie von idyllischen Kampf-formen schwärmen.

Der Kapitalismus hat mitnichten die excessive Menschenfresserei überwunden wie sie Engels in seinem Buch über die arbeitende



Klasse in England vor hundert Jahren beschrieb. Der Imperialismus reproduziert die Menschenvernichtung heute auf erweiterter Stufenleiter, ohne daß sich der Blick der marxistischen Theoretiker genügend geweitet hätte, um die vom Kapital bedingte extreme Verelendung der Menschheit richtig erfassen zu können. Im Einflußbereich des Imperialismus wächst die Lebens-/Todesnot der Menschen sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Jeder technologische Fortschritt steigert im imperialistischen System notwendig Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Verzweiflung der Massen. Daß dieser Zusammenhang hierzulande nicht wahrgenommen wird, macht seine Resultate für die Leidtragenden nicht erträglicher. Die Blindheit hat ihre Gründe: in den entwickelten Industriegesellschaften des imperialistischen Systems bilden die lohnabhängigen Massen insgesamt eine Arbeiteraristokratie, deren relativ höherer Lebensstandard die Verelendung von milliarden Menschen in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten zur notwendigen Voraussetzung hat. Das Bewußtsein, auf Kosten anderer angenehmer zu leben, ist unbequem und belastet das Gewissen; daher wird es verdrängt. Eine internationalistische Klassen-solidarität kann da schwerlich entstehen. Als Marx und Engels das Kommunistische Manifest schrieben, gab es in England, als dem am weitesten entwickelten kapitalistischen Land, auch eine Arbeiteraristokratie. Gleichzeitig vegetierten dort aber auch hunderttausende von englischen und irischen Proletariern am Rande des Existenzminimums. Diese Elenden vor den Haustüren der Reichen ließen damals in Europa das Gespenst einer proletarischen Revolution konkrete Gestalt annehmen. Das änderte sich: indem sich das Kapital zum imperialistischen Weltsystem auswuchs, wurde die für das Kapital lebensnotwendige Spaltung des Proletariat in eine relativ privilegierte Arbeiteraristokratie und in die verelendeten Massen in der Weise auf erweiterter Stufenleiter reproduziert, daß sich das Proletariat in den Metropolen insgesamt im Vergleich zu den Massen in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten eine privilegierte Stellung einnahm. Dadurch konnte das die Nervenzentren des Systems bergende Hinterland des Imperialismus weitgehend befriedet werden. Die Revolution wurde ins Exil geschickt. Um die Erfahrungen ihrer Emigration bereichert, kehrt



sie heute in die Metropolen zurück.

Daß der Gang der proletarischen Weltrevolution nicht von der Arbeiteraristokratie sondern von den verelendeten Massen bestimmt wird, ist heute so wahr wie zur Zeit der Entstehung der kommunistischen Bewegung. Um sie zu erkennen, muß man auf die Haltung des amerikanischen Industrieproletariats gegenüber dem Völkermord am vietnamesischen Volk sehen: die Arbeiter von Dow Chemical streiken nicht dagegen, daß in Vietnam die Menschen mit dem von ihnen produzierten Napalm verbrannt werden; allenfalls legen sie die Arbeit nieder, um für die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln einen höheren Lohn zu bekommen; sie wählen Nixon, damit dieser die Rüstungsindustrie - also auch ihre Arbeitsplätze - erhält. Gegen den Vietnamkrieg sind sie nicht, weil durch ihn ein selbstbewußtes Volk unter dem imperialistischen Joch gehalten werden soll, sondern weil die amerikanischen Imperialisten diesen Krieg nicht gewinnen können.

Das Bewußtsein der westdeutschen Linken wird von dem weiteren Irrtum bestimmt, der faschistische Terror als Mittel zur Erhaltung und Stabilisierung von Herrschaft sei mit der Niederlage Nazi-Deutschlands aus den Arsenalen der entwickelten kapitalistischen Länder verschwunden. Tatsächlich war der Nazismus nur die nationalistisch bornierte Vorwegnahme des faschistischen Terrors, den die Agenturen des Imperialismus heute in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten organisieren und finanzieren. Gegenwärtig leiden weitaus mehr Menschen unter dem faschistischen Terror des imperialistischen Systems als das in den Jahren von 1933 bis 1945 der Fall war. Daß der Proletariat in den Metropolen den faschistischen Terror gegen seine Klassengenossen in den unterentwickelten Gebieten hinnimmt, ja zuweilen sogar befürwortet oder fordert, hat durchaus seine Parallele im Deutschland des Hitlerfaschismus. Solange die Nazis siegten, waren es nicht nur kleinbürgerliche Massen, die ihnen begeistert folgten. Rückhalt hatten die Faschisten auch in einem erheblichen Teil des Proletariats, und das obwohl jene zu dieser Zeit schon zehntausende proletarischer Revolutionäre in den Konzentrationslagern gefangen hielten.

Faschistischer Terror ist aber noch in anderer - viel unmittelbarer Weise - ein Moment des gesellschaftlichen Prozesses in der Bundesrepublik, aus dem die mehr als drei Millionen Arbeitsemigranten aus den Südeuropäischen Ländern, der Türkei und Nordafrika nicht weggedacht werden können, ohne daß die westdeutsche Wirtschaft zusammenbräche. Diese Emigranten bilden für das Kapital eine mobile Reservearmee, ohne die die für das System lebenswichtige Kapitalvermehrung unmöglich ist, die es aber auch ermöglicht in Zeiten der unvermeidlichen Absatzkrise eine Arbeitslosigkeit von 10 - 15% durch Deportation der Emigranten und verschleiern werden kann. Dieser systemstabilisierende Mechanismus beruht auf der fast totalen Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik, den rechtsstaatswidrigen Möglichkeiten des Ausländergesetzes, den faschistischen Praktiken der deutschen Ausländerbehörden und der terroristischen Unterdrückung der arbeitslosen Massen in der Türkei, Griechenland, Spanien, Portugal, Marokko und demnächst auch Italien - also in den wichtigsten Herkunftsländern der Arbeitsemigranten. Deren fast lückenlose Überwachung durch deutsche Geheimdienste und Agenten der faschistischen Heimatregierungen, Diskriminierung und physischer Terror sowie die stets gegenwärtige Drohung der Deportation hält die Arbeitsemigranten auch auf deutschem Boden in einem Zustand gesteigerter Angst und Unsicherheit. Faschismus ist so für ca. 20% der auf westdeutschem Boden tätigen Industriearbeiterschaft Wirklichkeit.

Das imperialistische System bildet in sich eine die nationalen Grenzen überschreitende weltweite Einheit, in der die entwickelten Zentren nicht Vorbild und Muster für die nachholende Entwicklung der Peripherie sind sondern vielmehr die Bedingung für deren fortdauernde und sich verschärfende Unterentwicklung und Auspovertung. Ausbeutung und Unterdrückung sind global organisiert. Demgegenüber ist die nationale Beschränkung der Klassenkämpfe von unten nur Ausdruck der strukturellen Schwäche des Proletariats. Es gilt die globale Gestalt des Imperialismus als die bestimmende Bedingung der proletarischen Revolution zu erkennen; so erst wird sie zur Weltrevolution. Angesichts des

sich in vier Erdteilen entfaltenden Volkskrieges gegen den Imperialismus, ist für uns die Frage nicht, ob eine revolutionäre Situation gegeben ist, sondern nur noch, wie wir in der v o r h a n d e n e n revolutionären Situation unseren Standort und unsere Aufgabe zu bestimmen haben. Die Antwort finden wir nicht im korrumpierten Bewußtsein des relativ privilegierten Industrieproletariats in Westdeutschland. Unsere Aufgaben bestimmen sich in erster Linie nach den Notwendigkeiten des bewaffneten Kampfes der proletarischen Völker in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten. In zweiter Linie haben wir unsere Praxis zu bestimmen nach den heute schon vorhandenen Möglichkeiten, den bewaffneten Widerstand in den Massen hier zu verankern; wobei es unser Ziel sein muß, beide Momente in Obereinstimmung zu bringen.

Die geographischen Verhältnisse, die imperialistische Stoßrichtung des von Westdeutschland aus operierenden Kapitals sowie die aus eigenem Versagen folgende Verantwortung des deutschen Proletariats bringen uns in eine unmittelbare und enge Verbindung mit dem revolutionären Kampf des palestinensischen Volkes um die Wiederherstellung seiner Lebensgrundlagen.

Das deutsche Proletariat hat den Faschismus nicht niederhalten, den rassistischen Frevel an Millionen jüdischer Mitbürger, die Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden nicht verhindern können. Die reaktionäre zionistische Ideologie konnte nur unter dem Eindruck der faschistischen Ausrottungspolitik zu einer politischen Kraft werden. Der Zionismus hat mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palestinensischen Volkes aus seinem seitzweitausend Jahren angestammten Lebensraum auf makabre Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten. Das deutsche Proletariat darf sich seiner Verantwortung für das Schicksal des palestinensischen Volkes nicht entziehen. Das wohlbegründete Schuldgefühl gegenüber den jüdischen Opfern des faschistischen Rassenwahns darf uns nicht daran hindern, die faschistischen Greuelthaten zur Kenntnis zu nehmen, die die Zionisten heute an palestinensischen Volk begehen. Lidice heißt auch Deir Yassin; die Kinder von Oradour sind in Nablus ein zweites Mal ermordet



worden; die Flüchtlingslager im Gaza-Streifen unterscheiden sich nur unwesentlich von den faschistischen Konzentrationslagern; der in die Breite wirkende Terror der Zionisten gegen die Palestinenser in den besetzten Gebieten hat sein Vorbild in der faschistischen Besatzungspolitik gegenüber dem polnischen und dem russischen Volk während des zweiten Weltkrieges. Von den Arbeitern in den entwickelten Gebieten vergessen, vegetiert des palestinensische Volk seit fast 25 Jahren in Flüchtlingslagern. Ein vertriebenes Volk kann den revolutionären Kampf um sein Leben nicht auf heimatlichem Boden führen. Die palestinensischen Revolutionäre schlagen überall dort zu, wo sie ihren Feind treffen können. Als Speerspitze gegen die arabischen und afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen gerichtet wird das zionistische Israel von den imperialistischen Großmächten USA und Bundesrepublik ausgehalten; ohne deren militärische und wirtschaftliche Unterstützung gäbe es das Problem des zionistischen Expansionismus im arabischen Raum nicht. Die Symbiose von Zionismus und Imperialismus macht die westdeutschen Agenturen des Imperialismus zwangsläufig zu Angriffszielen des palestinensischen Widerstandes.

Die mutige Kommandoaktion der Opferbereiten des "Schwarzen September" gegen die israelische Olympiamannschaft im besonderen und gegen die Olympiade als imperialistische KdF-Show im allgemeinen ist vollendeter Ausdruck dieser richtigen strategischen Linie. Wenn die Genossen des "Schwarzen September" einen Fehler gemacht haben, dann den, daß sie nicht Genscher als Geisel genommen haben. Die Verantwortung für den Tod der israelischen Sportler liegt einzig und allein bei den Regierungen Israels und der Bundesrepublik. Sie allein hatten ein Interesse am Tod der Geiseln, um vor einer uninformierten Weltöffentlichkeit weiterhin die Tatsache zu verschleiern, daß die Zionisten ihren Raub- und Eroberungskrieg gegen das palestinensische Volk mit faschistischen Methoden fortsetzen, daß sie sich zynisch über alle Entschlüsse der Vereinten Nationen hinwegsetzen; daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer imperialistischen Strategie die Auslöschung des palestinensischen Volkes finanziert. Zwischen dem zionistischen Israel und dem palestinensischen Volk herrscht

der Kriegszustand ! Den Palästinensern ist der Krieg aufgezwungen - sie führen einen gerechten Krieg. In den besetzten Gebieten gehört die Sprengung von arabischen Häusern zur täglichen Praxis der Besatzungstruppen. Die i s r a e l i s c h e Liga für Menschen- und Bürgerrechte gibt die Zahl der nach Beendigung des 6-Tage-Krieges bis zum 13. November 1969 von der israelischen Armee niedergeworfenen Häuser arabischer Palästinenser mit 7.554 an. Im Herbst 1969 zerstörten israelische Truppen auf den Golan Höhen 17 arabische Dörfer, um so die 117.000 syrischen Bewohner jener Region zu vertreiben. In einem UNO-Bericht wird die systematische Plünderung arabischer Dörfer durch die israelischen Streitkräfte festgestellt. Um die Palästinenser führungslos zu machen werden die arabischen Intellektuellen, die Bürgermeister, die meisten arabischen Rechtsanwälte und fast alle arabischen Politiker aus den besetzten Gebieten deportiert. Um die Bewohner der besetzten Gebiete zur Flucht zu veranlassen, werden sie durch systematische Greueltaten in Furcht und Schrecken versetzt. Ständig, insbesondere nachts werden Hausdurchsuchungen und Verhöre vorgenommen. Immer wieder schießen israelische Soldaten dicht über die Köpfe der Menschen in die Luft. Verdächtige werden ohne Prüfung und Anruf auf offener Straße erschossen. Als die israelische Armee das Dorf Almine im Gaza-Streifen einnahm, die Ernte und die Häuser zerstörte, weigerten sich vier junge Palästinenser, das Vieh im Stich zu lassen. Sie wurden von den Soldaten auf der Stelle erschossen. In El Arish und Massakieh drangen die Soldaten in mehrere Privathäuser ein und erschossen deren Bewohner, darunter mehrere Kinder (UNO-Bericht). In Nablus feuerten israelische Truppen auf eine unbewaffnete Menge von arabischen Kindern und Jugendlichen - 250 von ihnen wurden erschossen (UNO-Bericht). In Bethlem erschoss die israelische Armee einen Architekten, weil er nicht zu einer befohlenen Versammlung erschienen war; der Mann war bettlägrig. In Al-Khunenya betrogen israelische Soldaten das Haus eines Arabers und fragten diesen, ob sie lieber die Söhne oder die Töchter mitnehmen sollten. Der verzweifelte Vater entschied sich gegen die Söhne, die von den Soldaten sofort vor dem Haus erschossen wurden. Danach nahmen sie auch die Mädchen. Zu diesem Vorfall stellte ~~xxx~~ der Weltfriedensrat fest, daß es

Sich nicht um einen Einzelfall gehandelt habe. Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Untersuchungen in der UNO haben ergeben, daß die Zustände in den Gefängnissen durchweg schlecht und unmenschlich sind. Folterungen sind alltägliche Ereignisse.

Die Aufzählung einzelner Greueltaten und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit erscheint hier wie eine Verharmlosung, da sie notwendig fragmentarisch bleibt. Das Verbrechen hat Methode. Es ist die Politik, die nach einer Beschreibung des stellvertretenden israelischen Ministerpräsidenten Yigal Allon darauf zielt, die arabische Bevölkerung in Schrecken zu versetzen, damit sie ihre Heimat "freiwillig" verläßt. Ohne Erfolg protestierte die UNO-Vollversammlung am 11. Dezember 1969 gegen "Kollektivstrafen, Massenverhaftungen, Zerstörungen... und anderen Aktionen der Unterdrückung gegen die Zivilbevölkerung" in den besetzten Gebieten. Am 22. März 1972 stellte die UN-Menschenrechtskommission fest, daß die gravierenden Verletzungen der Genfer Konvention, die "von Israel in den okkupierten arabischen Gebieten begangen werden, Kriegsverbrechen und eine grobe Beleidigung für die Menschheit darstellen." Die UNO protestiert, Israel terrorisiert, das palestinensische Volk krepieri, die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik applaudiert - den Mördern.

Die von Golda Meir und Genscher in Fürstentfeldbruck produzierten Leichen sollen zudecken, was der Aktion des "Schwarzen September" vorausging: Am 15. Januar 1972 überfielen israelische Stoßtrupps während der Nacht das Fischerdorf Sarafad im Südlibanon und töteten 10 Araber.

Am 31. Januar 1972 folgte ein nächtlicher Überfall auf die libanesischen Dörfer Kyan Kfar Kila.

Vom 25. bis 28. Februar 1972 besetzten israelische Truppen mehrere Dörfer im Südlibanon, sprengten im Dorf Yanta 25 Häuser, bombardierte die israelische Luftwaffe die Dörfer Rashaya, al Hakknar, Kfar-Shuba und Kfar-Haiman mit Napalm, am 27.2.1972 das Flüchtlingslager Nabutiya, tötete 10 Flüchtlinge und verwundete 50.

Auch das ist nur eine Auswahl aus einer langen Liste der Verbrechen.

Die in Fürstenfeldbruck getöteten israelischen Sportler waren nicht Unbeteiligte, wie fälschlich immer wieder behauptet wird. Sie hatten sich in Kenntnis aller Zusammenhänge für ein zionistisches godd-will-Unternehmen hergegeben. Sie waren Soldaten eines zionistischen Propagandastößtrupps. Sie kannten ihr Risiko - deshalb hatten sie von deutschen Dienststellen auch besondere Schutzmaßnahmen verlangt. Die Aktion des "Schwarzen September" war eine Kriegshandlung auf dem Boden einer am Krieg beteiligten Macht. Die Geiseln würden heute leben, wenn die Faschisten in Jerusalem die berechnete Forderung der Fedajin auf Freilassung von zweihundert palästinensischen Freiheitskämpfern aus Folter und unmenschlicher Haft erfüllt hätten.

Die Münchner Kommandoaktion ist uns auch eine schmerzliche Erinnerung an das Versagen der westdeutschen Linken, die - obwohl sie die Kraft dazu gehabt hätte - nicht die Entschlossenheit aufbrachte, den olympischen Propagandacoup zu vereiteln; die es nicht verstand, durch eine revolutionäre Aktion den direkten Zusammenhang zwischen olympischem "Frieden" und beispielloser Eskalation des Bombenterrors gegen die Völker Indochinas aufzudeckeln. Teile dieser Linken verstehen es heute auch nicht, die heuchlerische Empörung der Schweine über das von ihnen selbst organisierte Massaker zu entlarven und den Massen bewußt zu machen, daß deren ehrliche Empfindungen von den Herrschenden gegen die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gewendet und so mißbraucht werden.

Die palästinensischen Kommandos werden ihre Aktionen auf deutschem Boden fortsetzen. Türkische, griechische, spanische, portugiesische und italienische Revolutionäre werden ihrem Beispiel folgen und die Bundesrepublik in den permanenten inneren Belagerungszustand versetzen. Mit der Schrebergartenidylle der linken Grüppchen wird es hierzulande schnell ein Ende nehmen. Die Entfaltung des bewaffneten Kampfes stellt die Linke vor die Wahl, entweder diesen Kampf entschlossen zu unterstützen oder die proletarische Revolution



an den Klassenfeind zu verraten; den Weg der RAF einzuschlagen oder den Rodewald-Negt-Röhls hinterherzukriechen - schnurstracks in den Arsch der Herrschenden.

Die aktive Hilfestellung für die Revolutionäre aus den unteren - wickelt gehaltenen Gebieten, insbesondere für den palestinensischen Widerstand ist das Minimum dessen, was die revolutionäre Linke in der Bundesrepublik h e u t e leisten kann und leisten muß; aber es ist zu wenig und längst nicht alles, was wir geben können, wenn wir entschlossen sind, die Revolution zu machen.

Wir können mehr sein, als nur die "fünfte Kolonne" der nationalen Befreiungsfronten der proletarischen Völker. In der Bundesrepublik selbst sind bisher weitgehend ungenutzte Möglichkeiten zur Verankerung des bewaffneten Widerstandes in den Massen gegeben.

Der Widerspruch zwischen einer privilegierten Arbeiteraristokratie einerseits und benachteiligten und entrechteten Schichten des Proletariats andererseits besteht auch hierzulande - allerdings in einem umgekehrten Verhältnis. Das revolutionäre Moment dieses Widerspruchs sind hier die proletarischen Jugendlichen - Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler-, die Jugendlichen aus den Mittelschichten und insbesondere die Jugend der sogenannten Randschichten; die dem Terror der Erziehungsheime und Gefängnisse Ausgelieferten, die in Wohnghettos und Asylen Eingepferchten. Dort sind die Mut über vergebliches Leben, die Empörung wegen erlittener Erniedrigung und der Haß auf die Schinderknechte des Kapitals, die sich zum Bedürfnis nach Revolution formen lassen. Dort entsteht am ehesten in konkreten, bedürfnisorientierten Aktionen die Einsicht in die Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandes. Rolf Hochhuths Klage darüber, daß diese Jugendlichen "nicht mehr den Willen aufbringen, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, jene Kommunalpolitiker zu ermorden, die sie einst dorthin - in die Ghettos - verbannt haben," wird bald gegenstandslos werden. Dort, wo Rebellion noch ursprünglich, lebendig vorhanden, noch nicht verdrängt ist, läßt sich solidarische und bewaffnete Gegenwehr organisieren und unmittelbar in revolutionäre Entschlossenheit, Disziplin und Aktion überführen.



Von daher ergibt sich die Möglichkeit, die proletarischen Wohnviertel zu revolutionieren, den Widerstand gegen Bodenspekulanten, Umweltzerstörer, Behördenschnüffler, Mietwucherer, Gerichtsvollzieher und gegen die Ausländerpolizei zu organisieren; Selbsthilfeeinrichtungen - Kinderläden, Jugendkommunen, Freizeitheime zu schaffen und gegen staatliche Übergriffe durch subversive, für den Feind verlustreiche Aktionen zu schützen.

Der sich durchhaltende Widerstand der proletarischen Jugend im Wohnviertel bricht die feindselige Isolierung der Bewohner auf, schließt diese gegen die Überfälle der Bullen zusammen und zeigt den Weg zu solidarischem Handeln. So entsteht das Wasser für die Fische.

Die befreiende solidarische Selbsthilfe im Wohnviertel schafft die Möglichkeit, auf einer dritten Widerspruchsebene revolutionär zu intervenieren. Denn: auch die Wohlstandsproletarier leiden unter der kapitalistischen Ausbeutung und den vielfältigen Zwängen des Systems. Den mehr schlecht als recht befriedigten Grundbedürfnissen steht der ungestillte Hunger nach einem sinnerfüllten Leben, nach Entfaltung der menschlichen Anlagen und Neigungen, nach menschlicher Wärme und Liebe gegenüber. In der revolutionären Atmosphäre des sich selbst befreienden Wohnviertels gewinnen diese unbefriedigten Bedürfnisse jene Wucht, die die eingeredete und eingebildete Zufriedenheit zerreißt. Der Widerstand greift vom Wohnviertel auf die Fabriken über. Es entsteht die Fabrikguerilla, die den Kampf gegen Akkordhetze, Monotonie, Willkür und Schikane am Arbeitsplatz organisieren und erfolgreich führen wird. Der Versuch, den Volkswiderstand in allen Bereichen zu brechen, wird das Volk gegen die Besatzungstruppen des Kapitals vereinen und den bewaffneten Kampf auf eine höhere Stufe heben.

Die fortschreitende Revolutionierung der Jugend unterminiert die Bundeswehr und öffnet den Revolutionären deren Depots und Arsenale.

Durch die Einbeziehung der ausländischen Arbeiter, die schon längst bei allen spontanen Klassenkampfaktionen in vorderster Reihe stehen, wird eine organische Verbindung zum bewaffneten

Widerstand in ihren Heimatländern hergestellt und die Basis und die Aktionsmöglichkeiten für grenzüberschreitende Kommandos ständig erweitert.

Die Erfahrungen der RAF beweisen, daß sich trotz der enormen materiellen und technologischen Überlegenheit der feindlichen Streitkräfte in der Bundesrepublik bewaffnete revolutionäre Gruppen bilden und operieren können. Das bestimmende Moment der Gefangennahme von einigen Kämpfern der RAF im Juni 1972 ist nicht der Erfolg des militarisierten und auf Hochtouren laufenden Fahndungsapparates, sondern die Tatsache, daß es trotz dieses Aufwandes zwei Jahre gedauert hat, bis sie die Gudrun, die Ulrike und den Andreas fangen konnten, und das erst durch die unerschämte Polizeiprovokation von Stuttgart, die die Bevölkerung in eine beispiellose Hysterie versetzt hat. Niederlagen, aus denen wir lernen, sind die vielen kleinen Siege, aus denen der große Sieg entsteht. Die Genossen, die über die Juni-Niederlage lamentieren, vergessen, daß der Genosse Marighella auch nur zwei Jahre kämpfen konnte, bevor ihn die Schweine in einem Hinterhalt abknallten. Die Revolution wird ohne Netz gemacht. Daß Ulrike nur durch den Verrat des Arschlochs Rodewald, dem die Nerven durchgegangen sind, den Bullen in die Hände gefallen ist, zeigt die ganze Erbärmlichkeit jener geschwätzigten deutschen Linken, die sich immer nur (mit Worten !) für revolutionäre Kämpfe begeistern kann, die sich mindestens 500 Km von Deutschlands Grenzen entfernt ereignen.

*Petra, Georg und Tommy stehen für eine andere Linke - wir brauchen uns nicht zu schämen -*

*Die RAF lebt ! Der Kampf geht weiter !*

*Habt Mut zu kämpfen ! Habt Mut zu siegen !*

Anlage 2

Horst Mahler

Flugschrift

an die Deutschen, die es noch sein wollen, über  
die Lage ihres Volkes <sup>188</sup>

verfaßt im November 1998

**Die politische Klasse spielt mit dem Feuer! Kann das deutsche Volk den Frieden noch retten?**

"Der deutsche Nachwuchs" – verkündete der türkischstämmige Bundestagsabgeordneter der Bündnis-Grünen, Cem Özdemir, "heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali" Er sagte das vor dem Hintergrund des im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vorhabens der Regierungskoalition zur Änderung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Er meinte dabei gar nicht den deutschen Nachwuchs, sondern den Nachwuchs der nach Deutschland eingewanderten Fremden in Deutschland. Und das ist ein Unterschied. Ein gewaltiger sogar.

Das klingt anrühlich. Aber es sind die Tatsachen und nicht die Reflexionen über Tatsachen, die bedrücken.

Was auf uns zukommt, hat der Verfassungsrechtler, Prof. Dr. Rüdiger Zuck, im März diesen Jahres in der führenden juristischen Fachzeitschrift <sup>1</sup> wie folgt vergegenwärtigt:

*... das constant fertility scenario für Westeuropa (ergibt) zwischen 1950 und 2050 einen Bevölkerungsrückgang von 180 auf 149 Mio. (und für die Entwicklungsländer einen Bevölkerungszuwachs von 4,5 Mrd. auf 14,9 Mrd.). Ohne kompensierende Einwanderungen sinkt die deutsche Bevölkerung in derselben Zeit von rd. 80 Mio. auf 48 Mio. ...*

**[Und was so noch nicht allgemein bewußt ist:]**

---

<sup>188</sup> Internet-Dokument

*In den achtziger Jahren gab es für die klassischen Einwanderungsländer auf 100 000 Einwohner folgende Zahlen für die jährliche Einwanderung: USA 245, Kanada 479, Australien 694. In Deutschland waren es dagegen 1022 Einwanderer. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist diese Zahl im Jahr 1993 sogar auf 1566 Personen angestiegen. Wollte man den deutschen Bevölkerungsstandard halten, müßte die Zahl der Einwanderer bis 2050 kontinuierlich auf 500 000 bis 650 000 p. a. anwachsen (nur zur Gegenüberstellung: im Jahr 1995 sind 189 000 Nicht-EU-Ausländer sowie 218 000 Spätaussiedler nach Deutschland zugezogen).*

**Sein Fazit:**

*Die einheimische Bevölkerung wird infolgedessen zunächst in den großen Städten und schließlich im Landesdurchschnitt in die Minderheit geraten (s. dazu auch den Zwischenbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel, 1994; Studienbericht der Enquête-Kommission Schutz der Erdatmosphäre, Bd. 3 Teilbd. 2, 1995)*

Wie sich das anfühlt, ist jetzt schon in Berlin-Kreuzberg zu erfahren. In diesem Stadtteil hat sich die "Migration" regelrecht zur Landnahme ausgewachsen. Sogar die taz berichtet darüber, daß jetzt auch eingefleischte Multi-kulti-Anhänger diesen Stadtteil verlassen, weil sie sich so, wie sie dort ist, die "multi-kulturelle Gesellschaft" nicht vorgestellt haben. Dort belehrt der bloße Augenschein auch darüber, daß das Wort "Ausländer" in der Debatte fehl am Platze ist. Er bringt nämlich wesentliche Unterschiede, auf die es hier ankommt, zum Verschwinden. Für das Zusammenleben mit Fremden hängt sehr viel von der kulturellen Nähe bzw. von der kulturellen Differenz ab, d.h. "Fremdheit" ist nicht nur qualitativ bestimmt, sondern auch quantitativ: es gibt unterschiedliche Grade der Fremdheit. Die Integration von Ausländern aus dem christlichen Kulturkreis ist weniger problematisch. Wesentlich schwerer fällt die Integration der Zuzügler aus der islamischen Welt. Sie bilden aber die bei weitem stärkste Gruppe.

In zwei der größten Berliner Bezirke – Kreuzberg und Wedding – sind an den allgemeinbildenden Schulen die Deutschen bereits in der

Minderheit. Dort erreicht an einigen Schulen die Ausländerquote die 90 %-Marke. Deutsche Eltern fragen sich, ob solche Schulen das verfassungsmäßige Recht ihrer Kinder auf Bildung noch realisieren können.

Die Politiker, die diese Entwicklung hinnehmen, gar noch fördern, wissen nicht was sie tun. Das in Aussicht gestellte neue Staatsbürgerrecht könnte den Weg für eine relativ humane und friedliche Lösung dieses Problems endgültig verschütten. Es eröffnet eine Einwanderungsschleuse, die nicht mehr zu schließen ist: Wir werden in ein paar Monaten ein bis zwei Millionen Deutschtürken haben. Durch Heirat von Partnern aus der Türkei, durch den zahlreicheren Nachwuchs, aber auch durch den Nachzug im Weg von Familienzusammenführungen wird dieser Bevölkerungsteil exponentiell, also sehr schnell, wachsen. Eine Begrenzung dieses Wachstums mit rechtlichen Mitteln ist dann nicht mehr möglich. Mein Rechtsgefühl sagt mir, daß eine so einschneidende Veränderung des Volkskörpers und seiner Wachstumsbewegung nicht durch einfaches Gesetz zu machen ist. Wenn schon die Änderung der Verfassung einer qualifizierten Mehrheit bedarf, dann doch wohl erst recht die Änderung des Verfassungsgebers selbst.

Hat der Balkankrieg nicht gezeigt, daß friedvolles ethnisches Einerelei jedenfalls nicht mit bestempelttem Papier zu machen ist?

Die Menschen, die auf dem Territorium des früheren Jugoslawiens über sich herfallen, hatten doch alle einen jugoslawischen Paß. Sie alle waren Bürger der Republik Jugoslawien. Mit einundderselben Staatsangehörigkeit sind sich die Serben, Kroaten, Macedonier, Bosnier und Albaner einander fremd geblieben. Sie sind heute in einem blutigen Bürgerkrieg Feinde. Der Völkermord ist nach Europa zurückgekehrt.

Uns kann das nicht passieren!?! - sind wir nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland doch durch das Säurebad der "re-education" (Umerziehung) gegangen! Die vermeintlich in uns Deutschen über Jahrhunderte hinweg gewachsene "politische Kultur des Todes", die aus uns ein Volk von "Massenmördern" und "Folterknechten" (Goldhagen) <sup>2</sup>, gemacht haben soll, sei uns – so wird behauptet - von unseren amerikanischen "Befreiern" in wenigen Jahren abgewöhnt worden <sup>3</sup>. Die Kultur der Deutschen – so scheint es – ist dahin. Das

Bild, das man sich von uns macht, changiert wie in einem Hologramm: blutrünstige Bestien und kosmopolitische Lämmer, - je nach Bedarf, um uns als Volk und Nation auszulöschen.

Der intellektuelle Morgenthau-Plan hätte uns als Volk umgeschaffen: in ein Volk ohne Gott – also ohne Hoffnung auf Gnade und Vergebung-, ohne Willen zur Nation, ewig in gebückter Haltung, schuldbewußt im Büßergewand, willfährig gegenüber allen möglichen Zumutungen, zur Hergabe der Heimat bereit.

"Wer das heutige Deutschland kennt," – schreibt der jüdische Holocaustforscher Norman Finkelstein <sup>4</sup> – "weiß, daß das Gegenteil der Fall ist." Eine beängstigende Fremdenfeindlichkeit ist allgegenwärtig. Der Antisemitismus ist längst nicht überwunden. Zuck berichtet über seine Eindrücke:

***Fremde gibt es ja schon bei uns: die Erzfeindschaft mit dem Nachbardorf, Stammeseigentümlichkeiten, Landsmannschaftliches. So werden aus der Sicht der Württemberger die Badener zu Badensern, und wenn es Karlsruher sind, zu Gelbfüßlern. Das alles gibt es auch in größerem Stil: Wir haben Nordlichter und Osis. Manch einer erinnert sich, nach 1945 ein Flüchtling in Deutschland gewesen zu sein. Horcht man auf Volkes Stimme, kann man schließlich noch bezweifeln, ob sich allen öffentlichen Bekundungen zum Trotz am Grad des latenten Antisemitismus in Deutschland seit dem Dritten Reich wirklich etwas geändert hat.***

Dieses und die "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, die fast alltäglichen Massaker der islamischen Fundamentalisten in Algerien, die wechselseitige Abschachtung der Hutus und Tutsis, die Völkermordphantasien im Alten Testament <sup>5</sup>, deren Aktualisierung im europäischen Mittelalter durch den wirkungsmächtigen jüdischen Schriftgelehrten Maimonides <sup>6</sup>, die Hexen- und Ketzerverbrennungen durch die katholische Kirche, die blutrünstigen Umsturzpredigten des großen deutschen Revolutionärs Martin Luther <sup>7</sup>, der Archipel Gulag, die Killing Fields, Dresden, Hiroshima und Nagasaki sind ebenso wie Auschwitz Erscheinungen, die uns darüber belehren, daß das Große Töten, die massenhafte Vernichtung von Menschenleben um einer "großen Sache" willen, von kei-

ner Moral gehemmt wird, - schon gar nicht in einer Zeit, in der der Grund, aus dem unsere moralischen Vorstellungen hergeleitet sind, fragwürdig geworden ist. Es ist gerade umgekehrt: das Große Töten wird mit den jeweils herrschenden Moralvorstellungen gerechtfertigt, unter Berufung auf die Moral geradezu gefordert. Das gilt auch für den Holocaust. Hier sollte nicht vergessen sein, daß Himmler die Auslöschung der Juden den SS-Mördern als Heilige Pflicht gegenüber dem deutschen Volk darstellte.<sup>8</sup>

Die Frankfurter Zunft der Ideologen hat tausende von Büchern geschrieben, um "wissenschaftlich" nachzuweisen, daß die Wörter "Volk" und "Nation" für bloße Phantasmagorien (Wahngebilde) stehen, Volk und Nation nicht wirklich seien. Sie wollen uns und dem Rest der Welt einreden, daß wir mit dieser "Einsicht" endlich "multikulti"-fähig seien.

Ich glaube nicht, daß sich die Deutschen zu einer Minderheit in ihrem eigenen Lande machen lassen. So friedlich und lammfromm sind wir nämlich nicht.

Den Grund dieses Glaubens finde ich in mir selbst und in der Überzeugung, daß so wie ich denke und fühle, sehr viele Deutsche – wahrscheinlich ist es die überwiegende Mehrheit der Deutschen – fühlen und denken: Mir wird unheimlich bei dem Gedanken, in einer Umgebung leben zu müssen, die von Menschen geprägt wird, die nicht meine Muttersprache sprechen, die ganz anders denken und fühlen und dementsprechend auch ganz anders reagieren, als die mir vertrauten Menschen, mit denen ich aufgewachsen bin. "Heimat" – das ist für mich nicht nur die Landschaft. Heimat ist mir auch das kollektive Gedächtnis, aus dem heraus ich lebe, das kollektive Unbewußte, die Kultur, die Religion, die Institutionen, die den Geist dieser Kultur und Religion materialisieren. Es ist eine bestimmte Lebenswelt, der ich mich zugehörig fühle. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen Lebenswelten. Diese empfinde ich als fremd. Nur als das Andere - und auch nur aus der Distanz und als Differenz - sind sie für mich interessant, anregend und bereichernd. Nichts – auch unsere Geschichtslast nicht – kann mich wünschen lassen, meine Heimat, meine Lebenswelt gegen eine mir fremde Umgebung einzutauschen. Mein ganzes bisheriges Leben habe ich geführt als Versuch, einen Beitrag dazu zu leisten, den auf uns Deutschen lastenden Schatten aufzuhellen, den Schoß unfruchtbar zu machen, aus dem

das braune Ungeheuer kroch. Dabei ging es mir immer auch um meine Heimat. Man sollte von uns Deutschen nicht erwarten, daß wir uns widerstandslos vertreiben lassen.

Diesen Entschluß wird mir niemand ausreden können. Und niemand wird mir einreden können, daß ich deshalb ein "schlechter Mensch" sei. Das Recht auf Heimat ist ein Menschenrecht. Dieses Recht zu verteidigen, ist gerecht – auch für Deutsche.

Daß wir offensichtlich zögern, uns dieses Recht zuzugestehen, hat etwas mit der Art und Weise zu tun, in der die Rücksicht auf den Holocaust unser Fühlen und Denken bestimmt: daß er uns als unsere ewige Schuld und zugleich als ein schlechthin unbegreifliches Geschehen vergegenwärtigt wird und jeder Versuch, sich der Geschichte auch insoweit begreifend zu nähern, als Tabuverletzung geahndet wird. Man denke hier nur an die emotionalen Ausschweifungen im sogenannten Historikerstreit um die Thesen von Ernst Nolte.

Der verordnete - und jetzt sogar strafrechtlich geschützte - Holocaust-Gedächtniskult ist verwurzelt in der Umerziehungsideologie, die den Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den westlichen Besatzungsmächten übergestülpt worden ist. In der sowjetischen Besatzungszone lagen die Dinge ganz anders. Hier wurden die Vernichtungsaktionen der Nazis als Teil der Fäulniserscheinungen des kapitalistischen Systems verbucht. Es galt das Stalinwort: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche aber Volk bleibt bestehen."

Mit den amerikanischen Truppen kamen 1945 auch die Soldaten der psychologischen Kriegführung nach Deutschland. Es waren überwiegend dem Neo-Freudismus anhängende Psychologen und Soziologen. In der Nachfolge von Karl Abraham, aber auch der Väter der Frankfurter Schule, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, führten sie das "Phänomen" des Hitlerismus im deutschen Volke auf den "autoritären Charakter" der Deutschen zurück. Diese Doktrin war im Mai 1944 vom American Jewish Congress als maßgebliche Interpretation des Zeitgeschehens in Europa approbiert und auf diese Weise in den USA zur herrschenden Lehre geworden.<sup>9</sup> In Deutschland durften nach der Niederlage nur von den Besatzungsmächten lizenzierte Persönlichkeiten sich öffentlich äußern. Mit ihrer Lizenz-



Politik haben die Alliierten sicher gestellt, daß die von der American Jewish Conference approbierte Deutung über die Medien auch in Westdeutschland die kulturelle Hegemonie erlangte.– bis heute. Eine freie wissenschaftliche Debatte zu diesem Thema hat in Deutschland bis heute nicht stattgefunden. In jüngster Vergangenheit hat sie durch Daniel Goldhagen ihre Übersteigerung ins Absurde erfahren, dessen Provokationen – ganz gegen die Intentionen seiner Sponsoren - jetzt die Wiederaufnahme der Debatte erzwingen. Sie wird in erster Linie auch von jüdischen Holocaustforschern<sup>10</sup> geführt. Sie ist aber auch mit Rücksicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands notwendig. Es wäre ein Akt der kulturellen Aggression, wollte man die 16 Millionen hinzugekommenen Deutschen per Strafgesetz (§ 130 StGB) zwingen, sich der neo-freudistischen Deutung der deutschen Geschichte und den damit verbundenen Tabus zu unterwerfen.

Als "autoritäre Charakterhaltung" galt die Neigung des Individuums "Teil eines größeren, mächtigeren Ganzen außerhalb des eigenen Ichs zu werden, in ihm unterzutauchen und darin aufzugehen. Diese Macht kann ein Mensch, eine Institution, kann Gott, Volk, Gewissen oder eine Zwangsidee sein." (Abraham)<sup>11</sup>

Das ist eine Beschreibung dessen, was in Religionswissenschaft und Philosophie als "Religiosität" bzw. Frömmigkeit bezeichnet wird.

Dieses Zitat verdeutlicht also, daß Angriffspunkt der psychologischen Kriegsführung bzw. der Umerziehung die Religiosität der Deutschen als solche war. Sie sollte "ausgerottet"<sup>12</sup> werden.

Doch die Religiosität läßt sich nicht "ausrotten" – bei keinem Volk. Es ist gerade die – philosophisch geklärte – Religiosität, die einen den Intellekt und das Gefühl gleichermaßen befriedigenden Zugang zum Begreifen des Holocaust eröffnet.

Ein religiöser Bezug des Holocaust ist nicht zu übersehen, wenn man die bereits erwähnte Himmlerrede mit 5. Mose 7,1 vergleicht und 1. Sam 15, 1-19 liest, wo Gott dem Volk Israel den Völkermord gebietet (1. Sam 15, 3):

***So zieh nun hin und schlag Amalek und vollstrecke den Bann an ihm und an allem, was es hat; verschone sie nicht, sondern töte***

***Mann und Frau, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe,  
Kamele und Esel.***

Die Abwehr des Fremden, deren Extrem die Vernichtung des Anderen ist, kann nur philosophisch verstanden werden. Sie ist nicht auf psychologische "Strukturen" bzw. "anthropologische Konstanten" rückführbar. Umgekehrt wird ein Schuh draus: diese strukturalen bzw. funktionalen Erscheinungen sind selbst Ausdruck bzw. Daseinsweisen logischer Zusammenhänge, die vollkommen erst in der Religionsphilosophie erkannt werden. Dieses Erkennen wird nicht mehr ausweichen wollen in jenes hilflose und unwürdige Feilschen, ob es denn wirklich 6 Millionen Juden waren, die die Deutschen umgebracht haben, oder nur 2 Millionen.

Die Wirklichkeit am Ende des "schrecklichen Jahrhunderts" entzieht jetzt der Lehre, die den Holocaust auf Charaktereigenschaften eines bestimmten Volkes zurückführt, den Boden.

Jürgen Habermas, das geistliche Oberhaupt der Frankfurter Schule, hat für die Apostel der "multi-kulturellen" Gesellschaft unlängst den überfälligen Offenbarungseid geleistet. Mit Blick auf die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien schrieb er: In ihr zeige sich "die Lebenskraft eines in den Sozialwissenschaften mehr oder weniger vergessenen Phänomens". Die politische Zukunft schein heute wieder den "Herkunftsmächten" zu gehören. Er meint damit "Religion, kirchlich verfaßte Konfession einerseits und Nation andererseits"<sup>13</sup>.

Dieses Eingeständnis verdient gründliches Nachdenken über seine Tragweite: Diese Sozialwissenschaftler haben eben mal "vergessen", was weltweit eine endlose Kette von politischen Beben und schließlich einen Weltbrand verursacht hat, der unserem Jahrhundert den Stempel aufdrückt. Wie konnte man das "vergessen"?

Horkheimer und Adorno, Kenner der Hegelschen Philosophie und des Alten Testaments, haben durchaus auch eine andere - geistgeschichtliche - Deutung des Holocaust gesehen. Mit ihrer These, daß Auschwitz nicht eine Abirrung vom Weg der Aufklärung sondern deren Vollendung war, haben sie die Tür zur Erkenntnis des vermeintlich Unbegreiflichen einen Spalt breit geöffnet; aber sogleich wieder verschlossen.

Die Frankfurter Schule hat in Wirklichkeit nichts "vergessen", vielmehr ist sie angetreten mit dem Vorsatz, die geistigen Grundlagen der Deutschen: ihre Religion, ihr Geschichtsbild, ihre Traditionen, ihre Philosophie zu zerstören, um sie ihrer Identität zu berauben. Das Ziel der Umerziehung war nach den Worten von Bertram Schaffer, eines ihrer Protagonisten, den Charakter der Deutschen "zum Wohl der Mehrheit der Männer und Frauen, die außerhalb Deutschlands leben, umzuformen." <sup>14</sup>

Das von Habermas behauptete "Vergessen" ist nichts anderes als Gehorsam gegen ein von den "Umerziehern" erlassenes Denkverbot, die Weigerung, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen. Mit Wissenschaft hat das nichts zu tun.

Wiederum ist es die Wirklichkeit, die am Ende des 20. Jahrhunderts zu neuen Gedanken und zu neuem Denken überhaupt drängt. <sup>15</sup>

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die die Hauptlast des Widerstandes gegen die imperialen Pläne der Deutschen getragen hat, stellt sich das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges noch einmal anders dar: Besiegt worden ist nicht nur Deutschland, sondern das System der europäischen Nationalstaaten als Ganzes. Die europäischen Mächte wurden zu Vasallen ihrer jeweiligen Protektormacht. Die Grenzen, die dem amerikanischen Führungsanspruch durch die Sowjetunion gesteckt waren, sind verschwunden. Dieser Umstand ermöglicht jetzt den Europäern eine veränderte Selbstwahrnehmung. Ihnen dämmert die Erkenntnis, daß die USA ihrer Dominanz – der pax americana – zusätzlich zu den Institutionen des Freihandels (Bretton Woods, GATT, IWF, BIZ und Weltbank) in Westeuropa ein ideologisches Fundament geschaffen haben: So wie im Mittelalter die Sieger die Burgen ihrer besiegten Gegner schleifen ließen, so ließ die westliche Siegermacht – im Unterschied zur Sowjetunion - das Nationalbewußtsein, die letzte Feste für den Widerstand gegen das Regiment des globalen Spekulationskapitals, schleifen. Jenes "Vergessen" der Frankfurter Schule ist der operative Kern der neo-liberalen Ideologie. Deren Propheten bemühen sich unter der Schirmherrschaft der USA seit einem halben Jahrhundert, das Selbstbewußtsein der Völker und Nationen als "unmodern", den Nationalstaat als "unaufgehobene Vergangenheit", die endlich aufzuheben sei, erscheinen zu lassen. Sie proklamieren das "global village", propagieren die "Weltregierung" und wollen doch nur, daß die fi-

nanzielle Spekulation auf keinerlei Grenzen mehr stößt. Das Ergebnis dieser Anstrengungen wird jetzt sichtbar: es ist letztlich die Anarchie der denationalisierten Finanzkapitalfonds.

Deutschland mit seiner prekären Geschichtslast spielt hier eine Sonderrolle: Der hier erreichte "Wohlstand für Alle" wirkt auf die Migranten wie ein Magnet auf Eisenpartikel. Gleichzeitig lähmt die begriffslose Vergegenwärtigung der Nazi-Verbrechen – fälschlich "Erinnern" genannt - nachhaltig unseren Selbsterhaltungswillen als Nation. So sind wir zu einem Labor geworden für den Versuch, eine große Nation "friedlich" einzuschmelzen. Das so entstehende Gebilde wird das "trojanische Pferd" innerhalb der Mauern des europäischen Nationenverbandes. Den Deutschen, die bald schon gar kein Volk mehr sind, fällt die Aufgabe zu, Europa zu denationalisieren, d.h. dem Finanzkapital restlos auszuliefern. (Man denke hier an das vorerst am Widerstand Frankreichs gescheiterte MAI!)

Das ist der wirkmächtige Hintergrund der für die Deutschen – und nur für sie – geltenden Tabuisierung der "Nationalen Frage".

Im Namen einer durch nichts ausgewiesenen Moral wird uns zugemutet, die innere Vertreibung aus unserer Heimat widerstandslos hinzunehmen. Es ist politisch nicht korrekt – ja geradezu als "rechts-extremistisch" verpönt – die sich abzeichnende Überfremdung unseres Lebensraumes zu thematisieren. Doch: "Schweigen hat seine Zeit, reden hat seine Zeit" Pred 3,7. Jetzt ist es Zeit zu reden. Und uns bleibt nicht mehr viel Zeit, die Auslöschung unseres Volkes durch Reden, d.h. durch Überzeugungsarbeit abzuwenden.

Die wichtigste Voraussetzung einer aussichtsreichen Verteidigung unserer Existenz als Volk ist die Wiederherstellung der deutschen Nation im Bewußtsein ihrer Bürger. Diese Anstrengung muß begleitet sein von der Widerlegung der sogenannten Sachargumente, mit denen uns der Untergang der Deutschen als Notwendigkeit dargestellt wird. Diese Argumente faßt Zuck wie folgt zusammen:

**Das Thema ist dabei allerdings nicht, ob die Deutschen aussterben, sondern ob sie ihre sozialen Sicherungssysteme aufrecht erhalten und weiter finanzieren können. Bei schwacher Fertilität und abnehmender Mortalität steigt nämlich der sogenannte Altenquotient (d. h. die Zahl der über 60jährigen auf**

**100 Personen im mittleren Alter von 20-60 Jahren) bis zum Jahr 2030 ohne Zuwanderung von 35 auf 80. D. h., auf 100 Personen im Alter von 20-60 Jahren entfallen dann nicht mehr 35, sondern 80 Personen im Alter über 60. Dies führt zu drastischen Anstiegen der Kosten der sozialen Sicherung mit entsprechender Steigerung der Lohnnebenkosten, der zusätzlichen Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und weiter steigender Arbeitslosigkeit. Die Gesellschaft wird sich außerdem weiter polarisieren. Singles (bei denen im Alter die Pflege durch Familienangehörige ausscheidet) und kinderlose Frauen werden, wenn die Ressourcen einmal knapp geworden sind, zunehmend als gesellschaftliche Nassauer angesehen werden. Der Ausgleich demographischer Verluste durch Einwanderung würde dieses Probleme zwar nicht lösen, denn der Altenquotient fiel nur von 80 auf 70. Da damit aber die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme verbessert würde, muß dieses Argument auf jeden Fall in die Einwanderungsdiskussion eingebracht werden.**

Damit wird nicht einmal versprochen, daß die Aufnahme der Fremden die Finanzierbarkeit "unserer" Sozialsysteme gewährleisten werde. In Aussicht gestellt wird nur eine "Verbesserung".

Es wird Zeit, das Argument der Nichtfinanzierbarkeit und der steigenden Lohnnebenkosten unter die Lupe zu nehmen. Diese Untersuchung könnte auch die steigende Arbeitslosigkeit in einem neuen Licht erscheinen lassen. Die Vermittlung des Daseins des einzelnen Menschen durch Tätigkeit für das Ganze wird durch die Krise der Arbeit zu einem existentiellen – also unausweichlichen - Problem und muß neu durchdacht werden.

Wir sind ja nicht arm. Wir erleben – darin hatte Karl Marx recht - eine säkulare Reichtumskrise. Unsere Produktivität, d.h. unser Vermögen, Gebrauchsgüter und Dienstleistungen herzustellen, wächst ins Unermeßliche. Mit immer weniger Arbeit können wir immer größere Warenberge erzeugen. Menschenleere Fabrikhallen in der Produktionssphäre und sich selbststeuernde Computersysteme im Dienstleistungssektor sind schon keine Utopie mehr, sondern tedenzielle Realität. Das ist die systembedingte Wurzel der Arbeitslosigkeit. Die Verlautbarungen der Politiker über die Schaffung von Arbeitsplätzen sind der untaugliche Versuch, uns dumm zu reden.

Es ist nicht wahr, daß die gesellschaftlichen Kosten der sozialen Sicherung steigen. Wenn man als Kosten den absoluten Betrag der geleisteten Arbeitsstunden des "gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" (Karl Marx) definiert und diese Größe in Beziehung setzt zu der mit dieser Arbeit erzeugten Gütermenge (Gebrauchswerte), die den Arbeitsveteranen (Rentnern), Kranken und Unbeschäftigten von der Gesellschaft als Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt wird, kann man leicht feststellen, daß die Kosten der sozialen Sicherung stetig abnehmen. Weil das so ist, spielt es auch keine Rolle, daß bei uns die "Alterspyramide" auf dem Kopf steht. Das in den Menschen zwischen 16 und 60 Jahren verkörperte Arbeitskraftreservoir – wenn es denn ausgeschöpft würde - reicht aus, diejenige Gütermenge zu produzieren, die für die Beibehaltung unseres Lebensstandards benötigt wird.

Es gilt auch bewußt zu machen, daß in dem Argument der vermeintlich nicht mehr finanzierbaren Soziallasten ein gefährlicher Kohorten-Egoismus steckt, der dem "exterminatorischen Rassismus" sehr ähnlich ist. Die "Alten" werden implizit als Last (und demnächst als "lebensunwertes Leben") dargestellt. Übersehen wird dabei, daß die Alten, als sie noch nicht alt waren, den modernen gesellschaftlichen Produktionsapparat (mit)aufgebaut haben, der den Jungen, den Aktiven, unsren in der Geschichte beispiellosen Wohlstand beschert hat, den sie jetzt allein genießen möchten.

Der Zusammenbruch des Sowjetsystem wird allgemein – wohl zu Recht – als Zeichen dafür gedeutet, daß die Widersprüche des Marktsystems nicht dadurch überwunden werden können, daß man den Markt gewaltsam abschafft und an seiner Stelle ein planwirtschaftliches System der Produktion und Verteilung errichtet. Dieser Lernschritt hat die Menschheit viele Millionen Menschenleben gekostet. Ich wage die Voraussage, daß sich jene Widersprüche auch nicht dadurch lösen lassen, daß die Europäer – voran die Deutschen – ihre Heimat den Asiaten überlassen. Ein Experiment in dieser Richtung würde das Abendland auslöschen. Die Straße in diese "lichte Zukunft" wäre – dessen bin ich sicher- wiederum mit Menschenschädeln gepflastert.

Unsere Zivilisation lebt nach dem Grundsatz: "Erst kommt das System, dann erst kommt der Mensch.". Folgerichtig kommt der Mensch im Sytem der Systemtheorie überhaupt nicht mehr vor.<sup>16</sup> Er

ist dort endgültig zum Störfaktor geworden. Diese Sicht der Dinge ist die Bedingung der Möglichkeit des Großen Tötens. Wir werden ihm nur entkommen, wenn wir unsere Sichtweise ändern, durch Neues Denken aufheben.

Die Überfremdung ist eine Gefahr, die sich mehr und mehr in einem entsprechenden Gefühl bemerkbar macht. Das sind keine "unmoralischen" Anwendungen. Diese Gefühle sind ein Frühwarnsystem. Wehe uns, wenn wir dem keine Beachtung schenken. Daß diese Gefühle immer häufiger sich in haßvoller Gewalt äußern, ist nur Ausdruck von Hilflosigkeit der Täter und eine Folge des Versagens der politischen Klasse in unserem Lande.

Die Feinsinnigen, die sich solche Gefühle nicht gestatten, mögen über die Medien und Kulturinstitutionen "dem Ausland" noch das Meinungsbild einer "humanen", weltoffenen, weitgehend vorurteilsfreien Gesellschaft in Deutschland darbieten. Das sind aber nur potemkinsche Dörfer. Der Mob wird sie im Nu wegschütten, wenn der untergründige Haß auf alles Fremde an die Oberfläche drängt und die Menschen mit sich fortreibt. Das kann schon morgen sein.

Aber nicht die politische Klasse ist zu schelten, sondern die Passivität der Deutschen, die sich von dieser Klasse noch repräsentieren lassen. Die Deutschen, wenn sie sich als solche erhalten wollen, müssen – bevor sie der Fremdenhaß übermannt - parteiunabhängig und parteiübergreifend in Bewegung kommen. Niemand sonst wird es ihnen richten. Die Entwicklung in Italien hat gezeigt, daß die etablierten Parteien durch eine Volksbewegung zu erschüttern und aufzubrechen sind. Es können so – durchaus im Rahmen der Verfassung - neue Formen der politischen Willensbildung geschaffen werden. Darüber wäre auch zu reden.

Wenn der Gedanke zur Wirklichkeit drängt und der Wille stark genug ist, kann es gelingen, das deutsche Volk zu retten und den Frieden zu erhalten.

---

1) Neue Juristische Wochenschrift, 1998, Seite 880 (Heft 13)

2) Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, S. 533

- 3) Goldhagen a.a.O. S. 678 Fn. 54
- 4) Finkelstein, Eine Nation auf dem Prüfstand, S. 189
- 5) 5. Mose 7,1; 1. Sam 15,3; Chr 4,43; 5. Mose 25,19; Mose 23, 28; 33, 2; 4.Mose 21, 3; 33, 50
- 6) Maimonides, Mishna Tora, Hilchot Shoftim (zitiert nach Funkenstein, Jüdische Geschichte S. 250)
- 7) Diwald, Luther S. 183 f.
- 8) Himmlers Rede vor ca. 100 SS-Gruppenführern in Posen, <http://www.historyplace.com/worldwar2/holocaust/h-poses.htm>
- 9) Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, Berlin 1996, S. 188 ff.
- 10) z.B. Finkelstein/Birn, Eine Nation auf dem Prüfstand, Hildesheim 1998, und die sich daraus entwickelnde Debatte im Internet
- 11) zitiert nach Schrenck-Notzing a. a. O. S. 119
- 12) Th. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson, R.N. Sanford: The Authoritarian Personality, 1950, Vorwort
- 13) Habermas, Die Einbeziehung des Anderen, 2. Aufl., 1997, S. 154
- 14) zitiert nach Schrenck-Notzing, a. a. O. S. 140
- 15) vgl. den Artikel von Wilhelm Schmidt, Die Wiederkehr der Wirklichkeit, TAGESSPIEGEL vom 06.11.98
- 16) Neusüss, Niklas Luhmann oder die dritte Gründung der Gesellschaftstheorie, in P. Massing, Gesellschaft neu verstehen, S. 16



**Rechtsextremismus  
und  
männliche Homosexualität  
seit Beginn der achtziger Jahre**

## 1. BERÜHRUNGSPUNKTE

**1981:** Philipp SCHÖNMANN steigt aus: "Ich fühle mich von diesen Nazi-Organisationen konkret bedroht."<sup>189</sup> Ein Flugblatt bezeichnete "Homosexuelle und andere sexuell Abnormale"<sup>190</sup> als "nicht mit der nationalen Idee vereinbar"<sup>191</sup>. Desweiteren wurden Philipp SCHÖNMANN und Johannes BÜGNER, beide Mitglieder der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), als homosexuell bezeichnet. BÜGNER wurde in der Nacht zum 29.5.1981 von seinen Kameraden aus der Hamburger Kneipe "Can Can" gelockt und mit über 20 Messerstichen ermordet. Den Auftrag gab Michael FRÜHAUF, Stellvertreter des Organisationsleiters der ANS, Michael KÜHNEN.

**1999:** Bruce LABRUCE hatte einen neuen Film fertig gestellt: "Skin Flick". Darin geht es um rechte, schwule Skinheads. Dieser Film entfachte eine Diskussion neu - und wollte das auch. Die Frage, welche auftauchte: Wie nah liegen rechte Ideologie und schwuler Fetisch beieinander?

Homosexualität und Rechtsextremismus: eine umstrittene Relation. Strittig nicht nur unter Homosexuellen und unter Anhängern rechtsextremistischen Gedankenguts. Hier gibt es ein Spektrum, das von totaler Abgrenzung und Unverständnis bis hin zum Zusammenspiel reicht. Das ist eine Geschichte von Gewalt und Ängsten, von Tätern und Opfern, in der nicht selten Vergangenheit eine ganz gewichtige Rolle spielt: Die Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland 1933 bis 1945; ein Paragraph 175 des Strafgesetzbuches (StGB), der in der Bundesrepublik Deutschland noch bis 1969 in einer derart scharfen Fassung bestand, wie ihn Nationalsozialisten 1935 ins Gesetz geschrieben hatten, der homosexuelle Handlungen damit verbot. In den letzten zwanzig Jahren des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts, in denen Homosexualität in immer breiteren gesellschaftli-

---

<sup>189</sup> Zit. n.: MAHNKEN, Paul: "Als Nazis geboren? - Schwule Nazis schneiden sich ihre eigene Ideologie" in "Magnus" 9/93, S. 29.

<sup>190</sup> Zit. n.: FN 1, S. 29.

<sup>191</sup> Zit. n.: FN 1, S. 29.

chen Teilen toleriert und akzeptiert wurde, entwickelte sich auch diese Relation. Zum einen hetzten Rechtsextremisten gegen Schwule, schlugen auf sie ein, wurde ihr Hass durch AIDS, das sie als Schwulenseuche betrachteten und betrachten, bestärkt. Zum anderen gab es da aber ebenso Rechtsextremisten, die selbst homosexuell waren und sind, die dies zu verheimlichen suchten oder dies verteidigten, ja sogar ideologisch zu begründen versuchten und stolz darauf waren. Andere konnten das nicht mit ihrer Ideologie in Einklang bringen, stiegen zum Teil deshalb aus.

Dies ist eine Dokumentation einiger Berührungspunkte von Homosexualität und Rechtsextremismus in den letzten zwanzig Jahren.

## 2. "SCHWULE UND VERRÄTER"

Michael FRÜHAUF und Friedhelm ENG wurden Anfang Juli 1982 nach dem Prozess vor der Jugendkammer des Lübecker Landgerichtes wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Schock nach der Ermordung von Johannes BÜGNER saß tief. Michael KÜHNEN verfolgte Mord und Prozess aus der Haft. Auch in ideologischer Hinsicht hatte er deshalb seinem Stellvertreter FRÜHAUF die Führung der ANS überlassen müssen, der nach einem misslungenen Annäherungsversuch an BÜGNER<sup>192</sup> 1981 mit zwei internen Schriften begann, gegen "Schwule und Verräter"<sup>193</sup> aufzuwiegeln. Die Kampagne gipfelte am Vatertag des Jahres 1981 in dem Entschluss, mit BÜGNER "abzurechnen". Man kann nur vermuten, was zu jener Zeit in KÜHNEN vorgegangen sein mag, schließlich traf ihn jede Aktion gegen Homosexuelle persönlich, ob gewollt oder nicht. Jahre später äußerte er, Spott über Aktionen gegen Schwule sei in Verachtung umgeschlagen<sup>194</sup>. Beruhigend wirkte auf ihn die Verurteilung des Verbrechens innerhalb der ANS und darüber hinaus, aus der er folgerte, "dass sich nie wieder ein

---

<sup>192</sup> "Lebenslänglich für die Mörder", taz, 4.6.1982, S. 4.

<sup>193</sup> Zit. n. FN 4, S. 4.

<sup>194</sup> KÜHNEN, Michael: "Nationalsozialismus und Homosexualität", S. 5.

Kamerad trauen würde, seine privaten Komplexe in einer solchen Kampagne auszutoben."<sup>195</sup> In der Tat: In der nächsten Zeit nahmen die Hasstiraden gegen Schwule ab. Erst nachdem sich KÜHNEN, im November 1982 aus der Haft entlassen, nach dem Verbot der ANS im Dezember 1983 ein Vierteljahr später nach Frankreich abgesetzt hatte, dort festgenommen, nach Deutschland ausgeliefert und hier im Januar 1985 zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt worden war, erreichten seit ca. 1983 schwelende Kampagnen gegen Homosexuelle einen neuen Höhepunkt. Anlass war das Bekenntnis des Franzosen Michel CAIGNET, der sich im Pariser Kulturmagazin "MOSQUE" als homosexuell geoutet hatte. Ausgerechnet CAIGNET, erstes ausländisches Ehrenmitglied der ANS, Generalsekretär der "Europäischen Bewegung", Herausgeber der wichtigen Organe "NEUE FRONT" und "NEUE ZEIT", Träger des "Goldenen Ehrenzeichens"! CAIGNET, der zudem die Zeitschrift "GAIE FRANCE" ("Schwules Frankreich") herausgab, wurde putschartig all seiner Ämter enthoben. In der Begründung hierfür hieß es: "Mit Schwulen haben wir nichts zu tun. Von diesem üblen Pack mögen wir verschont bleiben."<sup>196</sup> Damit nicht genug. Zwei Wochen später, auf dem FAP-Landesparteitag Nordrhein-Westfalen in Grevenbroich am 19.7.1986, gleichzeitig "Gautreffen der Bewegung", wurden Schwule zu "Verrätern am Volk"<sup>197</sup> erklärt. Fast alle Redner des Parteitages verdammt Homosexualität und hetzten gegen Schwule, verhöhnten die von ihnen als "Schweine in Menschengestalt"<sup>198</sup> bezeichneten als "Kranke, die mit unvorstellbarer Widerwärtigkeit ihren perversen Gelüsten nachkommen."<sup>199</sup> Thomas BREHL, KÜHNEN-Stellvertreter in der ANS und selbst schwul, hielt sich als einziger zurück. Vielen, auch und gerade in der Führung, war zu dieser Zeit bereits bekannt, dass

---

<sup>195</sup> Zit. n. FN 6, S. 5f.

<sup>196</sup> Zit. n.: CHRISTIANS, Georg: "Die Reihen fest geschlossen': Die FAP - Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren", Marburg 1990, Verlag Arbeit & Gesellschaft, S. 116.

<sup>197</sup> Zit. n.: WOLSCHNER, Klaus: "In Männerbünden sexuell betätigen" in taz vom 13.10.1986, S. 9.

<sup>198</sup> Zit. n. FN 8, S. 116.

<sup>199</sup> Zit. n. FN 8, S. 116.

auch KÜHNEN homosexuell war, auch Gerüchte hierüber, die freilich einige auch als linke Propaganda zu bewerten wussten, gab es mehr als genug. Trotzdem und deswegen kam es zum Beschluss: "... Wir Nationalsozialisten aber sagen: Schwul ist nicht normal. Es ist vielmehr eine lebenszerstörende, krankhafte Abnormität, die es zu bekämpfen gilt, wo immer wir sie finden ... Sollte es auch bei uns den einen oder anderen Schwulen geben, so ist er hiermit aus der 'Bewegung' ausgeschlossen."<sup>200</sup> Die das beschlossen, zählten im übrigen auch zur damaligen Führung des "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH), welches KÜHNEN noch 1984 als Teil der "Bewegung" ins Leben gerufen hatte. Maßgeblich beteiligt am Beschluss war Jürgen MOSLER, der durch einen Ausschluss des KÜHNEN zusammen mit seinen Anhängern die Führungsrolle in der ebenfalls von diesem gegründeten "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), im KAH, wohl im Großteil der Bewegung übernommen hätte: Allein aus Gründen der "Reinhaltung" eigener Reihen fand zumindest diese Kampagne nicht statt. Hier ging es um Machtfragen, darum, politische Gegner in den eigenen Reihen zu schwächen. KÜHNEN zog Konsequenzen: Sein Rückzug und Austritt erfolgte am 4.8.1986, im Bewusstsein, "dass ich mich damit Missverständnissen aussetze und dass in absehbarer Zeit gegen mich eine entsprechende Hetzkampagne einsetzen wird."<sup>201</sup> Für ihn war unverständlich, warum "ganze Schichten unseres Volkes und im übrigen bewährte Kameraden"<sup>202</sup> ausgegrenzt würden, "nur weil man ihre Bettgewohnheiten nicht mag"<sup>203</sup>. Und erst jetzt rang sich KÜHNEN durch, wozu ihm CAIGNET schon vor langer Zeit geraten hatte: Er ließ den Franzosen seine Broschüre "Nationalsozialismus und Homosexualität" drucken und verbreiten.

---

<sup>200</sup> Zit. n.: DILORENZO, Giovanni: "Wer, bitte, ist Michael Kühnen" in BENZ, Wolfgang (Hg.): "Rechtsextremismus in der Bundesrepublik", Aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1989, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, S. 241.

<sup>201</sup> Zit. n. FN 9, S. 9.

<sup>202</sup> Zit. n. FN 9, S. 9.

<sup>203</sup> Zit. n. FN 9, S. 9.

### 3. "NATIONALSOZIALISMUS UND HOMOSEXUALITÄT"

Am Anfang dieser Schrift steht ein Brief an CAIGNET, den KÜHNEN nach seinem Austritt aus der "Bewegung" in der Butzbacher Haftzeit schrieb. Hierin legt er die Gründe dar, aus welchen er sich mit dem Thema "Nationalsozialismus und Homosexualität" auseinandergesetzt hat und weshalb er sich nach anfänglicher Weigerung schließlich doch zur Veröffentlichung durchgesetzt hat. Nie habe er Kameraden nach Ihrem Privatleben bewertet, und so habe er das Thema Homosexualität als Problem für die Bewegung nie wirklich ernstgenommen<sup>204</sup>. Jeder Nationalsozialist sei schließlich in der "Bewegung" willkommen gewesen, solange er pflichtgerecht handelte und nicht drogenabhängig oder berufskriminell war. Regelrecht amüsiert habe er sich über die Spießler-Moral einiger, der er auch den Schwulenhass der letzten Jahre zurechnete. Diese Haltung verzeichnete eine kurzzeitige Änderung nach dem BÜGNER-Mord, kehrte sich mit abnehmenden Aktionen jedoch wieder in Spott um. Aus Ärger über eine neuerliche Schmutzkampagne schließlich beschloss er, eine "weltanschauliche Arbeit..., mit der meines Wissens erstmals das Problem Homosexualität ernsthaft auf Vereinbarkeit mit der nationalsozialistischen Idee ... untersucht wurde"<sup>205</sup> zu verfassen. Um der Bewegung eine Zerreißprobe zu ersparen und um Gefühle der Mitstreiter zu schonen, kam er dem Bitten von Kameraden nach, die Broschüre vorerst nicht zu veröffentlichen. Dies betrachtete er später als Fehler. Im weiteren Verlauf versicherte KÜHNEN CAIGNET seine Loyalität und gab ihm formell die Zustimmung zur Veröffentlichung. Seine Grundsatzklärung widmete er "dem Blutzegen unserer Bewegung Johannes BÜGNER"<sup>206</sup>.

---

<sup>204</sup> Vgl. FN 6, S. 5.

<sup>205</sup> Zit. n. FN 6, S. 6.

<sup>206</sup> Zit. n. FN 6, S. 9.

### 3.1. Geschlechterrollen in der Urzeit

Homosexualität insgesamt ist nach Ansicht von KÜHNEN keine sexuelle Perversion, "sondern eine vererbte biologische Veranlagung, gehört also zur biologischen Natur des Menschen"<sup>207</sup>, der den Gesetzen der Natur unterliegt. Es gab sie zu allen Zeiten, in allen Gesellschaftsformen. Ebenso entspricht es der Natur des Menschen, dass die Frau schon zur Urzeit ihre Liebe im Wesentlichen dem Nachwuchs zukommen lässt, womit die Mutterliebe zur "eigentlichen und natürlichen, für das Überleben der Gemeinschaft entscheidenden Ausdrucksform weiblicher Hingabebereitschaft"<sup>208</sup> wird. Den biologischen Sinn ihrer Liebe findet sie im Kind, nicht im Mann. Ihn aber füllt seine Zeugungsfunktion weit weniger aus, seine Hingabebereitschaft äußert sich anders: Er, der sich als Glied der Gemeinschaft versteht, trägt als Jäger und Sammler zum Überleben der Gemeinschaft bei und opfert sich für diese auf. Dies beschreibt KÜHNEN als den biologischen Sinn seiner Liebe, getreu dem Motto "Du bist nichts, Dein Volk ist alles!" Damit sei natürlich Liebe zu einzelnen "Volksgenossen" nicht ausgeschlossen. Mit dem Erwachen der in der Urzeit nicht vorhandenen "individuellen Persönlichkeit ist auch für die Frau die Möglichkeit entstanden, ihre Hingabebereitschaft anderen zu schenken als ausschließlich dem Kind und für den Mann anderen als der Gemeinschaft"<sup>209</sup>, wodurch das Entstehen von Liebe zwischen Mann und Frau möglich geworden sei und mit diesem auch die Familie, die Urzelle der natürlichen Gemeinschaften. Jedoch stellt KÜHNEN das Dogma auf, dass sich dennoch männliche und weibliche Liebe niemals ganz von ihrem ursprünglichen biologischen Sinn lösen sollen. Liebe hat zunächst also nichts mit Sexualität zu tun, so dass sich Männer gegenseitig lieben und trotzdem für Frauen sexuelle Begierde empfinden und mit ihnen Kinder zeugen könnten. Auf mann-männlicher Liebe würden alle Orden, Bruderschaften, Männerbünde u.ä. aufbauen, auch ohne dass es in dieser Hinsicht zu Sexualität kommen würde. Wie aber entsteht diese, wo doch auch KÜH-

---

<sup>207</sup> Zit. n. FN 6, S. 17.

<sup>208</sup> Zit. n. FN 6, S. 22.

<sup>209</sup> Zit. n. FN 6, S. 24.

NEN keinen Zweifel daran lässt, dass der Sexualtrieb vornehmlich zur Fortpflanzung dient?

### 3.2. Wie entsteht Homosexualität?

Wieder dient ihm für seine Argumentation der Blick zurück in die Urzeit, wo den Mann allein sexuelle Begierde zur Frau trieb. Das Verhältnis zwischen ihnen solle man sich weder sentimental vorstellen, noch dürfe man die damalige Bedeutung von Sexualität überschätzen. Sie diene nur der Fortpflanzung, zwischen Mann und Frau, da gab es keine Liebe. Diese besaß ihre Zielrichtung Nachwuchs bzw. Gemeinschaft. Die Frau wäre mit Empfängnis, Geburt, Stillen und dem Aufziehen pro Kind bis zu sechs Jahren in Anspruch genommen worden, hätte auch oft nicht länger gelebt als bis zu dem Zeitpunkt, da ihre biologische Fruchtbarkeit endete. Fortpflanzung sei Sinn und Wert ihres Lebens gewesen. Der Mann bräuchte um seiner Zeugungspflicht nachzukommen hingegen nur wenige Minuten. In der Urgesellschaft, vermutet der Autor, würde er wohl dann um andere Frauen gekämpft haben, da die Geschwängerte seinem Trieb nicht mehr zur Verfügung stand. Da habe der Mann aber spätestens dann ein Problem gehabt, als sich stabile Familien in staatsähnlichen Gemeinschaften gebildet hatten, in denen ein ständiger Kampf um Frauen, der letztlich zu Chaos und Untergrabung der Familienstabilität führte, nicht mehr geduldet werden konnte. Wohin mit der überschüssigen Sexualität des Mannes? Sexualität nur zu Fortpflanzungsaufgaben, den Rest unterdrücken? Das sei nicht deren biologischer Sinn, wäre unnatürlich. Der Überschuss an Sexualität müsse aber zum Vorteil und nicht zum Schaden der Gemeinschaft gebraucht werden. Sie könne "in den Dienst der Kulturentwicklung"<sup>210</sup> gestellt werden: Möglich wäre eine freiwillige Enthaltbarkeit, um Energien für andere Zwecke freizusetzen, oder ständiger Geschlechtsverkehr mit der eigenen Frau, auch wenn sie schon genug Kinder gezeugt hätten, zur Festigung der gegenseitigen Liebe. Und: "sexuelle Beziehungen zu anderen Männern oder geschlechtsreifen Knaben zur Festigung und Ver-

---

<sup>210</sup> Zit. n. FN 6, S. 27.



tiefung eines Kultur und Staat tragenden Männerbundes"<sup>211</sup>, schließlich sei des Mannes Sexualität offen und nicht zielgerichtet. Zwischenmännliche sexuelle Beziehungen, "die aus Freundschaft und Liebe oder gar zur Vertiefung der gemeinsamen Hingabe an die Gemeinschaft entstehen, können niemals schädlich sein für diese Gemeinschaft."<sup>212</sup>

### 3.3 Welche Rolle spielt homosexuelle Veranlagung?

Auch in der Urzeit galt als vollwertig nur der geschlechtsfähige Mann, der zu Wachstum und Ernährung der Horde beitrug, so der Autor. Der Stärkste habe die Herrschaft über die Horde, verliert diese jedoch, sobald er einem Stärkeren unterliegt. So sei denn eine solche Ordnung instabil des ständigen Kampfes um Frauen und Macht wegen. Der Homosexuelle in solcher Gemeinschaft: Ein von den anderen abgestoßener, unverständlicher Fremdkörper, der sich so gut es nur geht anpasst. Doch spätestens, wenn es darum ginge, um Frauen zu kämpfen, Kinder zu zeugen, müsse er versagen. Durch eine Annäherung an andere Männer setzt er sich zudem dem Verdacht aus, diese von der Fortpflanzung abzuhalten: Ein Schädling, Frevler an Fruchtbarkeitsgöttern, unnutzer Esser. Eine, wie KÜHNEN bekennt, auch unter Nationalsozialisten vorgebrachte Meinung, die er in der Verbindung mit Verweisen auf Germanenbräuche zu Tötung von Homosexuellen als "Steinzeit-Nationalsozialismus"<sup>213</sup> verurteilt und für nicht richtig erklärt. Wäre eine solche Haltung richtig, so schlussfolgert Michael KÜHNEN, "dann wäre die Homosexualität niemals zu einer weltweiten und stabilen Veranlagung geworden."<sup>214</sup> Doch wie ist Homosexuellen dann das Überleben möglich geworden? KÜHNEN's These: Sie müssen überdurchschnittlich mit Stärke und Klugheit ausgestattet gewesen sein, wichtig für das Überleben der Horde, und der Hordenführer hätte ihre Nützlichkeit erkannt, würde sie schützen. Um sich die Gunst dieses Führers und damit das eigene Leben zu sichern, habe der

---

<sup>211</sup> Zit. n. FN 6, S. 27.

<sup>212</sup> Zit. n. FN 6, S. 28

<sup>213</sup> Zit. n. FN 6, S. 31.

<sup>214</sup> Zit. n. FN 6, S. 31.

Homosexuelle zudem drei Verhaltensweisen entwickeln müssen: sich unentbehrlich machen, eine "Hausmacht" erwerben, die Macht des Führenden stärken, sichern und verlängern, ihm also unbedingt loyal zu sein. Es herrschen gemeinsame Interessen: Überleben bzw. Machterhalt. Durch diese Punkte würde zugleich die gesamte Horde an Überlegenheit anderen Gemeinschaften gegenüber gewinnen: Es gäbe nicht mehr die ständigen Kämpfe um die Spitze der Horde, den ständigen Wechsel der Macht. Eine neue Ordnung, die die Dauerhaftigkeit und nicht mehr die Stärke der Macht zum Inhalt habe, könne so entstehen, Kultur sich weiterentwickeln. Auch für die Jugend brächte, so KÜHNEN, diese neue Ordnung Vorteile. In ihrer Unerfahrenheit versucht der "homosexuelle Gefolgsmann"<sup>215</sup>, sie für seine Interessen zu begeistern. So könnten sie sich gegen ihre unbedeutende Rolle in der alten Hordenordnung und für die Aussicht, unter homosexueller Führung eine Gemeinschaft zu bilden, entscheiden. Eine Gemeinschaft, die das Überleben des Herrschers sichert, von diesem anerkannt, ja gefördert wird: Die ersten Männerbünde der Geschichte.

### 3.4 Männerbünde

Den Männerbund hielt KÜHNEN für die Keimzelle des Staates, ebenso wie die Familie Keimzelle des Volkes sei. Die Sexualität wird in dieser neuen Truppe, die das Gefühl einer Elite umgibt, nicht verdrängt, ist aber jetzt "nicht mehr Ausdruck des rauschhaften, fruchtbaren Chaos, sondern ordnet sich der kulturellen Ordnung unter, der sie fortan zu dienen hat"<sup>216</sup>. Und: Im Männerbund finden auch jene eine Heimat, die unter der alten Ordnung keine Frau gefunden hätten. Sie wären es, die sich ausschließlich der Gemeinschaft verpflichtet fühlen. Die überschüssige Sexualität der jungen Männer, die in der neuen Ordnung entstünde, könnte "durch Einführung von sexuellen Beziehungen untereinander zur Festigung der Bindung innerhalb des Männerbundes ... benützt"<sup>217</sup> werden. Da auch die Söhne

---

<sup>215</sup> Zit. n. FN 6, S. 34.

<sup>216</sup> Zit. n. FN 6, S. 35.

<sup>217</sup> Zit. n. FN 6, S. 36.

des Herrschers dem Männerbund angehören, liegt es im Sinne des Homosexuellen, die Erbmonarchie einzuführen, womit sein Einfluss auf die neuen Herrscher und damit sein Überleben ebenso gesichert wäre, wie die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung. Und eben dank jener neuen Ordnung sei die Gemeinschaft in einem Überlebenskampf anderen überlegen. Gesellschaften, die Homosexuelle ausrotteten, starben demnach aus, ebenso aber auch die, in welcher die Fortpflanzungsfähigkeit durch einen zu hohen Homosexuellen-Anteil beeinträchtigt wurde. In den überlebenden Gemeinschaften war nun kulturelle Entwicklung möglich. "Da ... die Kulturentwicklung mit zur biologischen Natur des Menschen gehört und entscheidend zu Arterhaltung und Artentfaltung beiträgt, ist damit auch der biologische Sinn der homosexuellen Veranlagung nachgewiesen!"<sup>218</sup>

Männerbünde, führte KÜHNEN als nächstes aus, waren in der Entwicklung entweder mit Aufgaben soldatischen Charakters betraut oder Träger geistiger Orientierungen. Als Beispiele nannte er Sparta, die katholische Kirche, deren Zölibat er jedoch als unnatürlich bezeichnete, die Templer und die nationalsozialistische Partei. KÜHNEN, der sich immer eher in der Tradition der SA denn der SS sah, ging auch auf die Rolle von Homosexualität in diesen Organisationen ein. Die SS beschuldigte er, der "verfehlten Konzeption eines 'Sippenordens'"<sup>219</sup> angehangen zu haben: "Auch hier bewies spätestens der Zusammenbruch 1945, dass heterosexuelle Beziehungen einen Männerbund kaum festigen können."<sup>220</sup> Die Verfolgung Homosexueller im Dritten Reich führte er zurück auf "art- und naturfremde jüdisch-christliche Moralauffassungen", an die man hier noch geglaubt habe. Nationalsozialistische Begründungen hierfür gäbe es nicht, auch das NSDAP-Parteiprogramm äußere sich nicht zu diesem Thema.

### 3.5 Fragen und Antworten

Zum Abschluss der Broschüre "Nationalsozialismus und Homosexualität" zitierte Michael KÜHNEN in bezug auf Homosexualität

---

<sup>218</sup> Zit. n. FN 6, S. 39.

<sup>219</sup> Zit. n. FN 6, S. 45.

<sup>220</sup> Zit. n. FN 6, S. 45.

oft gestellte Fragen und beantwortete sie auch direkt im Anschluss, versuchte damit zu beweisen, dass Homosexualität keine "abartige Unterbrechung des natürlichen Lebenskreislaufes"<sup>221</sup> sei, dass sie nicht des Volkes Fortbestand bedrohe: Notfalls könne jeder Mann zur Fortpflanzung gezwungen werden. Er setzte sich mit dem Ertränken Homosexueller im Sumpf durch die Germanen auseinander: Diese Bräuche entsprächen einer Kulturstufe, der stabile staatliche Ordnungen fremd sei, Sexualität ausschließlich Fortpflanzungsbezug gehabt habe und jedes einzelne Kind der Gemeinschaft das Überleben sicherte. Der Frage, ob Homosexuelle nicht eine Clique mit eigenen Machtinteressen in der "Bewegung" bilden könnten, entgegnete er, dass diese Gefahr zwar bestehe, aber mit der nationalsozialistischen Idee nicht vereinbar sei. Als Beweis, dass Homosexuelle nicht krank oder minderwertig seien, führte er eine Reihe von Beispielen, angefangen mit Sokrates und Platon über Alexander den Großen bis hin zu Ernst RÖHM, an. Fähigkeit und Bereitschaft entscheide über eines Menschen Wert, nicht dessen sexuelle Veranlagung. Ebenso sah er nicht ein, warum einer Verführung Jugendlicher entgegengewirkt werden müsse: Nicht vor homosexuellen Beziehungen müsse der Jugendliche geschützt werden, sondern vor "Missbrauch von Sexualität als Ausdruck einer flachen, materialistischen, nur auf egoistische Triebbefriedigung ausgerichteten Lebenshaltung"<sup>222</sup>, die in der heutigen Welt allgemein vorherrsche. Auch erwies er die Abscheu gegenüber Schwulen als unbegründet und Homo- wie auch Bisexualität als nicht dekadent, nicht unmännlich - außer bei jenen Homosexuellen, die das "Zerrbild der europäischen Dekadenz verkörpern"<sup>223</sup> und deshalb schließlich auch nicht zur nationalsozialistischen Bewegung gehören könnten. Die anderen seien hierfür aber ideal.

---

<sup>221</sup> Zit. n. FN 6, S. 48.

<sup>222</sup> Zit. n. FN 6, S. 55.

<sup>223</sup> Zit. n. FN 6, S. 58.

### 3.6 AIDS

Ganz zum Ende widmete KÜHNEN dem Thema AIDS einen eigenen Abschnitt, in dem er sich mit Vorstellungen, nach denen diese Krankheit eine Strafe Gottes sei, beschäftigte. Dies jedoch hielt er für absurd und typisch für jüdisch-christliche Religiosität<sup>224</sup>. Doch wie sei dann das Auftreten von AIDS zu bewerten? Dies sei keine reine Homosexuellen-Krankheit, weshalb von einer Schuld Homosexueller in diesem Zusammenhang keine Rede sein könne. Die Verbreitung des Virus war für ihn das Ergebnis der Genuss-Sucht in der Gesellschaft, eines dekadenten Lebensstils, einer kranken Zivilisation: Ohne sexuelle Kontakte zwischen den Rassen wären seiner Ansicht nach weder AIDS noch Syphilis nach Europa gekommen. "Unser Kampf aber muss der Dekadenz gelten und kann nicht durch Homosexuellen-Hass oder Moralfeldzüge geführt werden"<sup>225</sup>.

### 3.7 Elemente rechtsextremen Denkens?

Michael KÜHNEN's Broschüre "Nationalsozialismus und Homosexualität" enthält eine Vielzahl von Merkmalen rechtsextremen Denkens. In seiner Argumentation verwendete er häufig rassistische Elemente. So sprach er zum Beispiel in seiner Erläuterung zu Thema AIDS davon, dass sexuelle Kontakte zwischen den Rassen eine Verbreitung der Krankheit ermöglichten, dass diese sexuellen Kontakte Ausfluss vorherrschender Dekadenz seien. Er griff somit Gedanken auf, die schon in den Rassengesetzen des Dritten Reiches festgeschrieben worden waren. Ebenso bediente er sich der Selektionstheorie, wenn er beschrieb, dass nur eine Gemeinschaft mit einem stabilen Anteil an Homosexuellen anderen Gemeinschaften, deren Homosexuellen-Anteil zu hoch oder zu niedrig sei, überlegen wäre. Von ihm wurde desweiteren die nationalsozialistische Volksgemeinschaft positiv hervorgehoben, wenn er vom Geist der Männerbünde schwärmte, die getreu dem Motto "Du bist nichts, Dein Volk ist alles" leben und kämpfen würden. Zudem lässt sich Antisemitismus in seiner Schrift nachweisen: Er schrieb vom Hass auf Homosexuelle als "jüdisch-

---

<sup>224</sup> Zit. n. FN 6, S. 65.

<sup>225</sup> Zit. n. FN 6, S. 67.

christliche Massenneurose"<sup>226</sup>, womit er in den Bereich der für Extremisten durchaus typischen Verschwörungstheorien verfiel. Bei solchen Formulierungen wandte er sich immer auch gegen jüdische wie christliche Religion und somit geriet er mit dem im Grundgesetz konkretisiertem Menschenrecht auf Religionsfreiheit des Artikels 4, Absätze 1 und 2, in Konflikt. Dies ist allerdings nicht der einzige Fall, in dem seine Argumentation im Widerspruch zum Grundgesetz stand: Wenn er die Frau allein auf ihre biologische Rolle zurückführen wollte, wenn er lobte, dass Frauen nicht Parteimitglieder einer nationalsozialistischen Partei werden könnten, stand dies sowohl dem Artikel 2 des Grundgesetzes, der eine freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert, als auch dem Artikel 3, der insbesondere in seinem Absatz 2 Männer und Frauen für gleichberechtigt erklärt, entgegen. Ein weiteres Element rechtsextremen Denkens, die Ideologie der Ungleichheit, ist ebenso in "Nationalsozialismus und Homosexualität" zu finden: "Darüber hinaus aber sind die Menschen nicht gleich, sondern verschieden - auch innerhalb einer Volksgemeinschaft"<sup>227</sup>. Seine Auffassung, und auch dies ist typisch für extremistische Argumentationsweisen, hielt er für das lebensrichtige Menschenbild, die andere Auffassungen vertreten, verurteilte er ja mithin als "Steinzeit-Nationalsozialisten"<sup>228</sup>. Ein Gefühl der Überlegenheit wird deutlich. Ebenso zeichnet sich seine Argumentation durch starke Vereinfachungen aus.

#### 4. DIE DEBATTE

Es blieb nicht bei den Ereignissen des FAP-Landesparteitages und der schriftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität von KÜHNEN. In der rechten Szene der Bundesrepublik Deutschland kam es zu einer Debatte über dieses Thema, die noch für Monate, ja zum Teil für Jahre die Strukturen innerhalb des rechten Spektrums beeinflussen sollte. Von nun an gab es also zwei entscheidende Fraktionen: eine sammelte sich nach dem Bruch mit KÜHNEN um Jürgen MOSLER, die andere

---

<sup>226</sup> Zit. n. FN 6, S. 66.

<sup>227</sup> Zit. n. FN 6, S. 10.

<sup>228</sup> Zit. n. FN 6, S. 51.

hielt in Treue zu ihrem bisherigen "Führer". Das Organ "NEUE FRONT" vollzog ebenfalls eine solche Spaltung in eine MOSLER-treue Ausgabe (NFP) und in eine KÜHNEN-treue Version, die fortan das Wort Widerstand im Titel trug (NFW). Grund hierfür war ein Manifest jener, die schon auf dem "Gautreffen" in Grevenbroich gegen Homosexuelle hetzten, welches in der August-Ausgabe 1986 von "NEUE FRONT" unter der Überschrift "Der Kampf geht weiter" erschienen war. Tenor des von fast der gesamten Führung der "Bewegung" unterzeichneten Artikels: "Schwule???? - Nein danke!!!!!"<sup>229</sup> Homosexuellen wurde hierin auch die Schuld an AIDS gegeben. Zudem hieß es: "Es ist unsere Aufgabe, alles ekelhaft und gefährlich Kranke vom Volke fernzuhalten und das Volk zu schützen. Bei der Homosexualität handelt es sich aber um eine besondere Krankheit - eine Krankheit, die gesunde Völker auszurotten geeignet ist. Diese Krankheit ist ein Teil der Dekadenz. Sie ist seelischen Ursprungs und damit nur schwer heilbar."<sup>230</sup> Demzufolge könne ein Schwuler niemals treuer Nationalist sein. Verräter sei, wer einem Schwulen Möglichkeit gebe, sich in die Gesinnungsgemeinschaft "einzuschleichen". Nationalsozialismus und Homosexualität: hier sind beide unvereinbar. Unterstützung erhielten die KÜHNEN-Gegner auch von anderen Seiten: FAP-Chef Martin PAPE nannte KÜHNEN "Politkasper"<sup>231</sup>, tadelte das "saudumme Schwulengequatsche"<sup>232</sup>, nannte Schwule "Arschfis". Auch er gab Schwulen die Schuld an AIDS und er hetzte mit weithin vulgärer Wortwahl gegen Homosexualität<sup>233</sup>. Weitere prominente Rechte distanzieren sich: Manfred ROEDER und Ernst TAG. Schon jetzt tauchten erste Meldungen über eine mögliche Erkrankung von Michael KÜHNEN am HI-Virus auf, wurden jedoch dementiert.

Die beiden Flügel blieben über Jahre hinweg bestehen. Diese Zerrissenheit spiegelte sich in der personellen Zusammensetzung vieler Führungsgremien wieder. Exemplarisch hierfür war zum

---

<sup>229</sup> Zit. n. FN 8, S. 117.

<sup>230</sup> Zit. n.: Manifest der Homosexuellengegner "Der Kampf geht weiter" in: Die NFP, Nr. 8/86, S. 9.

<sup>231</sup> Vgl. Deutsche Stimme (DS) Nr. 6/87

<sup>232</sup> Vgl. FN 43.

<sup>233</sup> Vgl. DS Nr. 4/87

Beispiel der FAP-Bundesvorstand des Jahres 1988, in dem je zwei Mitglieder beider Flügel saßen. Es war ebenso 1988, als KÜHNEN nach seiner Freilassung aus der Haftanstalt in Butzbach die "Nationale Sammlung" (NS) gründete. Und auch wenn im Januar 1989 die Fehde offiziell als beendet erklärt wurde, um der "Bewegung" zum Geburtstag Adolf Hitlers die Schlagkraft zu sichern<sup>234</sup>, waren das Lagerdenken wie auch die unterschiedlichen Ansichten über Homosexuelle auch in den nächsten Jahren noch prägend. So wurde noch 1990 KÜHNEN Homosexualität durch den damaligen FAP-Chef Friedhelm BUSSE vorgeworfen, wogegen der "Beschuldigte" Strafanzeige stellte<sup>235</sup>. Die fortdauernde Meinungsverschiedenheit in dieser Sache zeigte sich zudem 1990 am Beispiel der Weitlingstraße 122 in Berlin. In dieser bezogen Mitglieder der "Deutschen Alternative" (DA) und mit ihr verbundener Organisationen, wie zum Beispiel der FAP, Quartier, nachdem sie das Haus mit der Nummer 17 in der Lichtenberger Türirschmidtstraße besetzt hatten und ihnen die Kommunale Wohnungsverwaltung das Ausweichobjekt angeboten hatte. Einer der führenden Köpfe in der Weitlingstraße, Oliver SCHWEIGERT, Westberliner FAP-Führer, bekannte schließlich ein knappes Vierteljahr nach Bezug des Hauses: "Wir sind wegen der Schwulenfrage zerstritten"<sup>236</sup>. In der rechten Szene wurde ob der KÜHNEN-Treue der Belegschaft, zu der u.a. auch Ingo HASSELBACH und Gottfried KÜSSEL zählten, das Objekt Weitlingstraße 122 schon mal als "Tuntenhaus" beschimpft<sup>237</sup>.

1991 wurde dann Gewissheit, was sich schon seit 1987 als Gerücht verbreitete: Michael KÜHNEN war mit dem HI-Virus infiziert. In den achtziger Jahren gab es da das Ergebnis des Arztes der Haftanstalt Butzbach. Es war ein negatives, auf dessen Grundlage Kamerad Christian WORCH versichern konnte, dass mit KÜH-

---

<sup>234</sup> Vgl. SIEGLER, Bernd: "Geburtstag unterin Hakenkreuz" in taz vom 15.4.1989, S. 3.

<sup>235</sup> SCHRÖDER, Burkhard: "Neonazismus und Homosexualität" in "Gefahr von Rechts" herausgegeben im Herbst 1993 vom Schwulenverband in Deutschland (SVD / heute: LSVD), S. 37.

<sup>236</sup> "Wir sind wegen der Schwulenfrage zerstritten" in taz (Berlin-Ausgabe) vom 10.7.1990, S. 23.

<sup>237</sup> Vgl. FN 47, S. 38.



NEN soweit alles in Ordnung sei<sup>238</sup>. Dieser selbst bezeichnete eine entsprechende Meldung des Magazins "stern" als Versuch, ihn "zu demontieren, wenn man mit Argumenten nichts mehr gegen ihn ausrichten kann"<sup>239</sup>. Nachdem er aber nach einer erneuten Festnahme am 11. April 1991 in die Städtischen Kliniken Kassel eingeliefert werden musste, herrschte bald Gewissheit: Die Gerüchte entsprachen der Wahrheit. Angesichts des sicheren Todes seines Kameraden, mühte sich auch WORCH nicht mehr, dessen Zustand zu leugnen: "Was ... als Vermutung geäußert wird, entspricht den Tatsachen. Kamerad KÜHNEN leidet an AIDS ... Mir tut nicht weh, woran er stirbt, sondern dass er stirbt ... Da Kameradschaft für mich wie für jeden rechtlich denkenden Menschen nicht mit dem Tod endet, sondern über diesen hinausreicht, werde ich selbstredend die Ehre eines toten Michael KÜHNEN ebenso verteidigen wie die eines lebenden Michael KÜHNEN."<sup>240</sup>

## 5. DER TOD DES MICHAEL KÜHNEN

Michael KÜHNEN stirbt am 25.4.1991 an den Folgen der Immunschwächekrankheit AIDS.

Über die sterblichen Überreste des KÜHNEN entstand ein Konflikt. Dessen letzter Wille war, in Langen, das er zur ersten ausländerfreien Stadt Deutschlands machen wollte, seine letzte Ruhestätte zu finden. Langen jedoch weigerte sich. Auch sein Geburtsort Bonn-Beuel wollte keine Wallfahrtsstätte für seine Anhänger bieten. So wurde KÜHNEN am 3.1.1992 in Kassel begraben. Der "Gauleiter des Führers", Heinz REISZ, kündigte allerdings schon hier an, die Urne nach Langen "heimzuholen".

---

<sup>238</sup> Vgl. WOLSCHNER, Klaus: "Neonazi KÜHNEN leider kein AIDS?" in taz vom 17.10.1987, S. 5.

<sup>239</sup> Zit. n. FN 12, S. 243.

<sup>240</sup> Zit. n. HASSELBACH, Ingo, BONENGE, Winfried: "Die Abrechnung - Ein Neonazi steigt aus", 4.Auflage 1994, Aufbau Verlag, Berlin, S. 57.

## 6. ALTHANS: DER NACHFOLGER?

Für die Medien kristallisierte sich in der Person des Bela Ewald ALTHANS ein legitimer Nachfolger, ein neuer schillernder Führer des rechtsextremen Spektrums heraus. Dieses Spektrum aber sah das etwas anders. Unbestritten blieben ALTHANS' rhetorische Fähigkeiten, jedoch hinderte ihn sein ungestümer Drang zur Selbstdarstellung daran, wirklich als Führungspersönlichkeit anerkannt zu werden. Mit dem Regisseur Winfried BONENGEL drehte ALTHANS den Film "Beruf Neonazi", der 1993 in die Kinos kam. Den nutzte er zur Propaganda. Er leugnete den Holocaust, er zeigte den Hitlergruß. Das hatte juristische Folgen: Das Münchner Landgericht nahm sich des Filmes an. ALTHANS wurde wegen Volksverhetzung zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Und dieser ALTHANS sollte nun die neue rechte Führerfigur darstellen? Wusste nicht auch schon KÜHNEN geschickt die Medien zu nutzen? Ja, eine gewisse Ähnlichkeit zu ihm konnte er nicht leugnen. Vielleicht waren es der Gemeinsamkeiten zuviel: Auch ALTHANS ist homosexuell. Zwar präsentierte er wie Michael KUHNNEN, der bis zum Ende eine Verlobte hatte, nach ersten, dem entsprechenden Gerüchten zunächst eine Freundin<sup>241</sup>. ALTHANS bekannte sich jedoch offen in einem Leserbrief an das Gay-Magazin "Don und Adonis" zu seiner Homosexualität: "Ich bin Nazi - na und? ... Meine schwulen Freunde stehen auch weiter zu mir, haben sie doch eh gewusst, wo die Wahrheit steht."<sup>242</sup> Zu einer Figur mit realem Führungsanspruch wurde ALTHANS nicht. Für viele blieb er der Zögling des Revisionisten Ernst ZÜNDEL, dem Selbstdarstellung wichtiger war als Ideologie.

## 7. Revisionismus und Homosexualität

Auch revisionistische Strömungen der rechtsextremen Szene befassten und befassen sich mit dem Thema Homosexualität. Ähnlich, wie Revisionisten daran arbeiten, eine Leugnung des

---

<sup>241</sup> Vgl. ROWOHLT, Jörg: "Führer schwul!" in "Schwule Zeiten", Zeitung des Bundesverbandes Homosexualität, Nr. 9, März 1994, S. 1.

<sup>242</sup> Zit. n. SCHMIDT, Michael: "Heute gehört uns die Straße ...: Der Insider-Report aus der Neonazi-Szene", ECON Verlag, Düsseldorf, 1993.

Holocaust an jüdischen Mitmenschen nach der Zeit der Machtübernahme Adolf HITLERs mit vorgeblich wissenschaftlichen Methoden zu untermauern, wird auch versucht, die Tötung von Homosexuellen während der Zeit des Nationalsozialismus als nicht geschehen oder zumindest als danach weit übertrieben dargestellt zu erweisen. Exemplarisch hierfür war der Artikel "Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich", der in der Ausgabe 2/1998 in der Zeitschrift "Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" erschien<sup>243</sup>.

Der Autor Jack WIKOFF nahm als Ausgangspunkt für seine Argumentation das Musical "Bent", das Ende des Jahres 1979 am Broadway in New York uraufgeführt wurde und das von der Beziehung zweier, im Konzentrationslager Dachau inhaftierter Homosexueller erzählt. Anlass zum Artikel von WIKOFF war der Kinostart der Verfilmung des Musicals 1998. Zwar sah der Autor des Artikels, dass in den Medien schon seit 1973 verstärkt über eine Vernichtung von Homosexuellen berichtet wurde. Aber erst der in der Tat große Erfolg des Musicals "sowie die wachsende Akzeptanz gegenüber homosexueller 'Befreiung' sicherten das Fundament dieses Mythos."<sup>244</sup> In seiner folgenden Argumentation zitierte WIKOFF verschiedenste Medienberichte über die Vernichtung Homosexueller derart, dass beim Leser der Eindruck entstand, je mehr und je länger über dieses Thema berichtet wurde, desto größer sei auch die Zahl homosexueller Opfer in den Konzentrationslagern geworden. So stieg diese Zahl, die Mitte der siebziger Jahre mit 200.000 angegeben wurde, bis zum Ende der achtziger Jahre auf eine Million Menschen. Neben der steigenden Anzahl der Opfer fand WIKOFF die Tatsache, dass vor 1973 zwar über eine Verfolgung, nicht jedoch über eine dermaßen große Vernichtung berichtet wurde, merkwürdig. "Es scheint also, dass die Behauptung von der NS-Vernichtung der Homosexuellen erst in den Jahren auftrat, als die Homosexualität selbst vom akademischen, wissenschaftlichen und journalisti-

---

<sup>243</sup> WIKOFF, Jack: "Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich" in "Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung", 2/1998, Seiten 135-139; auch im Internet abrufbar unter: URL: <http://www.vho.org/VffG/1998/2/Wikoff2.html>, (Stand: 26.1.2000).

<sup>244</sup> Zit. n. FN 55.

schen Establishment in gewissem Maße akzeptiert wurde."<sup>245</sup> Die damit einhergehende Anerkennung als offizielle Opfer des Holocaust habe "den Homosexuellen", deren politischer Einfluss seit jenen Jahren stetig gestiegen sei, eine Illusion moralischer Überlegenheit gegenüber der weißen, heterosexuellen Zivilisation gegeben. Um nachzuweisen, wie viele Schwule tatsächlich im KZ umkamen, führte WIKOFF Statistiken der Gestapo wie auch der Deutschen Wehrmacht auf, die belegen sollten, wie viele Personen während der nationalsozialistischen Herrschaft wegen des §175 StGB zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Er präsentierte hiernach eine Zahl von 54.330 Menschen, die Einschätzungen seriöser Wissenschaftler, die schätzen, dass es bis zu 63.000 Verurteilte gab, nahekam. Jedoch seien von diesen 63.000 nur ein geringer Prozentsatz in Konzentrationslager eingewiesen worden. 86% dieses Teiles, den er nach den Studien von Prof. Rüdiger LAUTMANN auf ca. 10.000 schätzte, wären zuvor straffällig geworden, von weiteren 10% gab der Autor an, sie hätten sich vor ihrer KZ-Haft wegen der Verführung Minderjähriger strafbar gemacht. Von den ca. 10.000 seien 60% nach LAUTMANN gestorben, WIKOFF hielt die Ziffer für "ohne Zweifel niedriger"<sup>246</sup>. Mord sei jedoch nicht die Ursache des Todes dieser Männer, gar für absurd hielt der Autor Behauptungen, nach denen sie in Gaskammern zu Tode kamen. Ein überwiegender Teil soll demnach an Typhus und Fleckfieber gestorben sei, zum Ende des Krieges kamen wegen der darniederliegenden Infrastruktur mehr Menschen ums Leben. Ein entsprechendes Programm zur Vernichtung von Juden und ebenso Homosexuellen, folgerte er, hätte es nie gegeben. Derartige Behauptungen verleumdeten das deutsche Volk. Homosexuelle bräuchten vielmehr die seiner Ansicht nach weit erhöhten Zahlen zur "Umkehr ihres sozialen Status, der ihnen durch ihre vermeintliche Opferrolle zuteil wird."<sup>247</sup> Diese Rolle des Holocaust-Opfers benötigten Homosexuelle, um an "enorme finanzielle, politische, soziale und religiöse Vorteile"<sup>248</sup> zu gelangen.

---

<sup>245</sup> Zit. n. FN 55.

<sup>246</sup> Zit. n. FN 55.

<sup>247</sup> Zit. n. FN 55.

<sup>248</sup> Zit. n. FN 55.

Der Artikel enthält Elemente rechtsextremen Denkens. So entwickelte der Verfasser mit der These, 'Homosexuelle bräuchten zur Umkehr ihres sozialen Status' eine aus dem Holocaust resultierende Opferrolle, eine Verschwörungstheorie. Gleichzeitig argumentierte er mit starken Freund-Feind-Stereotypen. Er erhob desweiteren Anspruch auf umfassende Wahrheit seiner Darstellung. Das wird deutlich, wenn er die Belege renommierter Wissenschaftler, wie zum Beispiel Prof. LAUTMANN, zitiert, diese jedoch mindestens relativiert, wenn nicht gar für falsch erklärt. Er leugnete zudem den Holocaust an Juden und die Ermordung von Homosexuellen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Auch finden sich in seiner Schrift antisemitische Züge.

## 8. Gefahr von schwulen Nazis?

Das "Can Can" im Hamburger Stadtteil St. Georg: Treffpunkt schwuler Neonazis. Schon Michael KÜHNEN verkehrte in der Kneipe des Kameraden Lothar WROBEL. 1981 geschah vor diesem Lokal der Mord an Johannes BÜGNER. Im September 1993 berichtete das Gay-Magazin "Magnus" in einem Beitrag über schwule Neonazis über diese Lokalität<sup>249</sup>. WROBEL sei seiner Eskapaden wegen in der Szene als "Nazi-Lothar" bekannt. Der Führer-Geburtstag wäre in seiner Kneipe, in der KÜHNEN auch Nachwuchs für die "Bewegung" zu rekrutieren suchte, Feiertag. WROBEL, gefiel dieser Artikel nicht: Er und sein Anwalt Jürgen RIEGER gingen gegen "Magnus" gerichtlich vor. Innerhalb der schwulen Szene der Stadt Hamburg ist WROBEL jedoch isoliert: Das schwule Switchboard "Hein & Fiete" zum Beispiel lehnte eine Spende des Kneipers ab. Der hat nun eine ganz eigene Meinung über das Zentrum: "Kommunistenpack"<sup>250</sup>. Doch trotz Ablehnung der Gay-Community gibt es weiterhin Schwule mit rechtsextremer Ideologie. Gemeinsam ist ihnen die schwule Gemeinschaft suspekt. Einige unterscheiden sogar zwischen Homosexualität und Schwul-Sein. Schwule gelten solchen Kameraden als dekadent, unmännlich, weibisch ... KÜHNEN sprach von einem "Zerrbild vom weiblichen, perversen, unmännlichen

---

<sup>249</sup> Vgl. FN 1, Seiten 25 – 29.

<sup>250</sup> Zit. n. FN 1, S. 26.

Homosexuellen"<sup>251</sup>. So auch Manfred HUCK: "Ich schlafe zwar mit Männern, aber ich bin nicht schwul."<sup>252</sup> HUCK kandidierte in den Kommunalwahlkämpfen der achtziger Jahre für die NPD und unterhielt nach eigenen Angaben einen regen Schriftwechsel zu Michael KÜHNEN.<sup>253</sup> Er wechselte aber noch vor dessen Tode zum linken Spektrum, organisierte den Heidelberger Christopher Street Day (CSD) 1991 maßgeblich mit. "Magnus" zitierte einen Kollegen aus diesen Zeiten: "Ohne Manfred hätte der CSD nicht stattgefunden"<sup>254</sup>. Doch schon Anfang 1992 kehrte HUCK zu den alten Kameraden zurück, wurde sogar Chef des ANS-Nachfolgers "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), gehörte der GdNF an, gab "Der Kampf" heraus, der auch mit ausländerfeindlichen Passagen zu Gewalt aufstachelte. Seine Homosexualität sah und sieht er, und auch hier befindet er sich in Gesellschaft vieler Rechtsextremisten, als seine Privatsache an. Und wurde mehr und mehr isoliert: Nicht nur die homosexuellen Männer und Frauen wollten nichts mehr mit ihm zu tun haben, auch Kameradinnen und Kameraden des rechten Spektrums kehrten ihm den Rücken.

Im Frühling 1994 kam nochmals Bewegung in dieses Thema. Das Hamburger Stadtmagazin "Szene" berichtete über "Schwule Herrenmenschen"<sup>255</sup>. Anlass dieses Artikels waren Flugblätter einer "Arbeitsgemeinschaft männlicher Gays" (AMG), die in Hamburg kursierten. Bereits zwei Jahre zuvor gab es ähnliche Aktionen der AMG, die sich als eine Art "Geheimgesellschaft" sieht. In ihren Schriften zeigte sich die AMG enttäuscht von männlichen, in Deutschland lebenden, ausländischen Mitbürgern, die es nicht zu schätzen wüssten, wenn sie von Schwulen angemacht würden. Diese sollten doch im Gegenteil froh darüber sein, wenn man sie so als gleichberechtigt anerkenne. "Es kann nur an dem geringen Intelligenzquotienten liegen, wenn dies bei den türkischen Männern noch nicht erkannt worden

---

<sup>251</sup> Zit. n. FN 1, S. 28.

<sup>252</sup> Zit. n. FN 1, S. 28.

<sup>253</sup> Vgl. FN 1, S. 27.

<sup>254</sup> Zit. n. FN 1, S. 27.

<sup>255</sup> GRÖNING, Martin und DIEKMANN, Daniel: "Rechtsextremismus - Schwule Herrenmenschen" in SZENE HAMBURG 4/94, S. 18 ff.

ist."<sup>256</sup> Deshalb propagierten die Verfasser den Kampf gegen homophobe Ausländer. Unterstellt wurde in Deutschland beheimateten Moslems, überdurchschnittlich an anti-schwuler Gewalt beteiligt zu sein. Keiner Statistik, die Gewalt gegen Schwule dokumentiert, war und ist dies zu entnehmen. Deren Übergriffe sollten denn auch stärker bestraft werden als vergleichbare Taten deutscher Schläger. Somit waren in AMG-Papieren klare ausländerfeindliche Passagen auffindbar. Zudem sah die AMG Homosexuelle - nicht Schwule! - als Elite innerhalb einer Hierarchie, in der sie Menschen nach Herkunft, sexueller Identität und Geschlecht einteilte. Frauen erklärte die AMG zu Gegnern. Und die AMG hetzte gezielt gegen homosexuelle Prominente wie Rosa VON PRAUNHEIM. Nach dem Abdruck des "Szene"-Artikels bedrohte die Arbeitsgemeinschaft deren Anzeigenkunden. Sollten sie weiterhin Anzeigen im Stadtmagazin veröffentlichen, "müssen wir uns vorbehalten, Ihnen persönlich und Ihren gesellschaftlichen Aktivitäten zu Leibe zu rücken."<sup>257</sup> Anwalt Jürgen RIEGER, bekannt mit verschiedenen Größen des rechten Spektrums wie Christian WORCH, David IRVING, Ernst ZÜNDEL oder Fred LEUCHTER, versuchte, die Zeitschrift zu einer Gegendarstellung zu bewegen<sup>258</sup>. Bewegt hatte sich derweil etwas anderes: Die Gay-Community war fest entschlossen, sich nicht einschüchtern zu lassen; 40 Magazine, Organisationen, Einrichtungen u.ä. schlossen sich zu einer Anzeigenkampagne gegen rechts zusammen.<sup>259</sup>

## 9. Der DVU-Aussteiger

Auch in der "Deutschen Volksunion" (DVU) wurde Homosexualität in jüngster Zeit zu einem Thema. Jörg FISCHER trat aus der Partei genauso aus, wie aus der gesamten rechten Szene. 1999 veröffentlichte dieser Jörg FISCHER ein Buch, in dem er all seine

---

<sup>256</sup> Zit. n. FN 67, S. 18.

<sup>257</sup> Zit. n. SCHNEIDER, Magda: "Die Drohungen der Herren-Menschen" in taz-Hamburg vom 24.5.1994, S. 17.

<sup>258</sup> Vgl. FN 69.

<sup>259</sup> Vgl. SCHNEIDER, Magda: "Neonazi-Tendenzen" in taz-Hamburg vom 20.6.1994, S. 21.

Erfahrungen in DVU und "Nationaldemokratischer Partei Deutschlands" (NPD) dem geneigten Leser mitzuteilen versuchte<sup>260</sup>. Und ausgerechnet darin fanden sich neben der detaillierten Beschreibung einer Parteikarriere und des Innenlebens zweier vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien ebenso Berichte von seinen Versuchen, in dieser Umgebung eigene Homosexualität zu entdecken und auszuleben. Erste Erfahrungen diesbezüglich macht FISCHER mit einem Kollegen aus der DVU. Wie das möglich sei? "Das geht nur mit einer gewissen Schizophrenie, die aber in der DVU durchaus verbreitet ist."<sup>261</sup> Beide gehörten zu derart aktiven Parteikadern, dass man ihnen private Verfehlungen zugestanden hätte. Eine aufrechterhaltene Fassade sei wichtiger. FISCHER verdeutlichte in seinem Buch, wie auch auf unzähligen Vorträgen, die er nach seinem Ausstieg gehalten hatte, das erzkonservative, kleinbürgerlich-spießige Klima der DVU. Hierin wird Homosexualität als Krankheit angesehen, deren öffentliches Ausleben verwerflich sei.<sup>262</sup> Ansonsten sei das Thema Schwule sehr konjunkturabhängig. Nach Ansicht rechter Parteien sei nicht einzusehen, warum des Deutschen hart erarbeitete Steuergelder zugunsten schwuler Projekte fließen. Gesellschaftlich immer noch verbreitete Vorurteile würden in der Argumentation gegen Schwule genutzt.

Ganz nebenbei und von der heterosexuellen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen nahm der Sohn des DVU-Vorsitzenden, Gerhard FREY JR., eine Passage des Buches von FISCHER zum Anlass, juristisch gegen das Taschenbuch vorzugehen. In jenen Zeilen behauptete der Autor, FREY JR. hätte an seiner Person ein Interesse gehabt, das über das politische wie persönliche Maß hinausgegangen sei. In der Klageschrift wurde Franz SCHÖNHUBER, einst Vorsitzender der "Republikaner" (REP) als Zeuge für die Heterosexualität von FREY JR. genannt und der Wiener Psychoanalytiker Erwin RINGEL, der Homosexualität als "neurotische

---

<sup>260</sup> FISCHER Jörg: "Ganz rechts", Reinbek bei Hamburg im Februar 1999, Rowohlt Taschenbuchverlag GmbH.

<sup>261</sup> Zit. n.: "Stramm rechts - Aufstieg und Ausstieg eines Schwulen in DVU und NPD" im Internet unter: URL: <http://www.nuernberg.gay-web.de/nsp/Archiv/9904/n990405.htm>, (Stand: 18.1.2000).

<sup>262</sup> Vgl. FN 73.



Erkrankung" einstufte, zitiert.<sup>263</sup> Die entsprechende Passage musste seitdem geschwärzt werden.<sup>264</sup>

## 10. Rechtsextreme Gewalt gegen Schwule

Das "Mann-O-Meter" in Berlin erhält oft Drohanrufe von rechts. In Hannover gab es im August 1991 eine Bombendrohung gegen das Schwulenzentrum "Home": "Ich hasse Schwule. Ich bin ein Nazi."<sup>265</sup> "Schweine raus, ab ins KZ" wurde in das Haus eines HIV-positiven Homosexuellen im niedersächsischen Almstedt gesprüht.<sup>266</sup> "Diese Schwulen gehören aufgemischt, wie es die Kameraden früher auch gemacht haben"<sup>267</sup>, rief man in einem Flugblatt im Vorfeld des CSD 1993 in Berlin auf. Nachdem sich schließlich auch noch ca. 500 Neonazis in unmittelbarer Nähe versammelt hatten, brachen die CSD-Veranstalter im Juni 1993 ein Konzert im Freizeitpark Wuhlheide ab. Im April 1999 wurden in München das Café Regenbogen und das schwule Zentrum "Sub" Opfer von Skinhead-Übergriffen.<sup>268</sup> Bei einer schwul-lesbischen Party anlässlich des Stadtfestes in Zittau kam es zu einem Überfall von ca. 30 Rechtsradikalen. Über die hier anzutreffende Ignoranz von Bürgermeister und Polizei wuchs vieler Bürger Unmut.<sup>269</sup> Diese Aufzählung wäre beliebig fortsetzbar. Immer wieder kam und kommt es zu rechtsextremistisch bzw. radikal motivierter Gewalt. Trotzdem: Anders als man erwartet hatte, kam Jens UHLE, der im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Jugend 1994 seine Studie "Jugendgewalt gegen Schwule" vorlegte, zu dem Ergebnis: Gewalt gegen Schwule wird nicht über-

---

<sup>263</sup> Vgl. EVERSMANN, Berti: "Rechter Zorn" in QUEER, Monatszeitung für Schwule und Lesben, 10/1999, S. 9.

<sup>264</sup> Vgl. FN 73.

<sup>265</sup> Zit. n. SOUKUP, Jean Jacques: "Schwule Männer wehren sich doch" in taz vom 14.5.1993, S. 12.

<sup>266</sup> Vgl. FN 77.

<sup>267</sup> Zit. n. FN 77.

<sup>268</sup> Vgl. URL:[http://www.subonline.org/news/archiv/nazis\\_start.htm](http://www.subonline.org/news/archiv/nazis_start.htm), (Stand: 18.1.2000).

<sup>269</sup> Vgl. STEFFEN, Margret: "Zittau hat ein offenes Herz für Rechte" in taz vom 2.8.1999, S. 7.

wiegend von Rechtsextremen ausgeübt.<sup>270</sup> Das heißt im Umkehrschluss allerdings auch: Es gibt rechtsextreme Gewalt gegen Schwule. Was sind die Motive? Schwule werden als krank bezeichnet, ihnen wird mit einem oft unerklärbaren Hass, mit Vorurteilen begegnet. Homosexualität wird hier fernab der angestammten Geschlechterrollen vom "harten Mann" und von der "weichen Frau" wahrgenommen, Schwule gelten als unmännlich. UHLE fand heraus, dass die meisten, die auf Schwule losgehen würden, selbst latent homosexuell seien und aus Familien stammten, in denen Homosexualität totgeschwiegen oder gar verhasst worden sei. Die Gewaltausbrüche resultierten oft aus Selbsthass gegen eigene homosexuelle Gefühle. Die Täter selbst gäben sich betont männlich, auch offen aggressiv. Zum anderen hatten schon viele Studien, die sich vorher mit dem Thema der anti-homosexuellen Gewalt beschäftigten, herausgefunden, dass Schwule als leichte Beute gelten. Da spielt das Klischee, Schwule seien stets gut verdienend, eine Rolle. Ebenso darf hier aber auch nicht außer acht gelassen werden, dass viele auf der Täterseite hoffen, nach einem Übergriff gar nicht erst angezeigt zu werden. Schließlich stehen viele Schwule auch heute noch nicht offen zu ihrer Homosexualität. Anzeigen fänden dann nicht statt aus Angst vor Offenbarung und ebenso auch aus Angst vor der Polizei, die jahrelang zur Durchsetzung des §175 eingesetzt wurde; die bei Verbrechen noch heute vom "Homosexuellen-Milieu" spricht und damit in der Gesellschaft Vorurteile bestätigt, die beim Umgang mit Homosexualität immer noch einräumen muss, dass es bei den Beamten "so 'ne und solche"<sup>271</sup> gäbe. Erst seit kurzer Zeit - und auch bislang nur in wenigen Großstädten - wird versucht, das Verhältnis der Polizei zur Gay-Community zu entkrampfen. Zu beiden Seiten ist das diesbezügliche Problem erkannt. Gewalt gegen Schwule, wie auch immer motiviert, kann verringert werden, wenn Vorurteile abgebaut werden und Akzeptanz erhöht wird. In allen Bereichen der Gesellschaft.

---

<sup>270</sup> Vgl. GODDAR, Jeannette: "Weil ich Schwule hasse" in taz vom 23.11.1994, S. 20.

<sup>271</sup> Zit. n. KOTTE, Hans-Hermann: "Schwule ticken im Park - quasilegale Gewalt im Dunkeln" in taz vom 23.6.1989, S. 13.

## 11. Schwule Skinheads: Fetisch oder Ideologie?

" ... pfui Teufel. Der Skin-Kult ist ein Männlichkeitskult, hat nichts mit warmen Brüdern zu tun. Gay-Skin ist ein Widerspruch in sich."<sup>272</sup> Gay-Skins stehen zwischen den Stühlen: in der herkömmlichen Skinhead-Szene nicht voll akzeptiert und der schwulen Szene suspekt. Einer Mitte 1993 veröffentlichten Studie von Eberhard SEIDEL-PIELEN und Klaus FARIN zufolge bekannten sich 5,6% der ca. 8000 deutschen Skinheads zu ihrer Homosexualität.<sup>273</sup> Etwa 40% der gesamten Skinheadszenen in Deutschland bezeichneten sich nach der Studie als rechts bzw. rechtsradikal, 15% als liberal, 17% waren demnach links oder grün, weitere 8,6% linksradikal und 12,8% sahen sich als un- oder antipolitisch an. Auch innerhalb der schwulen Skinhead-Szene lassen sich unterschiedliche politische Richtungen ausmachen, wenn auch wahrscheinlich anders gewichtet. Und eben diese Tatsache führt zu Misstrauen gegenüber schwulen Skinheads, zur Angst vor schwulen Nazi-Skinheads. So erhitzen sich anlässlich des CSD 1993 in Berlin die Gemüter, als die deutsche Sektion der "Gay Skinhead Movement" (GSM) ankündigte, sie wolle bei Demos einen eigenen Block, in dem jeder Skin vertreten sein könne, stellen. Jeder Skin? Also auch schwule Nazi-Skins? Man forderte eine Distanzierung der GSM von rechtem Gedankengut. GSM versuchte zu beruhigen: Man stehe den "Skinheads Against Racial Prejudice" (SHARP) nahe.<sup>274</sup> Nur wirkte dieser Versuch wenig beruhigend, zumal das GSM-Logo von Nicky CRANE geziert wird, prominenter britischer Skin und einst Mitglied der faschistischen "National Front". SHARP-Skins hatten sich in der Vergangenheit auch nicht durch unbedingte Akzeptanz von Schwulen hervorgetan. Bekannt waren bis dahin gewaltsame SHARP-Übergriffe gegen Schwule. SHARP ist nicht gleich schwulenfreundlich: "Homosexuelle widern mich an, und ich glaube, die sind nur pervers und finden das irgendwie 'hip!'. Solange mich keiner anmacht,

<sup>272</sup> Zit. n. FARIN, Klaus (Hg.): "Skinhead - A Way of Life", Hamburg 1996, Europäische Verlagsanstalt / Syndikat, S. 37.

<sup>273</sup> Vgl. SOUKUP, Jean Jacques: "Schwule Skinheads - (k)ein Widerspruch?" in taz vom 7.6.1993.

<sup>274</sup> Vgl. FN 85.

dürfen die sich aber gerne gegenseitig die Ärsche blutig stoßen", zitiert FARIN den SHARP-Skin Robert.<sup>275</sup> Aber ebenso trifft nicht zu, dass alle schwulen Skinheads SHARPs sind. Wie sieht es aus mit der Nähe zu rechter Ideologie? GSM scheinen in dieser Hinsicht unverdächtig. Hier gibt es sogar eine Probezeit, die auch dazu dient, Nazi - Skins zu selektieren.<sup>276</sup> Dennoch brodelt in der Gay-Community eine Diskussion über die Nähe von schwulem Fetisch und rechtem Gedankengut. Eben diese Frage stellte man sich 1999 nach der Veröffentlichung von "Skin Flick", einem Film über rechte, schwule Skins. Intention des Underground-Regisseurs Bruce LABRUCE war es, "einerseits einen Kommentar zur weitverbreiteten Verneinung von homosexuellem Verhalten in paramilitärischen oder faschistischen Organisationen, andererseits ebenso als Kommentar zur schwulen Fetisierung von militanten, gefährlichen und offensichtlich schwulenfeindlichen Figuren"<sup>277</sup> zu schaffen. Jedoch ist eins hier pikant: Zwar führt er eben jenen Fetisch zum Teil sehr ironisch vor, andererseits nutzt er ihn aus: der Film kam ca. ein halbes Jahr später in einer noch pornographischeren Hardcore-Version in die Videotheken. So wurde LABRUCEs' Kritik am Fetisch als heuchlerisch und halbherzig wahrgenommen.<sup>278</sup> Dieser Film jedoch hat nur einer ohnehin schon schwelenden Debatte neuen Nährboden gegeben. Der "Inbegriff schwuler Erotik", der Zeichner Touku Laaksonen alias Tom of Finland, dem auch ein Faible für Nazi-Ästhetik unterstellt wird, meint zum Zusammenhang zwischen Ideologie und Fetisch ganz pragmatisch: "Die ganze Nazi-Ideologie, der Rassismus, ist mir verhasst, doch trotzdem habe ich sie zeichnen müssen, sie hatten einfach die geilsten Uniformen."<sup>279</sup> Das war's? Zum großen Teil ja. In der Mehrheit bedeutet schwuler Skinhead-Kult Fetisch. Zwar in den "Uniformen der Un-

---

<sup>275</sup> Zit. n. FN 84, S. 48.

<sup>276</sup> Vgl. FN 85.

<sup>277</sup> Zit. n. SCHOCK, Axel: "Homo-Sex im Schatten des Hakenkreuzes" in QUEER, Monatszeitung für Schwule und Lesben, Mai 1999.

<sup>278</sup> Vgl. URL: <http://www.queer-view.com/01200er/1214skinflick/-deutsch1214.htm>, (Stand: 20.1.2000).

<sup>279</sup> Zit. n. SCHULZE, Micha: "Arsclificks wie Kupferstiche arrangiert" in taz-Berlin vom 7.4.1994, S. 26.

terdrücker", wie man es oft kritisiert, aber trotzdem nur selten vermischt mit rechtsextrem-ideologischem Ansatz.

## **12. Rechtsextremismus und männliche Homosexualität**

Homosexualität gepaart mit rechtsextremem Gedankengut: Eine seltene, aber durchaus vorhandene Mischung. Innerhalb der Gay-Community jedenfalls fällt es einem Zusammenspiel von schwuler und rechter Identität schwer, Fuß zu fassen. Die Angst davor ist trotzdem real. Im Oktober 1999 fragte die "QUEER" angesichts schwuler Skinheads, Uniform-Fetischismus und Homosexualität bei Funktionären rechter Parteien: "Droht der Community ... ein Rechtsruck?"<sup>280</sup> Die Mehrheit der befragten prominenten Schwulen und Lesben verneinte dies. Dies entspricht der Realität. Es gibt zwar Schwule mit rechtsextremer Ideologie, aber sie sind mehr als deutlich in einer Minorität sowohl in der Gay-Community als auch in rechtsextremen Personenzusammenschlüssen.

---

<sup>280</sup> Zit. n. "Die Homo-Szene ist nach rechts gerückt!" in: QUEER, Monatszeitung für Lesben und Schwule, Oktober 1999, S. 4.

### 13. Medienliste

#### Broschüren/Bücher

- "Neonazismus und Homosexualität" in "Gefahr von Rechts", herausgegeben im Herbst 1993 vom Schwulenverband in Deutschland (SVD / heute: LSVD)
- BLAZEK, Helmut: "Männerbünde. Eine Geschichte von Faszination und Macht", Berlin 1999, Ch. Links Verlag
- CHRISTIANS, Georg: "'Die Reihen fest geschlossen': Die FAP - Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren", Marburg 1990, Verlag Arbeit & Gesellschaft
- DI LORENZO, Giovanni: "Wer, bitte, ist Michael Kühnen" in BENZ, Wolfgang (Hg.): "Rechtsextremismus in der Bundesrepublik", Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt am Main 1989, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH
- FARIN, Klaus (Hg.): "Skinhead - A Way of Life", Hamburg 1996, Europäische Verlagsanstalt / Syndikat
- FARIN, Klaus (Hg.): "Skinheads - Mythos und Realität", Berlin 1998, Ch. Links Verlag
- FISCHER, Jörg: "Ganz rechts", Reinbek bei Hamburg im Februar 1999, Rowohlt Taschenbuchverlag GmbH
- HASSELBACH, Ingo, BONENGEL, Winfried: "Die Abrechnung - Ein Neonazi steigt aus", 4. Auflage 1994, Aufbau Verlag, Berlin
- HEALY, Murray: "Gay Skins: Class, Masculinity and Queer Appropriation (Sexual Politics)", 1996, Cassel Academic
- KÜHNEN, Michael: "Nationalsozialismus und Homosexualität"
- SCHMIDT, Michael: "Heute gehört uns die Straße ...: Der Insider-Report aus der Neonazi-Szene", ECON Verlag, Düsseldorf, 1993

**Zeitungen/ Zeitschriften:**

- EVERSMANN, Berti: "Rechter Zorn" in QUEER, Monatszeitung für Schwule und Lesben, 10/1999, Seite 9
- GODDAR, Jeannette: "Weil ich Schwule hasse" in taz vom 23.11.1994, Seite 20
- GRÖNING, Martin und DIEKMANN, Daniel: "Rechtsextremismus - Schwule Herrenmenschen" in SZENE HAMBURG 4/94, Seite 18 ff.
- KOTTE, Hans-Hermann: "Schwule ticken im Park - quasilegale Gewalt im Dunkeln" in taz vom 23.6.1989, Seite 13
- MAHNKEN, Paul: "Als Nazis geboren? - Schwule Nazis schneiden sich ihre eigene Ideologie" in "Magnus" 9/93, Seite 29 ff.
- NEUMANN, Jürgen: "Kahle Tunten" in Raus in Köln (rik) April 2000, Seite 6
- ROWOHLT, Jörg: "Führer schwul!" in "Schwule Zeiten", Zeitung des Bundesverbandes Homosexualität, Nr. 9, März 1994, Seite 1
- SCHNEIDER, Magda: "Die Drohungen der Herren-Menschen" in taz-Hamburg vom 24.5.1994, Seite 17
- SCHNEIDER, Magda: "Neonazi-Tendenzen" in taz-Hamburg vom 20.6.1994, Seite 21
- SCHOCK, Axel: "Homo-Sex im Schatten des Hakenkreuzes" in QUEER Monatszeitung für Schwule und Lesben, Mai 1999
- SCHULZE, Micha: "Arschficks wie Kupferstiche arrangiert" in taz-Berlin vom 7.4.1994, Seite 26
- SIEGLER, Bernd: "Geburtstag unterm Hakenkreuz" in taz vom 15.4.1989
- SOUKUP, Jean Jacques: "Schwule Männer wehren sich doch" in taz vom 14.5.1993, Seite 12
- SOUKUP, Jean Jacques: "Schwule Skinheads - (k)ein Widerspruch?" in taz vom 7.6.1993

STEFFEN, Margret: "Zittau hat ein offenes Herz für Rechte" in taz vom 2.8.1999, Seite 7

WIKOFF, Jack: "Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich" in "Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung", 2/1998, Seiten 135-139; auch im Internet abrufbar unter: URL: <http://www.vho.org/VffG/1998/2/Wikoff2.html> (Stand: 26.1.2000)

WOLSCHNER, Klaus: "In Männerbünden sexuell betätigen" in taz vom 13.10.1986, Seite 9

WOLSCHNER, Klaus: "Neonazi KÜHNEN leider kein AIDS?" in taz vom 17.10.1987, Seite 5

### **Weitere Artikel:**

- "Die Homo-Szene ist nach rechts gerückt!" in: QUEER, Monatszeitung für Lesben und Schwule, Oktober 1999, Seite 4
- "Lebenslänglich für die Mörder", taz, 4.6.1982, Seite 4
- Manifest der Homosexuellengegner "Der Kampf geht weiter" in: Die NFP, Nr. 8/86, S.9
- "Wir sind wegen der Schwulenfrage zerstritten" in taz (Berlin-Ausgabe) vom 10.7.1990, Seite 23
- und in: Deutsche Stimme (DS) Nr.6/87

### **Filme:**

"Beruf Neonazi". 1993, Regie: Winfried BONENGL

"Er hat 'ne Glatze und ist Rassist, er ist schwul und ist Faschist". 1994, Regie: Jürgen BRÜNING

"No Skin off My Ass". 1992, Regie: Bruce LABRUCE

"Skin Flick". 1999, Regie: Bruce LABRUCE



**Internet:**

Filmkritik zu "Skin Flick" von Bruce LABRUCE online unter:  
[URL:http://www.queer-view.com/01200er/1214skinflick/-deutsch1214.htm](http://www.queer-view.com/01200er/1214skinflick/-deutsch1214.htm) (Stand: 20.1.2000)

"Stramm rechts - Aufstieg und Ausstieg eines Schwulen in DVU und NPD" im Internet unter: URL: <http://www.nuernberg.gay-web.de/nsp/Archiv/9904/n990405.htm> (Stand: 18.1.2000)

Info des Münchner Schwulenzentrums Sub zu Übergriffen gegen Schwule online unter: URL: [http://www.sub-online.org/news/archiv/nazis\\_start.htm](http://www.sub-online.org/news/archiv/nazis_start.htm) (Stand: 18.1.2000)

Informationen zu politischen Entwicklungen unter URL:  
<http://www.schwulepolitik.de> (Stand: 30.1.2000) und unter  
URL:<http://www.lsvd.de> (Stand 30.1.2000)



